Dienstag, 12. November 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 · Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 264 - 46. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Libyer: Wegen Mordes und fahrlässiger Körperverletzung wurde in Bonn der Libyer Tarhoni zu lebenslanger Haft verurteilt. Er hatte am 6. April einen Landsmann, den Khadhafi-Gegner Gebriel Denali, erschossen und zwei deutsche Passanten lebensgefährlich verletzt.

Wackersdorf: Der Regierungspräsident der Oberpfalz, Krampol, hat die Baugenehmigungen für die atomare Wiederaufarbeitungsanlage unterschrieben. (S. 4)

„DDR"-Kirchen: SED-Chef Honecker zeigt wenig Neigung, seine *Zusage alsbald* zu erfüllen, in einem weiteren Gespräch mit dem „DDR"-Kirchenbund die Sorgen der mitteldeutschen Protestanten zu erörtern. (S. 10)

„Keine Kontakte": Die Bundesregierung hat nach Auskunft von Kanzleramtschef Schäuble keine Erkenntnisse darüber, wann Honecker nach Bonn kommen will. Es gebe in dieser Frage zur Zeit keinerlei Kontakte mit der „DDR". (S. 10)

Gedenken: SPD-Chef Brandt reist am 7. *Dezember nach Warschau*, um mit der polnischen Führung des 15. Jahrestages des Warschauer *Vertrags zu gedenken*.

Standung: Die Neue Heimat Bayern räumt in ihrem jüngsten Geschäftsbericht ein, 14 Millionen Mark Mieteinnahmen zu Unrecht an die Hamburger Muttergesellschaft abgeführt zu haben. Diese aber könne wegen finanzieller Schwierigkeiten zur Zeit nur drei Millionen Mark zurückzahlen.

Kronawitter: Ein Wahlkampfthema – der sogenannte Münchner Bauskandal –, mit dem Oberbürgermeister Kronawitter (SPD) Emotionen gegen seinen CSU-Amtsvorgänger Kiesl geschürt hatte, wird zur Belastung für den SPD-Politiker. Mehrere der Vorwürfe erwiesen *sich als haltlos* – Kronawitter muß „blamable Pannen" zugestehen. (S. 4)

Südafrika: Die Regierung arbeitet an einem „Notplan", nach dem Hunderttausende von Gastarbeitern in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden könnten, falls sich die wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert.

Buch: Noch vor dem Genfer Gipfel wird nach Presseberichten in den USA ein Buch mit dem Titel „Eine Zeit für Frieden" auf den Markt kommen, als dessen Autor Kreml-Chef Gorbatschow zeichnet. Darin lege er seine Ansichten *zu Rüstungsfragen* dar.



Wohltäter der Menschheit, herausragende Sportler, Künstler aus der Glamourwelt des Showbusiness: sie alle werden bewundert, zu Vorbildern gemacht. Welchen Leitbildern jagte die Nachkriegsgeneration nach, welche Idole „vergöttert" die heutige Jugend? In der zweiten Folge einer vierteiligen WELT-Serie werden heute zwei Vorbilder der Menschlichkeit vorgestellt: Albert Schweitzer und Mutter Teresa. Seite 8

WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: Der Bundesarbeitgeberverband Chemie hat gestern an die rund 1700 deutschen Chemieunternehmen appelliert, weitere Arbeitsplätze zu schaffen. Beispielsweise sollten sie „etwaige Fälle regel*mäßiger* Mehrarbeit darauf prüfen, ob statt dessen Neueinstellungen in Betracht kommen". (S. 11)

Luftverkehr: Für mehr Wettbewerb im europäischen Luftverkehr sprach sich Minister Dollinger vor dem Deutschen Reisebüroverband aus. Wo immer möglich, sollte dieser Bereich von den „engen staatlichen Fesseln" befreit werden. (S. 12)

Großbritannien: Die überfällige Sanierung der Bausubstanz in den britischen Innenstädten soll 1986 in Angriff genommen werden. Dafür werden umgerechnet 2 Milliarden DM bereitgestellt. (S. 12)

Börse: Nach anfänglichen Gewinnmitnahmen kam es am Schluß zu neuen Auslandskäufen. WELT-Aktienindex 247,50 (249,60). Im Rentenhandel gab es bei den öffentlichen Anleihen leichte Kurseinbußen. BHF-Rentenindex 104,332 (104,364). Performance-Index 107,887 (107,890). Dollar-Mittelkurs 2,6270 (2,6240) Mark. Goldpreis pro Feinunze 323,10 (321,95) Dollar.

KULTUR

„Europalia": Gent steht ganz im Zeichen des Heiligen Jakob. In der wohl faszinierendsten der rund 30 Austellungen der Spanien gewidmeten „Europalia" werden in der Abtei St. Peter 600 Kunstwerke vorgestellt, die von den Legenden um den Heiligen inspiriert wurden (S. 25)

Osteuropastudien: Als in jeder Hinsicht fruchtbar erwies sich der Dialog zwischen den Ostforschern diesseits und jenseits des Atlantiks auf dem Dritten Weltkongreß für Sowjet- und Osteuropastudien in Washington. Forscher aus dem Ostblock blieben der Tagung wiederum fern. (S. 25)

SPORT

Fußball: Teamchef Franz Beckenbauer hat für das letzte WM-Qualifikationsspiel am Sonntag in München gegen die CSSR Ludwig Kögl (München) nachnominiert. Gestrichen wurden Meier, Kuntz, Mill, Magath und Buchwald. (S.20)

Schach: Der neue Weltmeister Garri Kasparow aus der UdSSR heißt eigentlich Weinstein. Das behauptet sein in *Israel* lebender Vetter Lew Kagan. Kasparow soll auch schon 26 Jahre alt sein und nicht erst 22. (S.20)

AUS ALLER WELT

Katastrophe: Bei schweren Überschwemmungen in vier US-Bundesstaaten wurden mindestens 46 Menschen getötet. (S. 26)

Entführung: Mit Haftstrafen bis zu 30 Jahren endete in Florenz ein Prozeß gegen 29 Angeklagte wegen zahlreicher Entführungen, darunter die der beiden Töchter und des Neffen des deutschen Journalisten Kronzucker im Sommer 1980. (S. 26)

Wetter: Wechselnd bewölkt, einzelne Schauer. Bis 5 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Wörner: Neuer Traditionserlaß. Es geht auch um die Wehrmacht

Geschichtliche Überlieferung und demokratische Traditionen pflegen

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Im neuen Traditionserlaß der Bundeswehr, der nach jüngsten Informationen aus dem Bundesverteidigungsministerium nicht vor dem kommenden *Frühjahr* zu erwarten ist, ist bislang offen, wie die Zeit der Nazi-Herrschaft und der Wehrmacht behandelt werden soll. Ein „Rohentwurf", der von Verteidigungsminister Manfred Wörner dem Beirat für Innere Führung zugeleitet worden war, fand nicht dessen Zustimmung, weil entgegen dessen Vorstellungen lediglich vom „Mißbrauch und der tragischen Verstrickung der Wehrmacht" die Rede sei, und nicht auch von deren „Verschulden".

In einem Tagesbefehl anläßlich des 30. Gründungstages der Bundeswehr erklärte gestern Bundesverteidigungsminister Wörner, dieser Tag gehe auf den berühmten Reformer des preußischen Heeres, Gerhard Johann David von Scharnhorst, zurück. Dieser General sei für die Bundeswehr Vorbild, „weil er das enge Bündnis der Soldaten mit der Nation geformt und den Mut gehabt hat, Neues zu wagen".

Während die Streitkräfte in diesen Tagen mit einem zentralen Festakt in Bonn und an vielen Standorten mit Feiern unterschiedlichster Art ihren 30. Gründungstag begeht, rückt die Frage nach den *Formen dieser* Feiern und nach anderen Elementen von militärischer Tradition in den Mittelpunkt. Der „Traditionserlaß", der in seiner ersten Gestalt diese Fragen schon 1965 zum ersten Mal regelte und 1982 von Bundesverteidigungsminister Hans Apel (SPD) geändert worden war und unter anderem untersagte, öffentliche Gelöbnisse mit dem Großen Zapfenstreich zu verbinden, soll unter dem jetzigen Amtsinhaber auf der Hardthöhe, Minister Manfred Wörner (CDU), abermals einer Reform unterzogen werden. Schon jetzt wird Gelöbnis und Vereidigung von Soldaten mit dem Zapfenstreich wieder zusammen zelebriert.

SEITE 2:
Bürger und Soldaten

Ziel der Reform des Erlasses soll der Versuch sein, alle wesentlichen *gesellschaftlichen und politischen* Strömungen im Lande mit ihren Vorstellungen von geschichtlicher Überlieferung und der Pflege von demokratischen Traditionen in ihm zu verankern. Nachdrücklich wurde der WELT gestern vom Verteidigungsministerium versichert, es sei schlimm, *wenn mal der Traditionserlaß* den Geruch an sich habe, von der einen Partei geprägt zu sein und dann wieder von der anderen. Traditionspflege solle alle Gruppierungen verbinden.

Im Zentrum der zu erwartenden Auseinandersetzung um den neuen Erlaß dürfte die Frage stehen, wie sich die Bundesrepublik als Ganzes *und die Bundeswehr im besonderen* dabei auf das Hitler-Regime und die Rolle der Wehrmacht im „Dritten Reich" einstellt. Ein Vorgeschmack darauf wurde in den letzten Tagen registriert, als der Beirat für Innere Führung, der dem Verteidigungsminister in Fragen der inneren Bewußtseinslage der Armee Ratschläge und Empfehlungen erteilt, auf einen „Rohentwurf" des neuen Erlasses mit der Forderung reagierte, es genüge nicht, wenn darin vom „Mißbrauch *und der tragischen Verstrickung der* Wehrmacht" die Rede sei, auch deren „Verschulden" müsse deutlich werden. Ob der Beirat mit seinem Einspruch die Wehrmacht als Kollektiv und vor allem deren Führung meinte oder auch jeden einzelnen Soldaten, wurde für den Anfang nicht so recht deutlich.

DER KOMMENTAR

Kalkulierter Flop?

JOACHIM NEANDER

Wenn *gestreikt wird, gehen* die Angaben von Streikenden und Bestreikten nur zu oft *auseinander. Diesmal fällt es* ziemlich leicht, zu entscheiden. Die Deutsche Lufthansa nennt *stündlich exakte, nachprüfbare* Zahlen. Die Gewerkschaft ÖTV redet blumig von „etlichen", „zahlreichen" *oder* „sichtbaren" Auswirkungen. Es scheint, daß große Teile der ÖTV-Mitgliedschaft sich nicht beteiligen.

Warum also dieser Streik? Warum in einem Unternehmen, das seine Mitarbeiter mit einem stattlichen Geldsegen bedenken will, das sich insbesondere seiner *hochqualifizierten Mitarbeiter* sicher sein kann, das leicht den Mißerfolg des Streiks am reibungslos *funktionierenden* Flugverkehr demonstrieren kann?

An Warnungen auch in den eigenen Reihen hat es nicht gefehlt. Vierzehn Nein-Stimmen in einer vierunddreißigköpfigen Großen Tarifkommission, das gibt es im DGB nicht so oft. War es also ein kalkulierter Flop? Zwei Antworten bieten sich an. Es könnte sein, *daß die Gewerkschaften auf der* Suche nach einem qualitativen Ausgleich für ihren Mitglieder*schwund* mehr als früher Rücksicht auf den eigentlichen Arbeiteranteil unter ihren Mitgliedern *nehmen müssen. Nur unter den* Geringstverdienern und den politisch Radikalen läßt sich ein Streik um 75 Mark *Differenz* zwischen Forderung und Angebot überhaupt begründen.

Aber vielleicht sehen die Gewerkschaften sich nach dem enttäuschenden Verlauf ihrer Aktionswoche gegen die Politik der Bundesregierung auch in einer Art Zugzwang. Fortsetzungsanlässe werden gesucht. Man muß sie nehmen, wo man sie kriegt und wo es, weil die Beschäftigungslage der Branche oder des Unternehmens günstig ist, für die Betroffenen kein Risiko darstellt.

Doch auch dies wäre falsch gerechnet. Dazu ist dieser Streik selbst unter Gewerkschaftsfreunden zu unpopulär. Bei der ÖTV scheint man es bereits zu merken. Man bekundet, wenn auch nur in einem Nebensatz, „Verhandlungsbereitschaft".

Streik bei Lufthansa kaum zu spüren

ÖTV glaubt an Erfolg des Arbeitskampfes / Vorwürfe an die Adresse der DAG

DW. *Frankfurt*

Für die Fluggäste war der Streik von rund 1300 Lufthansa-Mitarbeitern auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen gestern kaum zu spüren. Lediglich zwei Verspätungen *meldete die Fluggesellschaft bis zum* Mittag, in den Schalterhallen des größten deutschen Flughafens *herrschte normaler* Betrieb. Einige Kollegen seien nicht zum Dienst erschienen, erklärte ein Angestellter am Informationsschalter, dies werde jedoch keine Verzögerungen bei der Abfertigung zur Folge haben.

Die Gewerkschaft ÖTV, die ihre rund 4000 in Frankfurt beschäftigten Mitglieder mit Beginn der Frühschicht *zum erstenmal* seit 14 Jahren wieder zum Streik aufgerufen hatte, sprach hingegen von einem positiven Auftakt der Aktionen. Zwar versuche die Lufthansa „krampfhaft", den Flugbetrieb aufrechtzuerhalten und ziehe beispielsweise für die Abfertigung zusätzliche Kräfte zusammen, in einigen Tagen werde der Betrieb jedoch zwangsläufig ins Stocken kommen. Auf einer Streikversamm*lung stellte der hessische ÖTV-Vor*sitzende Herbert Mai unter dem Beifall von rund 500 streikenden Gewerkschaftern einen „langen Arbeitskampf" in Aussicht.

Vorwürfe richteten ÖTV-Sprecher *an einige der Vereinigung Cockpit* angehörende Flugingenieure, die für streikende ÖTV-Kollegen bei der *Flugzeugabfertigung eingesetzt wor*den seien. Damit habe die DAG, der die Vereinigung angeschlossen ist, ihr Wort gebrochen, nichts gegen den Streik zu unternehmen. Auf dem Vorfeld seien außerdem Mitarbeiter der Frankfurter Flughafen AG (FAG) anstelle von Streikenden für die Lufthansa tätig geworden. Ein Lufthansa-Sprecher erklärte dazu, davon sei ihm nichts bekannt.

Die ÖTV setzt darauf, daß ihre Streikaktionen spätestens in einigen Tagen „voll durchschlagen". So werde der Lagerraum für Luftfracht bereits knapp, meinte ein Gewerkschaftssprecher. Auch das leibliche Wohl der Fluggäste werde möglicherweise unter dem Ausstand der Mitarbeiter bei der Lufhansa Service GmbH leiden: *Für die ersten* Tage habe sich die Fluggesellschaft zwar mit Vorräten eingedeckt, die seien aber begrenzt.

Auf das Mißverhältnis zwischen ÖTV-Forderung und den Konsequenzen eines Arbeitskampfes für die Lufthansa wies der Vorstandsvorsitzende des Unternehmens, der Sozialdemokrat Heinz Ruhnau, in einem Leitartikel in der gestern erschienenen Mitarbeiter-Zeitung „Der Lufthanseat" hin. „Der Schaden, der dem Unternehmen zugefügt wird, verringert den Gewinn für 1985. Damit wird auch die Mitarbeiterbeteiligung geringer werden, die im nächsten Jahr ausgezahlt wird."

Auch Bundesverkehrsminister Werner *Dollinger* (CSU) *erklärte*, er habe kein Verständnis, daß die ÖTV angesichts von 2,2 Millionen Arbeitslosen „wegen eines Differenzbetrags von 75 Mark" einen Arbeitskampf beginne. Die LH-Beschäftigten sollten stattdessen für die Verdoppelung der Gewinnbeteiligung von 20 auf 40 Millionen Mark in diesem Jahr dankbar sein.

Seite 3: Fehlstart

Spenden für BND rasch aufklären

Kontrollkommission einberufen / Ost: Eine weitere Diskreditierung der Geheimdienste

gba. Bonn

Bundesregierung und Parlament sind um eine rasche Aufklärung der Spenden dreier Firmen und eines Wirtschaftsverbandes an den Bundesnachrichtendienst (BND) zur Finanzierung bestimmter Operationen 1979 und 1980 interessiert. Gestern abend befaßte sich die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) für die Geheimdienste in vertraulicher *Sitzung mit den Vorgängen*, die Regierungskreise wie folgt skizzieren:

- Am 21. August 1979 wurde zwischen dem BND und den Inhabern einer Detektivagentur – die Kreise wollten weder bestätigen noch dementieren, daß es sich dabei um das Unternehmen Maus handele – ein Vertrag über „freie Mitarbeit" mit einjähriger Laufzeit geschlossen.
- Das Entgelt sollte 650 000 Mark betragen.
- Nach den beim *BND* gefundenen Belegen sind 400 000 Mark aus der Wirtschaft „direkt" auf das Konto eines BND-Mitarbeiters und von dort an die Detektei geflossen. 250 000 Mark für die Tätigkeit der Detektei, die im Ausland nach RAF-Terroristen fahnden sollte, seien aus „operativen Mitteln" des BND gekommen.

Regierungssprecher Friedhelm Ost erklärte vor der Presse in Bonn, Bundeskanzler Helmut Kohl habe am Freitag zum erstenmal von dem Vorgang erfahren und dringe auf rasche Aufklärung. Ost nannte die Finanzie*rung von BND-Tätigkeiten auf diese* Weise „sehr eigenartig". Die heutige Bundesregierung würde solche „Angebote" zurückweisen. Wenn derartige Operationen notwendig seien, so würden sie aus dem normalen Haushalt finanziert. Nach den Spionageaffären dieses Sommers bedeute die Nachricht von dieser eigenartigen Finanzierung von Geheimdiensttätigkeit unter der früheren Bundesregierung „zweifellos eine weitere Diskreditierung der Geheimdienste, die das nicht verdient haben". Zuständig für die Koordination der Geheimdienste und die Dienstaufsicht über den BND, dessen damaliger Präsident Klaus Kinkel heute Staatssekretär im Bundesjustizministerium ist, war zur Amtszeit von Bundeskanzler Helmut Schmidt in jenen Jahren Staatssekretär Manfred Schüler. Laut einem *„streng vertraulichen"* Aktenvermerk im Kanzleramt, war Schüler über die Aktion informiert.

Heute befaßt sich der geheim tagende Unterausschuß des Haushaltsausschusses mit der beim Prozeß um die Flick-Parteispenden bekannt gewordenen Zuwendung an den BND. Sie sei weder vom Bundesverband der *Industrie* noch vom Bundesverband der Arbeitgeberverbände gekommen.

Seite 2: Die Nebenfinanzierung

In Berlin Streit um eine Uniklinik

E. DIEDERICHS, Berlin

Der Plan des Gesundheitssenators Ulf Fink, das Universitätsklinikum Charlottenburg dicht zu machen, erregt die Berliner Gemüter. Die öffentliche Kritik und die von Gewerkschaften und der Opposition entzündet sich vor allem an der Befürchtung, die Schließung des Uniklinikums werde den Verlust von rund 2000 Arbeitsplätzen zur Folge haben. Fink dagegen versicherte der WELT, es werde „keine Entlassungen geben". Mit Neueinstellungen im großen Stil sei dagegen auch nicht zu rechnen.

Das Universitätsklinikum Charlottenburg, 1904 auf dem Gelände eines *ehemaligen Pferdemarktes errichtet*, soll spätestens in acht Jahren für 1230 Patienten und 3324 *Ärzte* und Pflegepersonal *nicht mehr zur Verfügung* stehen. In die Backsteingebäude soll die Verwaltung der Freien Universität *einziehen*.

Finks Ziel: Berlin soll „Mekka der *Medizin*" bleiben, sich aber im Gesundheitswesen zugleich gesundschrumpfen. „Für die meisten Berliner *muß die Entwicklung* der Krankenkassenbeiträge in Grenzen gehalten werden", argumentiert Fink, der *Insidern anvertraute, er habe wenig* Neigung zur Fortsetzung seiner politischen Karriere an der Spree, falls *diese Planung nicht von der gesamten* Koalition mitgetragen werde.

Die Schließung des Klinikums bezeichnet Fink deshalb „als einzig vernünftige Alternative in einer schwierigen Situation." Und die liegt vor, weil Berlin über zuviele Krankenbetten verfügt: Für 1000 Einwohner sind dies 9,2 sogenannte Akutbetten, der Bundesdurchschnitt liegt bei 7,7 Betten. Folge dieses Überschusses: Pflegesätze und Beiträge für die Krankenkassen stiegen überproportional. Der Krankenhausplan der Landesre*gierung, der* noch dieses Jahr verabschiedet werden soll, sieht deshalb eine Reduzierung der Betten um 2000 bis 2500 bis ins Jahr 1992 vor. Die Auflösung des Uniklinikums Charlottenburg ist nur Teil der neuen Bedarfsplanung. Einzelne Abteilungen des Klinikums sollen in das Rudolf-Virchow-Krankenhaus (RVK) *im* Bezirk Wedding verlegt werden.

Weil für Forschung und Lehre zwei Universitätskliniken in Berlin als unverzichtbar gelten, soll nach dem „Aus" für das Klinikum Charlottenburg künftig das RVK als Uniklinikum fungieren. Auf dem Gelände des *Virchow-Krankenhauses entsteht* gegenwärtig das „Deutsche Herzzentrum Berlin".

Für den Berliner Landeshaushalt bietet sich zudem noch der Vorteil, daß Bonn sich an der neuen Berliner Uniklinik mit 50 Prozent der angesetzten 800 Millionen Mark Umbaukosten beteiligen wird.

Kommuniqué in Genf ist fraglich

DW. Washington

Moskau hat nach einer Verlautbarung der amerikanischen Regierung „praktisch jeden Punkt" ihres Vorschlags für ein gemeinsames Kommuniqué beim Gipfeltreffen Reagans mit Gorbatschow am 19. und 20. November in Genf zurückgewiesen.

Reagans Abrüstungsberater Nitze erklärte, diese abweisende Haltung der Sowjets lasse es unwahrscheinlich erscheinen, daß der Genfer Gipfel mit einem Abschlußkommuniqué ende. Nach Ansicht von US-Außenminister Shultz sei auch denkbar, daß die amerikanische und die sowjetische Seite mit verschiedenen Erklärungen an die Öffentlichkeit träten.

WELT der Berufe: Neuer Chef-Typ

DW. Bonn

*Personalführung und Manage*ment, die Chancen und Tücken des beruflichen Aufstiegs sowie Fragen von Ausbildung, Gehalt und Arbeitsrecht sind die Schwerpunkte von „WELT der Berufe", die von heute an jeden zweiten Dienstag den Wirtschaftsteil der WELT ergänzt. Zum Auftakt warnt Unternehmensberater Gerhard Kienbaum davor, die Personalführung stiefmütterlich zu behandeln und ermuntert die Betriebe, sich Manager auf Zeit von außen anzuheuern. Er plädiert für einen neuen Typ des Chefs.

Ferner im Wirtschaftsteil: Bundesbank-Präsident Pöhl über die Gefahren der US-Defizite.

Protest gegen UNO-Resolution zu Zionismus

DW. New York

Die Außerkraftsetzung der 1975 verabschiedeten UNO-Resolution 3379, in der Zionismus mit Rassismus gleichgesetzt wird, haben auf einer Protestveranstaltung in New York Bürgermeister Ed Koch und andere prominente US-Politiker gefordert. Präsident Reagan sagte in einer Botschaft anläßlich des zehnten Jahrestages der Verabschiedung der Resolution zu, einen entsprechenden Antrag zu unterstützen. Er verwies in seinem Schreiben darauf, daß der damalige UNO-Botschafter der USA, Moynihan, nach Verabschiedung der Resolution erklärt habe, daß die USA „diesen schändlichen Akt nicht aner*kennen, ihm niemals Folge leisten* und ihm niemals zustimmen werden". Die ehemalige UNO-Botschafterin Kirkpatrick erklärte in New York: „Zionismus ist nicht gleichbedeutend mit Rassismus, Zionismus ist die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, das Anspruch auf legitime Selbstbestimmung in seiner historischen Heimat hat."

Uganda: Entführte Deutsche sind außer Gefahr

DW. Nairobi

Die fünf Deutschen, die an Bord eines *in Uganda entführten Flug*zeugs waren, sind nach Auskunft des deutschen Botschafters Günter Held nicht in Gefahr. Held teilte gestern mit, vier medizinische Mitarbeiter, die zum deutschen Missionsärzte-Team des evangelikalen „Missionswerks Frohe Botschaft" gehören, und ein Geschäftsmann seien zur Zeit in einem Hotel bei Kasese im Süden des Landes und würden vermutlich heute oder morgen in die Hauptstadt Kampala oder ins benachbarte Ruanda gebracht. Das Flugzeug war am Vortag auf einem Inlandflug entführt und zur Landung im Süden gezwungen worden, der von Aufständischen der Nationalen Widerstandsarmee (NRA) kontrolliert wird. Insgesamt waren *laut Radio Uganda* etwa 48 Personen in dem Flugzeug. Aus Kreisen der paramilitärischen „Ehemaligen Nationalarmee Ugandas" (FUNA) verlautete, ein flüchtiger Leutnant habe die Besatzung zum Kurswechsel gezwungen.

Walesa an die Staatsführung: Wir lassen uns nicht täuschen

Kirchgänger von der Polizei behindert und festgenommen

DW. Warschau

Über den „selektiven Charakter" der bevorstehenden Freilassung politischer Gefangener ist Arbeiterführer Lech Walesa „schockiert": „Nur eine Handvoll" komme frei, doch „die Gesellschaft werde sich nicht täuschen *lassen und andere Mittel zur Verteidi*gung der Gewerkschafter finden". Die polnische Nachrichtenagentur PAP hatte die Freilassung angekündigt, außer – ihre Meinungsvergehen würden als „besonders gefährlich" angesehen.

Die „Woche des politischen Gefangenen" ging mit einer Messe in der Warschauer Stanislawskirche am Sonntag zu Ende. Vor 4000 Menschen forderte Priester Wladyslow Sikorski in der Kirche, wo der ermordete Pfarrer Popieluszko begraben liegt, von der polnischen Führung die Freilassung der politischen Gefangenen, der „Symbole des Kampfes für Freiheit und Menschenrechte."

Zuvor hatte Sikorski unter starkem Beifall die Verletzung der Bürgerrechte scharf verurteilt und die Regierung „zum Dialog mit der Gesellschaft" aufgefordert: „Wir wollen keine Sklaven sein, und niemand hat das Recht, uns die Freiheit zu nehmen."

Ähnliche Messen wurden in Danzig und weiteren Städten gefeiert. In Breslau haben rund 7500 Menschen eine Petition für die Freilassung der *nach offiziellen Angaben derzeit 338* (nach Dissidenten-Angaben 441) politischen Gefangenen unterschrieben. Die Teilnehmer an der Messe wurden dort von der Polizei behindert, berichtet die Mutter des Gymnasiasten Przemyk, der nach Angaben seiner Familie nach Mißhandlungen in einem Warschauer Polizeikommissariat starb. In Lodz nahm die Polizei mehrere Teilnehmer an einer Messe zum 67. Jahrestag der Unabhängigkeit Polens fest.

Von der gestrigen Sitzung des Zentralkomittes der Polnischen KP werden personelle Veränderungen erwartet, die Parteichef Jaruzelski stärken dürften. Ebenfalls könnten davon erste Hinweise auf das neue Kabinett ausgehen, das der neue Regierungschef Zbigniew Messner heute dem Parlament vorstellen will.

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Nebenfinanzierung

Von Manfred Schell

Die Vorstellung, daß die Bundesrepublik – mit einem Etat von mehr als zweihundert Milliarden Mark – nach den Verbrechen der Terroristen Mitte der siebziger Jahre finanziell nicht in der Lage gewesen wäre, den Bundesnachrichtendienst für Abwehroperationen im Ausland auszustatten, verbietet sich. Warum also haben BND und Unternehmen 650 000 Mark auf ein geheimes Konto eingezahlt, um damit Angehörige einer Detektei als V-Leute im Ausland zu bezahlen?

Eine plausible Erklärung dafür gibt es bislang nicht, zumal da die politisch und tatsächlich Verantwortlichen für diese Aktion beharrlich schweigen. Ihr Kreis steht fest: Der frühere Bundeskanzler Schmidt, der zwar nach eigenem Bekunden nichts gewußt hat, der sich aber die politische Verantwortung zurechnen lassen muß. Sein Kanzleramtschef Schüler. Der damalige BND-Präsident Kinkel, heute Staatssekretär im Bundesjustizministerium. Und der frühere Bundesinnenminister Baum (FDP). Die heutige Bundesregierung trägt für die damaligen Vorgänge keine Verantwortung.

Der Staat muß Sorge tragen, daß seine Behörden, zumal Nachrichtendienste, frei bleiben von Einflüssen von außen. Das schließt die Finanzierung ein. Nur so haben auch die vom Parlament gewollten Kontrollmechanismen ihren Sinn.

Natürlich gibt es Ausnahme-Situationen. Die Mitglieder des Großen Krisenstabes, der im Zusammenhang mit der Entführung von Hanns Martin Schleyer zusammengerufen wurde, wissen darum. Helmut Schmidt forderte in diesem Kreis dazu auf, auch das Undenkbare auszusprechen. Und es ist manches bisher Undenkbare behandelt worden. Schließlich galt es, ein Menschenleben zu retten. Die Konsensfähigkeit über parteipolitische Fronten hinweg war damals sehr ausgeprägt.

Aber so kritisch war die Situation nicht, in der die Unternehmen 1979 Geld für die Terroristenbekämpfung zur Verfügung stellten. Natürlich wollten sie nur Gutes. Unbestritten ist auch die Zuständigkeit des BND für solche Aktionen im Ausland. Eine andere Frage ist es, ob das Angebot angenommen werden durfte. So, wie diese Sache gehandhabt wurde, drängt sich der Eindruck einer „Nebenfinanzierung" des Nachrichtendienstes auf, und die kann nicht akzeptiert werden.

Der alte Arafat

Von Herbert Kremp

Die wiederholten Versuche, den PLO-Chef Arafat in diplomatische Prozesse zur Lösung der Nahost-Frage einzubringen, scheitern immer wieder am terroristischen Charakter der Figur. Es gelingt nicht, den Palästinenser von diesem Bild zu lösen, er selber und seine Organisation lassen das nicht zu. Ob das nun an ihm liegt oder an Zwängen, die seine gespaltene Gefolgschaft auf ihn ausübt, ist unerheblich. Kaum haben nahöstliche Potentaten wie König Hussein oder Staatspräsident Mubarak ihn in den Cut eines Verhandlungspartners gezwängt, blitzt aus einer geplatzten Naht der Lauf der Pistole.

Der Piratenakt gegen das italienische Kreuzfahrtschiff „Achille Lauro" und die Exekution von drei israelischen Segeltouristen im Hafen von Latakia kurz zuvor gehen auf Arafats Konto, auch wenn die Einsatzbefehle aus einer anderen Etage der Palästinensischen Befreiungsorganisation gekommen sein sollten. Die Erklärung in Kairo, die PLO werde künftig keine Zivilisten mehr angreifen und den Terrorismus auf die von Israel seit 1967 besetzten Gebiete Westjordanland und Gaza beschränken, entsprang offenbar dem Versuch, internationale Reputation zurückzugewinnen. Dahinter steht die sonderbare Idee, daß aus der geographischen Begrenzung terroristischer Aktionen neues Vertrauen erwachsen könnte.

Am Wochenende machte Arafat deutlich, daß ihm auch der notdürftig geflickte Cut nicht behagt. Er gab in einer weiteren Stellungnahme zu erkennen, daß die PLO den bewaffneten Kampf nicht einstellen werde, bis die Israelis „aus unserem Land verschwunden sind". Er stellte damit die generelle Kampfansage wieder über jede geographische Begrenzung, die er wie eine Nebensächlichkeit wiederholte. Arafat erscheint wieder in der alten, sattsam bekannten Montur, und man sollte aufhören zu fragen, worauf seine Wechselspiele beruhen. Wichtig ist allein, daß sich der in jedem Sinne hin- und herfliegende Palästinenser zum Verhandlungspartner nicht eignet. Dazu gehört Identität. Dazu gehört auch ein Einfluß, über den dieser Spielball terroristischer Interessen nicht verfügt.

Ein Bier und eine Krone

Von Carl Gustaf Ströhm

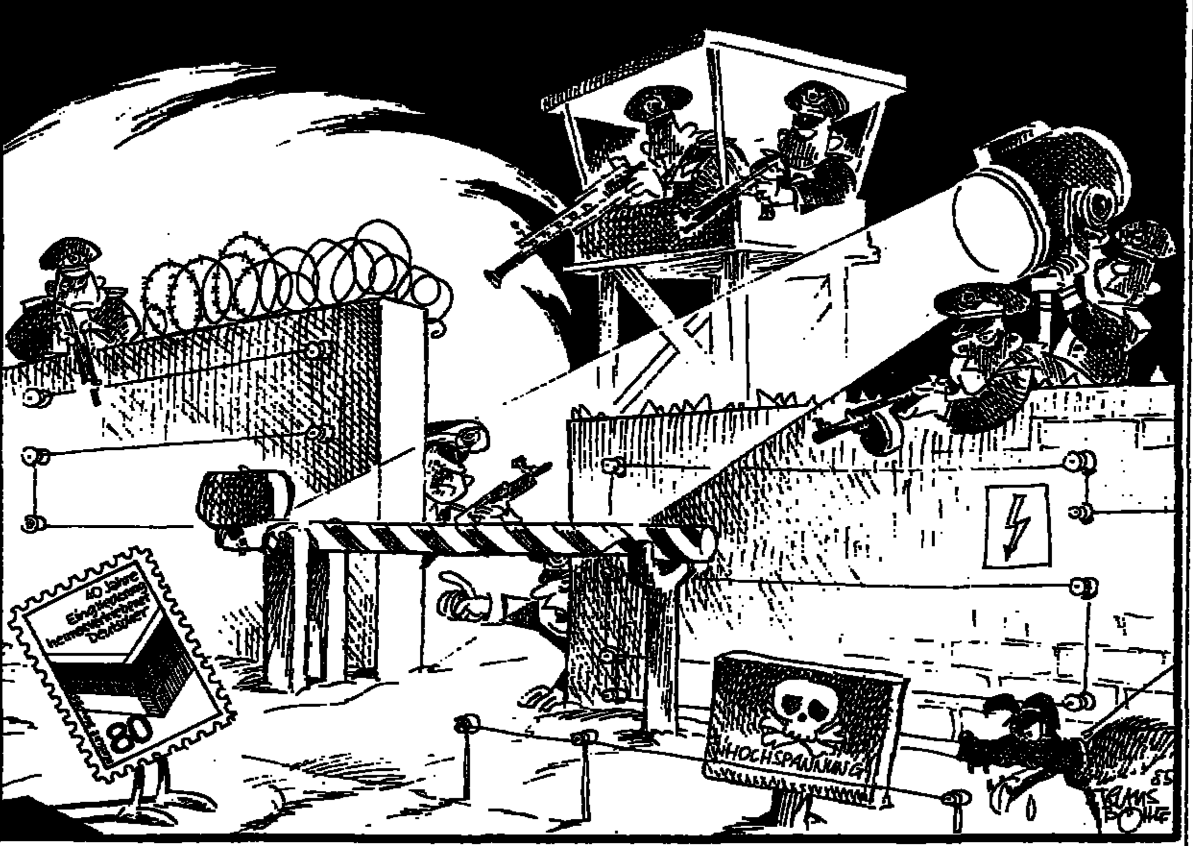
Die ungarische Nachrichtenagentur MTI meldete dieser Tage, daß die Kaltenberg-Brauerei GmbH. in Anwesenheit des Eigentümers eine Bierstube und eine Hausbrauerei in Budapest eröffnet habe. Das Besondere daran ist die Bezeichnung des Eigentümers: „Kronprinz Luitpold von Bayern."

Wörtlich heißt es weiter in der Budapester Meldung: „Wie Kronprinz Luitpold im Ungarischen Fernsehen in ungarischer Sprache mitteilte – die königliche Familie besaß hier einst ausgedehnte Ländereien – sei die Bierstube mit angeschlossener Hausbrauerei ein betriebseigenes Patent..."

Ungarn, so erfahren die staunenden Leser weiter, sei das „erste sozialistische Land", mit dem der bayerische Kronprinz in geschäftliche Verbindung tritt. Es könnte auch das erste Land sein, das Luitpold als Kronprinzen von Bayern gewissermaßen „anerkennt". Denn die offizielle Budapester Nachrichtenagentur bezeichnet den Brauereibesitzer nicht etwa als „Herrn Luitpold Wittelsbach", sondern eben als Kronprinzen, und sie spricht ganz unbefangen von der „königlichen Familie", die früher in Ungarn ihren Grundbesitz hatte.

Man ist also stolz auf die Verbindung; und daß der Wittelsbacher aus Bayern auch noch Ungarisch spricht, gilt in Budapest – Ideologie hin oder her – als Beweis dafür, daß die Ungarn, egal unter welchem Regime sie leben, eben etwas Besonderes sind. Schließlich haben diese Ungarn noch heute eine Schwäche für das bayerische Königshaus, aus dem eine große Freundin des Ungarntums entstammte: Kaiserin (für Ungarn: Königin) Elisabeth, nach der bis heute die größte Budapester Donaubrücke benannt ist. Ihr Denkmal wird übrigens zur Zeit in der ungarischen Hauptstadt wiederaufgestellt.

Man fragt sich, wie ein anderer bekannter Einwohner Bayerns gegebenenfalls von den ungarischen Stellen apostrophiert wird: „Dr. Habsburg"? Oder als Erzherzog und Kronprinz, nicht nur von Österreich, sondern auch von Ungarn? Der sächsische König sagte nach seiner Entthronung, als ihn die ehemaligen Untertanen jubelnd umdrängten: „Ihr seid mir scheene Rebubliganer!" Und erst die Volksrepublikaner!



„Zurück, Provokateur!" KLAUS BÖHLE

Bürger und Soldaten

Von Rüdiger Moniac

Seit Wochen rollt eine Welle von Feierlichkeiten von und für Soldaten durchs Land. Ihren Höhepunkt erreicht sie heute und morgen, wenn zum 30. Gründungstag der Bundeswehr am Ort der Ernennung der ersten Soldaten, der Bonner Ermekeil-Kaserne, der Verteidigungsminister Ehrenkreuze verleiht, der Bundespräsident am Abend auf dem Hardtberg eine festliche Rede hält, anschließend Stabsmusikkorps und Wachbataillon den Großen Zapfenstreich zelebrieren und tags darauf Kanzler und ganzes Kabinett auf dem niedersächsischen Truppenübungsplatz Bergen-Hohne einer Feldparade der Truppe beiwohnen.

Es ist Anlaß zum Feiern: Dreißig Jahre lang haben die Streitkräfte unseres Landes entscheidend dazu beigetragen, daß uns allen ein Leben im Frieden einer freiheitlichen Demokratie möglich war und Moskaus Ausdehnungsgelüsten ein Riegel vorgeschoben blieb.

Zwei Szenen der Nachbarschaft zwischen Soldaten und ihren Mitbürgern: Die erste zeigt ein Dorf im Bayerischen. Manöverzeit. Schützenpanzer rasseln zwischen den Gehöften hindurch. Panzergrenadiere, das Gewehr im Anschlag, springen, Deckung suchend, von Hausecke zu Hausecke. Die Maschinenkanone eines Panzers bellt. Nebenan hängt die Bäuerin Wäsche auf die Leine. Kinder lehnen staunend am Gartenzaun. Der Bauer spannt den Trecker vor den Rübenwagen. Die Menschen nehmen das „Kriegsspiel" gelassen hin.

Die andere Szene spielt in einem Hamburger Fernsehstudio. Der Verteidigungsminister ist da, der Generalinspekteur, auch der Inspekteur der Marine. Viele Soldaten in Zivil. Ein Kabarettist singt. Bei Lysistrata beginnt er, aber schnell kommt er zur Gegenwart, gegen die Soldaten, die er als „Massenmörder" beschimpft. Aber da es gesungen ist, findet keiner von ihnen den Mut, zu protestieren, zu gehen und die Live-Sendung zu schmeißen. Viele klatschen gar.

Zwischen diesen Extremen lebt heute der Soldat der Bundeswehr. Hier die Zustimmung ihrer Mitbürger, die wissen, daß sie auch Belastungen um der Verteidigung willen hinnehmen müssen; dort der oft die demokratische Toleranz mißachtende Kampf einer sich intellektuell nennenden Minderheit gegen die militärische Friedenssicherung. Ein Kampf, der die Grünen ganz prägt, aber auch die SPD bereits in ihrem Kern angekränkelt hat.

Der Soldat fühlt sich unsicher im Leben zwischen den Extremen. Entweder nimmt er schweigend die Schmähungen hin, obwohl sein Inneres kocht, oder er weicht der Auseinandersetzung aus, vermeidet, sich als Soldat kenntlich zu machen. Die Uniform bleibt im Schrank. Jüngste Motivationsuntersuchungen in der Bundeswehr zeigen eine beunruhigende Diagnose. Die Wehrpflichtigen stehen unter einem sozialen Druck, sich an angeblichen postmateriellen Werten wie Selbstverwirklichung, Partizipation, Geborgenheit, Lebensqualität, Kreativität und Kommunikation zu orientieren.

Diese sogenannten Werte aber stehen einer militärischen Lebenswelt mit Befehl und Gehorsam diametral entgegen. So neigen die jungen Männer dazu, sich zwischen Kaserne und eigener Clique am Wochenende abzukapseln. Befriedigend ist das nicht; schon gar nicht für die Zeit- und Berufssoldaten, die es satt haben, ihren Entschluß für diesen Beruf immer wieder öffentlich rechtfertigen zu müssen. Hier könnte, so fern die Möglichkeit derzeit auch scheint, eine Gefahr für das Konzept des „Staatsbürgers in Uniform" heraufdämmern. Es ist Sache der geistigen Führung dieses Landes, ihr entgegen zu wirken.



Verteidiger der Freiheit und ihre Feinde: Gelöbnisfeier mit „Demonstranten" im Baum FOTO: DPA

Die Sozialdemokraten jedenfalls tragen mit zwiespältigen Aussagen über die Soldaten aus Anlaß der Feierlichkeiten für die Bundeswehr, vielleicht unwillentlich, zu dieser Enttäuschung der Soldaten mit ihrer Umgebung bei. Einerseits, so versicherte jüngst Willy Brandt, stehe die Partei zu den Soldaten und lasse nicht zu, daß andere sie von der Gesellschaft trennten. Andererseits aber mehren sich in der SPD auch die Stimmen, die die gültige Militärstrategie der NATO als kriegstreiberisch verteufeln und langfristig die „Westbindung" auflösen wollen. Als taktisches Mittel dazu dient die Verniedlichung der militärischen Bedrohung und die Propagierung der „Sicherheitspartnerschaft" mit dem Osten. Hinzu kommt die Angstmache vor den Atomwaffen, deren kriegshemmende Kraft, obwohl sie sich mit jedem Tag Frieden neu erweist, immer mehr unter Zweifel gestellt werden soll.

Auch die energisch vorangetriebenen Bemühungen des Verteidigungsministers und der Regierung, das Ansehen der Soldaten und der Bundeswehr als Ganzes zu steigern, werden so lange nicht den erhofften Erfolg haben, so lange sie nicht gezielt darauf hinwirken, daß in allen Kreisen der Bevölkerung die Einsicht Platz greift, daß Freiheit und Demokratie sich nicht von selbst eingestellt haben und dies auch künftig nicht tun werden. Sie müssen erkämpft werden, wobei der Kampf nur vordergründig darin besteht, viel Steuergeld für ihre Verteidigung aufzubringen und dies täglich neu zu rechtfertigen.

Zur inneren und äußeren Führung muß die geistige Führung kommen. Sie besteht darin, nicht nur sich furchtlos und uneingeschränkt zum Verteidigungsauftrag zu bekennen, sondern auch die Gründe zu nennen, warum wir Waffen brauchen; wer es ist, der unsere Freiheit bedroht. Nicht, weil die Bürger es nicht wüßten, sondern weil sie wissen möchten, daß ihre Regierung sich nicht scheut, einem der erstrangigen aller prä- und postmateriellen Werte zu dienen: dem Mut zur Wahrheit.

IM GESPRÄCH Hans Nadler

Rettete Dresdens Erbe

Von Maximilian Friedrich

Hans Nadler ist der diesjährige Preisträger des Schinkelringes, der höchsten Auszeichnung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz. Zum ersten Mal in acht Jahren erhält ihn ein Mann aus dem anderen Teil Deutschlands.

Gewöhnlich werden solche Preise nicht an Berufsdenkmalpfleger verliehen. Bei Nadler ist diese Ausnahme sehr wohl zu begründen. Geboren 1910 in Dresden, dort aufgewachsen, an der Technischen Hochschule als Architekt ausgebildet und noch heute als Professor im Fach Denkmalpflege tätig, stand er seit Kriegsende der Außenstelle Dresden vor (dem früheren sächsischen Landesamt). Kraft seiner Autorität ist er heute über die „DDR" hinaus eine Institution. Zwar versagt das Denkmalschutzgesetz der „DDR" den Instituten für Denkmalpflege die Entscheidungsbefugnis, doch bewirkte Nadler mit der Lauterkeit seines Engagements beispiellos viel für die Bewahrung der Kulturlandschaft Sachsens und der Niederlausitz.

Nach der Katastrophe Dresdens am 13./14. Februar 1945 verwarf Nadler den bequemeren Weg der Resignation und wagte angesichts von Hunger und bitterem Mangel die Rettung des Überkommenen. Der Wiederaufbau des Zwingers fällt ebenso in diese Zeit wie die oft verzweifelten Versuche zur Rettung des Kulturgutes aus den enteigneten Schlössern und Herrenhäusern. Erste Sicherungsarbeiten an der Dresdner Oper noch vor 1950 halfen deren Bestand bewahren. Zudem half er durch eine Wanderausstellung um 1955 die Einsicht verbreiten, daß die materiellen Zeugen der frühen Industrialisierung Sachsens immense kulturhistorische Bedeutung besitzen. Auch die ländliche Volksarchitektur wurde durch ihn frühzeitig Gegenstand denkmalpflegerischer Aufmerksamkeit.

In Nadlers Amtszeit fiel der Übergang von der einfühlend-gestaltenden „Geschmacksdenkmalpflege" zur archäologisch-analytischen „Befundsdenkmalpflege". Wie hier fielen auch in der „DDR" viele Denkmäler dem „Fortschritt" und dem Repräsentationsverlangen zum Opfer, wiederherstellbare ausgebrannte Fassaden barocker Häuser wurden noch 1956 in Dresden gegen die Stimme Nadlers beseitigt, gleiches gilt für die 1968 gesprengte Universitätskirche in Leipzig. Und noch 1975, ausgerechnet im Europäischen Denkmalschutzjahr, wurde auch die spätgotische Altstadt von Zwickau zur Hälfte abgeräumt, um Hochhäusern als neuen „städtebaulichen Dominanten" Platz zu machen – gegen Nadlers Protest.



Würdiger Träger des Schinkelrings: Nadler FOTO: DIE WELT

International bekannt geworden ist die sächsische Denkmalpflege durch den Wiederaufbau der Dresdner Semper-Oper. Der Preis für diese und andere Spitzenleistungen freilich war hoch: Viele Bauten von geringerem kulturpolitischen Stellenwert überall in Sachsen mußten und müssen ihn bezahlen. Dieses Versagen der Planwirtschaft kann am allerwenigsten den Denkmalschutzpflegern angelastet werden. Görlitz, die geteilte Stadt an der Oder, zeitlebens ein Lieblingskind Nadlers, ist ein besonders beklagenswertes Beispiel dafür.

Die Grenzen der Wirkungsmöglichkeiten in der „DDR" machen die Verdienste Nadlers um so größer. Mit Genugtuung mag der schmächtige, kleine, grauhaarige, noch immer ungebeugte Mann die Begründung für die Zuerkennung des Schinkel-Ringes gehört haben; seinem „hingebungsvollen Einsatz" sei die Rettung und Wiedergewinnung eines unverzichtbaren Denkmalbestandes von europäischem Rang in Dresden zu verdanken. Wir fügen hinzu: seiner Sachkenntnis, seiner Liebenswürdigkeit, vor allem seiner Fähigkeit zum Ausgleich.

Nie machte er aus seiner Meinung, die durch keine Parteizugehörigkeit eingeschränkt war, ein Hehl. Sein beinahe leichtsinniger Optimismus gab ihm und seinen Mitarbeitern Kraft. In seiner grenzenlosen Geduld opferte er Ratsuchenden, ob Schüler oder hohem Würdenträger, stets, was er am allerwenigsten besaß: Zeit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Geißlers Kritik an der Nobelpreis-Verleihung findet allgemeine Aufmerksamkeit:

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Das Argument eines Ärzte-Sprechers, daß ein Arzt vor allem Arzt sei, ist außerordentlich dünn. Hat der Mann noch nie von jenen Ärzten gehört, die sich in Hitlers Deutschland vor allem als Nationalsozialisten fühlten und Geisteskranke töteten? Ist ihm nicht bekannt, daß in der Sowjetunion Regimekritiker in Irrenanstalten eingesperrt werden, und dies wohl kaum ohne die Mitwirkung von Ärzten?

Badische Zeitung

Daß der sowjetische Vorsitzende Tschasow wirklich an der Verfolgung des Friedensnobelpreisträgers Sacharow beteiligt gewesen sei, ist nicht erwiesen und wird bestritten. (Freiburg)

General-Anzeiger

Jewgeni Tschasow gehörte, daran ist nicht zu rütteln, zu den Mitunterzeichnern jenes Briefes der sowjetischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften, der dem Bürgerrechtler Andrej Sacharow vorwirft, die Ehre und Würde der sowjetischen Gelehrten in Verruf zu bringen und gegen die Friedenspolitik der Sowjetunion zu agitieren. (Bonn)

Offenburger Tageblatt

Die Ärzte gegen Atomkrieg hätten einen klaren Ausweg: 145 000 Mediziner sollten ihren Präsidenten, insbesondere Jewgeni Tschasow auffordern, es zur Bedingung der Annahme des hohen Preises zu machen, daß Tschasow den Weg nach Oslo nur antreten kann, wenn ihn Preisträgerkollege Sacharow als freier Mann begleiten kann.

Allgemeine Zeitung

Nach der Zurückweisung der Vorwürfe Heiner Geißlers durch die Ärztevereinigung müßte die Rolle des Sowjetfunktionäres Tschasow im Zusammenhang mit der Verbannung Sacharows erst einmal international geklärt werden – eine Aufgabe, die freilich kaum zu lösen sein dürfte. (Mainz)

Überraschung: amerikanische Neger sprechen englisch

Was Menschen in der Sowjetunion über andere Länder wissen / Von Peter Dittmar

Man kann aus Wien, New York und sogar aus Jerusalem nach Moskau und Leningrad telefonieren. Doch oft sind die Gespräche nicht von langer Dauer. So berichtete jetzt gerade das „Informationszentrum über sowjetische Juden" in Jerusalem, daß die Verbindungen sofort unterbrochen werden, wenn das Gespräch auf die Frage der Auswanderung kommt. Die Mithörer vom KGB sorgen dafür, daß der Westen manches nicht erfährt. Die Unsicherheiten über das Schicksal der Sacharows sind nur ein Beispiel dafür. Es liegt jedoch nicht nur am Telefon, daß wir vieles nicht wissen (von dem, was manche bei uns nicht wissen wollen, einmal ganz abgesehen).

Aber auch umgekehrt gibt es eine Informationsblockade. Manche Sowjetbürger haben in mancher Hinsicht erschreckend geringe Kenntnisse über die Welt außerhalb der Grenzen ihres Landes. Jene Frau, die im Krieg als Kind in die Sowjetunion verschlagen wurde und erst Ende der siebziger Jahre in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen durfte, ist kein Einzelfall. Sie entschloß sich zu diesem Schritt, erzählte sie später, obwohl sie überzeugt war, daß es ihr in Deutschland schlechter als in Leningrad gehen würde. Auch wenn sie den sowjetischen Medien nicht alles glaubte, meinte sie doch zu wissen, daß sie in ein Land kommen würde, das immer noch von Kriegszerstörungen geprägt würde und in dem die meisten Menschen im Elend leben. Ein Film hat diese Geschichte dokumentiert.

Nun kommt eine Untersuchung von Olja Lewkow zu ganz ähnlichen Ergebnissen. Lewkow ist Berater des „Jüdischen Komitees für das sowjetische Judentum". Er hat in Amerika mehrere hundert jüdischer Einwanderer aus der Sowjetunion, einen repräsentativen Querschnitt von rund hunderttausend, befragt. Dabei ging es auch um die Kenntnisse, die sie vom Judentum hatten (in der Sowjetunion ist „Jude" bekanntlich eine „Nationalität" ohne Beziehung zur Religion), was sie von Israel und von Amerika wußten, bevor sie in diese Länder kamen. Das Ergebnis erschreckt den Betrachter.

Das Durchschnittsalter der Befragten lag zwischen 40 und 45 Jahren. Rund 87 Prozent gehörten weder zu den Dissidenten, noch zu den „Aktivisten". Gut die Hälfte von ihnen hatte keine Verwandten im Ausland. Sie wollten die Sowjetunion verlassen, weil sie in Freiheit leben wollten (88 Prozent), wegen des Antisemitismus in der UdSSR (86,9 Prozent), damit ihre Kinder nicht kommunistisch erzogen würden (20 Prozent). Etwa 43 Prozent erhofften sich außerdem eine Verbesserung des Lebensstandards. Englisch sprachen die wenigsten der Auswanderer. Die meisten entschlossen sich zur Emigration, ohne daß ihnen richtig bewußt war, worauf sie sich einließen.

Nur 15,4 Prozent hatten in der Sowjetunion überhaupt etwas über das Judentum gelesen. 36 Prozent kannten Menachem Begin, 14 Prozent hatten von Herzl, 15 Prozent von Jabotinsky gehört. Golda Meir, die 1948 als erste Botschafterin Israels in Moskau war und deren Popularität unter den russischen Juden Stalin in seinem letzten Lebensjahr neben anderem zu der antijüdischen Kampagne veranlaßt haben soll, war immerhin knapp der Hälfte der Befragten bekannt.

Ähnlich dürftig war der Wissensstand über Amerika. Abraham Lincoln hielten einige wegen seines Vornamens für einen Juden. Und – typische Folge sowjetischer Propaganda – von Präsident Carter und Senator Jackson nahmen sie an, daß sie jüdischer Abstammung seien, weil es sonst „unverständlich" wäre, daß sich diese Männer für die sowjetischen Juden einsetzten. 7,7 Prozent bezogen ihre Kenntnisse über die Vereinigten Staaten aus einem Buch von Theodore Dreiser und ebenso viele aus den Geschichten von Mark Twain. Insgesamt hatten nur 57 Prozent überhaupt vor ihrer Ausreise ein Buch über Amerika gelesen. Allerdings kannten 5,4 Prozent die von der amerikanischen Botschaft in Moskau herausgegebene Zeitschrift „Amerika". Da überrascht es nicht, daß ein Professor aus der UdSSR bei seiner Ankunft in New York ganz erstaunt war, weil die Neger dort ebenfalls englisch sprechen.

„Die kreative Organisation der sowjetischen Journalisten unterstützt die Partei und das Volk tatkräftig in der kommunistischen Erziehung der Werktätigen und im Kampf für den Aufbau der kommunistischen Gesellschaft in unserem Land", heißt es in der Satzung des Journalistenverbandes der UdSSR von 1966. „Seine Berufung und Pflicht sieht der Journalistenverband der UdSSR darin, durch seine gesamte Tätigkeit dem Sowjetvolk im Namen seines Glücks und Gedeihens treu zu dienen." Sachliche und objektive Informationen – gleichgültig ob über die sozialistischen oder die „kapitalistischen" Länder – sind offenbar diesem Glück und Gedeihen abträglich. Trotzdem können diese Grundsätze nicht verhindern, daß der Drang nach Freiheit stärker als der Glaube an die „Segnungen des Kommunismus" ist.

Henry Ford II – die Sorgen eines pensionierten Königs

Er war einer der ganz Großen in der 100jährigen Geschichte des Automobils. Wenn er die Firma betrat, warnten sich die Mitarbeiter per Telefon: „Achtung, der King ist eingetroffen." In London traf die WELT Henry Ford II, den erfolgreichen, aber auch streitbaren Konzernchef.

Von HEINZ HORRMANN

Der kleine, helle Raum im vierten Stock des Ford-Gästehauses, Grafton-Street, mitten in der teuersten Shoppingecke Londons, ist wohnlich, aber bescheiden eingerichtet: Ein Schreibtisch mit extragroßer Arbeitsplatte, eine Bücherwand mit einigen älteren Bildbänden und ein Stapel Fotoalben, Blumen auf der Fensterbank. Es ist das Arbeitszimmer von Henry Ford II, wenn er in Europa ist.

Der Mann, der mehr als die Hälfte der 100jährigen Automobilgeschichte entscheidend mitgeprägt hat, Ford zum Weltbegriff machte und vor sechs Jahren die Konzernleitung abgab, empfängt mich allein. Keiner der zahlreichen Vizepräsidenten ist dabei; keiner der PR-Manager oder Referenten, die früher so dienstbeflissen um ihn herumgewieselt sind.

Henry Ford zieht sein seidenes Einstecktuch aus der Brusttasche, um sich beim Einschütten nicht die Finger an der heißen Teekanne zu verbrennen. „Wir können gern über die Automobilgeschichte reden", sagt er. Wie eine Entschuldigung für mangelnde Kompetenz fügt der 69jährige hinzu: „Allerdings bin ich nicht mehr der Firmenlenker, nur noch Aktionär. Vor sechs Jahren habe ich das Amt abgegeben. Die Amerikaner haben keinerlei Bedarf an pensionierten Menschen, weder auf privater noch auf offizieller Ebene. Sicher ist das ein Fehler. Doch wenn sie sich einmal zur Ruhe setzen, haben sie tatsächlich jeden Einfluß verloren. Was sie vorher gemacht haben, ist unbedeutend. Es ist nicht zu verstehen, aber sie gelten nicht mal als weise, sondern werden als ein bißchen verrückt abgetan. Ich weiß nicht, warum es so ist, aber es ist wahr."

Der Enkel des Firmengründers steht auf, verschränkt die Hände auf dem Rücken und sieht zum Fenster hinaus. Das Problem beschäftigt ihn. Nicht mehr gefragt zu werden, ist bitter für den König der Motor-City, dessen Name an allen Werken des zweitgrößten amerikanischen Automobilkonzerns leuchtet. Nahezu 40 Jahre war er der Spitzenmanager, der Chief Executive und Verwaltungsrat-Vorsitzender des Weltunternehmens.

Hat er sich zu früh zurückgezogen, fühlt er sich zu agil, um nur noch der ungefragte Beobachter zu sein? Ford antwortet zögernd: „Ich habe vor sechs Jahren entschieden, mein Leben zu ändern. Ich wollte Golf spielen und andere Dinge tun, wozu in den Jahrzehnten vorher wenig Zeit war. Darum habe ich auch keine Aufsichtsratsposten oder ähnliches angenommen. Ich mache viele Reisen, bin gerne in Europa und nur einmal im Monat nehme ich als Finanzausschuß-Mitglied des Konzerns an einer Sitzung teil. Dabei halte ich mich auf dem laufenden." Er überlegt kurz und ergänzt: „Das war wohl nicht die Frage. Konkret: Ich bin zwar zufrieden, doch es berührt mich, daß die Erfahrung niemand interessiert."

Einmal war Ford noch im Ruhestand in Unternehmensaktionen aktiv, als es um die Finanzen ging. Damit der Bestand der Unternehmen auch in Zukunft gesichert sein würde und die Firmen auf eine stabile finanzielle Basis aufbauen könnten, verhandelten die Familien Agnelli für Fiat und Ford über einen Schulterschluß durch eine gemeinsame Holding und technische Zusammenarbeit. Die Ehe der Giganten zerbrach, bevor sie geschlossen wurde. Zum ersten Mal äußert sich Henry Ford über die Gründe: „Alle haben geschrieben, das Verlangen der einen oder anderen Seite nach dem Vorsitz oder die Finanzen seien die Gründe gewesen, daß die enge Zusammenarbeit nicht zustandekam. Doch das waren nicht die Probleme. Diese Fragen hätten geklärt werden können. Nein, Mr. Agnelli und die Fiat-Gruppe haben festgeschriebene Verpflichtungen gegenüber dem eigenen Land und ihrer Regierung. Wir haben die gleichen Probleme in den USA. Als wir darangingen, über die Absichtserklärungen hinaus die Details zu bereden, erkannten wir, daß es unmöglich sein würde, die beiden Teile jeweils mit unterschiedlichen Verpflichtungen zusammenzufügen. So kamen wir zu dem Schluß, daß es wohl besser sei, jetzt das Ende der Gespräche zu verkünden, als immmer wieder neu zu verhandeln und dann in sechs Monaten festzustellen, daß die Probleme immer noch nicht in den Griff zu bringen sind."

Henry Ford, der zwölf Prozent der Ford-Aktien, aber für 40 Prozent aller Anteile das Stimmrecht hält, ist allerdings sicher, daß eine technische Zusammenarbeit für beide Firmen fruchtbar wäre. Der Begriff Kooperation ist auch für ihn zu einem Schlüsselwort geworden, um Kosten zu senken und aufwendige Entwicklungen bewältigen zu können. Das war nicht immer so. Als in den 70er Jahren eine Zusammenarbeit mit Honda vorbereitet worden war, schlug er bei einer Vorstandssitzung mit der Faust auf den Tisch. Er wolle nicht, daß seine Produkte mit japanischen Elementen vermischt würden. Auch heute weist er darauf hin, daß Kooperation keine freiwillige Angelegenheit sei. Die schwierige Lage zwinge die Firmen dazu.

Ford beginnt Heftklammern gerade zu biegen und Propeller zu basteln, die er durch die Luft segeln läßt. Er konzentriert sich auf das Thema: „Sehen Sie, wir müssen Maschinenteile für einen Lkw bauen, haben aber nicht genügend Kapazitäten, um das bei den hohen Kosten durchzuführen. Darum gehen wir, wenn es sein muß, auch eine Partnerschaft mit der Konkurrenz General Motors ein. Die brauchen diese Teile für ihre Lkws ebenso nötig. Die Elemente sind für den Käufer nicht sichtbar, darum ist für ihn die Zusammenarbeit völlig unerheblich. Ein zweites Beispiel: Kleine Autos können in den USA nicht profitabel gebaut werden. Löhne und Steuern sind zu hoch. So müssen wir uns darauf einstellen, in Japan und Korea gefertigte Billigteile zu erwerben."

Kleine Autos waren seit jeher ein Dorn im Auge des Auto-Zaren. Mit dem Hinweis „Mini Cars – Mini Profit" wandte er sich schon in der aktiven Zeit stets ab. Darum empfindet er auch die Frage, warum man denn nicht früher auf die guten, kompakten Produkte der deutschen Tochter zurückgegriffen habe, als unangenehm. Mit der flachen Hand bügelt er eine Falte aus der überbreiten Club-Krawatte und antwortet: „Wir bringen nur Modelle, wenn Nachfrage besteht, und die gab es nicht für Fiesta oder ähnliches."

Jetzt sei das anders, räumt er ein. „Es hat uns 100 Millionen Dollar gekostet, um aus dem europäischen Fiesta einen amerikanischen zu machen. Sie wissen schon, die Abgasbestimmungen, die technische Umrüstung für die Sicherheitsbestimmungen. Jetzt läuft er. Als nächstes holen wir den Scorpio nach Amerika."

Als exklusives Fahrzeug „Made in Germany"? Schulterzucken. Das kann alles heißen … In amerikanischen Filmen und Fernsehserien würden die Bedeutenden und die Reichen doch stets deutsche Autos fahren, Mercedes, Porsche in Denver und Dallas etc., ist das nun als ein Kompliment für die hohe Technologie zu werten? Der Lassowurf nach nationalen Streicheleinheiten geht ins Leere. Die Frage nach der „hohen Technologie" ignoriert er ganz, die Tatsache will er nicht bezweifeln. Henry Ford sieht andere Gründe. „Es gibt in den USA eine Menge Leute, die wollen unbedingt das fahren, was nur wenige haben. Damit demonstrieren sie, daß sie Geld besitzen und zu einer Extraklasse gehören."

Ab und zu steht Ford auf, geht ein paar Schritte durch den Raum, streckt sich. Er hat Probleme mit dem Kreuz. Bei seinen Dehnübungen für die Bandscheiben sind die Initialen auf dem Hemd sichtbar: H F II ist da aufgestickt. Und dasselbe glänzt noch einmal auf der goldenen Platte der Gürtelschnalle.

Wir kommen auf die technische Entwicklung zurück. Es ist kein Geheimnis, daß die amerikanische Automobilindustrie erst sehr spät anfing, die Technik der Autos zu verbessern, Neuerungen wie den Vorderradantrieb zu übernehmen oder hochwertige Sicherheitsdetails wie das ABS-System und aufwendige Hinterachs-Konstruktionen einzubauen. Ford: „Die amerikanischen Firmen dachten lange Zeit, sie brauchten diese Dinge nicht, das ist der Grund, warum sie auch nicht gebaut wurden. Das war sicher eine Fehlentscheidung. Aber amerikanische Ingenieure sind nicht schlechter als die in Europa. Eine Reihe elementarer Entwicklungen kommen aus unserem Land. Und der Frontantrieb ist strittig. Wir fanden ihn großartig für kleine Autos, aber nicht für größere. Wenn ich nach Deutschland komme, sehe ich Mercedes und BMW. Die haben auch keinen Frontantrieb. Aber unser Land ist schon komisch. Plötzlich redet in den USA jeder von Frontantrieb, selbst die Regierung, die von unserem Geschäft nun überhaupt keine Ahnung hat. Das ist das gleiche wie in Deutschland das Politikergerede um die Luftverschmutzung."

Die Zukunft des europäischen Marktes malt der wuchtige Großindustrielle, der einst den akademischen Titel aberkannt bekam, weil seine Diplom-Arbeit von einem Ghostwriter verfaßt war, in dunklen Farben. Sechs unterschiedliche Firmen, die Marktanteile von elf bis 15 Prozent hielten, wären eindeutig zuviel. Die Zahl der Anbieter müsse reduziert werden. „Zumindest drei große sind auch noch von ihren Regierungen abhängig", sagt Ford und glaubt, daß nur noch GM, Fiat und Ford unabhängig sind. Die Profite in Europa seien denkbar schlecht. „Das liegt daran", resümiert er, „weil die Vielfalt der Modelle, des Zubehörs und der Motoren einfach verrückt ist. Wenn die Produktionsreihen nicht vereinfacht werden, kann es keinen Gewinn geben. Für viele Varianten braucht man viel Werkzeug. Das verursacht Kosten. Es ist zum Haareraufen. Ich hoffe nur, daß Ford in diese Richtung plant. Ob sie's tun, weiß ich nicht. Ich sagte ja, man fragt mich nicht nach meiner Meinung …"

Vielleicht ist man in Dearborn tatsächlich froh, den Enkel des Firmengründers nicht mehr im funkelnden Glaspalast der Konzernzentrale zu haben. In der Zeit von 1945 bis 1979, als er der absolute Alleinherrscher war, ist er mit seinen Top-Managern nicht gerade sanft umgegangen, weder mit Bunkie Knudsen, nach dem eine Karosserieform benannt wurde (Knudsen-Nase), nicht mit Robert McNamara, der später Minister und Weltbankpräsident wurde, und nicht mit Lee Iacocca, der sich als „Vater des Mustangs" lange Jahre Fords Gunst erfreute und dann mit dem lapidaren Hinweis „Manchmal mag man einen nicht" abserviert wurde. Auch bei den Direktoren unterhalb der Vorstandsebene verbreitete der Enkel des großen Erfinders jahrelang Angst und Unwohlsein. Gängige Telefoninformation bei seiner Ankunft: „Achtung, der King ist eingetroffen."

Iacocca, der nach seinem Rausschmiß Chrysler vor der Schließung bewahrte, zu glänzenden Gewinnen brachte und danach sogar als US-Präsidentschaftskandidat gehandelt wurde, rechnet in seinem Buch „Eine amerikanische Karriere", das 1,8 Millionen Mal verkauft wurde, nicht minder schonungslos und haßerfüllt mit Ford ab. Über 40 Seiten schildert Iacocca seinen Ex-Chef als charakterlosen Trunkenbold, der mit dem Aktienkapital wie mit seinem Privatvermögen umgegangen sei.

„Haben Sie sich damals gedemütigt gefühlt und blamiert, oder waren sie empört und wütend, als Sie von Iacoccas Memoiren hörten?" Allein schon die Namensnennung „Iacocca" reizt bei Ford die Galle. Mit Widerwillen ringt er sich ein knappes „Kein Kommentar" ab. Und die Frage, ob denn Lee Iacocca tatsächlich, wie er, Ford, behauptet haben soll, mit der Mafia im Bunde war, erfriert jede Lust an diesem Thema. Ford schweigt zu diesem Kapitel und wird es wohl weiter tun.

Als die Essenszeit naht, greift Ford zum Telefon, um herauszufinden, wo für ihn ein Platz zum Mittagessen sei. Ihm wird beschieden, daß in dem ganzen Vier-Etagen-Bauwerk, das er vor 29 Jahren gekauft hat, nirgendwo ein Zimmer zum Lunch frei sei: Meetings und Konferenzen. Schmerzlich für einen Mann, dem vor ein paar Jahren nur von livrierten Kellnern mit weißen Handschuhen die im Privatjet eingeflogene Seezunge aus Dover oder der Hamburger aus Ochsenfilet serviert wurde.



Im Mai 1928 kam Klein-Henry gemeinsam mit Vater Edsel (l.) und Lord Perry zur Grundsteinlegung für das Werk Dagenham bei London

FOTOS: DIE WELT



Firmenchef von 1945 bis 1979: Henry Ford II

Fehlstart beim Streik gegen die Lufthansa

„Es läuft bisher besser als bei Schlechtwetter", hieß es gestern früh zuversichtlich bei der Lufthansa zu den Auswirkungen des Streiks der ÖTV. Bei der Streikleitung war indes von „erheblichen Behinderungen" des Flugverkehrs die Rede. Wie es in Hamburg, Frankfurt und München aussah, berichten Diethart Goos, Joachim Neander und Dankward Seitz.

Seit Tagen hatten ÖTV-Funktionäre unter den 6500 Beschäftigten der Lufthansa-Werft auf dem Flughafen-Gelände in Hamburg-Fuhlsbüttel um Streikbereitschaft geworben. Als gestern früh um 8.30 Uhr zum Ausstand gerufen wurde, war die Resonanz verhalten. Auf dem Parkplatz vor dem Werftgelände versammelten sich – nach Darstellung der Gewerkschaft – 2500 Mitarbeiter, ließen sich registrieren, kassierten erste Streikgelder und verschwanden ziemlich schnell. Das naß-kalte Wetter mit Schneeregen und Sturm ließ Arbeitskampfstimmung nicht recht aufkommen, Streikposten verzogen sich in angemietete Busse. Auf der Werft, wo die Jets der Lufthansa und Maschinen anderer Gesellschaften in Tag- und Nachtschichten gewartet werden, ging der Betrieb ohne große Störungen weiter.

Etwa 1100 Belegschaftsmitglieder seien ihrer Gewerkschaft gefolgt, berichtete Lufthansa-Sprecherin Ruth von Schnakenburg. „Es laufen zwar allerlei Mitarbeiter mit ÖTV- Abzeichen im Betrieb herum, aber in manchen Bereichen, wie der Elektronik- und der Hydraulikwerkstatt, wird voll gearbeitet." Die Gruppen in der Maschinenüberholung seien etwas ausgedünnt worden, doch auch hier sei bisher nicht mit Engpässen zu rechnen. In den Hangars der Werft stehen gegenwärtig fünf Lufthansa-Jets, Terminschwierigkeiten sind nicht in Sicht. Sollten sich die Auseinandersetzungen allerdings länger ausdehnen, ist mit Problemen zu rechnen. Denn die Flugzeuge werden nach einem genau festgelegten Ablauf aus dem Linienflugplan herausgenommen und in die Wartung und Überholung beordert.

Für die Lufthansa in Hamburg-Fuhlsbüttel kam der Streik gestern früh nicht überraschend. Man hatte vielmehr Vorkehrungen getroffen, um den Flugbetrieb möglichst ohne Störung aufrecht zu erhalten. So waren alle Maschinen mit Starttermin am frühen Morgen auf dem Flughafenvorfeld abgestellt und nicht in die Hangars gerollt worden. Streikende hatten damit keinen Zugriff auf die Jets. Geringe Verspätungen ergaben sich lediglich aus der miserablen Wetterlage. Bis zum Mittag erfolgten alle 31 vorgesehenen LH-Starts nahezu planmäßig.

Während die ÖTV noch unter den arbeitswilligen Hamburger Lufthanseaten für ihren Arbeitskampf warb, rieben sich DAG-Funktionäre sichtlich zufrieden die Hände. Beide Gewerkschaften konkurrieren seit Jahren erbittert um die Gunst der Mitarbeiter. Dabei hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft wesentlich mehr Erfolg. Sie ist bei den Bediensteten am Boden und beim fliegenden Personal populärer als die ÖTV. Dementsprechend hatten gestern die „Uniformträger" auch wenig Verständnis für den „ÖTV-Ausstand aus nichtigem Anlaß", wie es unter DAG-Mitgliedern hieß. Hans-Dieter Kasparek, Gebietsverkaufsleiter der Lufthansa in Hamburg, fand drastische Worte: „Eine kleine Gruppe von ÖTVlern macht hier eigennützige Politik, sie laufen aus dem Ruder. Wir bedauern, daß damit das gute Geschäftsergebnis des letzten Jahres für 1985 aufs Spiel gesetzt wird."

In Frankfurt war bis zum Mittag kein einziger Flug ausgefallen. Von den bis dahin insgesamt 36 Verspätungen entfielen auf den Frankfurter Flughafen ganze vier, alle unter zehn Minuten. Ein Sprecher des Flughafens: „Bei uns läuft alles normal."

Gestreikt wird nach Angaben der ÖTV und der Lufthansa vor allem in den Bereichen Wartung und Catering. Allerdings kann offenbar gerade in diesen Bereichen relativ leicht für Ersatz gesorgt werden. Aus der von der Deutschen Lufthansa angegebenen Zahl von „fast 90 Prozent der Gesamtbelegschaft", die am Montag planmäßig zum Dienst erschienen seien, geht hervor, daß auch ein großer Teil der ÖTV-Mitglieder dem Streikaufruf der Gewerkschaft nicht gefolgt ist.

Bedienstete des Frankfurter Flughafens berichteten um die Mittagszeit, daß die Streikposten der ÖTV auf die Frage, warum gestreikt werde, nicht mehr die Gewinnbeteiligung anführen (hier lagen Angebot und Forderung nur noch 75 Mark pro Mann auseinander), sondern die Vorruhestandsregelung. Es wird vermutet, daß dies auf Anordnung der Streikleitung geschieht, die die mangelnde Popularität des Streiks erkannt zu haben scheint.

Nach Angaben der ÖTV hatten um die Mittagszeit in Frankfurt auch zahlreiche Mitarbeiter der Lufthansa-Service-Gesellschaft die Arbeit niedergelegt, die zunächst gearbeitet und damit Ausfälle bei der LSG in Hannover und München ausgeglichen hatten.

Fast völlig reibungslos und normal lief am Vormittag auf dem Flughafen München-Riem der Betrieb bei der Lufthansa. Bis zum Nachmittag mußte lediglich das Flugpaar München–Bremen–München gestrichen werden, weil die Besatzung des Cockpits streikte. Ansonsten kam es nur zu Verspätungen von bis zu zehn Minuten.

Daß der Streik der ÖTV in München bislang keine größeren Auswirkungen hatte, wird damit begründet, daß von den hier rund 600 Lufthansa-Beschäftigten in dieser Gewerkschaft nur etwa ein Drittel aller Angestellten organisiert ist und von diesen wiederum nur ungefähr 60 Prozent dem Streikaufruf gefolgt seien. Im wesentlichen handele es sich dabei um Bodenpersonal. Nach Ansicht einer Lufthansa-Angestellten hätten die ÖTV-Streikposten auch nur in sehr begrenztem Umfang Sympathisanten finden können.

Ähnlich schildert ein Sprecher der Lufthansa-Service GmbH die Lage bei dieser Lufthansa-Tochter. Von den etwa 100 Angestellten der ersten Schicht hätten sich „maximal" 30 Personen zum Streik bereitgefunden. Dies verzögere zwar etwas die Versorgung der Maschinen und schränke den gewohnten Umfang des Service während der Flüge ein, doch sei dies keineswegs gravierend.

In Winterhude kam für Apel der Umschwung

Der SPD-Abgeordnete kann wieder auf alten Wahlkreis hoffen

PETER PHILIPPS, Bonn

Für Hans Apel, einen der letzten bundesweit bekannten Bannerträger rechter Kanalarbeiter-Tradition in der SPD, scheint sich das innerparteiliche Kämpfen auszuzahlen: Im August kündigte ihm eine „linke Seilschaft" (Apel) den Entzug seines angestammten Wahlkreises 15 (Hamburg-Nord an. Inzwischen deutet alles daraufhin, daß es Helmut Schmidts junger Mann wieder schaffen könnte, nominiert zu werden. Die „Basisdemokratie", wie sie eine enttäuschte Linke nennt, in den örtlichen Parteidistrikten des Apel-Wahlkreises hat anders reagiert als erwartet.

Der ehemalige Finanz- und Verteidigungsminister selbst war bis vor kurzem skeptisch über seine politische Zukunft gewesen: Nachdem die linke Kreisvorsitzende Helgret Fischer-Menzel seiner Ehefrau Ingrid am Abend telefonisch mitgeteilt hatte, daß er als Repräsentant der alten „Schmidt-Partei" nicht mehr vermittelbar sei und deshalb einen Gegenkandidaten bekomme, fühlte sich der an jenem Tag im Koblenzer Bundeswehr-Lazarett liegende Apel wieder einmal vom Pferd getreten. Denn seine schwache Position war nicht zu leugnen: Vor allem aus übergeordneter Parteiräson hatte ihn die linke Mehrheit in den vergangenen Jahren immer wieder nominiert, obwohl er politisch in einer aussichtslosen Minderheiten-Position stand.

Aber Apel nutzte seine Popularität, trommelte öffentlich: „Wenn die mir den Stuhl vor die Tür stellen wollen, ist das mehr als ein regionales Ereignis." Parteichef Brandt und dessen Stellvertreter Vogel intervenierten persönlich beim linken Landeschef Ortwin Runde, wenn auch mit Glacéhandschuhen. Apel sah das als Erfüllung seines berechtigten „Anspruchs" und ging selbst an die heimatliche Basis, die ihn die Jahre zuvor selten so häufig zu Gesicht bekommen hatte. Um kein Verzichts-Signal zu setzen, schlug er nach Wischnewskis Rücktritt den Posten des Bundesschatzmeisters der SPD aus.

Den öffentlich auf die linken Hamburger Genossen einschlagenden Kämpfer gibt es heute nicht mehr.


Hans Apel nutzte seine Popularität FOTO: DIE WELT

Nachdem ein großer Teil der Vorwahlen in den 15 örtlichen Distrikten seines Wahlkreises absolviert ist, schweigt er, möchte die noch labile Position nicht gefährden. Doch die Zufriedenheit ist ihm überdeutlich ins Gesicht geschrieben.

Nachdem die ersten beiden Abstimmungen erwartungsgemäß „zu Null" gegen ihn ausgegangen waren, hatte sich in Winterhude der Umschwung angedeutet. Mehr als eine Woche später rätseln die Linken im Hamburger Norden noch immer darüber, wie Apel so viele Anhänger heranschaffen und zu einem eindrucksvollen Etappensieg kommen konnte. „Es ist alles ein bißchen durcheinander", lautet der ratlose Befund der Genossen, die sich so sicher waren, statt des „Raketen-Hans" den eher stillen linken Bürgerschafts-Abgeordneten Hermann Scheunemann nach Bonn schicken zu können.

In Langenhorn-Süd und Wandsbek, rechte Hochburg des Bürgermeisters Alfons Pawelczyk, werden diese Woche zwei weitere Vorwahl-Schlachten ausgefochten, bei denen Apel als erklärter Favorit ins Rennen geht. Das letzte und möglicherweise entscheidende Votum wird am 4. Dezember in Langenhorn-Nord abgegeben.

Mit dem Thema Abtreibung will Vogel in den Wahlkampf gehen

Von JOACHIM NEANDER

Aberglaube ist in der CDU streng verboten, wenn am Mittwoch um 15 Uhr die SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag ihren förmlichen Mißtrauensantrag gegen Justizminister Professor Heribert Bickel (CDU) einbringt. Denn fast genau vor sechs Jahren wurde in Mainz ein ähnliches Stück gespielt: Mißtrauensantrag von SPD und FDP gegen den damaligen Justizminister Otto Theisen (CDU); zunächst mit einer Stimme Mehrheit abgewehrt – aber drei Tage später trat Theisen entnervt von selbst zurück.

Aber Bickel ist nicht Theisen. Und die Sachlage ist auch ein wenig anders als damals. Theisen warf man im In- und Ausland vor, er trage die politische Verantwortung für schlampige Arbeit von Staatsanwälten in einem Fall von NS-Verbrechen. Bei Bickel geht's nicht um Verbrechen, sondern um den Zuckergehalt im unvergorenen Weinmost. Auch diesmal sind Staatsanwälte im Spiel. Doch was die Opposition seinerzeit von Theisen forderte – die ihm unterstellten Staatsanwälte mittels Weisungen schärfer an die Kandare zu nehmen –, das wirft sie jetzt dem Professor vor. Und selbst dieser Vorwurf wird weniger rechtlich als politisch begründet: Gerügt wird – übrigens auch von Teilen der eigenen Fraktion – des Ministers Stil, Wortwahl und Umgangston gegenüber den Staatsanwälten, dem Parlament und der Öffentlichkeit.

Der Ausgang der Abstimmung am Freitag (nach der Geschäftsordnung zwei Tage nach der Einbringung des Antrags) ist nicht zweifelhaft. Die CDU, mit 57 von 100 Sitzen, wird geschlossen ablehnen. Wäre die FDP noch im Landtag, wie vor sechs Jahren, würde auch sie diesmal gegen den Antrag stimmen oder sich zumindest der Stimme enthalten.

Dennoch zeigt der Vorgang um den Mißtrauensantrag auch diesmal eine gewisse Verunsicherung der Regierung von Bernhard Vogel (CDU).

Seit Monaten ist das Bild des Landes Rheinland-Pfalz in der Öffentlichkeit getrübt. Zwei parlamentarische Untersuchungsausschüsse zum Komplex Parteispenden haben das Land auch außerhalb der Landesgrenzen ins Gerede gebracht. Auch der Weinskandal um das Diethylenglykol, obwohl österreichischer Herkunft, schwappte ins Weinland Rheinland-Pfalz über. Und selbst die noch keinesfalls abgeschlossene Affäre um die Milliardenverluste der Deutschen Anlagen Leasing (DAL) führte vornehmlich in Mainz zu öffentlicher Aufregung, obwohl auch andere Bundesländer mit ihren Landesbanken tief drinstekken.

Vielleicht war es der Streit um seinen Justizminister, der den Ministerpräsidenten – an all diesen Auseinandersetzungen persönlich nicht beteiligt – endlich dazu gebracht hat,



nicht nur unablässig schützend vor seinen attackierten Kabinettskollegen hin- und herzuspringen, sondern höchstpersönlich mit einem eigenen politischen Thema in die Offensive zu gehen.

Seit er das Thema gefunden hat – es ist die Initiative für den Schutz des ungeborenen Lebens – ist Vogel eigentümlich verwandelt. Jener Hang zum vorsichtigen Übertaktieren, den ihm viele früher vorwarfen, scheint bei diesem Thema von ihm abzufallen. In keiner Rede läßt er die Sache aus. Fast immer antwortet ihm stürmischer Beifall. Auch zahllose Briefe bestärken ihn. Längst hat er jene von manchen in der eigenen Partei als „kompromißlerisch" kritisierte Gesetzesinitiative des Landes im Bundesrat zur Verschärfung der Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung bei Abtreibung auf Krankenschein politisch sozusagen hinter sich gelassen. Längst zielt er weiter auf das Grundsätzliche. Kein Zweifel, mit diesem Thema wird Bernhard Vogel – als einziger Regierungschef der Union übrigens – auch 1987 offensiv in den Bundes- und Landtagswahlkampf ziehen.

Das verändert allerdings – bisher in der rheinland-pfälzischen Öffentlichkeit offenbar noch von niemandem bemerkt – die landespolitische Ausgangslage. Vogels wichtigstes Thema ist, für ihn ein absolutes Novum, mit der FDP nicht koalitionsfähig.

Die Bemerkungen des Ministerpräsidenten in seiner Parteitagsrede am Wochenende waren aufschlußreich. Er sprach zwar von einem „völlig unbelasteten Verhältnis" zum ehemaligen Mainzer Koalitionspartner, fügte dann aber sibyllinisch (und offenbar umfragegestützt) hinzu, immer noch seien in Rheinland-Pfalz die Chancen der Grünen, ins Parlament zu kommen, größer als di Rückkehrchancen der FDP. Die CDU kämpfe auch 1987 um die absolute Mehrheit. Die FDP müsse selber sehen, wie sie es schafft.

Dies könnte den FDP-Landesvorsitzenden Rainer Brüderle in die Zwickmühle bringen. Bisher hat er, in einer fast ununterbrochenen Kette von ziemlich spitzen Presseerklärungen zu tagesaktuellen Ereignissen die Schlappheit und den Schlendrian der absoluten CDU-Herrschaft angeprangert und Vogels Führungsschwäche herausgestellt, den Ministerpräsidenten politisch aber in Ruhe gelassen.

In der CDU-Fraktion werden viele sich die Hände reiben. Brüderles kesse Art liegt ihnen seit langem schwer im Magen. Was die Unionspolitiker ganz besonders freut, ist die Tatsache, daß genau zur gleichen Zeit der Spielraum der Freien Demokraten nach der anderen Seite noch enger wird. In einem Zeitschrifteninterview hat der neue Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Rudolf Scharping, unter Weglassung aller Vorsicht (und Seite an Seite mit dem saarländischen Umweltminister Jo Leinen) als Summe seiner politischen Ziele vor ein paar Tagen den folgenden Satz formuliert: Den Kapitalismus so lange reformieren, bis es ihn am Ende gar nicht mehr gibt.

Deutsch im Ausland: Sorgenkind Rumänien

Ungarn gibt ein Beispiel / Internationales Sprachseminar

GEORG BAUER, Kiel

Für die Experten gestaltete sich die Bestandsaufnahme über den Deutsch-Unterricht und der Unterricht in deutscher Sprache bei den deutschen Bevölkerungsgruppen im Ausland nicht ohne Schwierigkeiten. Zu facettenreich war das Bild, das sie im Rahmen eines international besetzten Kolloquiums in der Akademie Sankelmark nahe Flensburg von der Lage in Osteuropa, aber auch in Südtirol, dem Elsaß, Belgien und Dänemark zeichnen mußten. Auf einen Nenner gebracht, kamen sie zu der Aussage: Rückgang der deutschen Sprache als Fremdsprache, aber Hoffnung bei manchen Volksgruppen.

Optimistisch äußerte sich das Symposium vor allem über den Stellenwert des Deutsch-Unterrichts in Ungarn. In der Meinung, daß die Muttersprache Quell des Bewußtseins ist und Spielräume die Verbindungen zum Staat stärken, gibt sich Budapest offen. Mit einem Netz von Einrichtungen werde Deutsch als Muttersprache für die auf rund 220 000 geschätzten Deutschstämmigen in „fast vorbildlicher Weise" gefördert.

Düster sieht hingegen die Lage in der CSSR aus. Prag untersagt so gut wie jeden Deutsch-Unterricht, ein auch aus ideologischer Engstirnigkeit genährtes Verhalten, das der CSSR den Vorwurf einhandelte, sie verleugne die eigene Geschichte.

Aus der Sowjetunion tröpfeln die Nachrichten nur spärlich. Als Informanten dienen Aussiedler. Ihren Berichten zu Folge soll sich die Lage der über den ganzen asiatischen Raum verstreuten Deutschen etwas verbessert haben. Hierzu meinte der Konferenzleiter, Prof. Alexander Ritter: „Wir sind nicht sicher, ob es überhaupt Deutsch-Unterricht gibt".

Größtes Sorgenkind ist Rumänien. Durch eine geschickt angelegte Strategie versucht Staats- und Parteichef Nicolae Ceausescu die „nationale Frage" durch eine schleichende Romanisierung zu lösen. So werden an deutschsprachigen Gymnasien Zug um Zug Klassen eingerichtet, in denen Rumänisch Unterrichtssprache ist. Die Folge: Gemeinsame Lehrerkonferenzen werden fortan in rumänisch abgehalten. In dieses Konzept paßt die Tatsache, daß an Universitäten die germanistischen Fakultäten abgebaut werden.

In diesem Zusammenhang übten die Wissenschafter auch Kritik am Verhalten des Auswärtigen Amtes in Bonn, das den „staatlich arrangierten Niedergang deutschsprachiger Kultur in Rumänien" fördere. Als Beispiel nannten sie die vor wenigen Wochen organisierte deutsche Kulturwoche in Bukarest. Ritter: „Die zuständigen Stellen in Bukarest und der deutsche Veranstalter, das Münchner Goethe-Institut, haben die deutschsprachigen Schriftsteller aus Siebenbürgen bewußt ausgeklammert". Das Rumänien-Problem werde nicht als Verlust kultureller Vielfalt in Europa verstanden, sondern als reines Auswanderungsproblem.

In ihrer Analyse des Verhaltens der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den deutschsprachigen Minderheiten in jüngster Vergangenheit kommen die Germanisten ferner zu dem Schluß, durch politisches Desinteresse, Wankelmut und Ignoranz der Verbreitung des Deutschen in der Welt großen Schaden zugefügt zu haben. Das habe sich auch negativ auf die kulturellen Leistungen deutschsprachiger Gruppen im Ausland ausgewirkt, die sich durch die Bundesrepublik im Stich gelassen fühlten. Ihre Literatur drohe ohne das Echo aus der Bundesrepublik zu verarmen.

Vorbildlich handelt demgegenüber die „DDR". Massiv unterstützen die in der „DDR" verantwortlichen Kulturfunktionäre die deutschen Gruppen in osteuropäischen Staaten finanziell, organisatorisch und inhaltlich. Die in der Bundesrepublik anzutreffende Berührungsscheue, geboren aus der Zeit des Nationalsozialismus, ist ihnen fremd.

Eine Richtungsänderung bahnt sich an. So war zum erstenmal in Sankelmark auch ein Vertreter aus der kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes anwesend. Und auch die Goethe-Institute, die bisher die Minderheiten gescheut haben, scheinen die Gruppen allmählich zur Kenntnis zu nehmen.

Kronawitter muß Pannen einräumen

PETER SCHMALZ, München

Ein Wahlkampfthema, mit dem Münchens OB Georg Kronawitter (SPD) erhebliche Emotionen gegen seinen CSU-Amtsvorgänger Erich Kiesl geschürt hatte, wird für ihn zunehmend zu einer Belastung. Nachdem in der vergangenen Woche vor dem städtischen Rechnungsprüfungsausschuß eine Reihe von Vorwürfen gegen Kiesl sich als haltlos erwiesen haben, mußte Kronawitter gestern einräumen, es habe „ein paar blamable Pannen" gegeben.

Die sogenannte Münchner „Bauaffäre" hat schon deshalb eine beachtliche Bedeutung, weil sie für die Wahlniederlage der CSU im letzten Jahr mitverantwortlich gemacht wird. Kronawitter warf dem damaligen Amtsinhaber Kiesl vor, er habe mit dem Münchner Bau- und Brauunternehmer Josef Schörghuber „Spezl-Wirtschaft" betrieben und diesem 60 743 Quadratmeter wertvolles Bauland für nur 230 Mark je Quadratmeter und damit weit unter Wert verkauft. Drei Gutachten, so Kronawitter gestern, würden diesen Unterwert-Verkauf bestätigen.

Kronawitter verschweigt jedoch, daß er am Ende seiner ersten Amtszeit 1978 eine miserable Wohnungsmarktsituation hinterlassen hatte: Auch bedingt durch restriktive Stadtratsbeschlüsse lag der Wohnungsbau darnieder, Mieten und Baulandpreise explodierten. Kiesl versuchte, die Situation durch ein forciertes Wohnraumbeschaffungsprogramm zu retten und war auch bereit, preiswerte städtische Grundstücke an Bauträger abzugeben. Der Wohnungsmarkt hat sich seither deutlich entspannt, die Mieten sinken erstmals.

Wieder ins Amt zurückgekehrt, wollte Kronawitter das Wahlthema nicht ablegen, obwohl die Regierung von Oberbayern als Aufsichtsbehörde den Verkauf als rechtens beurteilte und die städtische Verwaltung beteuerte, das Geschäft sei in Ordnung. Dennoch schaltete Kronawitter das Revisionsamt ein, das unter der Federführung eines ehemaligen SPD-Funktionärs einen unhaltbar tendenziösen Bericht vorlegte.

Es müsse, so kombinierten die Revisoren, eine verschwundene Geheimakte über die Verbindungen Kiesls zum Bauunternehmer Schörghuber geben, denn das Original eines Schörghuber-Briefs ans Rathaus lasse sich nicht finden. Inzwischen aber tauchte das Papier in einer anderen Akte korrekt abgelegt auf, und es wurde zudem bekannt, daß Kronawitters persönlicher Referent das Blatt schon vor Wochen gefunden hatte, angeblich ohne seinen Chef darüber zu informieren.

Während die CSU nun von Kronawitter eine Entschuldigung verlangt, kündigte dieser gestern an, den Verkauf nochmals bei der Aufsichtsbehörde anzufechten.

„Hier ist alles so farbig"

Seminar der Theodor-Heuss-Akademie für „DDR"-Übersiedler

D. SALZMANN, Gummersbach

„Für mich ist es das erstemal, daß ich von meinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch machen kann", sagt der Mann mit dem sächsischen Dialekt. Er ist Teilnehmer eines Wochend-Seminars, das die Theodor-Heuss-Akademie in Gummersbach veranstaltet, um Menschen, die der „DDR" den Rücken gekehrt haben, bei den ersten Schritten in der Bundesrepublik zu helfen.

Das ist für Aussiedler aus der „DDR" eine völlig neue Erfahrung, eine von vielen, die sie machen, wenn sie in die Bundesrepublik kommen. Da ist die Möglichkeit, dahin zu reisen, wohin man will. Vom „Farbenschock", den sie nach ihrer Ankunft bekamen, berichten viele. „Alles ist so farbig hier, daß es einem am Anfang fast in den Augen weh tut", sagt einer der Teilnehmer, die Umsitzenden nicken zustimmend. Auch von der Amerikanisierung der deutschen Sprache ist die Rede. Weitere Veranstaltungen dieser Art sollen folgen.

Für die meisten war der Start in der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne Probleme. Da ist das Heimweh. Für viele ist es der erste Kontakt, den sie nach ihrer Übersiedlung in die Bundesrepublik mit anderen ehemaligen „DDR"–Bewohnern haben. Im Alltag wird das Heimweh oft verdrängt. Aber wenn sich die Teilnehmer über Dresden unterhalten, sich erzählen, in welcher Straße sie gewohnt haben, klingt Erinnerung mit.

Noch immer beeinflußt die „DDR" das Leben einiger Teilnehmer. Sie wollen nicht, daß ihre Namen in der Zeitung erscheinen, weil sie Repressalien für Verwandte und Freunde befürchten. Ein Mann, der bei einem Besuchsaufenthalt im August nicht in die „DDR" zurückkehrte, weiß, daß seine Tochter wegen seiner „Republikflucht" im Gefängnis sitzt. Seinem Gesicht ist die Sorge um die Familie abzulesen. Aus den Berichten anderer Teilnehmer, weiß er auch, was seine Frau durchzumachen hat.

Sorge um Arbeitsplatz

Unter anderem Befragungen durch den Staatsicherheitsdienst, bei der sie aufgefordert wird, ihren Mann zur Rückkehr zu bewegen. Ihr wird die Scheidung nahegelegt. Sie verliert den Arbeitsplatz. Eine Teilnehmerin, deren Mann ebenfalls bei einem Verwandtenbesuch in der Bundesrepublik geblieben ist, berichtet, daß sie 15 000 Mark an die „DDR" bezahlen mußte, damit ihr Ausreiseantrag überhaupt bearbeitet wurde. 22 Anträge hatte sie gestellt, bevor sie ausreisen durfte.

Die 25 Teilnehmer des Seminars wollen nicht nur etwas über die Bundesrepublik lernen, sie nehmen auch an dem Wochenend-Kurs teil, um Kontakt untereinander aufzunehmen, sich mit Menschen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden, zu unterhalten, Erfahrungen auszutauschen. In der Theodor-Heuss-Akademie erhalten sie eine kleine Einführung über den Staat, in dem sie jetzt leben, einem Staatswesen, von dem sie vorher möglicherweise nur etwas durch den Zerrspiegel der SED-Propaganda erfahren haben. Aber sie erhalten auch eine ganz praktische Hilfestellung, etwa, wenn es darum geht, eine finanzielle Starthilfe zu erhalten, eine Wohnung zu finden und einen Arbeitsplatz zu bekommen.

Neu ist es für alle, daß sie sich um Dinge kümmern müssen, die ihnen vor ihrer Übersiedlung der Staat abgenommen hat. Es gibt Hilfen für die Neuankömmlinge, aber jeder muß von sich aus aktiv werden, um sie in Anspruch nehmen zu können. Da ist die Sorge einen Arbeitsplatz zu bekommen. „Für Facharbeiter gibt es kaum Probleme", sagt Willi Hönen, Arbeitsberater vom Arbeitsamt Bergisch Gladbach, der den Übersiedlern Tips für den Start im bundesdeutschen Arbeitsleben gibt.

Sozialer Abstieg

Für Akademiker ist der Start im Arbeitsleben schwerer. Abschlüsse sind oft nicht gleichwertig, und werden deshalb nicht anerkannt. Das bedeutet entweder eine niedrigere Einstufung im Berufsleben oder ein erneutes Studium. Eine Frau, die in Dresden eine Abteilung mit 90 Beschäftigten leitete und für „DDR"-Verhältnisse ungewöhnlich gut verdiente, arbeitet jetzt als Schreibkraft bei einem Arbeitsverleih. Für sie bedeutet die Übersiedlung einen, wenn sie auch glaubt, vorübergehenden sozialen Abstieg. Sie hatte in der „DDR" die Berufsbezeichnung Ingenieur-Ökonom (Betriebswirt).

Ein Übersetzer, der jetzt in Baden-Württemberg wohnt, erzählt, daß er wegen seiner Herkunft keine Stelle bekommmen habe. Vor allem seit den Spionagefällen im Sommer begegneten ihm Arbeitgeber, aber auch Nachbarn mißtrauisch. Auf seine Bewerbung bei einer Behörde, in der er seine Herkunft nicht erwähnt hatte, sei nach zwei Wochen die Antwort gekommen, er solle ausführliche Unterlagen einsenden. Als er dann schrieb, daß er aus der „DDR" stamme, kam innerhalb von drei Tagen die Absage. Andere Teilnehmer bestätigen dies. Ein Ingenieur, der von einer Firma nicht eingestellt worden war, weil sie angeblich schon besetzt sei, fand die gleiche Stelle um die er sich beworben hatte, eine Woche später erneut in einer Zeitung annonciert. Er rief bei dem Unternehmen an und beschwerte sich und konnte den Arbeitgeber umstimmen.

Aber die positiven Erfahrungen überwiegen. „In der Bundesrepublik kann man leben, in der DDR wird man gelebt". So charakterisiert ein Teilnehmer den Unterschied zwischen den beiden deutschen Staaten.

Dokument belegt Vorwurf von Geißler

Auch sowjetischer Regimekritiker protestiert gegen Friedensnobelpreis für internationale Ärztegruppe

GÜNTHER BADING, Bonn

Die von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler geäußerte Kritik an der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Organisation „Internationale Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges" und die Aushändigung des Preises an den stellvertretenden sowjetischen Gesundheitsminister Tschasow stützt sich unter anderem auf einen gegen den Regimekritiker Sacharow gerichteten Brief sowjetischer Wissenschaftler. Der von 25 Mitgliedern der Akademie der Medizinischen Wissenschaften der Sowjetunion, darunter der heutige stellvertretende Gesundheitsminister Tschasow, unterschriebene Brief ist am 2. September 1973 in der Moskauer „Iswestija" abgedruckt worden. Darin heißt es unter anderem wörtlich: „Wir sowjetischen Mediziner fühlen uns beleidigt durch das Verhalten des Akademiemitglieds A. D. Sacharow ... verurteilen wir entschieden seine Aktivitäten, die gegen die Friedenspolitik der Sowjetunion gerichtet sind."

Weiter heißt es in dem Brief, in dem Sacharow gegen den „Kurs der friedlichen Koexistenz von Ländern mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen sowie gegen den von unserer Partei und unserem Staat eingeschlagenen Weg der Entwicklung der wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit auftritt, indem er für sich die Rolle sozusagen eines ‚Humanisten' und ‚Verteidigers der bürgerlichen Freiheiten' beansprucht, wobei er unser gesellschaftliches System in Verruf bringt, das während der Jahre der Sowjetmacht aufgebaut wurde und überaus günstige Bedingungen für das Gesundheitswesen und die Entwicklung der Medizin geschaffen hat, verwandelte sich A. D. Sacharow im Grunde genommen in ein Werkzeug der feindlichen Propaganda gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder." Sacharow entstelle die Wirklichkeit in der Sowjetunion auf grobe Weise und lasse sich „am Gängelband der aggressivsten imperialistischen Kräfte führen, die versuchen, die Flammen eines Weltkriegs zu entfachen und der Menschheit neue Leiden zuzufügen". Sacharows Tätigkeit „ist allen sowjetischen Wissenschaftlern von Grund auf fremd".

Nicht nur Tschasow selbst, sondern auch der Psychiater Marat Vartanyan, der wie der stellvertretende Gesundheitsminister der „Internationale" der Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges angehört, ist Gegenstand von Kritik. Der Mathematiker und Regimekritiker Leonid Pljuschtsch hat gegen die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Ärztegruppierung protestiert, die diesen Mann zum Mitglied hat.

Pljuschtsch, der heute in Paris lebt, verwies darauf, daß Vartanyan bei der Auseinandersetzung um den Mißbrauch der Psychiatrie zur Ausschaltung Andersdenkender in der Sowjetunion als Wortführer und Verteidiger der sowjetischen Psychiatrie hervorgetreten war. Die sowjetische Psychiatergesellschaft ist Anfang 1983 aus dem Weltverband für Psychiatrie ausgetreten, um einem Ausschluß wegen des Mißbrauchs der Psychiatrie gegen politisch Andersdenkende zuvorzukommen. Vartanyan hatte damals in dem Weltverband den Vorwurf, Regimekritiker würden in psychiatrische Kliniken eingeliefert, als Lüge und Propaganda zurückgewiesen.

Daß solcher Mißbrauch betrieben worden ist und betrieben wird, ist allerdings im Westen unbestritten. So hat das Europäische Parlament im Frühjahr 1983 im Rahmen eines Berichtes über die Menschenrechte in der Sowjetunion festgehalten, daß die Einweisung von Oppositionellen in psychiatrische Anstalten und ihre zwangsweise Behandlung „das dunkelste Kapitel der Behandlung, die die sowjetischen Behörden Regimekritikern zuteil werden lassen", sei. Die Unterdrückung der Menschenrechte sei, so das Europäische Parlament, „ein Hindernis auf dem Weg zur Entspannung" und stelle deshalb „gleichzeitig auch eine Gefährdung des Weltfriedens dar".

Die SPD hatte am Wochenende Geißlers Kritik an Tschasow als „Verleumdung" bezeichnet und sich „ausdrücklich" an die Seite des sowjetischen Wissenschaftlers gestellt.

ПИСЬМО ЧЛЕНОВ АКАДЕМИИ МЕДИЦИНСКИХ НАУК СССР

Der Beweis in der „Iswestija" vom 2. September 1973: Der vom Nobelkomitee ausgezeichnete Tschasow hat gemeinsam mit anderen eine öffentliche Verurteilung von Sacharow unterschrieben.

Die Schulen sollen auch wieder erziehen

p.p., Bonn

Die Forderung nach fundierter Allgemeinbildung in den Schulen erlebt in der bildungspolitischen Diskussion seit Monaten eine eindrucksvolle Renaissance. Doch die Diskrepanz zwischen Traum und Realität führte am Wochenende der Bonner Erziehungswissenschaftler Erich Geißler auf dem nordrhein-westfälischen Philologentag vor: Bis heute gibt es keine Lehrpläne, die „auf eine allgemeine Menschenbildung angelegt" seien, werde immer noch „alles irgendeiner Kraft des Lernenden überlassen", anstatt dem Schüler eine „wissenschaftliche Allgemeinbildung als Vorbereitung aufs Studium" zu vermitteln.

Geißler kritisierte die immer noch nicht vollständig verlassenen Irrwege an deutschen Schulen, als oberstes Ziel die Vermittlung „wertfreier Wissenschaft" anzustreben. Er stellte diesem sein Bild der „wertorientierten Einstellung" gegenüber, den von ihm nachdrücklich geforderten „erziehenden Unterricht", in dem Autorität wieder als positives Element zum Tragen kommt. Es reiche eben nicht aus, daß der Schüler bis zu seinem Abitur eine ungeheure Menge von Einzelwissen anhäufe. Statt dessen müsse ein „geordneter Gedankenkreis" erreicht werden, sich „das Wissen an den Willen binden".

Für den Bonner Ordinarius gibt es sechs „unverzichtbare Qualitätsmaßstäbe" für eine wirkliche schulische Allgemeinbildung, die dann zugleich auch tragfähige Grundlage für die Studierfähigkeit ist: Assimilation, Kritikfähigkeit, Engagement, Mitbestimmung, Reflexion und Verantwortung. Sie seien zugleich die „Bedingung einer humanen Lebensführung in einer freien Gesellschaft". Schule sei grundsätzlich auf die Bildung des Individuums auszurichten, nicht „als Mittel für gesellschaftliche oder politische Zielsetzungen zu mißbrauchen". Dementsprechend müsse die Bildungsarbeit personenorientiert sein, den Irrweg der „totalen Separation" des Wissens „ohne geistiges Band" verlassen.

In „Zugzwang" will auch der Präsident des Hochschulverbandes, Hartmut Schiedermaier, die Schulen bringen. Für ihn ist die Schulform „zweitrangig", entscheidend sei die „inhaltliche Seite, die Sicherung der Qualität" in der Ausbildung. Er kritisierte erneut die „Niveausenkung", die an den Schulen eingerissen sei. Die Studierfähigkeit sei nicht mehr gesichert.

Wackersdorf: Bau jetzt genehmigt

lz. München

Der Regierungspräsident der Oberpfalz, Karl Krampol, hat gestern die Baugenehmigung für die umstrittene atomare Wiederaufarbeitungsanlage bei Wackersdorf erteilt. Er machte auf Weisung des bayerischen Innenministeriums vom sogenannten Selbsteintrittsrecht Gebrauch, weil sich der amtierende stellvertretende Landrat von Schwandorf, Dietmar Zierer, geweigert hatte, seinerseits die Unterschrift zu leisten. Wesentliche Teile der Genehmigung sind sofort vollziehbar. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung hat als Bauherrin jedoch bereits angekündigt, vor Baubeginn den Spruch des bayerischen Verfassungsgerichtshofs zum Selbsteintrittsrecht abzuwarten.

Anschlag auf TU in Berlin

F.D. Berlin

Auf die Technische Universität Berlin (TU) ist in der Nacht zu Montag ein Sprengstoffanschlag verübt worden. Die Explosion ereignete sich im Büro des geschäftsführenden Direktors des Instituts für Luft- und Raumfahrttechnik. Bei dem Anschlag entstand ein Sachschaden von etwa 50 000 Mark. Nach Angaben des polizeilichen Staatsschutzes drangen die Täter durch den Keller in das Gebäude in Charlottenburg ein und deponierten in dem Büro einen mit Sprengstoff gefüllten Feuerlöscher. Staatsschutzchef Manfred Ganschow vermutet, die Luft- und Raumfahrtindustrie sei Anschlagsziel von Extremisten, weil sie von ihnen der Rüstungswirtschaft zugeordnet werde.

Bonn fördert humanere Arbeit

pje., Bonn

Mit insgesamt 103,5 Millionen Mark fördert die Bundesregierung in diesem Jahr das seit 1974 laufende Forschungsprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens". Das Programm soll zu einer „menschengerechten Gestaltung der Arbeitsbedingungen und einem vorbeugenden Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz" beitragen. In seiner Antwort auf eine große Anfrage von CDU/CSU und FDP zum Stand des Programms hob Forschungsminister Riesenhuber hervor, daß sich der Anteil kleiner und mittlerer Firmen an der Förderung wesentlich erhöht habe. Riesenhuber lobte die „konstruktive Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

هكذا في الأصل

Frankreich: Wachsende Sorge vor Überfremdung

Le Pen zwingt dem Wahlkampf seine Themen auf

A. GRAF KAGENECK, Paris

Dasassenproblem und sein Auslöser, e nahezu ungehemmte Einwandeng afrikanischer und arabischer rbeiter wird zum beherrscheno Thema im *französischen* Wahlkapf. Hatte es bisher der Chef der werechts stehenden „Nationalen Frc", Jean-Marie Le Pen, quasi monopert, wohlwissend, daß es in einer vingstigten Bevölkerung zunehmei Zulauf produzieren werde, so habesich jetzt auch die bürgerlichen Rotsparteien seiner angenommen. IhChefs müssen ernsthaft befürchtean Le Pens künftigem geschätztAnteil in der Kammer von 40 bis Sitzen mit der angestrebten absolut Mehrheit im neuen Parlament zrbeitern. Da sowohl Chirac wie Gisrd jeden Pakt mit Le Pen ausschlien, könnte ein Regieren ohne ihroblematisch werden.

Auch e Sozialisten beginnen Le Pen zu ichten; von den Kommunisten garzu schweigen, deren Wählerschaftchon bei den letzten Kommunal- d Kreiswahlen in Scharen zu den ndidaten der „Nationalen Front" erliefen. Der Gefahr am nächster7. März vor einer „unregierbareKammer" zu stehen kann man alsour begegnen, wenn man Le Pen auf inem eigenen Terrain attackiert u sich seine Themen weitgehend zeigen macht. Und das ist zunehme der Fall.

Was sa Le Pen? Er macht sich ethnologhe Studien zu eigen, die seit Jahrevon rechten „Denktanks" wie dem ‚hrenklub" erarbeitet werden und it strittigen statistischen Erhebung auf eine allmähliche Überfremng Frankreichs durch andersrassigEinwanderer hinauslaufen. Schorie Zahlen dieser Einwanderung dirgieren. Le Pen spricht von etwa) Millionen Fremden in Frankreichwährend amtliche Angaben seit Jaen bei vier Millionen stehen bleibeFest steht indes, daß die Einwander aus Afrika erheblich fruchtbaresind als die Franzosen. Während e französisches Ehepaar im Schnitt Kinder hat, schafft ein „maghrebiches" vier. Das läßt Politiker, Statiker *und Journalisten* immer laur die Frage nach der „französisch Identität" stellen.

Keine Fahisten

Der „Figa" schockierte unlängst die Öffentlikeit mit der Frage, ob Frankreich Jahre 2015 noch französisch sei. s *entzündete* sich ein heftiger Stn zwischen dem Autor des Artikelsem politisch rechts stehenden Phisophen Jean Raspail, und dem sodistischen Kulturminister Jack La, selber Abkömmling polnisch-jüdiher Einwanderer, der in den Ausrungen des Artikels „eindeutig fahistische Rassenhetze" erkannte.ie Zeitung antwortete, daß man die mer vor einem nationalen Identitsverlust heute nicht mehr als Fascsten verteufeln könne ohne sich den Zorn der Franzosen zuzuziehen. Der ständige Zustrom von Wählern, dessen sich Le Pens Wahlversammlungen erfreuen, scheint diese Drohung der „Figaro"-Redakteure zu bestätigen.

In einer erregten Debatte zwischen dem ehemaligen gaullistischen Justizminister Alain Peyrefitte und dem militanten Anti-Rassisten Harlem Desir prallten die Gegensätze in der Einwanderungsfrage dieser Tage besonders scharf aufeinander.

„100 000 pro Jahr"

Der Ex-Minister lehnte eine von vielen Einwanderern verlangte „offene" Gesellschaft in Frankreich kategorisch ab und forderte die totale Abschottung der Grenzen so wie „mindestens 100 000 Rücksendungen von Fremdarbeitern pro Jahr bis 1990" (Thesen, die auch Le Pen vertritt), während Desir für die ungehemmte Einwanderung die Beendigung jeglicher Ausweiskontrolle und die Tolerierung einer multireligiösen, multikulturellen und multirassischen Volksgemeinschaft eintrat, welche einem Land wie Frankreich nur zur Ehre gereiche.

Harlem Desir, in Frankreich geborener Sohn algerischer Einwanderer gründete zusammen mit jüdischen Studenten vor einem Jahr die Bewegung „SOS-Rassismus", die sich einige Zeit lang unter Schülern und jungen Intellektuellen eines Achtungserfolges erfreuen konnte, heute aber zur Bedeutungslosigkeit zurückgesunken ist. Schon damals wurden Befürchtungen laut, daß die Initiative das Gegenteil des gesuchten Effekts – nämlich das Erwachen eines latenten endemischen „Rassismus" in der französischen Bevölkerung bewirken könnte. Der Erfolg der „Nationalen Front" ist gewiß zum Teil darauf zurückzuführen.

Bedenklich ist, daß sich hinter Le Pens Angriffen gegen die afrikanischen Einwanderer ein nicht minder virulenter Antisemitismus verbirgt, der sich zwar noch nicht offen zu erklären wagt, immer deutlicher aber in gewissen Redewendungen und Andeutungen des Parteichefs manifestiert. Die jüdische Gemeinde Frankreichs verfolgt diese Entwicklung sehr aufmerksam und zeigt sich immer offener empört über die wahlrechtlichen Manipulationen der Sozialisten, die durch die Umstellung vom Mehrheits- auf das Verhältniswahlrecht *dem Phänomen* Le Pen erst zu politischer Bedeutung verholfen haben.

Der Schweizer Journalist Jean Pierre Moulin kommt in seinem unlängst erschienen Buch „Untersuchung über ein multirassisches Frankreich" zu dem Schluß, daß ein Rassendrama in Frankreich nicht eintreten werde. Es hätte schon immer viele Fremde in Frankreich gegeben. 1931 waren es 6,1 Prozent der Bevölkerung, heute seien es 6,8 Prozent.

Zwischen Slowenen und Bosniaken entlädt sich lang aufgestauter Haß

C. GUSTAF STRÖHM, Belgrad

„Ich tanze *nicht* mit einem Bosniaken!" Mit diesen Worten gab ein einheimisches Mädchen in der Diskothek „Nanos" der slowenischen Industriestadt Idrija einem „jugoslawischen Landsmann" aus einer südlicheren Teilrepublik einen Korb. Sie löste damit eine Kettenreaktion von Massenschlägereien, Drohungen und offenen Haßausbrüchen zwischen „eingeborenen Slowenen" und zugewanderten „Gastarbeitern" aus den anderen, weniger entwickelten Teilen Jugoslawiens aus.

In *Idrija, wo der Lebensstandard* der slowenischen Bevölkerung durchaus Vergleiche mit Westeuropa aushält, entlud sich aufgestauter Haß zwischen jenen, die nach Tradition und Lebensstil mitteleuropäisch und alpenländisch empfinden – und den „ärmeren Brüdern" aus dem Süden, aus dem Balkan, die in großer Zahl nach Slowenien strömen, um dort am höberen Lebensstandard teilzuhaben, mehr Geld zu verdienen – und, ähnlich wie die meisten Gastarbeiter im Westen, jene Arbeiten zu verrichten, für die sich die einheimischen Slowenen zu gut sind.

Ein vom Katholizismus und Mitteleuropa geprägter Slowene aber unterscheidet sich in seiner Mentalität von einem meist mohammedanischen Bosniaken nicht weniger als ein Deutscher von einem Türken. Der Unterschied ist nur: der Slowene und der Bosniake haben den gleichen Paß und das gleiche Vaterland – Jugoslawien.

Was als Disko-Rauferei begann, setzte sich am folgenden Tag fort, als bosnische Gastarbeiter mehrere junge Slowenen überfielen und aus Rache für die erlittene Schmach krankenhausreif prügelten. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in dem sonst friedlichen und ordentlichen Industriestädtchen der Ruf: „Die Bosniaken schlagen uns!" Darauf versuchten mehrere hundert Slowenen, die Barackensiedlung zu stürmen, in der die „Gastarbeiter" aus den anderen Teilrepubliken mehr oder weniger kümmerich untergebracht sind. Als die Miliz (Polizei) eingriff und den „Sturmangriff" der aufgebrachten Idrijaner auf die Gastarbeiterquartiere mit Brachialgewalt verhinderte, stürmte eine kleinere Gruppe in die Altstadt, drang in Wohnungen dort lebender „Jugos" (Südländer) ein, und zog mit dem Ruf „Bosniaken raus aus Idrija und aus Slowenien!" durch die Straßen. Das Ergebnis: die Behörden mußten über die Stadt Idri*ja zeitweise eine* Art *Belagerungszu*stand verhängen.

Die Vorfälle von Idrija stehen im heutigen Jugoslawien nicht isoliert da. Die Behörden und die kommunistische Parteiführung des jugoslawischen Adria-Hafens Split versuchen mit allen Mitteln, den angeschlagenen Ruf ihrer Stadt wieder herzustellen. Hier hatten sich vor einigen Wochen 700 einheimische kroatische Jugendliche zusammengerottet, und nach einem Fußballspiel zwischen Hajduk-Split und „Roter Stern"-Belgrad alle Serben verprügelt, derer sie habhaft werden konnten. Zahlreiche uniformierte Kadetten der Kriegsmarine-Akademie waren von den kroatisch-nationalistischen Fußballfans übel zugerichtet worden.

Der zweitgrößte Hafen an der jugoslawischen und kroatischen Adria-Küste wurde einstmals das „rote Split" genannt. Jetzt sprechen führende KP-Funktionäre von der Gefahr, die Stadt könne zu einem „*schwarzen Split*" werden. *Gerade* in Split häufen sich unter Jugendlichen kräftige Manifestationen eines kroatischen Nationalismus, der sich vor allem gegen Serben wendet.

Auch die Führung der jugoslawischen Streitkräfte hat sich mit der Tatsache beschäftigt, warum in Split immer wieder Militärpersonen und auch militärische Einrichtungen von den jugendlichen kroatischen Demonstranten attackiert werden. Der Chef der jugoslawischen Armee, Admiral Branko Mamula, hat darüber dem kollektiven Staatspräsidium in Belgrad Bericht erstattet. Ein jugoslawischer Parteifunktionär erklärte dazu über Radio Zagreb, es handele sich bei diesen Vorfällen um eine „sehr gefährliche Tendenz", mit der eine „Reaktion der Armee provoziert werden solle". Das aber könne zu einer „neuen Rolle der jugoslawischen Volksarmee im innenpolitischen Leben des Landes führen". Hier wird bereits deutlich vor der Möglichkeit *einer Militärdiktatur* gewarnt.

Während die Schulkinder von Split sich kollektiv einen Film über die Greueltaten der kroatischen „Ustascha" und über das „Ustascha"-Konzentrationslager Jasenovac ansehen müssen, während verantwortliche Parteipolitiker 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg die Bevölkerung von Split zum „Kampf gegen alle faschistischen, konterrevolutionären, konservativen und ähnlichen Feinde" aufrufen, sprechen die Soziologen und Pädagogen davon, daß die Jugend in Split (und sicher nicht nur dort) in Schulen, Sport- und Kulturvereinigungen sich selber überlassen sei. Die Flucht in den Nationalismus und in die Ablehnung der Fremden (vor allem der „Brüder" aus den anderen Republiken) ist eine Folge der Existenz- und Zukunftsangst, von der viele Jugendliche angesichts der hohen Arbeitslosigkeit erfaßt werden.

In Split, wo die Einwohnerzahl im vergangenen Jahrzehnt explodierte, gibt es viele Familien, die aus dem Hinterland zugezogen sind. Dieses Hinterland aber war bereits während des Zweiten Weltkrieges ein Reservoire sowohl der kommunistischen Partisanen als auch der faschistischen „Ustascha"-Bewegung. Heimatlosigkeit und Perspektivlosigkeit der Großstadt scheinen die nationalistisch-kroatischen Tendenzen bei den Jugendlichen nur zu verstärken.

„Den Menschenrechten Priorität einräumen"

WELT-Gespräch mit dem türkischen Oppositionschef Gürkan

E. ANTONAROS, Ankara

Voraussichtlich in den nächsten drei bis vier Wochen will die größte türkische Oppositionspartei, die „Sozialdemokratische Volkspartei", der Nationalversammlung in Ankara einen Gesetzentwurf zur Amnestie aller politischen Häftlinge vorlegen. „Wir sind für eine absolute Gedankenfreiheit", sagt dazu Parteichef Aydin Gueven Gürkan in einem Gespräch mit der WELT in Ankara. Von der Amnestie sollen diejenigen von den etwa *22 000 seit dem Militärputsch* 1980 eingesperrten Türken profitieren, die für Gewalttaten persönlich nicht verantwortlich gemacht werden können. Gürkan: „Es ist unzulässig, daß jemand für seine Gesinnung bestraft wird." Westliche Diplomaten schätzen, daß gut zwei Drittel aller türkischen Polithäftlinge wegen ihrer Ideen im Gefängnis sitzen.

„Amnestie notwendig"

Eine politische Amnestie ist nach Gürkans Ansicht „absolut notwendig, weil in den Gefängnissen zahlreiche Menschen sind, die dort nicht sein *sollten*". *Guerkan: „Wir sollten* großzügig sein, weil wir als Staat große Fehler gemacht haben. Vor dem Militärputsch herrschte in der Türkei eine außergewöhnliche Situation, die viele junge Leute dem Radikalismus in die Arme trieb. Der Staat hatte sie nicht geschützt."

Gürkan ist übrigens gegen die Vollstreckung von etwa 250 schwebenden Todesurteilen. Über die Erfolgsaussichten seiner Initiativen hat er allerdings keine Illusionen. Er weiß, daß seine Partei nur 87 von 400 Parlamentsmandaten hat, daß die regierende „Mutterlandspartei" dieses heiße Eisen nicht anfassen will, daß das Militär in den Kulissen mißtrauisch ist, daß verfassungsrechtliche Komplikationen die Entlassung der Gesinnungstäter äußerst schwierig machen. Dennoch will der 44jährige Wirtschaftsprofessor den Kampf nicht aufgeben: „Wir müssen unsere parlamentarischen Rechte voll ausnutzen."

Der Regierung von Turgut Özal hält Gürkan vor, sich „nicht entschieden genug" um die Menschenrechtsverstöße zu kümmern: „Özal, der auf die Wirtschaft konzentriert ist, ignoriert das Problem viel zu sehr. Deshalb wird es auch nicht gelöst. Wir werden den Menschenrechten eine Priorität in der Politik einräumen." Vorwürfe in diesem Zusammenhang richtet Gürkan allerdings auch gegen die Europäer: „Sie glauben immer noch, die Türkei sei total undemokratisch. Dies ist absolut nicht der Fall, zumal wir dabei sind, die Demokratie zu erweitern. Wir kritisieren ebenfalls diese Dinge. Nur wenn es diese Stimmen um die Demokratisierung in der Türkei nicht gäbe, hätten die Europäer recht."

Ebenfalls hält Gürkan Özal vor, „sich zu stark von Europa zu entfernen, sich ausschließlich an Amerika anzulehnen, sich zu wenig um die Außenpolitik zu kümmern". Gürkan, *der ein klares Bekenntnis* zur NATO abgibt, sieht die Zukunft der Türkei in Europa: „Es ist selbstverständlich, daß wir später der Europäischen Gemeinschaft als Vollmitglied beitreten wollen."

Die Partei, an deren Spitze der fließend Deutsch sprechende Gürkan steht, entstand durch den Zusammenschluß der im Parlament nicht vertretenen „Sozialdemokratischen Partei" (SODEP) und der „Populistischen Partei". Die Fusion der beiden Parteien ist ein persönliches Verdienst Gürkans und des SODEP-Vorsitzenden Inönü. Gürkan: „Das Volk hat diesen Zusammenschluß gewollt."

Erfolglos sind allerdings Gürkans Bemühungen geblieben, auch den früheren Ministerpräsidenten Ecevit und seine Frau Rahsan für eine einheitliche Linkspartei zu gewinnen. Frau Ecevit will voraussichtlich am 15. November die Gründung einer „Demokratischen Linkspartei" bekanntgeben. „Die Türkei benötigt vielleicht eine Partei, die links von uns steht", sagte Gürkan. „Aber zwischen uns und Ecevit gibt es keine Unterschiede in der politisch-ideologischen Zielsetzung."

Ecevits Parteigründung sieht Gürkan „absolut gelassen" entgegen. Aber er hält sie dennoch für „töricht". Denn dadurch käme eine Zersplitterung der Linksstimmen zustande. Für die sozialdemokratische Opposition, die nach allen Meinungsumfragen in der Wählergunst vor Özals „Mutterlandspartei" steht, könnte dies fatal sein. Eine Umfrage des Nachrichtenmagazins „Nokta" hat nämlich gezeigt, daß 80 Prozent der Linkswähler für Gürkans Partei, 20 Prozent für eine neu zu gründende Partei stimmen würden. Die Folge: Ecevits Partei würde unter der 10-Prozent-Barriere bleiben, die „Sozialdemokratische Volkspartei" würde die absolute Mehrheit verfehlen.

Demokratie muß wachsen

Trotz der vielversprechenden Umfragen ist Gürkan gegen vorzeitige Parlamentswahlen, wie sie mittlerweile von anderen Politikern und der türkischen Presse verlangt werden. Der Grund: „Unsere Demokratie muß noch das Laufen lernen. Die neuen Parteiführer sind dem Volk noch weitgehend unbekannt. Die Parteiprogramme sind noch nicht ausgereift, das Vertrauen der Basis ist noch nicht voll da." Gürkan weiß, daß er täglich vom Popularitätsverlust der Regierung Özal profitiert, deren Wirtschaftspolitik wegen ihrer sozialen Härte immer unbeliebter wird.

(SAD)

Polen: Pfarrer für Predigt in Haft

DW. Wilna

Der litauische Priester Jonas-Kastytis Matulionis ist immer noch in Haft. Im Januar mußte er eine dreijährige Gefängnisstrafe antreten, kam aber Anfang Juni wegen seines schlechten Gesundheitszustandes wieder frei. Doch Ende Juni nahmen *ihn polnische Geheimdienstbeamte* für „eine verbrecherische Demonstration" erneut in Haft: Matulionis hatte in einer Predigt geäußert, wenn alle Menschen an Gott glauben und seine Gebote befolgen würden, gäbe es keine Lager und Schreckensregime, wie ich es soeben erfahren habe.

Gegen die Festnahme Matulionis, mit dem noch zwei weitere Geistliche inhaftiert sind, protestierten 54 Priester und 52 922 Gläubige der Erzdiözese Wilna mit ihrer Unterschrift.

Moskau setzt drei Funktionäre ab

cgs. Wien

Die von Generalsekretär Gorbatschow eingeleitete Kampagne gegen den hohen Alkoholkonsum in der UdSSR hat jetzt im sowjetischen kommunistischen Jugendverband Komsomol zu Absetzungen geführt. Drei Mitglieder des obersten Führungsgremiums der sowjetischen Jugendorganisation wurden ihrer Posten enthoben. Der Sekretär des Jugendverbandes, Mitglied des Büros und des Zentralkomitees, Koljakin, wurde abgesetzt, weil er sich „kompromittiert" habe. Zwei weitere ZK-Mitglieder des Komsomol, Tschesnokow und Tankejew, wurden wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin und „Sauferei" (Pjanstwo) in die Wüste geschickt.

Arafat verlangt neue Anschläge

DW. Abu Dhabi

Zu weiteren Anschlägen im Westjordanland hat der Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Arafat, über das Fernsehen der „Vereinigten Arabischen Emirate" aufgerufen. Seine Absage an Gewalt außerhalb des von Israel besetzten Territoriums bedeute nicht, daß die PLO den bewaffneten Kampf aufgeben werde. Arafat: „Ich verlange weitere Operationen und mehr Widerstand gegen die Besetzer, bis sie aus unserem Land verschwunden sind."

Seine Kairoer Erklärung beschrieb Arafat als „diplomatische Abwehraktion auf eine amerikanische und zionistische Kampagne" gegen seine Befreiungsaktion nach der Entführung des Kreuzfahrtschiffes „Achille Lauro".

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Heuchelei von links

„Ohne Angst gehen wir Juden friedlich auf die Straße": WELT vom 2. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

mich ekelt das heuchlerische Gerede linksgestrickter „Intelligenzler" in den verschiedenen Medien an. Sie versuchen krampfhaft, ein deutlich als antisemitisch verfaßtes Theaterstück ihres früheren Mitstreiters Fassbinder umzuwidmen. Die in „Aspekte" (ZDF, 1. 11. 85) gezeigten Ausschnitte des Filmes, der auf dem Text des Theaterstücks aufbauen soll, beweisen es. Es wird nicht vom Immobilienmakler X gesprochen, sondern von „dem Jud", der diesen Beruf ausübt.

Diese „Intelligenzler" wurden früher nicht müde, unsere Zeit mit Orwells „1984" zu vergleichen. Ihre Sprachübungen bestätigen dies sehr wohl, nur sind es nicht die bösen anderen, sondern sie selbst, die entsprechende Sprachregelungen einführen.

Sie befragen „Liedermacher" nach Meinungen zu diesem Machwerk, die kaum je wußten, wo sie hingehörten,

– sprechen im Zusammenhang mit der Demonstration vom 31. Oktober in Frankfurt von Rechts- und Hausfriedensbruch, die sie bei Hausbesetzungen, weit weniger brisanten Vorgängen, mindestens anzweifelten,

– wollen uns einreden, das Stück entspreche nicht der Logik eines Streicher und der der Nationalsozialisten, heben aber ebenso wie diese vorurteilbefrachtete Verhaltensweisen als typisch für eine Volksgruppe anhand eines Vertreters hervor,

– besitzen die Unverschämtheit von „Bücherverbrennung" zu reden, während sie Völkerhaß schüren und in ihrem geistigen Heimatland die Zensur blüht,

– sie sprechen von normalen Beziehungen, die endlich zwischen dem deutschen Volk und den Juden eintreten müßten, bezweifeln die Redlichkeit dieser Aussage, wenn sie der Bundeskanzler ausspricht, möchten auch Juden für Fehlverhalten anklagen, für das sie verantwortlich sind – in einem Rechtsstaat wird niemand etwas dagegen haben,

– sie begehen nur die „kleine" Unredlichkeit, daß sie von dem stark mit Vorurteilen behafteten „jüdischen" Geschäftemacher reden, während bei Verfehlungen anderer deutscher Bürger nicht von katholischen oder evangelischen Missetätern gesprochen wird.

Dies alles sollte um so mehr bedacht werden, wenn bekannt ist, daß vor nicht allzulanger Zeit Menschen wegen dieser rassistischen Vorurteile in KZs und den Tod gejagt wurden.

Hochachtungsvoll
Manfred Waldeck,
Vlotho

Wahlversprechen

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn der designierte SPD-Kanzlerkandidat zur Frage der Zurücknahme „aller sozialen Einschnitte" der vergangenen Jahre im Falle seiner Kanzlerschaft neuerdings erklärt, daß das, weil sie zu gravierend seien, nicht in einer Legislaturperiode zu machen wäre, dann ist dazu zu sagen, daß jeder nur halbwegs Vernünftige das weiß.

Fairerweise – auch wenn der Wahlkampf nunmehr seinen Anfang zu nehmen beginnt – muß man aber auch umgekehrt die Frage stellen dürfen, ob bei der Wahl der Regierungskoalition im Jahre 1983 ein Vernünftiger erwarten konnte, sie werde in einer Legislaturperiode sämtliche von der sozialliberalen Koalition in dreizehn Jahren erbrachten Fehlleistungen bzw. sonstwie eingetretenen Nachteile auszubügeln in der Lage sein; ganz abgesehen davon, daß das meines Wissens 1983 – nachdem die heutige Regierungskoalition sich bereits einige Monate einen Überblick verschaffen konnte – so von ihr insbesondere auch im Hinblick auf die Abschaffung der damals 1,8 Millionen Arbeitslosen nicht versprochen worden ist ...

Mit freundlichem Gruß
Dr. Hubert Alda,
Lüdinghausen

Wort des Tages

„Freude kann man nur haben, indem man Freude macht."

Karl Barth, Schweizer Theologe (1886–1968)

Guter Zweck

„Pastorin stiftet Unfrieden": WELT vom 5. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Pastorin Greta Kolumbe will von der Bundeswehr kein Geld entgegennehmen, das diese durch ein Wohltätigkeitskonzert sammeln will, um Armen und Hilfsbedürftigen zu helfen. Fürwahr eine ausgezeichnete Christin!

Abgesehen von dem guten Zweck, dem die Initiative der Bundeswehr in Itzehoe dient, sollte nach 30 Jahren Bestehen der Bundeswehr jeder in unserem Lande begriffen haben, daß das Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform" sich durchgesetzt hat. Die Frau Pastorin sollte einmal darüber nachdenken, daß der Auftrag der Bundeswehr lautet, durch ihre Existenz den Ausbruch eines Krieges zu verhindern.

Man hätte allerdings gewünscht, daß der Probst und Diakonie-Beauftragte für Itzehoe, Johannes Gerber, sich etwas deutlicher von dem Verhalten seiner Amtsschwester distanziert hätte. Im übrigen ist der neue Militärbischof Binder aufgerufen, sich um ein besseres Verhältnis bundeswehrfeindlicher evangelischer Geistlicher zu den Streitkräften zu bemühen.

Albrecht v. Kalm,
Bonn 1

Wer ist toll?

„Immunität für Reineke": WELT vom 6. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

das durch den dpa-Artikel am Kochen gehaltene Problem besagt doch: Toll sind nicht so sehr die Füchse, toll sind vielmehr die Pharma- und Veterinärumsätze. Denn obwohl zu keiner Zeit mit einer Tierseuche so viel hergemacht wurde und obwohl die Bundesrepublik Deutschland, bezogen auf die Einwohner, die meisten Tierärzte der Welt aufzuweisen hat, hielt die seit altersher bekannte Tollwut noch nie so lange an wie diesmal. Das gibt zu denken.

Es entspricht ökologischen Gesetzmäßigkeiten, daß Tierseuchen nicht mit Gas, Impfstoffen oder gar Massentötungen dauerhaft bekämpft werden können. Denn jeder Seuchenzug muß als natürlicher Regulationsfaktor hingenommen werden. Er merzt anfällige, schwache Stücke aus, so daß resistente, immune Tiere der befallenen Art übrigbleiben. Nur diese gewährleisten für lange Zeit seuchenfreie Bestände. Wird aber mit Blei oder Blausäure in ökologische Abläufe hineingeholzt, dann werden wahllos schwache, aber auch widerstandsfähige Tiere vernichtet und damit ein Ende des Seuchenzugs verzögert oder gar unmöglich gemacht.

Die Auslegung von Pharma-Ködern zur oralen Impfung sind bedenklich, weil die noch vorhandene Restnatur mit ihren Lebewesen endlich in Frieden gelassen und nicht zunehmend mit Chemikalien und Präparaten heimgesucht werden sollte. Diese Köder werden nicht nur von impfbedürftigen Füchsen aufgenommen, sondern von vielen anderen Wildtieren. Daß diesen und damit dem Öko-Gefüge unbedingt so etwas bekömmlich sein kann, wird niemand behaupten wollen.

Dr. Dr. Klaus Sojka,
Hamburg 61

Hormon-Mast

„Grenzen dicht' für Masthormone": WELT vom 4. November

Sehr geehrte Redaktion,

daß eine illegale Verschwendung von Hormonen strengstens geahndet werden muß, versteht sich von selbst. So besehen ist zur Gefahrenabwendung die (vorläufige) Beschlagnahme-Aktion von 11 000 Kälbern richtig. Was allerdings stört, sind undifferenzierte Kommentare, die innerhalb der EG ein generelles Anwendungsverbot für jedwedes Hormon „auf ewig" fordern. Hormon ist nicht gleich Hormon. Ohne Hormone gäbe es keinerlei Leben. Allein auf die Art und Dosis kommt es an!

Heute gibt es – im Gegensatz zu früher – schon „körpereigene Hormone", die sich in nichts von natürlich vorkommenden unterscheiden. Durch deren gezielten, steuerbaren und strikt tierärztlich zu überwachenden Einsatz ließen sich die Rindfleischerzeugungskosten um 10 bis 15 Prozent verbilligen und wohl auch – früher oder später – die Fleischqualitäten (zum Beispiel bei Jungbullen dringend erforderlich) spürbar verbessern. Gewiß: Eine ganze Reihe von Fragen bedürfen aus deutscher Sicht (absoluter Vorrang des Verbraucherschutzes) noch der letzten Abklärung. Mit generellen Verboten – hier und heute – würde man jedoch wichtige Optionen zugunsten von Verbrauchern, Landwirten, Bekämpfung des Hungers in der Welt „verschütten", ohne nur ein Jota mehr Gesundheit dafür zu bekommen.

Professor Dr. Gottfried Wolff,
Icking

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Somalias Präsident Generalmajor **Mohamed Siad Barre** empfing den neuen deutschen Botschafter **Steffen Rudolph** zur Überreichung des Beglaubigungsschreibens. Rudolph, Jahrgang 1940, Philologe, kam 1968 in das Auswärtige Amt, nachdem er zuvor im Schuldienst tätig war. Zu seinen ersten Auslandsposten gehörten Sanaa (Nordjemen) und Budapest. Später wurde er zweiter Mann an der deutschen Botschaft in Jamaika. Seit 1981 befaßte er sich mit der Ausbildung des gehobenen und mittleren Dienstes in der Diplomatenschule auf dem Bonner Venusberg.

GEBURTSTAG

Zu den profiliertesten Professoren der Freien Universität Berlin (FU) gehört **Johannes Flügge**: Er feiert heute seinen 80. Geburtstag. Seit 20 Jahren gehört er als Professor der Pädagogik zur FU-Professorenschaft. Seine Studien zur Anthropologie, Pädagogik und Didaktik dienten vor allem dem Ziel, Kinder, Jugendliche und Erwachsene zum eigenen Tun anzuregen.

AUSZEICHNUNGEN

Den von der nordrhein-westfälischen Landesregierung gestifteten und mit 10 000 Mark dotierten Oberschlesischen Kulturpreis hat in Hösel bei Düsseldorf der Bildhauer **Karlheinz Goedtke** erhalten. Zu den bekanntesten Werken des 1915 in Kattowitz geborenen Künstlers gehört die für die Stadt Mölln geschaffene Brunnenfigur des Eulenspiegels. Mit dem Förderpreis des Kulturpreises in Höhe von 5000 Mark wurde **Leo Janischowsky** für seine Glasfenster-Gestaltung in mehrerem Kirchen des Ruhrgebietes ausgezeichnet. Janischowsky wurde 1939 in Oppeln geboren.

*

Der Theologieprofessor **Helmut Thielicke** aus Hamburg und der Leiter der Presse- und Informationsabteilung der Aktion „Brot für die Welt", **Herbert G. Hassold** aus Stuttgart, haben in Rothenburg ob der Tauber den mit 10 000 Mark dotierten Wilhelm-Sebastian-Schmerl-Preis 1985 erhalten. Der Preis wird alljährlich von einer Jury des „Evangelischen Sonntagsblattes aus Bayern" („Rothenburger Sonntagsblatt") für „herausragendes Wirken in der evangelischen Publizistik" verliehen.

*

Der Kölner Gen-Forscher **Franz Tesch** (30) hat in Münster den mit 10 000 Mark dotierten „Gerhard-Domagk-Preis" für klinische und experimentelle Krebsforschung erhalten. Der seit 1963 in unregelmäßigen Zeitabständen verliehene Preis mit dem Namen des Nobelpreisträgers Domagk wurde Dr. Tesch für seine Arbeit über „Helfer-T-Zellen in der Diagnose und Therapie von Immundefektsyndromen" zuerkannt.

*

Die Heidelberger Universitätsdozentin Professor **Dorothea Kuhn** hat am Sonntag in Marbach den Schillerpreis 1985 der Neckarstadt erhalten. Die Auszeichnung wurde der wissenschaftlichen Mitarbeiterin am Deutschen Literaturarchiv in Marbach für ihre 1983 erschienene zweibändige kommentierte Edition des Briefwechsels zwischen **Goethe** und dem Verleger **Johann Friedrich Cotta** zuerkannt. Der Preis ist mit 5000 Mark dotiert und wird jährlich zu Schillers Geburtstag verliehen.

*

Den mit 5000 Mark dotierten Drupa-Preis, den die Düsseldorfer Messegesellschaft Nowea jährlich zur Förderung eines Doktoranden vergibt, erhält in diesem Jahr der Historiker **Norbert Schloßmacher**. Der junge Wissenschaftler hat eine Dissertation über „Düsseldorf in der Bismarck-Zeit" geschrieben. Der Drupa-Preis wird ausschließlich an Doktoranden geisteswissenschaftlicher Fächer vergeben.

EHRUNG

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Dr. **Hans-Joachim Weitz** aus Köln den Professorentitel verliehen. Bei der Aushändigung der Professoren-Urkunde verwies die Ministerin für Wissenschaft und Forschung, **Anke Brunn** (SPD), vor allem auf seine im In- und Ausland hochgelobte und vielbesprochene Arbeit an der kritischen Ausgabe der Tagebücher von Sulpiz Boisserée, einen „großen Sohn" der Stadt Köln. Diese auf fünf Bände konzipierte Textausgabe, von der bereits drei Bände und ein Register herausgegeben wurden, bietet eine reiche Quelle zur Erschließung des 19. Jahrhunderts. In den Tagebüchern Boisserées spiegelt sich die „ge...me Geschichte" der Höfe, des ...rus, der Diplomatie, Regierun..., Verwaltungen und Parlamente ...der.

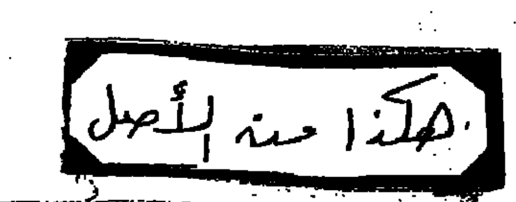
BUCHVORSTELLUNG

Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** hat gestern im Festsaal des Steigenberger Hotels den im Harald-Boldt-Verlag, Boppard, erschienenen dritten Band von „Aufzeichnungen und Erinnerungen von Altparlamentariern" vorgestellt. Autoren sind: **Ilse Elsner**, von 19.. bis 1970 SPD-MdB und von 19.. bis 1974 Senatorin in Hamburg, **Hugo Karpf**, von 1949 bis 1957 CSU-MdB aus Aschaffenburg, **Wilderich Freiherr Ostman von der Leye**, SPD-MdB in den Jahren von 19.. bis 1976, **Elisabeth Pitz-Savelsberg**, von 1953 bis 1969 CDU-MdB aus Wiesbaden, **Dietrich-Wilhelm Rollmann**, von 1969 bis 1976 CDU-MdB aus Hamburg.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Lutz Kruschwitz**, Professor für das Fachgebiet Betriebswirtschaftslehre – Investitionen und Finanzierung im Fachbereich 18 Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Berlin, hat vom hessischen Minister für Wissenschaft und Kunst einen Ruf auf den Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Investitions- und Finanzierungstheorie an der Gesamthochschule Kassel erhalten.

Lothar Raucamp, Ehrenpräsident des Bundesverbandes des Deutschen Güterfernverkehrs (BDF) und der Internationalen Straßentransport-Union (IRU), ist im Alter von 88 Jahren verstorben. Bereits mit 25 Jahren hatte Lothar Raucamp ein eigenes Güterfernverkehr-Unternehmen gegründet, aus dem sich die Firma Lothar Raucamp & Co. sowie die Kraftverkehr Raucamp GmbH in Düsseldorf entwickelten. Nach dem Krieg baute der Unternehmer maßgebend die Organisation des Straßenverkehrsgewerbes mit auf – zunächst in Nordrhein-Westfalen, dann nach der Zusammenfassung der regionalen Organisationen auf Bundesebene zur Arbeitsgemeinschaft Güterfernverkehr (AGF), dem heutigen BDF.



Kein Anlaß für eine Entwarnung

Nur das feuchte Wetter verhinderte offenbar eine weitere Zunahme der Waldschäden

Von D. GURATZSCH

Bei der Suche nach den Ursachen des Waldsterbens kann der jüngste Waldschadensbericht der Bundesregierung möglicherweise wertvolle Hinweise geben. Der Bericht registriert zum erstenmal seit dem Auftreten der rätselhaften Seuche eine verlangsamte Zunahme der Schäden und in einigen Regionen sogar eine leichte Besserung des Zustandes der Bäume. Andererseits weist er auf den engen Zusammenhang zwischen dem besonders feuchten Klima der Vegetationsperioden 1984/85 und der Verlangsamung des Erkrankungsprozesses hin. Voreilige Kommentatoren haben daraus geschlossen, daß die Bundesregierung und die Waldforschung Opfer einer „Hysterie" gewesen seien, als sie von einem unaufhaltsamen Waldsterben sprachen und maßgeblich auch den Autoverkehr mit seinen Abgasen für den Baumtod verantwortlich machten.

Die Sorgen sind berechtigt

Bei näherer Betrachtung jedoch ergibt sich, daß der jüngste Bericht im Gegenteil den ernstesten Besorgnissen der Forstexperten Recht zu geben scheint. Gerade jene Theorie, nach der die Autoabgase wesentlich an den *neuartigen Waldschäden beteiligt* sind, wird durch den jüngsten Waldschadensbericht offensichtlich sogar noch gesützt.

Nach dieser Theorie, die am engagiertesten bisher von Mitarbeitern der nordrhein-westfälischen Landesanstalt für Immissionsschutz (LIS) in Essen vertreten worden ist, sind es *nicht die Autoabgase unmittelbar*, sondern deren Umwandlungsprodukte, die den Bäumen zum Verhängnis werden, und zwar in erster Linie das Blattgift Ozon (O_3). Sie leugnen nicht, daß aufgrund der Luftreinhaltemaßnahmen alle anderen Luftschadstoffe zurückgedrängt werden konnten, dieser jedoch nicht.

Bernhard Prinz von der Landesanstalt berichtet in der soeben erschienenen jüngsten Veröffentlichung der Wissenschaftlergruppe: „Die einzige Luftverunreinigung, die einen klaren zeitlichen Anstieg innerhalb der letzten Jahre aufweist und zudem am ehesten mit der räumlichen Verteilung der Schadensgebiete in Übereinstimmung zu bringen ist, ist Ozon". Das gelte sogar für die gesamte nördliche Hemisphäre. Auf dem Fichtelberg im Erzgebirge sei die Ozonkonzentration zwischen 1955 und 1980 von 35 auf 65 Mikrogramm (Millionstel Gramm) pro Kubikmeter Luft als Jahresmittelwert angestiegen.

Auch andere Beobachtungen der LIS-Gruppe decken sich mit der Verteilung der Schäden: Aufgrund der komplizierten Umwandlungsprozesse ist die Ozonbelastung in der Nähe der Emissionsquellen nicht etwa am höchsten, sondern am geringsten; sie nimmt zu mit der geographischen Höhenlage – und ist damit in den „Reinluftgebieten" der Gebirge viel höher als etwa entlang den Autobahnen und Industriestandorten. Prinz und seine Co-Autoren: „In den quellenfernen Mittelgebirgslagen ist die Ozonkonzentration um 200 bis 400 Prozent höher als in den jeweils benachbarten Quellengebieten."

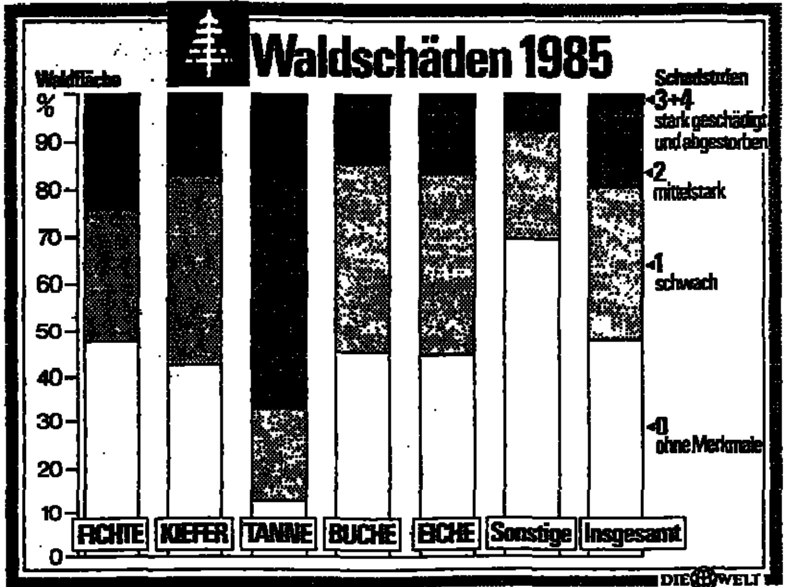
Die Rolle des Klimas

Nach alldem wäre nun freilich völlig unverständlich, warum sich die Zunahme der Waldschäden 1985 verlangsamt hat. Dafür gibt es jedoch nach der Ozontheorie eine simple Erklärung: Die entscheidende Vorbedingung für eine weitere rapide Zunahme der Schäden wäre gewesen, daß sonniges Wetter vorgeherrscht hätte. Der Umwandlungsprozeß der Stickstoffoxide aus Auto- (55 Prozent) und Industrieabgasen (41 Prozent) kann nämlich nur unter Sonneneinstrahlung ablaufen.

Damit wird die Ozontheorie gerade durch die klimatischen Verhältnisse der überwiegend sonnenarmen Vegetationsperioden 1984/85, die natürlich mit ihrer feucht-kühlen Witterung der Vitalität der Wälder auch unmittelbar gedient haben, zusätzlich gestützt. Der Waldschadensbericht konstatiert zudem ein deutliches Nord-Süd-Gefälle: Bayern und Baden-Württemberg seien mit einer geschädigten Waldfläche von über 60 Prozent am stärksten betroffen. Das trifft sich mit der Beobachtung der Prinz-Gruppe, „daß die Ozonbelastung im süddeutschen Raum im Durchschnitt deutlich höher liegt als im westlichen und nördlichen Teil der Bundesrepublik". Ohne den jüngsten Waldschadensbericht zu kennen, kommen die Essener Wissenschaftler in ihrem Aufsatz zu dem Schluß, daß „klimatische Faktoren einen eminent großen Einfluß auf Art und Ausmaß der Ozonschäden nehmen".

Bedeuten diese Erkenntnisse nun eine Entlastung für das von anderen Forschern zum Hauptfeind der Wälder erklärte Schwefeldioxid? Ist die milliardenteure Umrüstung der Kraftwerke umweltpolitischer Luxus? Nach Meinung der Essener Wissenschaftler keinesfalls. Sonst könnten nämlich die Schäden an den besonders betroffenen Baumarten Tanne und Fichte nicht erklärt werden, da sich gerade diese als „relativ resistent gegenüber Ozon erwiesen" hätten.

Die Essener schließen deshalb auf ein verhängnisvolles Zusammenwirken des Ozons mit säurehaltigem Regen und Nebel. Dadurch komme es zu Auswaschverlusten an Nährstoffen, Nährstoffmangel, Empfindlichkeit gegen Sonneneinstrahlung, zu Chlorophyllverlust (Vergilbung), verminderter Assimilation und schließlich Schädigung der Wurzeln. Wenn Prinz und seinen Mitarbeitern zeitweise der Vorwurf gemacht worden ist, sie wollten mit ihrer Ozontheorie der „Kohlelobby" in ihrem Bundesland Nordrhein-Westfalen Argumente gegen die Entschwefelung der Kraftwerke an die Hand geben, so haben sie ihn hinreichend entkräftet.



AUS LABORS UND INSTITUTEN

Mangelnde Vorsorge

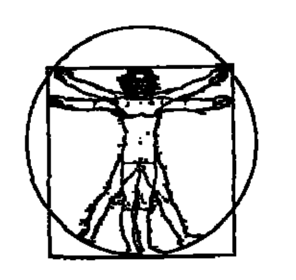
Frankfurt (Kü.) – Die nachlassende Teilnahme an der letzten Vorsorgeuntersuchung für Kinder (U 8) ist von der Aktion Sorgenkind als besorgniserregend und unverständlich bezeichnet worden. Die jetzt vorliegende statistische Erhebung für 1983 zeigt, daß nur 69 % der Kinder für diese letzte von acht Untersuchungen, die im Alter zwischen dreieinhalb und vier Jahren vorgenommen werden soll, dem Arzt vorgestellt wurden. Bei dieser *kostenlosen Untersuchungen kann* der Arzt Störungen erkennen, die bei einer Nichtbehandlung zu ernsthaften Problemen für das Kind führen können, vor allem Sehbehinderungen, Sprachstörungen, Hörfehler oder Haltungsschäden.

Forscher gesucht

Rom (DW.) – Mit äußerst gut dotierten Stipendien wollen die 14 Universitäten Süditaliens qualifizierte ausländische Wissenschaftler für Forschungsaufträge anlocken. Dabei geht es vor allem um Projekte aus der Technik, Medizin, Ernährung und Wirtschaft, die zur Entwicklung des italienischen Südens beitragen können. Für 30 Stipendien werden pro Person 35 000 Dollar jährlich bereitgestellt.

Allergie-Pille

Köln (dpa) – Die Desensibilisierung von Patienten mit Allergien soll künftig wesentlich erleichtert werden, wie jetzt *auf dem 5. Internationalen* Allergie-Symposium mitgeteilt wurde. Schon bald wird es möglich sein, die allergieauslösende Substanz in Spray- oder Tablettenform zu verabreichen. Bislang mußte sie über Monate hinweg vom Arzt eingespritzt werden. Möglich wird die vereinfachte Therapie durch eine verbesserte Gewinnung der Allergie-Extrakte.



Leukämie-Behandlung

Marburg (wm.) – Ein Eiweißfaktor, der das Wachstum und die Reifung der als Makrophagen bzw. Granulozyten bezeichneten Blutzellen anregt, ist jetzt von den Behringwerken in Zusammenarbeit mit der amerikanischen Immunex Corporation in Seattle entwickelt worden. Die Forscher erhoffen sich davon Fortschritte bei der Behandlung von Leukämie (Blutkrebs), sowie eine Reduzierung der Infektionsanfälligkeit bei Patienten, die durch eine Krebsbehandlung wichtige Immunzellen verloren haben.

Kaffee macht dem Herzen Probleme

US-Langzeitstudie zeigt erhöhtes Risiko für Kreislaufkrankheiten bei starkem Konsum

Von JOCHEN AUMILLER

Wer fünf oder mehr Tassen Kaffee täglich trinkt, hat ein beinahe dreifach höheres Risiko, *eine Herzkrankheit zu erleiden* als Personen, die überhaupt keinen Kaffee trinken. Dies ist das Ergebnis einer über 25 Jahre fortgeführten Langzeitstudie an mehr als 1000 amerikanischen Ärzten. Die Ergebnisse wurden auf dem größten Kardiologen-Kongreß der Welt, der Jahrestagung der American Heart Associaton in Washington, vorgetragen.

In diese spektakuläre Studie wurden 1130 Medizinstudenten der Johns Hopkins Medical School in Baltimore aufgenommen, die zwischen den Jahren 1948 und 1964 eingeschrieben waren. Sie waren im *Durchschnitt* 22 Jahre alt. In Fünf-Jahres-Intervallen wurden sie nach ihren Trink- und Rauchgewohnheiten befragt, insgesamt 25 Jahre lang. Prof. Thomas A. Pearson, Epidemiologe in Baltimore, wies auf die früheren, verwirrenden Befunde zu dem Kaffee-Herz-Problem hin. Eine Reihe von Studien habe eine Beziehung zwischen dem Kaffeekonsum und der koronaren Herzkrankheit finden können, andere belegten das Gegenteil. Dies war der Grund, weshalb man sich in Baltimore zu der Langzeitstudie entschlossen hatte. Nur wenn eine solche Studie eine große Bevölkerungsgruppe einschließt, die obendrein an der Teilnahme stark interessiert ist, lassen sich, so Pearson, zuverlässige Resultate erzielen. So verfiel man auf die Idee, die Mediziner zu der Teilnahme zu animieren.

Die Studie zeigt einen typischen Wandel der Konsumgewohnheiten. Während in den ersten zehn Jahren der Untersuchung der Kaffeekonsum stetig anstieg, fiel er in den anschließenden 15 Jahren ebenso stetig. Pearson sieht eine Verbindung zwischen Kaffeetrinken und Zigarettenrauchen: „Während der Studiendauer", so berichtet er, „hörten die meisten Ärzte zu rauchen auf. Am Studienbeginn rauchten etwa 54 Prozent der Medizinstudenten, nach 25 Jahren waren es nur noch 14 Prozent. Das Interessante dabei: Die leidenschaftlichen Kaffeetrinker sind meistens auch Raucher." Dies war auch eine Schwierigkeit der Studie, denn es ist bekannt, daß Rauchen einer der wichtigsten Risikofaktoren für die koronare Herzkrankheit ist. Wie sollten die Effekte des Kaffees und des Zigarettenrauchens unterschieden werden? Immerhin ließ sich statistisch klar feststellen, daß die Ärzte, die fünf Tassen Kaffee täglich oder mehr tranken, ein 2,8fach höheres Risiko hatten, ein „Herzproblem" zu bekommen. Diese Beziehung blieb stabil, auch wenn andere Risikofaktoren wie Rauchen, hoher Blutdruck, erhöhte Blutfettwerte und höheres *Alter hinzukamen*.

Über die Ursache dieser Risikoverbindung zwischen Kaffee und Herzkrankheit läßt sich nur spekulieren. Möglicherweise fördert Kaffeekonsum Rhythmusstörungen am Herzen. Andere Wissenschaftler meinen, Kaf*fee steigert die Blutfettwerte*.

Pearsons Empfehlung zur Vermeidung von Herzkrankheiten: mit dem Rauchen aufhören, Bluthochdruck und erhöhte Blutfettwerte überprüfen und notfalls behandeln lassen, und schließlich „sich mit zwei Tassen Kaffee täglich zu begnügen". Die Studie gibt übrigens keine Auskunft darüber, ob koffeinhaltiger oder koffeinfreier Kaffee verwendet wurde.

Fehlbildung mit steigender Tendenz

Mediziner fordern die Einrichtung von Zentren für die Behandlung von Kieferspalten

Von EVA JENTSCH

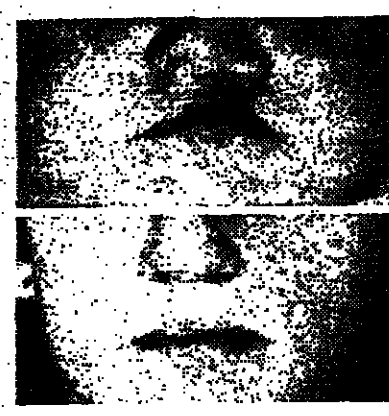
Die Einrichtung von Spaltenzentren, analog den Tumorzentren für Krebspatienten, ist das Ziel des „Arbeitskreises für Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten" der Deutschen Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie. Dieser Arbeitskreis, der sich vor drei Jahren konstituierte und kürzlich in der Bonner Universitätsklinik tagte, steht unter *dem* Vorsitz von Professor Eberhard Krüger aus Bonn. Das Gremium umfaßt etwa 100 Vertreter aller bundesdeutschen Universitäts-Zahnkliniken sowie der entsprechenden Spezialkliniken aus den Niederlanden, Österreich und der Schweiz.

Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten sind die am häufigsten vorkommenden Fehlbildungen bei Neugeborenen. Bei 500 Geburten muß mit einer Spaltbildung gerechnet werden. Die Tendenz ist steigend. Man unterscheidet drei Arten von Fehlbildungen: Lippenspalten – volkstümlich als Hasenscharte bezeichnet –, Gaumenspalten – bekannt als Wolfsrachen, wo eine Spaltung des Gaumens vorliegt – und durchgehende Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten.

Die Ursache für die Fehlbildung steht noch nicht mit Sicherheit fest. Ein erblicher Einfluß liegt bei einem kleinen *Teil der Fälle vor, die Fehlbil*dung tritt aber bei dem größeren Teil der Patienten zum ersten Mal in der Familie auf. Während bei Lippen- und Gaumenspalten sehr gute Heilerfolge bei kompetenter und frühzeitiger Behandlung erzielt werden, gibt es bei den durchgehenden Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten noch einige ungelöste Probleme.

Der Hauptgrund hierfür liegt darin, daß im Gegensatz zu den Lippen- und Gaumen-Spalten, deren Behandlung meist bis zum schulpflichtigen Alter abgeschlossen ist, die Heilbehandlung der Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten sich über 20 Jahre hinziehen kann, d.h. bis Kiefer und Gaumen voll ausgewachsen sind. Während dieser relativ langen Zeitspanne können Wachstumsstörungen an Kiefer und Gaumen auftreten, die sorgfältig beobachtet und gegebenenfalls sofort behandelt werden müssen. Es kommt hinzu, daß viele Patienten ihren Wohnsitz ändern und die behandelnden Ärzte wechseln. Dies stellt für den Patienten insofern ein Risiko dar, als die Behandlungsmethoden in den verschiedenen Spezialkrankenhäusern, meist den Universitätskliniken, unterschiedlich sind.

Daher fordert der Arbeitskreis, daß in den Spaltenzentren gleiche Grundvoraussetzungen für die medizinische Behandlung von Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten geschaffen werden. Die Behandlungsmethoden sollen vereinheitlicht werden, indem zunächst eine Basisdokumentation erstellt wird, durch die z.B. festgelegt wird, in welchen Jahresabständen Schädelmessungen vorgenommen werden sollen, wann geröntgt, wann fotografiert und wann Kiefermodelle anzufertigen sind. Eine Kommission ist gegenwärtig dabei, die Richtlinien für diese Dokumentation zu erstellen.



Eine Lippen-Kiefer-Gaumenspalte vor und nach der Behandlung: Der Erfolg spricht für sich

FOTO: UNI BONN

Zu den Grundvoraussetzungen der Spaltenzentren sollen gehören: die Teamarbeit der Fächer Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie, sowie Kieferorthopädie, Sprachtherapie und Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde. Diesen Fächern sollen die Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde, die Neurochirurgie und die Humangenetik beratend zur Seite stehen.

Ferner fordert der Arbeitskreis Spezialsprechstunden für alle betroffenen Patienten, deren regelmäßiger Besuch sowie eine permanente zahnärztliche Beobachtung die wichtigsten Voraussetzungen für ein gutes Endergebnis sind. Bei diesen Spezialsprechstunden können notwendige Maßnahmen wie Sprechunterricht, kieferorthopädische Behandlung oder Korrekturoperationen angeordnet werden, die beim heranwachsenden Menschen einfacher durchzuführen sind als beim Erwachsenen.

Wichtig ist dem Arbeitskreis auch die Information von Eltern und Patienten. Zu diesem Zweck hat die Deutsche Gesellschaft für Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie eine Broschüre herausgegeben, die als Ratgeber gedacht ist und den Eltern Einzelheiten über die Mißbildung und die Behandlungschancen mitteilen soll.

Die Eltern werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Behandlung von Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten nicht allein im operativen Verschluß der Spalte besteht. Es muß darüberhinaus auch dafür gesorgt werden, daß der operierte Kiefer und das Gesicht sich im Wtachstumsalter richtig entwickeln können und der weiche Gaumen nach dem operativen Verschluß eine normale Sprechfunktion zuläßt.

Es wird auch darauf hingewiesen, daß Neugeborene mit Spaltenbildung schon kurz nach der Geburt einem Kieferchirurgen vorgestellt werden sollten. Dieser wird das Kind eingehend untersuchen, die Eltern bezüglich der notwendigen Behandlung individuell beraten und gegebenenfalls erste Behandlungsmaßnahmen einleiten, wenn z.B. vor dem operativen Verschluß der Spalte eine kieferorthopädische Behandlung notwendig ist. Fast beschwörend wird auf die Notwendigkeit des regelmäßigen Besuches der Spezialsprechstunden hingewiesen. Jeder Patient erhält mindestens einen Vorstellungstermin pro Jahr.

Wenn die Bemühungen des Arbeitskreises zum Erfolg führen sollten und damit die Grundvoraussetzungen für einheitliche Behandlungsmethoden bei Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalten geschaffen werden, dürfte sich dies vor allem zum Wohl der jungen Patienten auswirken.



Jede Zeit produziert ihre Idole. Jedes Idol ist ein Produkt seiner Zeit. Darüber hinaus gibt es jedoch Vorbilder, denen die Zeit nichts anhaben kann. Ihre Bewunderung beschränkt sich nicht auf eine Altersgruppe und nicht auf eine eng begrenzte Zeit; sie werden von einer Generation an die nächste „vererbt". So werden Filmstars von einer Modewelle wieder in den Mittelpunkt der Bewunderung geschwemmt: Für James Dean oder Marilyn Monroe schwärmen viele, die erst nach deren Tod geboren wurden. Dabei vermischen sich auf eigenartige Weise Nostalgie und das Bedürfnis, anders als die anderen zu erscheinen. Es gibt aber auch beispielhafte Menschen, die von allen Altersgruppen als beispielhaft anerkannt werden. Zu diesen Vorbildern gehören Albert Schweitzer und Mutter Teresa. Beide stellten und stellen ihr Leben in den Dienst der praktischen Nächstenliebe, beide gaben eine gesicherte Existenz auf. Albert Schweitzer, bestürzt über das Elend der schwarzen Bevölkerung in Gabun, ging als Arzt in den Urwald; Mutter Teresa zog nach Indien, um den Ausgestoßenen wenn schon kein menschenwürdiges Leben, so doch zumindest ein menschenwürdiges Sterben zu ermöglichen. Während man bei Mutter Teresa die Selbstlosigkeit uneingeschränkt bewundert, ist Schweitzer auch aus anderen Gründen wieder populär geworden: Vieles, was er vorgedacht hat, ist heute aktueller denn je.

„Die schlimmste Krankheit ist das Gefühl, von keinem angesehen zu werden"


Sie wurde zur „Heiligen" für die Menschen in den Slums von Kalkutta: Mutter Teresa FOTO: FRANCDON/STUDIO X

Ein Pionier der Menschlichkeit: Albert Schweitzer, der „Urwalddoktor" von Lambarene FOTO: KEYSTONE

Von RAINER NOLDEN

Ich beschwöre euch Jungen, die Gedanken, die euch begeistern, das ganze Leben hindurch festzuhalten. Im Jugendidealismus erschaut der Mensch die Wahrheit. In ihm besitzt er den Reichtum, den er gegen nichts eintauschen soll. Darum lautet die Erkenntnis, die wir der Jugend mitzugeben haben, nicht: Die Wirklichkeit wird schon mit euren Idealen aufräumen, sondern: Wachset in eure Ideale hinein! Dann kann sie euch das Leben nicht nehmen."

Dieses flammende Plädoyer für Ideale stammt von einem Menschen, der selber eines geworden ist: Albert Schweitzer. „Der Urwaldarzt von Lambarene war noch zu Beginn der 70er Jahre Vorbild für Millionen. Heute ist er in Vergessenheit geraten", schrieb im Jahre 1979 die „Hörzu".

Etwas voreilig, wie sich herausstellte: In einer Umfrage nach den meistbewunderten Männern und Frauen, die vom „Stern" im Juni dieses Jahres veröffentlicht wurde, führt Albert Schweitzer die Liste wieder an. 62 Prozent der 30- bis 44jährigen Bundesbürger setzen ihn an die erste Stelle; von den über 60jährigen sind es sogar 66,7 Prozent. Nur in der Gruppe der 16- bis 29jährigen erreicht er „bloß" 41,4 Prozent. In dieser Altersgruppe teilt er sich den Platz mit Mutter Teresa, der „Heiligen" unserer Tage.

Damit gehört Albert Schweitzer zu den „alterslosen" Idolen: Auch bei einer Umfrage von 1974 erreichte er den ersten Platz. Der Verdacht liegt nahe, daß Schweitzer ein Vorbild-Klischee geworden ist. Würde man nach den Verdiensten des Mannes fragen, so dürfte bei den meisten das Stichwort „Lambarene" fallen.

Aber das ist nur eine Seite dieses Menschen. Ebenso beachtenswert wie sein Wirken als Urwalddoktor in Gabun sind seine Abhandlungen, in denen er zur Ethik, Moral und Politik Stellung nimmt: eine Stimme, die bis heute ihre Gültigkeit nicht verloren hat. Bei der Lektüre seiner Bücher und Essays wird man feststellen, daß die Ziele von „Greenpeace" im Grunde nur die Realisierung von Ideen sind, die Schweitzer schon vor einem halben Jahrhundert festgehalten hat.

Rücksicht auf alles Leben

Für Schweitzer waren Gut und Böse keine relativen Begriffe: in seinem ethischen Imperativ hat er dies unmißverständlich ausgedrückt: „Gut ist: Leben erhalten, Leben fördern, entwickelbares Leben auf seinen höchsten Wert bringen. Böse ist: Leben vernichten, Leben schädigen, entwickelbares Leben niederhalten. Dies ist das absolute Grundprinzip des Sittlichen."

Aber nicht nur dem Menschen gegenüber ist der Mensch zu Rücksicht verpflichtet, sondern zu Rücksicht auf alles Leben, das um uns ist: „Ethisch ist nur, wem das Leben des Tieres und der Pflanze wie das des Menschen heilig ist und wer sich allem Leben, das in Not ist, helfend hingibt. Wenn wir geistlos Tiere und Pflanzen vernichten, dann werden wir, weil sich alles rächt, in ebenso geistloser Verblendung das Leiden und Leben des Menschen mißachten."

Es ist äußerst fraglich, ob diejenigen, die in den letzten Jahren mit solchen Gedanken an die Öffentlichkeit getreten sind, sich der Tatsache bewußt sind, daß sie auf Ideengut Schweitzers zurückgreifen. Deshalb ist das nur eine unzureichende Erklärung für die Bewunderung, die diesem Mann immer noch entgegenschlägt. Vielmehr ist Schweitzer zum internationalen „guten Gewissen" geworden: In Albert Schweitzer sei der Welt der Nachkriegsjahre ein vorgelebtes Ideal der Menschenliebe erstanden, konnte man über ihn lesen. Sein Wort „Ehrfurcht vor dem Leben" habe in einer Zeit, in der das Leben der Menschheit auf dem Spiel steht, einen erlösenden Wert errungen.

„Es handelt sich für mich um Sein oder Nichtsein der Religion", begründete er seinen Schritt, 1913 als Mediziner nach Gabun zu gehen. „Religion heißt für mich ‚Mensch sein', schlicht Mensch sein im Sinne Jesu. Draußen in den Kolonien geht es trostlos zu. Wir – die christlichen Nationen – schicken den Abschaum unserer Gesellschaft hin; wir denken nur daran, wie wir aus den dortigen Menschen viel herausziehen. Was draußen vorgeht, ist ein Hohn auf Menschheit und Christentum. Soll die Schuld einigermaßen gesühnt werden, so müssen wir Menschen hinausschicken, die im Namen Jesu Gutes tun, nicht ‚bekehrende' Missionare, sondern Menschen, die das an den Armen tun, was man tun muß, wenn die Bergpredigt und die Worte Jesu zu Recht bestehen. Wenn das Christentum dies nicht fertigbringt, so ist es gerichtet."

Kein leeres Wort

Was vor allem die jüngeren Menschen an diesem Pionier der Humanität am meisten bewundern, ist sein vollkommenes Desinteresse allem Materiellen gegenüber; Nächstenliebe war für ihn kein leeres Wort. Aber er schuf auch das Bild vom „anderen Deutschen", als der Rest der Nation in der übrigen Welt kein hohes Ansehen genoß. Den Friedensnobelpreis verlieh das Komitee in Oslo 1953 dem „deutschen Gelehrten", worüber die Franzosen recht pikiert waren. Sie beanspruchten in dem in Kaysersberg im Oberelsaß Geborenen einen der Ihren – ein kleinmütiges Verhalten, das in scharfem Kontrast zu Schweitzers Wirken steht.

Die Jugend der 80er Jahre sieht in ihm einen Ahnherren der Postulate, die sie sich zum Ziel gesetzt hat: den Schutz der Umwelt, größere Menschlichkeit über die Grenzen hinaus, Mißtrauen gegen den „Fortschrittsaberglauben" in der Technik – Forderungen, die in einer Zeit, in der „Entfremdung" und „Anonymität" zu gängigen Schlagworten geworden sind, wieder Hochkonjunktur haben. Das sichert Schweitzer seine Popularität, auch zwanzig Jahre nach seinem Tod, und nährt die berechtigte Hoffnung, daß nach seinen Maximen weiterhin gehandelt werden wird.

Das Werk Schweitzers im Geiste setzt eine Samariterin in unseren Tagen fort, die sich der weltweiten Bewunderung ebenso sicher sein kann wie der Urwalddoktor: Mutter Teresa. Als sie am 10. Dezember 1979 den Friedensnobelpreis erhielt, wurde in den Medien erstmals in größerem Umfang über sie berichtet. Da arbeitete sie allerdings bereits seit mehr als dreißig Jahren unter den Ärmsten der Armen, in den Elendsvierteln Kalkuttas.

Seien wir ehrlich: Wer hat vor jenem Tag im Jahre 1979 jemals etwas von Mutter Teresa gehört? „Vor zehn Jahren", schrieb die FAZ 1980, „hätte niemand ihren 60. Geburtstag zur Kenntnis genommen; inzwischen antworten berühmte Leute wie Karajan, Everding, Ledig-Rowohlt oder Anneliese Rothenberger, befragt nach ihren Lieblingsheldinnen in der Wirklichkeit: Mutter Teresa."

Am 10. September 1946, während einer Zugfahrt nach Darjeeling, hörte sie „den Ruf", die Missions-High-School St. Mary in Kalkutta, deren Leiterin sie war, zu verlassen und sich den Ausgestoßenen zu widmen. „Die schlimmste Krankheit ist nicht die Lepra oder die Tuberkulose, sondern das Gefühl, von niemandem angesehen zu werden, ungeliebt zu sein, verlassen von jedermann", sagt sie.

Wenn man ihr vorhält, daß auf jeden Kranken, dessen sie sich annimmt, hundert kommen, denen sie nicht helfen kann, so räumt sie ein, bloß „ein Tropfen im Ozean" zu sein. „Aber ohne diesen Tropfen wäre der Ozean um einen Tropfen kleiner." Es ist nicht zuletzt diese Hartnäckigkeit angesichts der Aussichtslosigkeit ihres Tuns, die ihr weltweite Anerkennung einträgt.

Ihre Einstellung ist nicht unumstritten; Kritiker werfen ihr vor, naiv und realitätsfremd zu sein. Sie ist nicht nur eine strikte Gegnerin der Abtreibung, sondern wehrt sich vehement gegen jegliche Verhütungsmethoden, die die Bevölkerungsexplosion in den Ländern der Dritten Welt steuern könnten. „Gott wird es richten. Wenn ich mich zu sehr mit morgen beschäftige, dann vergesse ich, heute zu leben – und heute meinen Mitmenschen zu lieben."

Kritik fast ein Sakrileg

Während sich bei Albert Schweitzer in der Rückschau auf sein Lebenswerk bereits Widerspruch an manchen seiner Einstellungen und Meinungen regt, so verstummt dieser bei Mutter Teresa angesichts der übermenschlichen Leistung, die sie tagtäglich verbringt. Kritik an dieser Frau wird (noch) als Sakrileg empfunden.

„Sie wird bewundert – und damit wird verdrängt, daß wir selber zu faul und unfähig sind, Gutes zu tun", bemerkte selbstkritisch ein Jugendlicher. Doch das stimmt nicht ganz. Jeden Tag erhält sie Anfragen von jungen Menschen, die in ihrem Orden arbeiten wollen. Damit wird sie zu einem Idol, das anderen Menschen die Möglichkeit gibt, genauso zu werden wie sie. Solange Frauen wie Mutter Teresa die Listen der meistbewunderten Menschen anführen, besteht Hoffnung für die Menschlichkeit.

Doch die Alibi-Funktion sowohl Schweitzers als auch Mutter Teresas darf nicht unterschätzt werden. Wer über sie und ihre Taten liest, empfindet fraglos Gefühle der tiefen Bewunderung – aber auch das schlechte Gewissen meldet sich zu Wort. Die wenigsten Menschen sind in der Lage oder willens, diesen Vorbildern nachzueifern. Sie beruhigen das Gewissen derjenigen, die unterlassene Hilfeleistungen an den Unterprivilegierten mit dem Scheckbuch zu kompensieren suchen. In die Bewunderung, die man solchen Menschen zollt, mischt sich auch ein wenig Erleichterung über die Tatsache, daß man selber von den unangenehmen Tätigkeiten verschont bleibt.

Die Idolisierung ist daher nicht zuletzt auch der – wohlgemerkt wohlverdiente – Preis, den man gerne zahlt, um sich von seiner Verantwortung freizukaufen. Das gute Gewissen, hat Schweitzer einmal gesagt, sei „eine Erfindung des Teufels". Mutter Teresa und Albert Schweitzer sind die Menschen, die dieser Erfindung etwas von ihrem Schrecken nehmen.

Morgen in der WELT

Max Schmeling und Boris Becker

DER NEUE LANCIA THEMA IST EIN LIEBLINGS-THEMA DER DEUTSCHEN AUTO-JOURNALISTEN:



Sudan wendet sich von den USA ab – dringt aber auf Finanzhilfe vom Westen

Linksparteien gegen Moslembrüder / Sturz Numeiris brachte keine politische Lösung

PETER M. RANKE, Kairo

Während in Khartum politische Parteien, Fronten und Allianzen heillos zerstritten sind, während Militärrat und Zivilregierung einander überwachen und belauern, sind sie sich doch in einem einig: Der Sudan gibt die pro-amerikanische Politik des am 6. April gestürzten Präsidenten Numeiri auf und sucht Rückhalt im arabisch-afrikanischen Lager der Dritten Welt. Trotzdem dringt Khartum im Westen auf größere Finanzhilfe, denn frühere Kredite können nicht mehr zurückgezahlt werden, und die Unterstützung arabischer Ölstaaten wie etwa Libyen bleibt aus.

Die Forderung des innenpolitisch starken Verteidigungsminister Osman Abdallah Mohammed, die Amerikaner sollten ihr Waffendepot in Port Sudan auflösen, ist, wie auch die Ablehnung gemeinsamer Manöver, ein Zeichen für den neuen, neutralen Kurs. Die weitere Zusammenarbeit mit Libyen in einem neugebildeten Militär-Komitee, das sudanesische Hubschrauberpiloten in Libyen ausbilden läßt, und die zu Reparaturen an sowjetischen Flugzeugen und Panzern herbeigerufenen Sowjetmilitärs lassen dagegen eine Kursänderung in Richtung Moskau befürchten.

Absprache mit Kairo

Allerdings wird in Khartum vom provisorischen Ministerrat betont, trotz der militärischen Zusammenarbeit mit Libyen habe die Bindung an Ägypten durch den Verteidigungspakt Vorrang. Der neue Kurs sei auch vom Militärpräsidenten General Sawar El Dahab mit Kairo abgesprochen worden. Offenbar wollen die ägyptische und die sudanesische Regierung prüfen, was sich Washington gefallen läßt und wie weit Kairo und Khartum gehen können, ehe die amerikanische Hilfsbereitschaft schwindet.

Westliche Diplomaten weisen darauf hin, daß Khartum Zugeständnisse an Oberst Garang und seine „Befreiungsarmee" im Südsudan machen müsse. Die Rebellen werden weiterhin von Äthiopien unterstützt, so daß eine anti-amerikanische und eher pro-sowjetische Politik Khartums Oberst Garang zufriedenstellen könnte. Dagegen paßt die weitere militärische Zusammenarbeit mit Libyen nicht in dieses Bild, denn Garang fordert ein Ende der militärischen Bündnisse mit Libyen und Ägypten.

Im Sinne der Rebellen ist aber wiederum die Aburteilung von Numeiri-Vertrauten wie dem früheren Vizepräsidenten Omar El Tayeb und Ex-Präsidentschaftsminister Baha Eddin Idris. Neben Korruption wird den Angeklagten vor allem vorgeworfen, den Amerikanern erlaubt zu haben, über eine Luftbrücke im vergangenen Winter Tausende von jüdischen „Falaschas" aus den Hungerlagern im Süden nach Israel auszufliegen.

Weder der Militärrat unter Sawar El Dahab noch die von ihm eingesetzte Zivilregierung unter Ministerpräsident Dafallah sind sich einig oder wissen überhaupt, wie sie den seit mehr als zwei Jahren dauernden Aufstand im Süden beenden sollen, der jede Wirtschaftsentwicklung so blokkiert. Die Militärs setzen den Krieg fort, die Zivilisten wollen verhandeln, und im Lande ist der Gegensatz zwischen Arabern und Neger-Stämmen im Süden noch nie so stark gewesen wie jetzt.

Innenpolitisch wird die Lage in Khartum beherrscht vom Streit der „Nationalen Allianz" der Linksparteien mit den Moslembrüdern, die zuletzt Numeiris Bundesgenossen waren. Badreddin Mudathir, der Führer der linksradikalen Baath-Partei, erklärte erst kürzlich, daß noch zu viele Numeiri-Gefolgsleute in Regierung und Armee säßen. Wen er meinte, ist klar: Militärpräsident Sawar El Dahab war bis zum 5. April Numeiris Verteidigungsminister und stellvertretender Stabschef. Er vor allen Dingen ist der Mann, der das Bündnis mit Kairo nicht aufgeben will.

Wahltermin fraglich

Die sudanesische Baath-Partei, im Bunde mit Kommunisten und Gewerkschaften, erhielt vorige Woche Besuch vom stellvertretenden Baath-Generalsekretär Abdullah El Ahmar aus Syrien. Die Syrer gelten als politische Ziehväter der sudanesischen Baathisten und als Gegner der Militärs mit Ausnahme des Verteidigungsministers Mohammed. Moslembrüder wiederum werden von Saudi-Arabien unterstützt, die islamisch-revolutionäre Ansarc-Sekte des Saddiq El Mahdi dagegen von Libyen.

Der Militärrat will nur bis zu den Parlamentswahlen im nächsten Frühjahr im Amt bleiben, weil das neue Parlament eine neue Verfassung ohne Druck der Offiziere ausarbeiten soll. Aber dieser Zeitplan gerät wegen der inneren Krise zunehmend unter Druck. Daher tendieren Militärrat und Zivilregierung dahin, die Wahlen mit ihrem unvermeidlichen Aufruhr terminlos aufzuschieben. Das aber lehnt die linke „Nationale Allianz" ab, da sie die Macht in Reichweite sieht. Die Krise schwelt also weiter bis zu nächsten Eruption, der Sturz Numeiris hat nichts gelöst. (SAD)

Honecker-Besuch: Alles bleibt unverbindlich

E.N. Bonn

Die „DDR" ist bisher wegen eines Bonn-Besuches des Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs Erich Honecker nicht „in verbindlicher Weise" an die Bundesregierung herangetreten. Dies erklärte der für die Deutschland-Politik zuständige Minister im Kanzleramt, Wolfgang Schäuble, gestern zu Gerüchten, Honecker habe sich bereits auf einen Zeitpunkt Ende dieses Jahres oder Anfang 1986 festgelegt. Der Sprecher des Bundespräsidialamtes, Friedbert Pflüger, sagte auf Anfrage der WELT, eine Vorsprache des Ständigen Vertreters der Deutschen Demokratischen Republik in Bonn, Ewald Moldt, bei Bundespräsident Richard von Weizsäcker Ende Oktober habe in keiner Verbindung mit diesen Besuchsplänen gestanden.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk meinte Schäuble unter Auslassung der Möglichkeit eines Gepräches mit Moldt in diesem Zusammenhang: „Es gibt zwischen den Verantwortlichen in der DDR und dem Kanzleramt in der Frage eines Besuches keinerlei Kontakte." Theoretisch sei alles machbar, obwohl man in Bonn „für den Rest dieses Jahres einen dichtgedrängten Terminkalender" habe. Ausdrücklich unterstrich Schäuble, daß zu keiner Zeit ein „Staatsbesuch" ins Haus gestanden habe, Honecker sei vielmehr bereits vom früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt zu einem „Arbeitsbesuch" nach Bonn eingeladen worden.

Zu einem möglichen Einfluß der Genfer Abrüstungsgespräche auf den noch ausstehenden Besuch sagte Schäuble gegenüber dem Saarländischen Rundfunk, ein positiver Ausgang erweitere auch den „Spielraum der deutsch-deutschen Beziehungen.

Honecker läßt den künftigen Kurs gegenüber der Kirche im ungewissen

In der SED bleibt Widerstand gegen liberalere Tendenzen / Gespräch überfällig

HANS-R. KARUTZ, Berlin

SED-Chef Erich Honecker zeigt anscheinend wenig Neigung, seine Zusage alsbald einzuhalten, ein weiteres „Gipfeltreffen" mit dem „DDR"-Kirchenbund abzuhalten, um die Sorgen der mitteldeutschen Protestanten zu erörtern. Der Parteichef hatte diese Zusammenkunft fest für den Herbst dieses Jahres zugesagt, als er am 12. Februar eine erste Unterredung mit dem Kirchenbund-Vorsitzenden Johannes Hempel (Dresden) führte. Die Kirche dringt auf „handhabbare Richtlinien" des Staates (Hempel), auf die sich vor allem die vielfach bedrängten Christen am Ort berufen können.

In Ostberliner Kirchenkreisen heißt es, es gebe in dieser Sache „nichts Neues". Möglicherweise bestehen auch SED-intern Schwierigkeiten, im Vorfeld des XI. SED-Parteitages Mitte April 1986 ein innenpolitisch derart brisantes Thema in einem Sinne zu erörtern, der für die Kirche günstige Folgen hätte und für das untere Funktionärscorps mit strikteren Verhaltensauflagen als bisher verbunden wäre.

Dialog stockte

Die Vorbereitungen für dieses Treffen – das erste, am 6. März 1978, war unter völliger Geheimhaltung und gegenseitigem vorherigem Austausch genehmigter Texte in die Wege geleitet worden – stockte in den vergangenen Wochen auch wegen einer schweren Erkrankung von SED-Kirchen-Staatssekretär Klaus Gysi. Er war erst kürzlich beim Festakt zum 300. Jahrestag des Toleranz-Edikts von Potsdam wieder in der Öffentlichkeit zu sehen. Der Vertraute Honeckers, Ex-Botschafter in Italien und -Kulturminister, leidet an einer labilen Gesundheit. Der für die ideologisch-parteiliche Vorbereitung des Treffens zuständige Abteilungsleiter in seinem Hause, Heinrich, zählt nach Ansicht von Insidern zur Gruppe der SED-Funktionäre, die der weiteren Arbeit und liberaleren Bedingungen für die evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland skeptisch und mit ideologischen Vorbehalten gegenüberstehen.

Die nach siebenjähriger Pause längst fällige neue Begegnung zwischen Honecker und der Führung des Kirchenbundes ist deshalb von grundlegender Bedeutung, weil sich aus ihren Ergebnissen der künftige Kirchen-Kurs der SED ablesen läßt. Nach dem Luther-Jahr 1983 hatte sich – zumindest auf Leistungsebene – ein „modus vivendi" herausgebildet. Die Kirche gewährte ihrerseits für die offizielle, auf neue Ost-West-Verhandlungen ausgerichtete Ostberliner Außenpolitik moralische Unterstützung. Die jüngste Bundessynode der evangelischen Kirche Ende September in Dresden bewies jedoch abermals, wie viele dringend regelungsbedürftige Themen und Bereiche zwischen atheistischer Staatspolitik und christlichem Bürger-Anspruch noch aufgearbeitet werden müssen. Vor allem die Fragen individueller Menschenrechte einschließlich fehlender Reisemöglichkeiten – von Kirchenrepräsentanten 1985 mehrfach öffentlich angemahnt – sind der SED-Führung unangenehm. Ein schärferer Zugriff gegenüber Wehrdienstverweigerern – auf Totalverweigerer warten bis zu 18 Monate Haft – sowie Agitationsgespräche mit Synodalen deuten auf eine neue Gangart der Partei gegenüber der evangelischen Kirche hin.

Wie vorsichtig die Kirche selbst in dieser Situation reagiert, zeigte sich an einem kleinen, aber eindrucksvollen Beispiel: Als der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen am 26. Oktober in der mit West-Mitteln wiederhergerichteten Potsdamer Nikolaikirche am kirchlichen Festakt „300 Jahre Edikt von Potsdam" teilnahm, wurde er zwar privat freundlich begrüßt und in der ersten Sitzreihe plaziert, aber nicht namentlich begrüßt.

Diepgen ungenannt

Am Ende einer ausführlichen Aufzählung der Gäste hieß es, man begrüße auch „politische Repräsentanten aus der Nachbarstadt West-Berlin". Diepgens Name fiel jedoch nicht. Zur Zeit lautet das Motto der Kirchenführung offensichtlich, bei der Staatsseite nicht „anzuecken".

Spätestens nach der Rückkehr von Bischof Hempel von einer China-Reise am 22. November wird sich erweisen, ob der versprochene „Gipfel" überhaupt noch in diesem Jahr zustande kommt. Das starke Interesse der Kirche an einer neuen Grundsatzaussprache hatte auch Hempels Stellverteter Manfred Stolpe (Ost-Berlin) auf dem Düsseldorfer Kirchentag erklärt. In einer Diskussion sagte er: „Wir werden die Möglichkeit auch weiter wahrnehmen, Dinge, die das Zusammenleben der Menschen auch in Glaubensfragen betreffen, die davon handeln, daß junge Menschen, die Christen sind, in den Schulen als Christen gleichberechtigt und gleichgeachtet sind, weiter zur Sprache bringen."





Wird Katastrophenschutz blockiert?

Vorbehalte in Bonn und den Ländern gegen geplante Änderung des Wehrpflichtgesetzes

GÜNTHER BADING, Bonn

Die vom CDU-Präsidium unter dem Stichwort „Wehrgerechtigkeit" geforderte Streichung der Freistellung von Teilnehmern an den Zivil- und Katastrophenschutzdiensten von der allgemeinen Wehrpflicht stößt bei Experten in Bonn und Ländern auf Widerstand. In einer internen Bewertung durch das Innenministerium heißt es, eine „Streichung der Freistellungsregelung des § 13 a Wehrpflichtgesetz würde wesentliche Teile des bisherigen Hilfeleistungssystems funktionsunfähig machen". Derzeit werden Wehrpflichtige freigestellt, wenn sie sich für mindestens zehn Jahre für Aufgaben des Verteidigungsfalles im Zivil- und Katastrophenschutz verpflichten. Zur Zeit sind 142 988 Helfer der Geburtsjahrgänge 1956 bis 1966 freigestellt. Hinzu kommen 50 000 weitere freigestellte „Althelfer" früherer Geburtsjahrgänge. Sie sind schwerpunktmäßig beim Technischen Hilfswerk (THW), der Freiwilligen Feuerwehr und beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) eingesetzt, und zwar für Aufgaben, die beim rein friedensmäßig orientierten Aufbau des Katastrophenschutzes nicht berücksichtigt worden wären. Der vom Bund finanzierte, auf den Verteidigungsfall bezogene Teil des Katastrophenschutzes wäre bei Wegfall der Freistellungsregelung „nicht mehr funktionsfähig", heißt es in dem Arbeitspapier des Innenministeriums. „Dies gilt insbesondere für solche Fachdienste, die einen geringeren friedensmäßigen Bezug haben, wie ABC-Dienst, Bergungs- und Instandsetzungsdienst sowie die Bereiche THW und Warndienst insgesamt. Beim THW seien von 55 000 Helfern 35 900 vom Wehrdienst freigestellt; bei den 1690 Helfern des Warndienstes sind dies sogar 1487 oder 88 Prozent.

Aus den Bundesländern wird auch die Absicht des Verteidigungsministeriums, die Freistellungsquote von 17 000 pro Geburtsjahrgang möglicherweise auf 10 000 zu reduzieren, kritisiert. So will dem Vernehmen nach das Land Niedersachsen in der Sitzung des Bundesratsausschusses für Verteidigung am Mittwoch einen Antrag einbringen, in dem es heißt: „Der Bundesrat hat Bedenken gegen die erkennbare Tendenz der beabsichtigten Anpassung der Freistellungsquoten für den Zivil- und Katastrophenschutz an die veränderte Situation im Aufkommen an Wehrpflichtigen. Die Funktionsfähigkeit des Zivil- und Katastrophenschutzes als Teil der Gesamtverteidigung beruht ganz wesentlich auf der gegenwärtigen Freistellungsquote, im Falle einer Reduzierung dieser Quote wäre sie nicht mehr gewährleistet."

Zu der Absicht der CDU-Spitze, die Freistellung aus Gründen der Wehrgerechtigkeit aufzuheben, heißt es in dem Argumentationspapier aus dem Innenministerium, das Prinzip der Gleichwertigkeit des mindestens zehnjährigen Dienstes im Zivil- und Katastrophenschutz mit dem Wehrdienst sei als erfüllt anzusehen. Dieser Dienst betrage jährlich bis zu 250 Stunden. Neben dieser zeitlichen Belastung falle die lange Verpflichtungszeit ins Gewicht, die zudem in eine Lebensphase falle, die durch Berufsausbildung, Arbeitsplatzsuche und Familiengründung ohnehin schon besonders belastet sei.

Schmidt-Appell vor Genf

Ehemalige Staatschefs fordern Verzicht auf neue Sprengköpfe

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der „Aktionsrat für internationale Zusammenarbeit", ein Zusammenschluß ehemaliger Staats- und Regierungschefs aus aller Welt, hat gestern an Präsident Ronald Reagan und Generalsekretär Michail Gorbatschow appelliert, bei ihrem bevorstehenden Treffen in Genf Fortschritte bei der Rüstungskontrolle und der atomaren Abrüstung zu erzielen.

Zum Abschluß einer dreitägigen Tagung, auf der das achtköpfige Exekutivkomitee des Rates in der Hansestadt über die Weltlage beraten hatte, erklärte der zum neuen Vorsitzenden gewählte ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Da die primäre Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens bei den beiden Supermächten liegt, fordern wir Generalsekretär Gorbatschow und Präsident Reagan auf, ihre Führungsrolle mit Mut und Weitblick auszuüben." Beide Staatschefs sollten insbesondere den ABM-Vertrag und das Abkommen über die Nichtweiterbreitung von Atomwaffen „gemeinsam interpretieren, voll anwenden und strikt einhalten, da diese beiden Verträge die Eckpfeiler der Begrenzung nuklearer Rüstung darstellen".

Schmidt appellierte im Namen der ehemaligen Staats- und Regierungschefs an die beiden Supermächte, ihren Verpflichtungen aus diesen Verträgen nachzukommen und insbesondere den Artikel VI des Nichtweiterverbreitungsvertrages zu beherzigen, der „wirksame Maßnahmen zur Begrenzung des nuklearen Rüstungswettlaufs und zur nuklearen Abrüstung" verlange. Die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sollten darauf verzichten, zusätzlich nukleare Sprengköpfe und Trägersysteme aufzustellen.

Zum amerikanischen Weltraumprogramm SDI erklärte Schmidt, der ABM-Vertrag untersage zwar nicht die Forschung, begrenze jedoch strikt die zulässige Anzahl der aufzustellenden Defensiv-Systeme. Schmidt: „Beide Supermächte sollten sich daher dringend auf eine gemeinsame Auslegung und Anwendung des ABM-Vertrages einigen, damit ein weiterer Rüstungswettlauf auf der Erde und im Weltall, in dem sich beide Supermächte bereits befinden, ausgeschlossen wird. Die gesamte Welt hat ein Recht darauf, von den Supermächten die Einhaltung jener Verträge zu fordern, die sie bereits abgeschlossen haben." Reagan und Gorbatschow sollten im übrigen regelmäßige Gipfel-Treffen vereinbaren, um so „eine dauerhafte politische Atmosphäre zu schaffen".

Der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, fügte hinzu, die Botschaft an Reagan und Gorbatschow enthalte nur „realistische Vorschläge", da von Genf „nicht allzuviel zu erwarten sei".

Die früheren Staats- und Regierungschefs brachten außerdem ihre Besorgnis „über die bedrohlichen Probleme der Verschuldung und des US-Defizits" zum Ausdruck. Übermäßig verschuldet seien mittlerweile nicht nur Länder oder Regierungen: „Vielmehr hat als Folge unvorsichtiger Kreditvergabe und Kreditnahme die Belastung der Banken ein derartiges Ausmaß erreicht, daß auch darin beträchtliche Gefahren für das Finanzsystem liegen." Dies gelte besonders angesichts des „erheblichen realen Preisverfalls vieler Produkte", der es „sehr schwierig" mache, Schuldendienste in diesem Ausmaß zu leisten. Ohne politische Maßnahmen zur Veränderung dieser Lage drohe „die ganze Welt in ein wirtschaftliches Desaster vom Ausmaß der dreißiger Jahre" zu geraten.

SPD: Genscher hält an privater Lösung fest

Co. Bonn

Zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gibt es noch keine Einigung darüber, ob und in welcher Form eine Beteiligung deutscher Firmen an der amerikanischen Weltraumforschung (SDI) staatlich abgesichert werden soll. Wie von unterrichteter Seite verlautet, erstrebt Genscher weiterhin eine rein „private" Lösung an, das heißt Firmen-Vereinbarungen ohne Einschaltung der Bundesregierung. Kanzler und Außenminister steckten lediglich den zeitlichen Rahmen ab: Entscheidung bis zum Jahresende. Deshalb eilen Berichte über einen vereinbarten Briefwechsel zwischen den Verteidigungsministern Manfred Wörner und Caspar Weinberger zur Absicherung einer SDI-Beteiligung den Tatsachen voraus. In Bonn fiel auf, daß in jüngsten Äußerungen von Regierungsseite der Begriff „Rahmenvereinbarung" nicht mehr auftaucht.

Signal der CDU an die Saar-FDP

UR. Bonn

Die saarländische CDU-Fraktion hat den Landesparteitag der FDP zum Anlaß genommen, um Befürchtungen aus den eigenen Reihen über eine Kehrtwende der Freien Demokraten zur SPD entgegenzuwirken. CDU-Fraktionschef Günther Schwarz begrüßte es, „daß der FDP-Landesvorsitzende Horst Rehberger eine grundsätzliche Bereitschaft der FDP zu einer politischen Zusammenarbeit über das Jahr 1990 hinaus erklärt hat". Wenn CDU und FDP „getrennt marschieren und vereint schlagen", dann könne die SPD-Regierungszeit zu einem „kurzen Intermezzo werden", sagte Schwarz.

Appell an die Chemie

gil. – Meist gehen Appelle den Verfassern so leicht von den Lippen wie den Empfängern (ungehört) durchs Ohr. „Runter mit den Arbeitslosenzahlen" lautet die Aufforderung des Bundesarbeitgeberverbandes Chemie an die rund 1 700 Mitgliedsfirmen der Branche. Die Organisation tat sich mit diesem Appell so schwer wie die Betriebe vermutlich mit seiner Befolgung.

Die chemische Industrie begann dieses Jahr mit 548 000 Beschäftigten und legte bis September (nach vorläufigen Zahlen) auf 564 000 zu. Sie bleibt also hinter der starken Beschäftigungszunahme der Metallindustrie zurück, hat aber auch nicht so stark wie diese vorher Personal abgebaut. Ein Spitzenverband vermag die Unternehmen nicht zu bevormunden, sollte die Öffentlichkeit andererseits auch nicht mit Leerformeln langweilen.

Daß Appelle nicht verpuffen müssen, zeigen die Lehrlingszahlen. In drei Jahren stellte die Chemie 25 Prozent mehr Ausbildungsstellen bereit; dabei half eine maßvolle Tarifpolitik der Gewerkschaft mit. *Die wirtschaftlichen Voraussetzungen*, daß die Bitte nicht ungehört bleibt, sind gut: Ertragsstärke und gute Prognosen fordern dazu auf, Überstunden in Einstellungen umzuwandeln, flexible Arbeitszeitformen zu nutzen und stets den künftigen Fachkräftemangel im Visier zu halten. Ein rentabler ist ein guter Arbeitsplatz. Aber ein Unternehmen *darf den vorhandenen* Ermessensspielraum nutzen. Der Appell ermuntert zu dieser Gratwanderung zwischen betrieblichen Kosten und gesellschaftlichem Imperativ.

Zitterpartie

Py. – Das BGH-Urteil im Schadenersatzprozeß zwischen den Aktionären des 1979 in Konkurs gegangenen Baukonzerns Beton & Monier (BuM) und der Westdeutschen Landesbank um die Prospekthaftung des Instituts beim Verkauf junger Aktien hat den Aktionären noch keine endgültige Klarheit gebracht. Die Zitterpartie hält an. Es geht weiter um den Vorwurf „eigennütziger Konkursverzögerung" und des allzu langen Glaubens an einen Sanierungserfolg der maroden BuM. Den ersten Teilvorwurf kann man getrost ad acta legen, nicht jedoch den zweiten. Das hat auch der BGH gesehen, wenn er dem OLG Düsseldorf bescheinigt, sich sein *Urteil etwas zu leicht* gemacht zu haben. Der Hinweis der WestLB, keine Bank werde künftig etwas zu Zukunftsaussichten von Unternehmen sagen, die nicht „*erste Adressen*" sind, geht fehl. Man darf daran erinnern, daß die WestLB Aktionärin, Hausbank, Hauptkreditgeberin war und außerdem im Aufsichtsrat vertreten, wenn dieses Gremium denn wirklich etwas mit Aufsicht und Kontrolle zu tun haben soll.

Internationales Dilemma

Von KARL OTTO PÖHL

Der Autor ist Präsident der Deutschen Bundesbank in Frankfurt

Das US-Haushaltsdefizit ist wegen seiner Auswirkungen für die US-Zinsen und die US-Leistungsbilanz schon längst nicht mehr nur ein amerikanisches, sondern ein internationales Problem. Bedauerlicherweise ist es den USA in den Jahren der Hochkonjunktur nicht gelungen, die Budgetdefizite zu verringern. In einer von vielen Beobachtern für wahrscheinlich gehaltenen Phase schwächeren Wirtschaftswachstums wird diese Aufgabe noch schwieriger, ja, der Versuch, die Budgetdefizite zu kürzen, könnte die Abschwächung verschärfen und die Gefahr einer rezessiven Entwicklung heraufbeschwören.

Auch die amerikanische Geldpolitik ist in einem Dilemma. Angesichts einer offensichtlich starken monetären Expansion könnte der Versuch, durch eine Politik leichteren Geldes die Zinsen und damit den Dollarkurs zu drücken, leicht die unter großen Opfern Anfang der achtziger Jahre wieder aufgebaute Glaubwürdigkeit der amerikanischen Notenbankpolitik aufs Spiel setzen und Inflationserwartungen neu beleben.

Die hohen Haushaltsdefizite und die Überbewertung des Dollar an den Devisenmärkten haben wesentlich dazu beigetragen, daß die USA seit einigen Jahren ein Defizit in ihrer Handels- und Leistungsbilanz haben, für das es in der Wirtschaftsgeschichte kein Vorbild gibt und das zu einer wachsenden Gefahr für die Stabilität des internationalen Handels- und Währungssystems wird.

Für 1985 wird das amerikanische Leistungsbilanzdefizit auf rund 135 Milliarden Dollar geschätzt. Was *dies bedeutet, hat der Präsident* der amerikanischen Notenbank Paul Volcker kürzlich so ausgedrückt: „The US are in a real sense living on borrowed money and borrowed time." In der Tat ist das reichste Land der Welt als Ergebnis eines falschen „policy-mix" aus zu hohen Budgetdefiziten, zu hohen Zinsen und einer überbewerteten Währung dabei, zum größten Schuldnerland der Welt zu werden.

Ein wachsender Teil der Kapitalbildung anderer Länder wird von den Vereinigten Staaten absorbiert, und zwar nicht nur die Ersparnisse relativ wohlhabender Länder wie zum Beispiel Japan, sondern auch hochverschuldeter Entwicklungsländer. Innerhalb von nur drei Jahren haben die USA im Ausland mehr Schulden *aufgenommen, als sie seit der Jahrhundertwende* an Auslandsvermögen aufgebaut haben.

Wenn die Entwicklung in dieser Form weiterginge, so hat man errechnet, hätten die USA schon 1990, also in nur vier Jahren, eine Auslandsschuld von 1000 Milliarden US-Dollar akkumuliert. Die Zinszahlungen auf diesen Schuldenberg würden sich jährlich auf etwa 100 Milliarden US-Dollar belaufen. Um ihren Schuldendienstverpflichtungen nachkommen zu können, müßten die USA ständig *mehr Kredite im Ausland aufnehmen.*

Der Anpassungsprozeß kann deshalb nur schrittweise erfolgen. Die Korrektur der Wechselkurse, die in den letzten Monaten stattgefunden hat, ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung und wird hoffentlich dazu beitragen, den protektionistischen Druck in den Vereinigten Staaten zu verringern. Protektionismus ist nicht nur kein Ausweg aus dem Dilemma, sondern führt geradewegs in eine Sackgasse. In den dreißi*ger Jahren haben wir erlebt, wohin* Protektionismus führen kann: zu Handelskrieg, Massenarbeitslosigkeit und zum Zusammenbruch des internationalen Handels.

Nicht nur die USA, auch die anderen großen Industrieländer haben eine besondere Verantwortung, daß die Weltwirtschaft in ein besseres Gleichgewicht kommt. Sie müssen ihren Wachstumsspielraum so weit wie möglich nutzen und ihre Märkte öffnen. Das gilt insbesondere für Japan, das sich handelspolitisch nicht nur gegenüber den USA, *sondern auch* gegenüber Europa und auch gegenüber der Bundesrepublik in einem eklatanten Ungleichgewicht befindet.

Aber auch die Bundesrepublik muß ihren Wachstumsspielraum konsequent nutzen. Dies liegt nicht nur im Interesse unserer Handelspartner, die zunehmend kritisch den wachsenden Handels- und Leistungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik betrachten, sondern in unserem eigenen Interesse, denn ausreichendes wirtschaftliches Wachstum ist vielleicht keine hinreichende, aber sicherlich eine notwendige Voraussetzung da-

● Fortsetzung Seite 12

BUNDESVERBAND DEUTSCHER BANKEN / Aktive Steuerpolitik gefordert

Das Jahr vor der Wahl bringt die Bewährung für Konsolidierungskurs

LEO FISCHER, **Bonn**

Eine aktivere Steuerpolitik forderte der Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken, Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth vor der Presse in *Bonn aus Anlaß der Mitgliederversammlung* des Verbandes. In diesem Zusammenhang forderte auch Schroeder-Hohenwarth eine Vorziehung der zweiten Stufe der Steuerentlastung auf Anfang 1987. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode bald „ein Konzept für weitergehende Erleichterungen für Unternehmen und Arbeitnehmer" erarbeiten.

Die Reduzierung der Steuerlast dürfe aber nicht mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung kollidieren, meinte der Verbandspräsident. Die sparsame Haushaltspolitik müsse besonders im Vorwahljahr ihre Bewährungsprobe bestehen. Er warnte ausdrücklich vor einer Politik der „Wahlgeschenke". *Diese engten den Spiel*raum für künftige Steuersenkungen ein. Außerdem sei eine durchgreifende Steuerentlastung ohne den Abbau von Subventionen nicht zu schaffen. Schroeder-Hohenwarth erinnerte daran, daß der Verband kürzlich Subventionen im eigenen Bereich, nämlich bei der Sparförderung, als „entbehrlich" und „anachronistisch" bezeichnet hatte.

An die Tarifpartner wandte sich der Verbandspräsident mit seiner Mahnung, die positiven Wirkungen durch die Dämpfung der Lohnkosten (bessere Unternehmenserträge, mehr Investitionen, Zunahme der Beschäftigung und Stabilisierung der Preise) in der kommenden Tarifrunde „nicht durch eine Lohnoffensive zur Forcierung des privaten Verbrauchs" zu gefährden.

Im Zins-Rückschlag sieht der Verbandspräsident keine Tendenzwende. Vor allem die Senkung des Dollarkurses *auf Grund der Interventio*nen der „Großen Fünf" haben die Aufwertungserwartungen in die D-Mark beendet und die Ausländer zum Ausstieg aus inländischen Renten veranlaßt. *Schroeder-Hohenwarth ist* zuversichtlich, daß der „Zinsbuckel" wieder abgebaut werden könne; für die deutsche Wirtschaft sei vor allem auch im internationalen Vergleich weiterhin mit guten Finanzierungsbedingungen zu rechnen. Um die Kapitalaufnahme zu erleichtern und zur Stärkung des Finanzplatzes Bundesrepublik empfiehlt auch Schroeder-Hohenwarth, die Börsenumsatzsteuer und die Gesellschaftsteuer abzuschaffen.

Der Bankenverband teilt den weit verbreiteten Konjunkturoptimismus. Der Aufschwung werde sich 1986 zumindest im bisherigen Tempo fortsetzen. Die Impulse vom Export würden dann zwar nicht mehr so kräftig sein. Dafür könne im Inland mit einer dynamischeren Investitionskonjunktur gerechnet werden. Zudem werde der private Verbrauch 1986 einen größeren Wachstumsbeitrag leisten. Mit der Normalisierung der Kurzarbeit *und steigender Beschäftigtenzahl* befinde sich der Arbeitsmarkt bereits in der Phase der Besserung. Im nächsten Jahr sei mit einem „leichten Rückgang der Arbeitslosenzahl" zu rechnen.

Zur Schuldenproblematik meinte Schroeder-Hohenwarth, daß die Schuldnerländer beachtliche Fortschritte gemacht haben. So hätten die nichterdölexportierenden Entwicklungsländer 1984 ihr Leistungsbilanzdefizit auf durchschnittlich neun Prozent ihrer Exporterlöse reduziert, den niedrigsten Wert seit 20 Jahren.

Ausdrücklich begrüßte der Verbandspräsident den „Baker-Plan", nach dem die privaten Geschäftsbanken in den nächsten drei Jahren *den Entwicklungsländern* 20 Milliarden Dollar zusätzliche Kredite gewähren, Weltbank und Entwicklungsbanken neun Milliarden Dollar.

Über einen Abbau der Budgetdefizite und damit eine Zinssenkung könnten die Industrieländer erheblich zu einer Verminderung des Schuldendienstes der Entwicklungsländer beitragen. „Schon eine Senkung des Zinsniveaus um eineinhalb Prozentpunkte würde über einen Zeitraum von drei Jahren bei den lateinamerikanischen Schuldnern zu einer Devisenersparnis von etwa 20 Milliarden Dollar führen", meinte Schroeder-Hohenwarth.

WELTTEXTILABKOMMEN

Bangemann plädiert für liberalere Weichenstellung

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

In ungewöhnlich scharfer Form hat Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann die in letzter Zeit zunehmende *Kritik des Gesamtverbandes* der Textilindustrie und der Gewerkschaft Textil-Bekleidung an der Haltung der Bundesregierung zum am 31. Juli auslaufenden Welt-Textilabkommen zurückgewiesen. Bangemann sprach von polemischen Äußerungen, von kurzfristigem Verbandsinteresse. Gesamttextil und Textilgewerkschaft seien nicht gewillt, Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Er erinnerte daran, daß der Textil- und Bekleidungssektor seit rund 25 Jahren einen von den normalen Gatt-Regeln abweichenden Sonderschutz genieße. Unter diesem Schutzschirm habe sich die deutsche Textil- und Bekleidungsindustrie den geänderten Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt durch Spezialisierung, Qualitätssteigerung, Produktinnovation, Kreativität und Erschließung neuer Märkte in hohem Maße angepaßt. Dazu gehöre auch eine ver*stärkte Zusammenarbeit mit Niedrig*lohnländern durch Zulieferung preisgünstigen Vormaterials, Auftragsfertigung, passive Lohnveredelung und Zukauf zur Ergänzung des eigenen Sortiments.

Im Zuge dieser Entwicklung sei zwar bei einem strukturbedingten traditionellen Defizit im textilen Außenhandel die Importquote auf knapp 45 Prozent gestiegen, doch habe sich auch die Exportquote auf mehr als 34 Prozent erhöht. Die Bundesrepublik sei weltweit der zweitgrößte Importeur nach den USA und zweitgrößte Exporteur nach Italien. Seit 1984 *stiegen die Exporte* überdies stärker als die Einfuhren.

Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate der mengenmäßigen Einfuhren habe zwischen 1980 und 1984 nur noch 0,6 Prozent betragen, in den fünf Jahren zuvor waren es noch 5,2 Prozent. Etwa ein Drittel aller Quoten würden noch nicht einmal zu 50 Prozent ausgenutzt. Die Eigenimporte der Industrie machten 30 Prozent aus.

Mit rund 30 bilateralen Selbstbeschränkungsabkommen der EG mit den wichtigsten Niedrigpreisländern genieße auch heute noch diese Industrie einen handelspolitischen Schutz, der immer mehr perfektioniert wurde und „das restriktive *Höchstmaß der letzten 25 Jahre* darstellt". Eine weitere Verschärfung sei auch wegen des entschiedenen Widerstandes der Entwicklungsländer nicht vertretbar.

Die Bundesregierung ist deshalb der Auffassung, das derzeitige Abkommen solle zwar nicht ersatzlos auslaufen, aber die Zeit für eine liberale Weichenstellung sei gekommen. Es solle möglich sein, schrittweise auch im Textilbereich zu den normalen Gatt-Regeln zurückzukehren. Fortgesetzt werden sollten die Bemühungen um die Öffnung der Märkte der Schwellenländer und um den Abbau von Wettbewerbsverzerrung.

AUF EIN WORT



»Die Bundesrepublik hat 70 Jahre benötigt, ehe „*Made in Germany*" zum anerkannten Qualitätsbegriff wurde. Die Japaner haben es in nur 30 Jahren geschafft. Wer wird als Nächster an der Reihe sein – „Made in Korea" oder „Made in Taiwan" vielleicht?«

Dr. Roland Mecklinger, Vorstandsmitglied der Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart FOTO: KRAUFMANN

„Esprit hat sich bewährt"

sas. **Bonn**

Das Forschungsprogramm „Esprit" hat nach einer Untersuchung eines von der EG-Kommission berufenen unabhängigen Bewertungsausschusses die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Informationstechnologie in der EG wesentlich verstärkt. Das Gremium empfiehlt daher, Esprit auch in der zweiten Phase 1989 bis 1993 *fortzuführen.* Dabei sollten die bisherigen Forschungsgebiete auf die drei Bereiche Mikroelektronik, fortgeschrittene Informationsverarbeitung und Anwendungen konzentriert werden.

KONJUNKTUR

Chemie-Arbeitgeber rufen zu Neueinstellungen auf

dpa/VWD, **Wiesbaden**

Der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC), Wiesbaden, hat die Chemieunternehmen in der Bundesrepublik aufgefordert, angesichts der großen Zahl der Arbeitsuchenden zu prüfen, ob Neueinstellungen vorgenommen werden können. Wie es in einer Mitteilung des Verbandes weiter heißt, sollten die betroffenen Unternehmen etwaige Fälle regelmäßiger Mehrarbeit prüfen, ob Neueinstellungen in Betracht kommen.

Außerdem sollten die Unternehmen die Möglichkeiten des Beschäftigungsförderungsgesetzes zum Abschluß befristeter Arbeitsverhältnisse in solchen Fällen nutzen, in denen noch nicht feststehe, ob ein Arbeitsplatz dauerhaft besetzt werden kann. Darüber hinaus sollten verstärkt Teilzeitarbeitsplätze angeboten werden. Angesichts des Mangels an qualifizierten Nachwuchskräften sollte bei den Einstellungsentscheidungen dieser Entwicklung Rechnung getragen werden. Nach Angaben des BAVC wurden in den vergangenen zwölf Monaten rund 10 000 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt.

Nach früheren Angaben des Verbandes der Chemischen Industrie wurden im Durchschnitt der ersten drei Quartale 1985 rund 555 000 Mitarbeiter beschäftigt, während es im *Jahresdurchschnitt 1984 mit rund* 550 000 Mitarbeitern 0,3 Prozent mehr waren als im Durchschnitt von 1983.

Beim Umsatz rechnet die Branche mit einer Steigerung gegenüber 1984 von sechs Prozent auf etwa 150 Mrd. DM. In den ersten neun Monaten dieses Jahres nahm der Umsatz den Angaben zufolge um sieben Prozent auf 113 Mrd. DM und die Produktion um 3,5 Prozent zu.

BETON- UND MONIERBAU

Rechtsstreit um Konkurs geht in die sechste Runde

dpa/VWD, **Karlsruhe**

Der jahrelange Rechtsstreit zwischen der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz und der Westdeutschen Landesbank (WestLB) um den spektakulären Konkurs der Beton- und Monierbau AG (BuM) im Jahre *1979 geht jetzt in die sechste Runde.* Nach dem gestern vom II. Zivilsenat des Karlsruher Bundesgerichtshofes (BGH) verkündeten Urteil kann nicht ausgeschlossen werden, daß die WestLB als damalige Hausbank und Hauptkreditgeberin der BuM deren Konkurs in unzulässiger Weise verschleppt hat.

So habe es das Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf nicht für widerlegbar erachtet, daß die WestLB an einen Sanierungserfolg bei BuM geglaubt habe, erklärte der BGH. Dies lasse sich abschließend erst nach einer Prüfung der objektiven Erfolgsaussichten für eine Sanierung durch die Vorinstanz beurteilen, die das OLG jedoch nicht vorgenommen habe.

Die Karlsruher Richter wiesen die Revision der Schutzvereinigung zurück, soweit sie die Ansprüche der Erwerber von alten BuM-Aktien betrifft. Hier seien keine Gründe er*kennbar, die eine Ersatzpflicht* begründen könnten.

An die Vorinstanz wies der BGH zur erneuten rechtlichen Überprüfung die Fälle zurück, in denen junge Aktien vor Ausgabe des inhaltlich unrichtigen Börsenprospektes gekauft worden waren. Für diesen Fall muß das OLG nun prüfen, ob nicht bereits die Ausgabe junger Aktien zum Zwecke der Konkursverschleppung mit Wissen der WestLB erfolgt war. Sollte sich dies als richtig erweisen, bildet die Ausgabe der jungen Aktien laut BGH gerade das Mittel, mit dem der Konkurs auf Kosten der Erwerber verschleppt wurde.

WIRTSCHAFTS ● JOURNAL

Brüssel gibt Grünes Licht für Alkohol im Benzin

Brüssel (VWD) – Der EG-Ministerrat hat Grünes Licht für die Beimischung von Zusatzstoffen wie Alkohol, Methanol und Äthanol zum Autobenzing erteilt. Mit der Annahme einer EG-Richtlinie haben sich die Mitgliedsländer verpflichtet, die Produktion und Vermarktung solcher Benzinmischungen „nicht zu verhindern und nicht einzuschränken". Nach noch nicht offiziellen Angaben aus Ratskreisen beschlossen die Energieminister gleichzeitig die künftigen Mindest- und Höchstanteile dieser Zusatzstoffe. Die Richtlinie muß bis zum 1. Januar 1988 in nationales Recht umgesetzt werden.

Hertie-Mitarbeiter drohen

Herne/Dortmund (dpa/VWD) – An den drei verkaufsoffenen Samstagen *vor Weihnachten wollen die Mitarbei*ter von zehn Hertie-Häusern in Nordrhein-Westfalen die Mehrarbeit verweigern und bereits um 14 Uhr nach Hause gehen. Die Betriebsräte planen, damit die *Konzern-Zentrale* in Frankfurt „unter Druck" zu setzen, damit „endlich ernsthaft" über die Sanierung der drei von Stillegung bedrohten Hertie-Filialen in Herne, Dortmund und Castrop-Rauxel nachgedacht werde.

Exporte gestiegen

Tokio (dpa/VWD) – Japans Exporte haben im Oktober das entsprechende Vorjahresergebnis um 7,4 Prozent übertroffen und mit einem Volumen von 16,02 Mrd. Dollar den riesigen Handelsbilanzüberschuß weiter vergrößert. Nach Angaben des Finanzministeriums in Tokio wuchsen die Importe im selben Zeitraum um 2,6 *Prozent auf 11,61 Mrd.* Dollar. Damit erreichte Japan im Oktober einen Überschuß von 4,4 Mrd. Dollar.

6,86 Prozent Rendite

Frankfurt (dpa/VWD) – Das Land Hessen legt am Kapitalmarkt eine Anleihe über 500 Mill. DM auf und zahlt den Anlegern dafür eine Rendite von 6,86 Prozent. Wie die Hessische Landesbank-Girozentrale in Frankfurt mitteilte, ist die Anleihe mit einer Laufzeit von zehn Jahren, einem Aus*gabekurs von 99,25 und einem Nomi*nalzinssatz von 6,75 Prozent ausgestattet. Daraus errechnet sich die Effektivverzinsung von 6,86 Prozent. 400 Mill. DM der Anleihe werden vom 13. bis 15. November über ein Bankenkonsortium verkauft.

EG beklagt Importhürden

Tokio (dpa/VWD) – *Die EG hat* Japan aufgefordert durch Änderungen im Steuer- und Kennzeichnungssystem die Diskriminierung ausländischer Weine und Spirituosen zu beenden. Die japanische Regierung schütze mit einer Fülle von Einzelbestimmungen die inländischen Produzenten vor der Konkurrenz von außen, sagte Laurens Jan Brinkhorst, der Chef einer EG-Delegation in Tokio. Als Beweis dafür führte er an, daß ausländische Weine und Spirituosen nur einen Anteil zwischen 0,8 und *einem Prozent am japanischen Markt* halten.

Neues Pensionsgeschäft

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue Liquiditätshilfe für 28 Tage zu einem Zins von 4,55 Prozent. Wie die Bundesbank auf Anfrage *erklärte*, werden neue Wertpapierpensionsgeschäfte in Form eines Mengentenders zu einem festen Zinssatz von 4,55 Prozent ausgeschrieben. Die Laufzeit reicht vom 13. November bis zum 11. Dezember 1985. Dieses Angebot neuer Wertpapierpensionen steht in Zusammenhang mit Fälligkeiten in Höhe von 11,1 Mrd. DM am Mittwoch, die als Zinstender ebenfalls zum Satz von 4,55 Prozent gewährt worden waren.

Zulassung von Banken

Wellington (dpa/VWD) – Die neuseeländische Labour-Regierung hat Pläne für eine weitgehende Freigabe des Finanzsystems bekanntgegeben, die die Zulassung einer nicht festgelegten Zahl neuer Banken, auch ausländischer, ermöglichen soll. Es ist vorgesehen, daß ein Institut, das in Neuseeland die Bankgeschäfte aufnehmen will, ein Aktienkapital von 30 Mill. neuseeländischen Dollar (rund 46 Mill. DM) nachzuweisen hat.

ENTWICKLUNGHILFE / Asean-Länder bevorzugt

Mehr Direktinvestitionen

Mk. Bonn

Das Neugeschäft der DEG, der Deutschen Finanzierungsgesellschaft für Beteiligungen in Entwicklungsländern, hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres belebt. Seit Jahresmitte ist nach Angaben der DEG das Interesse deutscher Unternehmen an Investitionen in der Dritten Welt gestiegen. Im Vordergrund stünden die Regionen Asien-Ozeanien und hier vor allem die Asean-Länder. Aber auch in Brasilien, Mexiko, Portugal und Nordafrika habe sich das Geschäft für die DEG belebt.

Gegenüber Neuzusagen von rund 60 Mill. Mark im vergangenen Jahr werde die DEG 1985 Finanzierungszusagen von mehr als 100 Mill. Mark erteilen. In der jüngsten Aufsichtsratssitzung seien 24 Investitionsprojekte mit einem Finanzierungsanteil der DEG von rund 90 Mill. Mark behandelt worden. Angesichts der Liquiditätslage, des Stammkapitals der Gesellschaft von einer Mrd. Mark und eines großen, nicht ausgeschöpften Refinanzierungsrahmens der Gesellschaft sei die Finanzierung dieses Neugeschäfts gesichert.

Ende September war die DEG an 221 Unternehmen in 66 Entwicklungsländern mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von rund 13 Mrd. Mark engagiert. Dadurch seien bisher direkt oder indirekt mehr als 1,2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden. Die DEG übe damit eine beachtliche Holding-Funktion aus. Jährlich kämen 40 bis 50 neue Investitionen hinzu.

Die Geschäftspolitik der DEG soll im nächsten Jahr auf den Prüfstand, nachdem in einem Gutachten festgestellt wurde, daß es in den letzten zehn Jahren besonders schwierig war, die deutsche mittelständische Wirtschaft für Investitionen in Entwicklungsländern zu gewinnen.

WALTHER-ELECTRONIC / Rettung fehlgeschlagen

Auffanggesellschaft geplant

nl. Stuttgart

Der Büromaschinen-Hersteller Walther-Electronic AG, Gerstetten/Württemberg, hat am vergangenen Freitag Vergleich angemeldet. Eine Eröffnung des Vergleichsverfahrens gilt jedoch als unwahrscheinlich, so daß mit einem Anschlußkonkurs zu rechnen ist. Betroffen von dieser Insolvenz sind etwa 350 Beschäftigte. In den vergangenen Tagen war ein von der baden-württembergischen Landesregierung unternommener Rettungsversuch fehlgeschlagen.

Die von Stuttgart in Aussicht gestellte Bürgschaft von etwa 8 Mill. DM ist an die Bedingung geknüpft gewesen, daß ein tragfähiges Sanierungskonzept für die Walther-Electronic vorgelegt worden wäre. Hierzu hätte nach Angaben aus dem Stuttgarter Wirtschaftsministerium insbesondere ein Kapitalschnitt mit einer anschließenden Kapitalzufuhr von 6 Mill. DM durch den Mehrheitsgesellschafter, die MIM Müller Industrie-Management GmbH, Denkendorf, gehört. Die MIM war allerdings nur zu einer Kapitalausstattung von 3 Mill. DM bereit, nachdem das Aktienkapital der Walther-Electronic zuvor von 11,25 Mill. auf 0,025 Mill. DM herabgesetzt worden ist.

Jetzt wird es wohl darum gehen, daß dem Unternehmen, das über eine gute Auftragsdecke verfügt, über eine Auffanggesellschaft zu neuem Leben verholfen wird. Das Interesse der Landesregierung, in jener strukturschwachen Region Arbeitsplätze zu erhalten, sei – wie es heißt – unverändet groß.

Demgegenüber hat der Walther-Vorstand auf einer Betriebsversammlung am Montag argumentiert, die Firma sei nicht überlebensfähig. Bei Walther-Electronic war im Jahre 1984 bei einem Umsatzvolumen von 28 Mill. DM ein Verlust von über 9 Mill. DM entstanden. Das Unternehmen ist aus der im Jahre 1974 in Konkurs gegangenen Firma Walther Büromaschinen GmbH hervorgegangen.

AGRAREXPORT / Italien wichtigster Abnehmer – Rohware für Spezialitäten

Molkereiprodukte an der Spitze

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der deutsche Agrarexport nach Italien, dem wichtigsten Abnehmer im Ausland, läuft nach wie vor recht gut. Von der Gesamtausfuhr landwirtschaftlicher Produkte von 24,2 Milliarden Mark im vergangenen Jahr wurden immerhin 5,3 Milliarden Mark allein in Italien abgesetzt, mehr als in den Niederlanden und Frankreich. In den ersten acht Monaten dieses Jahres legte die Ausfuhr von Nahrungsmitteln nach Italien noch einmal um 4,3 Prozent zu.

Dieses Geschäft hat eine lange Tradition. Schon vor zehn Jahren, als der deutsche Agrarexport gerade 7 Milliarden Mark erreicht hatte, wurden bereits Waren im Werte von 2,6 Milliarden Mark über die Alpen verkauft. Die Centrale Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) hat ihre Absatzbemühungen auf diesem wichtigen Markt in letzter Zeit noch verstärkt.

An der Spitze der italienischen Einkäufe stehen Molkereiprodukte, sowie Fleisch und Fleischwaren, auf die zusammen mehr als die Hälfte der gesamten Ausfuhren entfällt. Allein im ersten Halbjahr flossen 20 Prozent mehr Milch nach Italien als im Vorjahr. Die deutschen Produzenten liefern die Rohware für italienische Spezialitäten. So bezieht Luis Gasser, der es in 15 Jahren von einem Ein-Mann-Betrieb zum größten Speck-Fabrikanten in Südtirol gebracht hat, sein Fleisch je zur Hälfte aus der Bundesrepublik und aus Holland. Vor zehn Jahren habe der deutsche Anteil erst bei 20 Prozent gelegen. Inzwischen sei, so betonte Gasser, die Qualität der deutschen Schweine verbessert worden.

Von seinem Umsatz von 75 Millionen Mark geht rund ein Drittel in den Export, vor allem in die Bundesrepublik. Die Versuche, hier Südtiroler Speck, der unter der Bezeichnung Schinkenspeck vertrieben wird, zu produzieren, seien bisher nicht erfolgreich gewesen. Ebensowenig sei es in Südtirol gelungen, Parmaschinken herzustellen, für den die Rohware häufig auch aus der Bundesrepublik kommt. Dies liege nicht an irgendwelchen Geheimrezepten, sondern schlicht am Klima, erläutert Gasser. Bei der CMA wird dieses Geschäft nicht ungern gesehen, sie hat extra einen Fleisch-Experten nach Südtirol geschickt, um den Absatz weiter anzukurbeln. Trotz des hohen italienischen Qualitätsniveaus läuft auch der Absatz von deutschen Wurstspezialitäten.

Wertmäßig – 1,5 Milliarden Mark 1984 – strömt am meisten Milch aus der Bundesrepublik nach Italien. Ein erheblicher Teil wird dort zu Käse verarbeitet, der dann auch wieder als italienische Spezialitäten auf den deutschen Markt kommt. Die deutschen Molkereien haben aber auch 1984 für fast eine Milliarde Mark Käse dort abgesetzt. Der Markt gilt als so zukunftsträchtig, daß einige Molkereien bereits Käsemeister aus Italien eingestellt haben, um den dortigen Geschmack besser zu treffen.

HYPOTHEKENBANKEN / Gestiegenes Geschäftsvolumen und mehr Mitarbeiter

Zinsrückgang brachte starken Auftrieb

cd. Frankfurt

Der Zinsrückgang in den ersten neun Monaten 1985 gab dem Hypothekengeschäft einen starken Auftrieb. Die Nachfrage konzentrierte sich auf Darlehen zum Kauf bestehender Objekte sowie zur Modernisierung und zur langfristigen Umschuldung, während die Wohnungsneubaufinanzierung weiter an Gewicht verlor. Die jetzt vorliegenden Zwischenberichte dreier Großbanktöchter zeigen, daß Hypotheken mit zehnjähriger oder längerer Zinsbindung eindeutig bevorzugt wurden. Das gestiegene Geschäftsvolumen und die hohe Zahl der Konditionenanpassungen erforderten die Einstellung zusätzlicher Mitarbeiter. Die Zunahme des Neugeschäfts schlug sich in unterschiedlichem Ausmaß in einem Anstieg der Zinsüberschüsse nieder.

Die zum Commerzbankkonzern gehörende **Rheinische Hypothekenbank**, die größte unter den Großbankhypotöchtern, berichtet über eine 8,3prozentige Steigerung des saldierten Gesamtzinsertrags auf 151 Mill. DM. Sie hat in den ersten drei Quartalen ihre Hypothekenzusagen gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 28,4 Prozent auf 1,7 Mrd. DM gesteigert und ihre Kommunaldarlehenszusagen um 24,4 Prozent auf 2,2 Mrd. DM. Die Durchschnittszahl der Beschäftigten nahm von 407 auf 467 besonders stark zu.

Die **Frankfurter Hypothekenbank**, Tochter der Deutschen Bank, weist eine 16,6prozentige Steigerung des Gesamtzinsüberschusses auf 175,7 Mill. DM und ein Teilbetriebsergebnis von 128 (112) Mill. DM aus. Die Hypothekenzusagen blieben dem Volumen nach mit 1,25 Mrd. DM leicht hinter dem durch Großgeschäfte geprägten Vorjahr zurück, nahmen aber der Stückzahl nach um 25 Prozent zu. Das Kommunalneugeschäft schrumpfte von 1,6 auf eine Mrd. DM. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl wurde von 403 auf 425 erhöht.

Die zur Dresdner Bank gehörende **Deutsche Hypothekenbank Frankfurt–Bremen** erzielte einen Zinsüberschuß von 103,1 (102,7) Mill. DM und übertraf mit einer 85prozentigen Steigerung der Hypothekenzusagen auf 1,3 Mrd. DM bereits das gesamte Vorjahresergebnis. Das Kommunalneugeschäft war mit knapp 1,3 Mrd. DM ebenso hoch wie im Vorjahr. Die Beschäftigtenzahl erhöhte sich von 292 auf 309.

REISEBÜROS / Dollinger: Wettbewerb im Luftverkehr

„Für mehr Liberalisierung"

gb. Hamburg

Die europäische Luftverkehrspolitik ist in Bewegung geraten in Richtung auf mehr Wettbewerb. Diese Entwicklung werde von der Bundesregierung begrüßt, denn sie betreibe eine liberale Verkehrspolitik. Dies erklärte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger zur Eröffnung der Jahrestagung des Deutschen Reisebüroverbandes (DRV) im Kongreßzentrum in Hamburg.

Nach den Darstellungen des Bundesverkehrsministers sollte überall dort, wo sich Teilmärkte mit vergleichbaren Wettbewerbsbedingungen anböten, versucht werden, den Luftverkehr von seinen engen staatlichen Fesseln zu befreien. In diesem Zusammenhang teilte der Minister mit, daß die Bundesregierung zu einer flexibleren Handhabung der Tarifgenehmigungen bereit sei.

Dollinger forderte den Linienluftverkehr auf, sich künftig noch stärker an den Kundenwünschen zu orientieren. Er machte aber darauf aufmerksam, daß auch dem Verbraucher nicht an ruinösen Preiskämpfen gelegen sein könnte, weil dann die bestmögliche Versorgung mit verläßlichen und sicheren Luftverkehrsleistungen auf Dauer nicht gewährleistet sei.

In seiner Ansprache ging der Minister auch auf die Bundesbahn ein. Sie habe in den ersten acht Monaten dieses Jahres zwar ihre Leistungen im Schienenpersonenverkehr um 11,2 Prozent gesteigert, sie müsse aber noch erhebliche Anstrengungen machen, um moderner und kundenorientierter zu werden. Dabei sollte sie die Kooperation mit den privaten Reisebüros suchen.

Dollinger forderte den Bahnvorstand auf, Möglichkeiten zu finden, über Reisebüros mehr in den Teilmärkten zu verkaufen, wo sie heute vertriebspolitisch im wesentlichen auf sich selbst gestellt sei. Dabei, so sagte der Minister unter dem Beifall der versammelten Reisebürokaufleute, „wird die Bundesbahn sicherlich Überlegungen anstellen müssen, wie weit ihre derartige Vergütungsregelung für die Reisebüros zu einem leistungs- und erfolgsorientierten Provisionssystem optimiert werden kann".

Auch für den Bustourismus, der mit etwa 5500 privaten Omnibusunternehmern mit etwa 43 000 Bussen ein erhebliches, mittelständisch strukturiertes Wirtschaftspotential darstelle, sei der weitere Abbau bürokratischer Hindernisse beim Grenzübergang von erheblicher Bedeutung. Der Minister wies in diesem Zusammenhang auf die Anhebung der Steuerfreimenge für Dieselkraftstoffe für Omnibusse auf 600 Liter ab 1. Oktober 1985 und auf die Abkommen zur Kontrollerleichterung mit Frankreich und den Benelux-Staaten hin.

Fraglich sei allerdings, ob die grüne E-Scheibe in naher Zukunft auch für Busse gelten könne, wie für private Kraftwagen, weil Omnibusfahrer nicht für die Einhaltung der Paß- und Zollvorschriften für ihre Fahrgäste geradestehen könnten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Großauftrag aus Rußland

Düsseldorf (J. G.) – Im Gesamtwert von 267 Mill. DM werden die Klöckner Industrie-Anlagen GmbH, Duisburg, und die Hermann Berstorff Maschinenbau GmbH, Hannover, zwei Röhrisolationsfolien-Anlagen in die UdSSR liefern. Den Auftrag habe man gegen scharfe japanische Konkurrenz gewonnen. Die Anlagen, die nach dem Verfahren der Denso Chemie GmbH, Leverkusen, arbeiten und 1989/90 fertig sein sollen, produzieren 90 000 Jahrestonnen Isolationsfolien zum Korrosionsschutz von Erdöl- und Erdgasleitungen.

SB-Kauf-Mehrheit an Asko

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die Asko Deutsche Kaufhaus AG, die rund 50 Prozent am Kapital der Deutschen SB-Kauf AG und Co oHG hält, übernimmt am 1. Januar 1986 die Mehrheit. Wie die Asko in Saarbrücken mitteilte, habe das Bundeskartellamt der Mehrheitsübernahme zugestimmt. Feste Optionen auf 100 Prozent des Kapitals lägen bereits vor. Damit erhöht Asko nach eigenen Angaben ihren Einzelhandelsumsatz um 2,4 Mrd. auf 4,1 Mrd. DM.

Chips-Zulieferer gekauft

Zürich (dpa/VWD) – Justus Dornier, der im April seine Anteile an der Dornier GmbH an die Daimler-Benz AG verkauft hatte, hat für mehr als 4 Mill. sfr (4,8 Mill. DM) die Tessiner Firma Sitesa SA gekauft. Sitesa, ein bedeutender Gerätezulieferer für die Mikrochip-Herstellung, ist Nachfolgerin der in Konkurs gegangenen Timesa AG, bei der die Schweizerische Bankgesellschaft schätzungsweise 7 Mill. sfr verloren hat.

Hochtief-Partner

Essen (dpa/VWD) – Die Essener Hochtief AG, hat über eine US-Tochtergesellschaft eine 40-Prozent-Beteiligung an der Ingenieurgesellschaft Dames and Moore, Los Angeles/Kalifornien, erworben. Geplant ist eine enge technische Zusammenarbeit auf den Gebieten der Geotechnik, Erdbebensicherung, Wassernutzung und des Umweltschutzes.

Quandt-Einstieg bei MCS

Frankfurt (VWD) – Eine Beteiligung von 12,6 Prozent bei der MCS Modulare Computer und Software Systems AG, Wiesbaden, hat die zum Herbert-Quandt-Bereich gehörende Gesellschaft für Industrie-Interessen und Investitionen mbH (GFI) erworben. Gleichzeitig hat sich die auf Technologie-Investments spezialisierte GFI-Holding eine Option für weitere 12,5 Prozent des MCS-Kapitals von 4,5 Mill. DM gesichert, die bis zum Frühjahr 1989 ausgeübt werden soll. Bis dahin behält MCS-Gründer und Vorstandschef Manfred Lepiorz die Aktienmehrheit von 54 Prozent.

Höhere Colditz-Abfindung

Düsseldorf (VWD) – Das Landgericht Düsseldorf hat in erster Instanz in noch nicht rechtkräftiger Entscheidung den im Zuge der 1977 erfolgten Eingliederung in die Wickrather Handels- und Beteiligungs-AG (WHB) ausscheidenden Aktionären der Colditz Industrieholding AG eine höhere Abfindung zugesprochen. Mit Beschluß vom 28. Oktober hat das Landgericht die Bar-Abfindung auf 92,40 DM zuzüglich 5 Prozent Zinsen festgesetzt.

Förderung per EDV

Düsseldorf (dpa/VWD) – Für Investoren in Nordrhein-Westfalen soll der Weg durch die Vielfalt der öffentlichen Förderprogramme nicht länger einem Irrgarten gleichen. In der Datei der Staatlichen Investitionshilfen - Dasti - hat die Westdeutsche Landesbank (WestLB) alle Programme für verbilligte Kredite der EG, des Bundes, der Banken des Bundes und des Landes zusammengefaßt. Vom kommenden Jahr an sollten alle Sparkassen technisch in der Lage sein, darauf zurückzugreifen, später auch andere Institute.

Rewe übernimmt

Köln (DW.) – Die Rewe-Handelsgesellschaft Rhein-Lahn, Koblenz, übernimmt am 1. Januar 1986 die Deko Lebensmittel GmbH, Trier, die mit 20 Filialen einen Einzelhandelsumsatz von rund 100 Mill. DM erzielt und darüber hinaus ein Zentrallager und einen Fleischbetrieb unterhält. Erwartet wird dadurch eine wesentliche Umsatzsteigerung von Rewe (1985 rund 450 Mill. DM in der Einzelhandelsstufe) in dieser Region von Rheinland-Pfalz. Nach Angaben der Rewe-Zentralorganisation in Köln werden sämtliche Mitarbeiter weiterbeschäftigt.

Internationales Dilemma

●Fortsetzung von Seite 11

für, daß wir wieder ein zufriedenstellendes Beschäftigungsniveau erreichen. Glücklicherweise befindet sich die Bundesrepublik hinsichtlich des Wirtschaftswachstums auf dem richtigen Pfad. Die neuesten Indikatoren zur Wirtschaftslage belegen übereinstimmend, daß sich die deutsche Wirtschaft in einem kräftigen Aufschwung befindet. Aus heutiger Sicht spricht alles dafür, daß sich dies auch im nächsten Jahr noch fortsetzen wird.

Alles in allem rechnen wir in der Bundesbank aus heutiger Sicht mit einem Wachstum des Sozialprodukts im nächsten Jahr in einer Größenordnung von drei bis 3,5 Prozent. Ich würde es für falsch halten, wenn versucht würde, dieses durchaus zufriedenstellende Wachstumstempo durch eine expansivere Finanzpolitik noch zusätzlich zu beschleunigen, wie dies der Bundesregierung immer wieder aus dem In- und Ausland nahegelegt wird.

Dies würde nicht nur der längerfristigen Zielsetzung, die Staatsquote wieder zurückzuführen, entgegenwirken, sondern könnte auch wegen der zwangsläufig damit verbundenen höheren Haushaltsdefizite zu Zinssteigerungen führen. Es gibt nach meiner Auffassung zur Zeit keine konjunkturpolitische Begründung für eine expansivere Finanzpolitik. Vielmehr sollte sich die deutsche Finanzpolitik in einer längerfristigen Perspektive darauf konzentrieren, die Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum weiter zu verbessern.

GROSSBRITANNIEN / Die Privatisierung schafft für 1986 finanziellen Spielraum

London will den Städtebau forcieren

WILHELM FURLER, London

Die Regierung in London hat sich vorgenommen, im kommenden Jahr die längst überfällige Verbesserung der Bausubstanz in den zum Teil stark vernachlässigten Innenstädten Großbritanniens verstärkt in Angriff zu nehmen. In seinem alljährlichen Herbst-Bericht zur Lage der Wirtschaft wird Schatzkanzler Lawson heute nachmittag vor dem Unterhaus bekanntgeben, daß für Bau- und Ausbesserungsvorhaben bei Sozialbau-Wohnungen und bei öffentlichen Gebäuden, insbesondere Krankenhäusern, im kommenden Haushalt bis zu zwei Mrd. DM zusätzlich bereitgestellt werden. Dieses Bauprogramm dürfte, wie in Whitehall versichert wird, an die 70 000 Arbeitsplätze schaffen.

Allerdings verwahrt sich die Regierung Thatcher entschieden gegen Behauptungen, dieses Bauprogramm könne als Abkehr von ihrer Anti-Inflationspolitik ausgelegt werden. Vielmehr sei es dem Kabinett gelungen, die Haushaltspläne für die drei nächsten Jahre real einzufrieren.

So wird der Schatzkanzler heute bekanntgeben, daß das Haushaltsvolumen für das kommende Finanzjahr 1986/87, das am 1. April beginnt, auf 139 Mrd. Pfund (517 Mrd. DM) beschränkt werden konnte. Damit liegt es nur um etwa fünf Prozent über dem Budget für das laufende Finanzjahr in Höhe von 132 Mrd. Pfund.

Die höheren Ausgaben für die Infrastruktur der Innenstädte werden in erster Linie mit dem Verkauf von staatlichem Haus- und Wohnungseigentum sowie über die Fortsetzung des Programms zur Privatisierung von Staatsunternehmen finanziert. Der Verkauf staatlicher Unternehmen soll im kommenden Jahr rund fünf Mrd. Pfund (fast 19 Mrd. DM) in die Staatskasse bringen.

1986 stehen auf dem Regierungsprogramm die Privatisierung von British Airways, von British Gas (mit der ersten Tranche) und der staatlichen Rüstungsbetriebe sowie Einnahmen aus der dritten und letzten Tranche der Privatisierung des Fernmeldekonzerns British Telecom. Damit werden sich die Regierungseinnahmen aus dem Privatisierungsprogramm gegenüber dem laufenden Jahr praktisch verdoppeln.

Diese Einnahmen, gekoppelt mit der straffen Haushaltspolitik, versetzen die Regierung in die Lage, ihr Steuerversprechen einzuhalten. Auch wenn der Schatzkanzler heute möglicherweise keine konkreten Zahlen nennt, wird allgemein davon ausgegangen, daß sich die Regierung einen Spielraum für Steuerkürzungen in Höhe von jährlich rund 3,5 Mrd. Pfund (13 Mrd. DM) über die kommenden drei Jahre bis zu den nächsten Wahlen geschaffen hat.

Darüber hinaus wird der Schatzkanzler heute folgende Wirtschaftsdaten nennen:

- Die Inflationsrate wird bis Mitte nächsten Jahres von gegenwärtig 5,9 auf unter vier Prozent fallen.
- 1986 wird Großbritannien im sechsten Jahr in ununterbrochener Folge ein Wirtschaftswachstum erleben. Zwar wird es sich gegenüber dem im laufenden Jahr um einen vollen Punkt auf 2,5 Prozent abschwächen. Aber dies wird auf den Nachholbedarf aufgrund des einjährigen Kohlestreiks zurückgeführt.

HAUSHALTSGERÄTE

Bis zu 30 Prozent weniger Energie

dpa/VWD, Frankfurt

Die in der Bundesrepublik produzierten Haushaltsgeräte verbrauchen deutlich weniger Strom als noch vor einigen Jahren. Die drastisch gestiegenen Energiepreise seit Ende der 70er Jahre haben die Konstrukteure von Haushaltsgeräten veranlaßt, den Stromverbrauch deutlich zu senken.

Nach einem Bericht des Zentralverbandes der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) in Frankfurt ist zum Beispiel der Energieverbrauch von Waschmaschinen seit 1978 um 15 Prozent zurückgegangen. Bei den Geschirrspülern waren sogar 27 Prozent weniger Energie notwendig. Dieser Effekt wurde im wesentlichen durch die Verminderung der benötigten Wassermenge erzielt.

Auch bei Elektroherden konnten die Konstrukteure noch eine Einsparung von 14 Prozent erreichen. Durch verbesserte Isolation und Wärmedämmung ging bei Kühl- und Gefriergeräten der Verbrauch um 24 und bei Warmwasserbereitern sogar um 27 Prozent zurück.

Die günstigen Verbrauchswerte sind nach Ansicht des Elektroverbandes nicht zuletzt für den guten Export deutscher Elektrohausgeräte verantwortlich. Im 1. Halbjahr stieg der Export um elf Prozent auf 2,3 Milliarden DM, während der Import nur eine Zunahme von zwei Prozent auf 1,2 Milliarden DM aufwies.

PFEIFER & LANGEN

Übernahme von Lippe-Zucker

J. G. Düsseldorf

Mit dem Ziel des Mehrheitserwerbs bietet die Kölner Pfeifer & Langen KG den 1600 rübenanbauenden Eigentümern der Lippe-Weser Zucker AG in Lage (6 Mill. DM Aktienkapital) an, ihnen die vinkulierten Namensaktien zum Preis von 750 DM pro 100-DM-Stück abzukaufen. Die Kölner Familienfirma, Nummer zwei unter den von Südzucker, Mannheim, angeführten größten deutschen Zuckerproduzenten und hier der einzige ohne Kapitalbeteiligung der Rübenbauern, zielt mit diesem Engagement offensichtlich auf Strukturbesserung in Produktion wie in Marktstellung.

Pfeifer & Langen hatte 1984 mit 1440 Gesamtbeschäftigten im Zucker- und Nebenproduktengeschäft 880 Mill. DM Umsatz, dazu noch 346 Mill. DM Beteiligungsumsätze im Diversifikationsbereich. Lippe-Weser liegt mit zwei Zuckerfabriken und 200 Beschäftigten bei 130 Mill. DM Umsatz.

Das Übernahmeangebot der Kölner, dem für die verkaufswilligen Rübenbauern bei Lippe-Weser noch die Zustimmung einer außerordentlichen Hauptversammlung (am 16. Dezember) folgen muß, könnte bei Totalübergang der Aktien 45 Mill. DM kosten. Auch dafür sieht sich die Familienfirma, die in der weltweiten Zucker-Überschußsituation stets rentabel blieb, aus eigener Finanzkraft gerüstet.

TETRA PAK / Mit Karton-Verpackungen seit 1972 auf dem chinesischen Markt

„Viel Geduld und kleine Schritte“

INGE ADHAM, Frankfurt

„Bereits beliebt am kaiserlichen Hof während der Quing-Dynastie." In Englisch und Mandarin ziert dieser Werbespruch die Viertelliter-Kartonverpackung für süß-sauren Pflaumensaft, und auch der Birnensaft wird mit Tradition beworben, mit dem Hinweis auf einen – ebenfalls kaiserlichen – „Gesundheitsladen" im alten Peking. Auch dies ein Ausdruck für den allenthalben in China spürbaren Aufbruch zu neuen Ufern, der sich auch in dem eher beiläufig angebrachten Satz „Sozialismus muß nicht Planwirtschaft bedeuten" im Nationalen Wirtschaftsinstitut dokumentiert.

Dabei hätten die kleinen Kartonverpackungen des schwedischen Konzerns Tetra Pak gar keine Reklame nötig: Die Chinesen lieben Getränke in diesen neuen Umhüllungen. Am beliebtesten ist derzeit der Orangensaft. Für ihn legen die chinesischen Verbraucher, angesichts des auch offiziell verordneten Aufbruchs in die Neuzeit für alles Moderne aufgeschlossen, ohne mit der Wimper zu zucken, einen halben Yuan hin, ein stattlicher Betrag bei einem 80-Yuan-Monatseinkommen für den Facharbeiter (1 Yuan = 0,85 DM). Nur können die Wünsche nach „modernen" Getränken nicht alle erfüllt werden.

Die zur Zeit 25 Abfüllanlagen von Tetra Pak im ganzen Land bringen es auf rund 250 Millionen Verpackungen pro Jahr, und die gehen zu drei Vierteln in den Export, vor allem nach *Hongkong*. Denn China braucht Devisen: Der weltweite Einkauf von Technologie und der Hunger der Chinesen nach hochwertigen Konsumgütern hat die Devisenreserven, die zum Jahresende 1984 nach offiziellen Angaben noch mit 16 Milliarden US-Dollar zu Buche standen, bis zur Jahresmitte auf annähernd die Hälfte schrumpfen lassen, Grund genug für drastische Restriktionen bei Importen gegen Devisen.

Tetra Pak, seit 1972 mit „viel Geduld und vielen kleinen Schritten" in China präsent, hat sich auf diese Entwicklung rechtzeitig eingestellt: Als bloßer Lieferant des Verpackungsmaterials und der -maschinen, so die Erkenntnis in der Gruppe, würde es bei kleinen Schritten bleiben. Und den Chinesen liegt ohnehin mehr am Know-how. Das Ergebnis ist eine erste Anlage für Verpackungsmaterial nach dem Tetra-Pak-Verfahren, die die Chinesen für rund 25 Millionen Mark einkauften – die gleiche Summe etwa kommt auf chinesischer Seite noch einmal für Bauausführung und Installation dazu.

Zur Zeit wird diese Anlage auf dem *Gelände einer Papiermühle am Rande* von Peking errichtet. Willy Ohlson, agiler Projektleiter von Tetra Pak, ist voll des Lobes für die chinesischen Partner, die ihrerseits nicht mit Lob für die Schweden sparen. Grund für die allseitige Zufriedenheit: Der Bau läuft schneller voran als geplant. Spätestens im Sommer 1986 soll die Fabrik produzieren und wird dann pro Jahr Material für rund 366 Millionen Liter-Verpackungen liefern.

Der Verzicht auf das Geschäft mit dem Verpackungsmaterial ist den Schweden nicht schwer gefallen. Rund 50 Abfüllanlagen brauchen die Chinesen zur Verarbeitung des Materials aus der neuen Fabrik, und es zeichnen sich weitere Anschlußgeschäfte ab; denn um den chinesischen Markt abzudecken, sind mindestens fünf solcher Anlagen nötig. Erste Verhandlungen laufen bereits.

„Wenn jeder Chinese einmal im Jahr eine Viertelliter-Packung trinkt, ist die Fabrik ausgelastet", klärt Ohlson die Dimensionen. Grenzen nach oben sind vorläufig nicht in Sicht. Denn bisher ist die Milch, die traditionelle Domäne von Tetra Pak, die die haltbare Kartonverpackung entwickelte, noch kein Thema.

Gerade das Milchtrinken soll den Chinesen jedoch in der nächsten Zeit näher gebracht werden. Zur Zeit wird die Milch noch zugeteilt, für Kinder und Alte überwiegend, die man an den Verteilerpunkten in Peking ihre Milch gleich austrinken sieht. „Im Sommer schmeckt sie komisch", sagt die Dolmetscherin. Ein weites Feld für haltbar verpackte Milch tut sich auf.

RODAMCO / Einführung an fünf deutschen Börsen

Immobilien-Aktie aus Holland

HARRALD POSNY, Düsseldorf

Die international in gewerblichen Immobilien anlegende niederländische Rodamco-Aktie folgt jetzt ihren drei Schwestern Robeco, Rorento und Rolinco an die deutsche Börse. Gestern wurden die Aktien der erst sechs Jahren alten Rotterdamer Gesellschaft an den Wertpapierbörsen von Düsseldorf, Frankfurt, Berlin, Hamburg und München eingeführt. Die drei Schwesterwerte gehören schon seit den 60er und 70er Jahren zu begehrten Aktienanlagen in der Bundesrepublik.

Der Vorstandsvorsitzende der Robeco Gruppe, Professor Theo M. Scholten, begründete den Gang an die deutschen Börsen mit der Absicht, neben der regionalen und kommerziellen Steuerung des Immobiliengeschäfts auch das Engagement der Anleger breit zu streuen.

Das Rodamco-Vermögen liegt zu 50 Prozent in den USA und zu 42 Prozent in Europa (vor allem Holland, Frankreich und Deutschland). 42 Prozent sind in Bürogebäude, 34 Prozent in Einkaufszentren investiert, Wohngebäude fehlen völlig.

Professor Scholten nannte die 1933 gegründete Robeco-Gruppe, die mit ihren einzelnen Gesellschaften in Aktien, Rentenwerten und Immobilien anlegt, mit rund 21 Mrd. DM Vermögen die größte Anlagegruppe in Europa und – was internationale Anlagen angeht –, die größte Investment-Gruppe der Welt. Dies sei ein Erfolg niedriger Vertriebs- und Verwaltungskosten, der Befriedigung alter und neuer Spar- und Anlagebedürfnisse von privaten und mehr und mehr institutionellen Anlegern, unbeschädigter Reputation sowie respektabler Kurs(Wert-)entwicklung.

Die Rodamco-Gruppe verwaltet derzeit ein Vermögen von 2,1 Mrd. hfl per 1. Halbjahr des Geschäftsjahres 1985/86 (31. 8.). Die damit größte Immobilienanlagegruppe Kontinentaleuropas weist seit Gründung eine durchschnittliche Rendite von 10,7 Prozent, (gewogen inflationsbereinigt) 5,0 Prozent auf.

Davon entstammen 4,7 Prozent der Kassenrendite, aus dem Bewertungsergebnis kommen 5,4 Prozent, aus dem Währungsergebnis 0,6 Prozent.

Eine Besonderheit der Akteneinführung: Mit ihr ist keine Erhöhung des Kapitals verbunden. Es liegt bei 363 Mill. hfl (500 Mill. hfl sind möglich) verteilt auf 16,3 Mill. Aktien zu je 25 hfl, für die letztes Jahr entweder 6,5 Prozent Stockdividende oder 4,40 hfl in bar plus 2,5 Prozent Stockdividende ausgeschüttet wurden. Dazu kamen 4 Prozent Wertzuwachs.

Die Dividenden sind Prozentsätze des jeden Tag von Rodamco neu errechneten (inneren) Werts der Aktie, der sich – für deutsche Aktien unüblich – nicht nach Angebot und Nachfrage richtet. Die Rodamco-Aktie wurde am ersten Börsentag mit 135 hfl (das sind 152,55 DM) angeboten.

BERNHARD ROTHFOS / Spitzenstellung im Kaffeehandel

Das Haus wird bestellt

A. STRUCKMEIER, Hamburg

Der „große alte Mann" im deutschen Kaffeehandel, der 87jährige Bernhard Rothfos, bestellt sein Haus. Er wird, sobald das Bundeskartellamt dem zustimmt, einen bedeutenden Anteil (zwischen 25 und 50 Prozent) am 30 Mill. DM betragenden Grundkapital der Bernhard Rothfos KG a. A., Hamburg, an die Jacobs Suchard AG, Zürich, abtreten. Seinen beiden Söhnen hatte er bereits den Produktionsbereich der Gruppe übertragen: Cuno Rothfos die Union-Kaffeerösterei GmbH und Jan Beernd Rothfos die Deutsche Extrakt-Kaffee GmbH, beide Hamburg. Sein Schwiegersohn Peter Kettel sitzt bei der Firma Bernhard Rothfos dem Aufsichtsrat vor.

In der breiten Öffentlichkeit ist der Name Rothfos so gut wie unbekannt.

Dabei spielt Rothfos in der Kaffeewirtschaft eine bedeutende Rolle. Die Firma, die in der historischen Speicherstadt im Freihafen Hamburgs ihren Sitz hat, ist nicht nur Rohkaffeehändler, sie bietet im Verbund mit ihren Tochter- und Beteiligungsgesellschaften eine ganze Palette von Dienstleistungen und Beratung rund um den Kaffee, vom Kaffeestrauch bis in die Rösttrommel und die Tasse.

Das Schwergewicht liegt jedoch im Rohkaffeehandel. Ihn betreibt die Obergesellschaft, die Bernhard Rothfos KG a. A. Mit der Schweizer Tochter Intercafé, Zug, und den 18 europäischen und überseeischen Beteiligungsgesellschaften setzt sie im Jahr etwa sechs bis sieben Millionen Sack Rohkaffee zu je 60 Kilogramm um. Das sind gut zehn Prozent des gesamten Weltrohkaffee-Exports. Mit diesem Volumen nimmt Rothfos nicht nur eine Spitzenstellung im europäischen Kaffeehandel, sondern auch weltweit ein. Gemessen am Außenumsatz, der im letzten Jahr (1984) rund 3 Mrd. DM betrug, ist Rothfos auch in der deutschen Kaffeewirtschaft mit Abstand die Nummer eins.

Eine enorme Leistung für einen, der „mehr durch Zufall" in das Kaffeegeschäft kam. Er absolvierte seine kaufmännische Lehre nämlich bei einem Kaffeehändler. Er machte sich mit Erspartem und einem Kredit selbständig, gründete mit einem Partner 1922 in Bremen eine Kaffee-Importfirma, trennte sich aber bald von seinem Kompagnon und ging 1925 nach Hamburg. Die größere Konkurrenz an der Elbe reizte ihn. Bernhard Rothfos beschritt aber schon von Anfang an eigene, in der Branche bis dahin unkonventionelle Wege und war dadurch seinen traditionell arbeitenden Mitbewerbern häufig einen Schritt voraus.

So war er auch der erste, der Anfang der 50er Jahre begann, eigene Niederlassungen in den Produktionsländern zu errichten. Soviel im Laufe der Jahre auch an nationalen und internationalen Aktivitäten zusammenkam – immer blieb die Firma Bernhard Rothfos im weitesten Sinne ein Spezialist für Kaffee und, wie der Seniorchef des Hauses versichert, „sie wird es auch bleiben".

Um die Firma rankt sich inzwischen eine Vielzahl von Tochter- und Beteiligungsgesellschaften im In- und Ausland, die alle direkt oder indirekt mit Kaffee befaßt sind. So ist das Unternehmen in allen wichtigen Produktionsländern vertreten, kauft den Rohkaffee für seine internationale Kundschaft ein, sorgt für die Verschiffung, lagert den in Hamburg eintreffenden Rohkaffee in einem der modernsten Lagerbetriebe, bearbeitet, reinigt, sortiert und liefert den so vorbereiteten Kaffee an die Abnehmer aus. (dpa/VWD)

NORDDEUTSCHE LANDESBANK / Standort London beflügelt Auslandsgeschäft

Ertragslage nachhaltig gefestigt

DOMINIK SCHMIDT, London

Eine nachhaltige Festigung der Ertragslage und der Ertragsstruktur konstatiert der Vorstand der Norddeutschen Landesbank (NordLB), Hannover, im Geschäftsjahr 1985. Vorstandschef Bernd Thiemann bezieht sich bei dieser Aussage auf die Ergebnisse der ersten neun Monate und darauf basierende Prognosen für das gesamte Jahr. Anzumerken bleibe aber, daß auch 1985 in nicht unerheblichem Umfang Vorsorge für latente Risiken getroffen werden müsse. Dennoch fühle sich die NordLB, auch im Vergleich zu anderen Landesbanken, gut positioniert.

Der Zwischenabschluß Ende September weist bei Bilanzsumme (60,5 Mrd. DM) und Geschäftsvolumen (63,4 Mrd. DM) gegenüber dem Vorjahr kaum Veränderungen aus. Während das langfristige Geschäft mit Kreditinstituten etwas zurückging, ergab sich bei kurz- und mittelfristigen Darlehen ein kräftiger Anstieg. Das Auszahlungsvolumen an die Unternehmenskundschaft wuchs um 30 Prozent.

Kräftig erhöht hat sich der Zinsüberschuß, der im Berichtszeitraum 450 (425) Mill. DM erreichte. Für das gesamte Jahr rechnet Thiemann mit einem Zinsüberschuß von 600 (1984: 566) Mill. DM und einem Betriebsergebnis von 283 (265) Mill. DM. Die Zinsspanne sei mit 1,16 Prozent nahezu konstant geblieben. Der Provisionsüberschuß dürfte mit 52 (50) Mill. DM leicht über dem Wert des Vorjahres liegen. Aus dem Wertpapier- und Devisenhandel wachsen dem Institut Erträge von wiederum 350 Mill. DM zu.

Vor diesem Hintergrund, so Thiemann, sei schon heute sicher, daß die Bank an die Eigentümer (Land Niedersachsen 60 Prozent, Sparkassen 40 Prozent) wieder eine Dividende von vier Prozent ausschütten wird. Das Stammkapital beträgt 480 Mill. DM. Inzwischen sei die Weichenstellung für die Kapitalerhöhung erfolgt. Das Land habe bereits 80 Mill. DM in den Haushaltsplan 1986 eingebaut, so daß der ersten Tranche von 134 Mill. DM nichts mehr im Wege steht.

Über die Modalitäten der Kapitalaufstockung lasse sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nichts sagen. Fest stehe lediglich, daß die Erhöhung über die Ausgabe von Genußscheinen vorgenommen wird. Den Kapitalbedarf bis 1989 beziffert Thiemann auf rund 300 Mill. DM.

Große Aufmerksamkeit widmet die NordLB auch 1985 der Risikovorsorge und der Stärkung der Reserven. Mit 150 bis 200 Mill. DM dürften die Wertberichtigungen und Abschreibungen über dem Niveau des Vorjahres (150 Mill. DM) liegen. Das Schwergewicht bildet dabei die Abdeckung von Risiken im Ausland. Einzelheiten dazu, welche Engagements als besonders gefährdet betrachtet werden, wollte Thiemann nicht mitteilen.

Positiv zu Buche schlage auf das außerordentliche Ergebnis der Einstieg von Daimler bei AEG. Daraus erwachse der Bank ein Gewinn in Höhe von 28 Mill. DM, der allerdings durch Abschreibungen und Kreditverzicht „verdient" wurde.

Die Beteiligungen der Bank an verschiedenen niedersächsischen Unternehmen begründet Thiemann mit dem Hinweis auf die spezifischen Aufgaben einer Landesbank. Die NordLB achte allerdings darauf, daß keine Risikopositionen entstünden. Mit Blick auf die Engagements bei German Oil, Intospace und dem Technologiezentrum Nord sagte Thiemann, sein Institut wolle „weder ein Ölkonzern noch ein Star-wars-Produzent" werden.

Eine stärkere Verzahnung des Auslands- sowie Inlandsgeschäfts charakterisiere die Arbeit der NordLB im Ausland. Christoph Freiherr von Hammerstein-Loxten, im NordLB-Vorstand zuständig für das Auslandsgeschäft, beziffert den Anteil der Auslandsgeschäfte am Gesamtkreditvolumen von (46,3 Mrd. DM) auf 9,5 Prozent oder 4,4 Mrd. DM.

Überaus expansiv entwickelt sich das Geschäft der Niederlassung in London, die nach neunmonatiger Tätigkeit bereits Aktiva von 3,7 Mrd. DM aufgebaut hat. Die NordLB nutzt den Platz London, um günstige Refinanzierungsquellen zu erschließen. Der Aufbau einer weiteren Auslands-Niederlassung neben London und Luxemburg stehe derzeit nicht zur Diskussion.

MÜNCHENER RÜCK / Hagelsturm verhinderte Wende

Innere Reservekraft gestärkt

DANKWARD SEITZ, München

Die Größenordnung des Betrages ist schon fast schwindelerregend und müßte eigentlich Nervosität auslösen: Mit einem versicherungstechnischen Verlust von 445,8 (431,7) Mill. DM vor Schwankungsrückstellungen schließt die Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, München, ihr Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.). Doch Vorstandsvorsitzender Horst K. Jannott rückt dieses „schiefe Bild" sofort gerade: „Bei richtiger Gewichtung muß man die Gesamtsituation sehen und darf nicht auf Teilbereiche abstellen. Allein das versicherungstechnische Ergebnis spiegelt nicht die erheblich gestiegene Reservekraft 1984/85 wider."

In der Tat, unter Berücksichtigung des allgemeinen Geschäfts („das gehört nun einmal dazu") sieht es bei dem größten Rückversicherer der Welt wahrlich nicht schlecht aus. Das stark gestiegene Prämienaufkommen und die erneut erhebliche Verbesserung der Kapitalerträge ließen den Rohüberschuß auf fast 302 (207) Mill. DM steigen. Ein Ergebnis, das es erlaubt, ohne zu Lasten des Jahresüberschusses von 44,6 (44,2) Mill. DM den Schwankungsrückstellungen den beachtlichen Betrag von 119,2 (34,2) Mill. DM und zusätzlich den Schadenrückstellungen 40 (50) Mill. DM zuzuweisen. Schon dies verdeutlicht nach Ansicht von Jannott, daß die unveränderte Dividende von 9 DM, die der Hauptversammlung am 6. Dezember vorgeschlagen wird, keineswegs fast verhagelt worden wäre.

Den leichten Anstieg des versicherungstechnischen Verlusts um rund 14 Mill. DM kommentierte Jannott mit „praktisch unverändert". Immerhin müsse man dabei nämlich berücksichtigen, daß die Gesellschaft 166 Mill. DM aus dem Münchner Hagelschlag habe verkraften und nur im Bereich Haftpflicht einen „scharfen Ergebniseinbruch" (minus 271 Mill. nach minus 140 Mill. DM) habe hinnehmen müssen. Beide Ereignisse hätten die erwünschte Ergebnisverbesserung verhindert. Die „signifikante" positive Entwicklung in der Feuersparte (minus 132 Mill. nach 287 Mill. DM) zeige beispielsweise dagegen, daß man durch die konsequenten Sanierungsbemühungen „gut vorangekommen" sei. So seien 1984/85 bei einem Neugeschäft von 250 (200) Mill. DM Verträge über 450 (350) Mill. DM – davon entfallen etwa 100 Mill. DM auf Feuer – gekündigt worden. Man dürfe sich nun „aber nicht zu schnell, zu viel erwarten".

Daß die Münchener Rück trotz dieser unverändert selektiven Zeichnungspolitik ein Beitragsplus von fast zehn Prozent erreichte, ist nach Jannott vor allem auf die hohe Steigerungsrate im Auslandsgschäft (plus 18 Prozent) zurückzuführen. Darauf hatten die Wechselkursveränderungen mit mehr als 200 (160) Mill. DM einen erheblichen Einfluß. Eliminiert um diesen Betrag wäre das Auslandsgeschäft nur um 14 Prozent und das gesamte Prämienaufkommen nur um etwa 7 Prozent gewachsen. 1985/86, so Jannott, dürfte diese Entwicklung genau umgekehrt verlaufen.

Für das laufende Geschäftsjahr rechnet Jannott daher insgesamt mit einem geringeren Umsatzzuwachs als im Berichtsjahr. Vor Währungsveränderungen dürften es plus zehn Prozent werden, wobei das Inland sieben und das Ausland 14 Prozent zulegen sollen. Das versicherungstechnische Ergebnis werde allerdings von einem „gerüttelt Maß an Größtschäden" (Erdbeben in Mexiko und die Abstürze der Jumbo-Jets von Air India und Japan Airlines) beeinflußt werden. Das genaue Ausmaß sei noch nicht abzusehen. Insgesamt dürfte aber, so Jannott, bei einem wiederum guten allgemeinen Ergebnis ein Rohüberschuß erzielt werden, der es erlauben sollte, die Reservekraft der Gesellschaft weiter zu steigern und eine Dividende von wieder 9 DM auszuschütten.

Münchener Rück	1984/85	±%
Bruttoprämie (Mill. DM)	11 024	+ 9,9
Auslandsanteil (%)	51	(48)
Netto-Prämie [1])	9 653	+ 9,6
Selbstbehalt (%)	87,6	(87,8)
Aufw.f.Vers.-Fälle	6 820	+ 8,5
Vers.techn.Ergeb.[2])	– 565	(– 466)
Kapitalanlagen[3])	12 805	+ 13,5
Kapitalerträge[4])	1 048	+ 13,5
in % der Nettoprämie	1984/85	1983/84
vers.techn. Ergebnisse	– 5,9	– 5,3
vers.techn.Rückst.	202,6	198,1
Garantiemittel	212,4	208,9
Betriebskosten	2,4	2,2
Eigenkapital	9,8	10,8

[1])Bruttoprämie minus Rückversicherungsbeiträge; [2]) nach Zuführung von 119,2 (34,3) Mill. DM zu den Schwankungsrückstellungen und vor Abzug d. Aufwend. f. eig. Verwaltung; [3]) ohne Depotforderungen; [4]) netto.

NAMEN

Herbert Weber, Vorsitzender des Vorstandes der Landesbank Saar Girozentrale, vollendet am 13. November das 60. Lebensjahr.

Gerhard Boos, Vorstandsvorsitzender des zum französischen Rhone-Poulenc-Konzerns gehörenden Chemiefaserproduzenten Rhodia AG, Freiburg, wurde zum Generalbevollmächtigten von Rhone-Poulenc in Deutschland ernannt.

Hans Bläser, Geschäftsführer für Produktion und Materialwirtschaft bei der Schulte + Dieckhoff GmbH, Horstmar, verläßt das Unternehmen zum 30. Juni 1986 und geht als Vorstandsmitglied zur Schiesser AG in Radolfzell. Seine Aufgabe bei Schulte + Dieckhoff übernimmt in Personalunion der Vorsitzende der Geschäftsführung **Karsten Mahnkopf**.

Rolf Ferber, Geschäftsführer der Bunawerke Hüls GmbH, Marl, wird am 14. November 60 Jahre.

Rainer Weiermüller, Geschäftsführer der Guinness GmbH, Essen, ist seit dem 1. November 1985 nicht nur für Deutschland zuständig, sondern auch für Österreich.

J. Edward Newall wurde zum Direktor der Alcan Aluminium Limited ernannt. Er übernimmt die Aufgaben von **Eric F. West**, Senior Executive Vice President, der nach 38 Jahren Tätigkeit bei Alcan in den Ruhestand tritt.

Peter Kunz, Geschäftsführer der Bauunternehmung Alfred Kunz GmbH & Co., München, wurde in den Vorstand der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, berufen.

Herbert Hütter wurde neben **Othmar Fusenig**, dem langjährigen Mitgeschäftsführer der Fiat Kredit Bank GmbH, Heilbronn, als weiterer Geschäftsführer des Instituts berufen. Er ist Nachfolger von **Hartmut Susemihl**, der Ende November 1985 auf eigenen Wunsch aus dieser Funktion ausscheidet.



IM BLICKPUNKT / Heinz Dürr, Vorstandsvorsitzender der wieder aufstrebenden AEG

Mit „dem Daimler" aus den Sorgen

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Nimmt man die mehr oder minder markigen Sprüche des Vorstandsvorsitzenden Heinz Dürr als Barometer für das Wohlergehen „seiner" AEG, dann steht der Zeiger jetzt wieder auf „freundlich". „High-Tech ist überall", pries er kürzlich in bester Stimmung die Produktpalette des Elektrokonzerns, wenige Tage nach der Beteiligungserklärung der Daimler-Benz AG und nur vier Monate, nachdem er in der Hauptversammlung auch schon beachtlichen 50 Prozent der Konzernerzeugnisse das Prädikat „High Technology" aufgestempelt hatte.

Für den Sprung von 50 auf 100 Prozent bedurfte es freilich eines fast dialektischen Winkelzugs: „Selbst so etwas Einfaches wie eine Waschmaschine geht nicht mehr ohne High-Tech. Das Blech außen herum ist zwar noch Low-Tech, aber sogar das wird auf High-Tech-Maschinen geformt."

Jenseits solcher eher satirischen Höhenflüge hat aber der zähe AEG-Sanierer, von Haus aus selbst Techniker, ein durchaus bodenständiges Verhältnis zu den diversen „Techs": „Die Volkswirtschaft ist gleichermaßen auf High-Tech, Low-Tech, No-Tech und dergleichen angewiesen. Erst die richtige Mischung bringt die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung." Und: „Ich glaube, daß wir bei der AEG die richtige Mischung gefunden haben."

Muntere Gedankenspiele

Tatsächlich hat der Konzern einiges zu bieten. Prozeßüberwachungs- und Steuerungsanlagen, Starkstrom-Elektronik, spezielle Chips (wie ein 1984 bereits 23 Millionen Mal verkauftes Ein-Chip-Radio) und optoelektronische Bauelemente, Radaranlagen und Flugkörpersteuerungssysteme, elektronische Schriftleser, Glasfaserkabel und Funkanlagen sind nur einige Beispiele. Dürrs muntere Gedankenspiele über diesen (auch gewinnträchtigen) Teil der Konzernproduktion, mit fröhlich funkelnden Augen vorgetragen, zeigen die große Erleichterung des schwäbischen Ex-Mittelständlers Dürr darüber, die AEG endlich (und hoffentlich endgültig) über den Berg gebracht zu haben. Daß der langjährige Pleite-Kandidat ausgerechnet „beim Daimler", dem Musterunternehmen aus der schwäbischen Heimat, untergeschlupft ist und damit auch die Anerkennung als Technologiekonzern eingeheimst hat, verstärkt die Freude noch.

Ähnlich optimistisch hatte man Heinz Dürr nur in seiner Anfangszeit bei der AEG erlebt. Damals, im Frühjahr 1980, hoffte er noch, „den Laden" mit ansteckendem Zukunftsglauben und viel Motivation wieder zum Laufen zu bringen. „Dazu brauchen wir jeden einzelnen, vor allem das mittlere Management", verkündete er und machte sich ans Werk.

Kaum einer der damals noch gut 60 inländischen Standorte mit noch 108 000 (heute sind es noch gut 60 000) Beschäftigten blieb unbesichtigt („Wenn ich ein paar Minuten in so einem Laden bin, dann weiß ich, was da läuft"), und die Korrekturen der teilweise „fürchterlichen" Zustände wurden umgehend in Angriff genommen. Daneben nahm er noch die Ochsentour auf sich, in einer langen Reihe von Motivationsveranstaltungen vor allem das mittlere Management auf die (bei der AEG neue) unternehmerische Schiene zu bringen.

Das blieb nicht ohne Erfolg, doch Dürr hatte das Beharrungsvermögen seines verkrusteten Apparats unterschätzt. „1980 mußte doch mehr Vergangenheit bewältigt werden, als ich es mir zu Jahresbeginn vorgestellt hatte", bekannte er Ende des Jahres nicht nur mit Blick auf die Finanzen.



AEG-Chef Heinz Dürr ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Sein Optimismus war aber immer noch ungebrochen. So, als er im Februar 1981 die Rückkehr der AEG zu kaufmännischen Grundprinzipien postulierte: „Die Einnahmen müssen größer sein als die Ausgaben. Sie werden mich jetzt etwas skeptisch angucken; denn bei uns ist das ja noch nicht ganz der Fall. Aber sie können sicher sein, daß wir noch dazu kommen."

Doch schon wenige Monate später klang Dürr, inzwischen von etlichen Seiten angefeindet („Wer zur Sanierung antritt, kann kaum erwarten, daß er geliebt wird") deutlich bissiger und auch besorgter: „Den moralischen Zuspruch der Politiker brauchen wir nicht; den kriegen wir schon von der Kirche, die in solchen Fällen immer dabei ist. Was wir brauchen, ist schlichtweg Geld – davon hat die AEG nicht mehr so viel."

Es von außen zu beschaffen, wurde immer schwieriger. Die Lage des Konzerns, der unter gewaltigen Zinslasten („Wir tun viel mehr für den deutschen Sparer als andere Leute") ächzte, verschlechterte sich zusehends. Als kleinere Verkäufe aus der Substanz, zunächst Grundstücke oder Verlustbeteiligungen, die Löcher nicht mehr stopften, ging es ans Eingemachte.

Eine Perle des Konzerns, die Kommunikationstechnik, wurde Anfang 1982 als AEG-Telefunken Nachrichtentechnik (ATN) ausgegliedert und zu 49 Prozent an ein Konsortium (Bosch, Mannesmann, Allianz) verkauft – ein herber (Teil-)Verlust.

Von Dürr war in dieser Zeit nicht einmal mehr Sarkastisches zu hören. Er beschränkte sich zunehmend auf die Feststellung, daß wichtige Kenngrößen „genau im Plan" lägen. Das semantische Barometer trog nicht: Am 9. August meldete Dürr den Vergleich an. Alles Forsche war versiegt: „Wenn Sie wissen, wie wir gekämpft haben, dann werden Sie verstehen, daß uns nicht nach besonders leichten Bemerkungen zumute ist."

Ausreden gelten nicht mehr

Weitere Nackenschläge folgten. Daß kurz vor Vergleichsbestätigung die Verlustquelle Telefunken an den französischen Konkurrenten Thomson-Brandt verscherbelt werden konnte, vermochte nicht darüber hinwegzutrösten, daß das ATN-Konsortium einen Insolvenzpassus im Beteiligungsvertrag genutzt hatte, die Perle vollends an sich zu bringen. Und der tägliche Kampf um Lieferungen und Märkte zermürbte zusehends – im Frankfurter Hochhaus herrschte Funkstille.

Doch schon während des Vergleichs, als sich die Wogen geglättet hatten, die Lieferanten wieder lieferten und die Abnehmer wieder orderten, schimmerte der „alte" Dürr wieder durch. „Wir müssen uns noch sehr anstrengen. Die Ausrede von Fußballtrainern, das Spiel sei verloren worden, weil der Platz nicht bespielbar war, wird man bei uns nicht gelten lassen. Die anderen spielen auf dem selben Platz", feuerte er im Frühjahr 1984 seine Mannen an.

Aufforderung zum Realismus auch ein Jahr später: „Wir müssen das Tal der Träume verlassen und uns bemühen, in die lichten Höhen des Gewinns zu kommen." Bei einem „erwirtschafteten Gewinn" von 100 Millionen Mark („... noch längst nicht das, was man von der AEG erwarten muß") wächst denn auch schon wieder die Sorge, die Mannschaft könnte in den alten Trott verfallen.

Gerade diese Sorge wird durch den großen „Sponsor" Daimler-Benz im Rücken nicht geringer. Doch das Sindelfinger Engagement hat nicht nur den Kurs der AEG-Aktie in die Nähe von 250 DM (Tiefstand: 23 DM) gebracht, auch der Kurs des Unternehmens als Brötchengeber ist gestiegen. Und damit wird es leichter, frischen Führungswind „draußen" einzukaufen als zu einer Zeit, da Dürr noch anerkennen mußte: „Wer zu uns kommt, der hat eine Portion Mut."

MASCHINENBAUINGENIEURE / Ein Berufsbild

Der Nachwuchs steigt mit 3000 bis 4000 Mark ein

ANDREAS GERBER, Bonn

Schon in den Jahren der Stagnation hatten sie auf dem Arbeitsmarkt weniger Probleme als andere Akademikergruppen, etwa die geisteswissenschaftlichen Fachrichtungen. Mit der konjunkturellen Belebung haben sich die Berufschancen der Maschinenbauingenieure noch deutlich verbessert.

Dies spiegelt sich in den Arbeitsmarktzahlen, wie sie von den Fachvermittlungsstellen für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte ermittelt werden, deutlich wider: Die Zahl der registrierten offenen Stellen, die Ende 1983 mit 1455 einen Tiefststand erreichte, steigt seitdem kontinuierlich an. Ende Juni 1985 waren den Arbeitsämtern 3161 Positionen für Maschinenbauingenieure gemeldet, 51 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Dem stehen 5900 Bewerber gegenüber, die bisher einen Erfolg hatten. Allein im ersten Halbjahr 1985 sank die Zahl der Stellensuchenden um 1200.

„Hochschulabsolventen können heute davon ausgehen, daß sie in sechs bis neun Monaten eine Stelle finden", weiß Herbert Herritsch von der Frankfurter Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV). Die Zahl der auf den Arbeitsmarkt drängenden Nachwuchskräfte – jährlich zwischen 8500 und 9500 – bleibt aber hoch.

Branchenkenntnis gefragt

Fachhochschul-Ingenieure werden vornehmlich in Konstruktion und Projektierung eingesetzt, während die Universitätsabsolventen in Forschung und Entwicklung bevorzugt werden. Im allgemeinen Maschinenbau, im Fahrzeugbau und der Zulieferindustrie, wo derzeit eine große Nachfrage besteht, werden einschlägige Berufserfahrung in der Branche und der auszuübenden Funktion erwartet. „Der Fertigungsingenieur muß nicht nur Refa-Kenntnisse besitzen, sondern möglichst auch in elektronisch gesteuerten Fertigungstechniken bewandert sein", betont Herritsch. Viele der Stellensuchenden können diese Anforderungen nicht erfüllen. Den Berufserfahrenen fehlen oft die Branchenkenntnisse.

Fast zwei Drittel der Bewerber sind Berufsanfänger. „Die Arbeitgeber schauen nicht nur auf die Durchschnittsnote des Examens", heißt es in einem ZAV-Merkblatt für das Fachgebiet. Eine Berufsausbildung sowie Spezialkenntnisse würden zusätzlich gewertet, ebenso das Thema der Diplomarbeit.

Für die Studierenden geben die ZAV-Experten einen wichtigen Hinweis: Die Studienzeit sollte den Durchschnitt nicht übersteigen. „Wenn Examensnote oder Studiendauer nicht den Erwartungen entsprechen, können Zusatzqualifikationen die Einstellungschancen verbessern", heißt es weiter.

Praktika empfohlen

Dazu zählen Kenntnisse im Bereich Refa, Arbeitssicherheit und Sicherheitstechnik, die besonders für Stellen in der Produktion geschätzt werden. Englisch in Wort und Schrift wird beinahe als selbstverständlich, erst eine weitere Fremdsprache als Zusatzqualifikation angesehen. Ebenso selbstverständlich erwartet werden Grundkenntnisse in der EDV. Nachdrücklich empfiehlt die ZAV den Studierenden, während des Studiums Praktika zu absolvieren.

Für die Anfangsgehälter mag die ZAV nur Spannweiten angeben, von denen je nach Branche, Region und Größe des Unternehmens Abweichungen möglich seien. Danach verdienen Fachhochschulabsolventen derzeit zwischen 3000 und 3400 DM, Universitäts-Absolventen von 3300 bis 4000 DM.

Als Führungskraft erhalten Maschinenbauingenieure in der dritten Unternehmensebene, zum Beispiel als Abteilungsleiter, Jahresgehälter von durchschnittlich 80 000 DM. Die Schwankungsbreite liegt dabei zwischen 60 000 und 100 000 DM. Als Hauptabteilungsleiter sind den Angaben der ZAV zufolge im Durchschnitt 110 000 DM zu verdienen, wobei die Gehälter zwischen 80 000 und 140 000 DM schwanken. An der Unternehmensspitze, also bei Vorstands- oder Geschäftsführungsmitgliedern, liegen die Gehälter bei durchschnittlich 230 000 DM, wobei geldwerte Leistungen wie Dienstwagen, Beiträge zu Lebensversicherungen und besondere Spesenkonten eingerechnet sind. Von wenigen Spitzengehältern abgesehen, reicht die Spanne von 150 000 bis 500 000 DM.

BETRIEBLICHE PERSONALPOLITIK / WELT-Gespräch mit Gerhard Kienbaum

Der „Manager auf Zeit" ist leider noch immer ein seltener Nothelfer

HEINZ STÜWE, Bonn

„Wir können nicht annähernd zufrieden sein. Viele Unternehmer nehmen sich einfach nicht die Zeit, die erforderlich ist." So charakterisiert Gerhard Kienbaum (66), Altmeister der deutschen Personal- und Unternehmensberater, den Stellenwert und die Qualität der Personalarbeit in deutschen Unternehmen.

Oft werde von einer Krise in der strategischen Unternehmensführung gesprochen, da in vielen Unternehmen latent vorhandene gefährliche Entwicklungen nicht rechtzeitig erkannt würden. „Das gilt auch für Qualität und Quantität des Personals", erklärte Kienbaum gegenüber der WELT. „Leider ist in den Führungsetagen der Wirtschaft das Gespür für personelle Schwachstellen unterentwickelt. Unsere Aufgabe als Berater ist es deshalb, frühzeitig zu warnen, auch wenn viele das als Kassandra-Ruf verstehen", betont Kienbaum.

Für die Zukunftssicherung eines Unternehmens sei die Entwicklung seiner Ressourcen entscheidend. „Dazu zählen neben Geld und Ideen eben auch die Mitarbeiter." Vielen Firmen fehlten heute Experten, beispielsweise in der Elektronik, wo Kienbaum „eine ausgesprochene Übernachfrage" diagnostiziert. Noch viel zu wenig wird seiner Ansicht nach die Möglichkeit genutzt, Spezialisten von außerhalb befristet hinzuzuziehen. Kienbaum denkt dabei an externe Fachkräfte, die sich nicht nur auf Beratung beschränken, sondern auch Aufgaben etwa in Logistik oder Controlling für eine bestimmte Zeit zu übernehmen. Kienbaum hat dabei das Angebot von Beratungsfirmen (einschließlich der eigenen) im Auge, die im Vertragswege selbst befristet Management-Aufgaben übernehmen.

„Diese Möglichkeit, die Einstellung teurer Experten zu umgehen, ist auch auf technische Dienstleistungen anwendbar, etwa wenn es darum geht, die Betriebsbereitschaft der Produktionsanlagen sicherzustellen. Auch das muß nicht mit eigenen Leuten gemacht werden", betont Kienbaum. Im Mittelstand ist das, wie auch Kienbaum einräumt, noch die Ausnahme. Er weiß, daß bei den Unternehmern starke Hemmungen vor-



Gerhard Kienbaum
FOTO: JUPP DARCHINGER

handen sind und noch viele Vorurteile abgebaut werden müssen.

Vor dem Blick nach außen müßten die Unternehmenschefs den Blick jedoch auf die vorhandenen Mitarbeiter lenken, empfiehlt Kienbaum: „Einmal erworbenes Know-how sollte auch genutzt werden." Genau daran hapert es in seinen Augen, obwohl die deutsche Wirtschaft gute Voraussetzungen für Innovationen besitze, vor allem mit dem „exzellenten" Ausbildungsstand der Arbeitskräfte. „Viele Fach- und Führungskräfte gehen aber nur mit gebremstem Schaum ans Werk", hat Kienbaum beobachtet. Die Gründe sucht er aber nicht nur in der Personalführung: „Die Motivation wird nicht angefacht, wenn von besonderer Leistung und mehr Einkommen am Monatsende nichts übrigbleibt."

Im Vordergrund der betrieblichen Personalpolitik und der Arbeit des Beraters müssen nach Kienbaums Ansicht die inneren Entwicklungsmaßnahmen stehen, die Entfaltung von Begabungen und Fähigkeiten der Mitarbeiter. Dabei sei viel Fingerspitzengefühl vonnöten. „Befähigte Leute können nicht lange in der Führungsreserve gehalten werden, denn sie schauen nach außen", weiß Kienbaum.

„Auch bei einer guten Personalentwicklung gibt es aber Situationen, die dazu zwingen, Positionen von außen zu besetzen, wenn zum Beispiel der bisherige Stelleninhaber krank wird oder kurzfristig eine andere Tätigkeit übernimmt." Der Berater könne an einen solchen Auftrag nicht immer in der gleichen Weise herangehen, betont Kienbaum. „Das Top-Management einer Public Company hat andere Vorstellungen als die Eigentümer eines Familienunternehmens, die das Interesse haben, Mitglieder der Familie in der Führung zu etablieren".

Diese Aufgaben des Personalberaters hätten sich aber in den letzten Jahrzehnten nicht grundsätzlich geändert, lautet Kienbaums Fazit nach 40 Berufsjahren, wohl aber die Anforderungen, vor allem an das Management. „In der Hochkonjunktur der 60er Jahre war der Mut gefragt, vorwärts zu marschieren. Wachstum hieß die zu bewältigende Aufgabe. Der Chef konnte manches vernachlässigen und dennoch erfolgreich sein." Heute sei dagegen „ein anderer Typ von Führungskraft" notwendig. „Unternehmen können nicht länger produktionsorientiert, sondern müssen marktorientiert geführt werden." Ertragseinbrüche und Liquiditätsprobleme hätten die Unternehmensziele verschoben und die Sicherung einer angemessenen Ertragslage an die erste Stelle gerückt. „Manchen Unternehmern ist das bereits gelungen", meint Kienbaum, „viele sitzen aber noch auf dem Schleudersitz."

Das erste Firmenfahrzeug war ein Fahrrad. Damit ging der junge Ingenieur Gerhard Kienbaum, eben aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, im Herbst 1945 im Bergischen Land auf Kundensuche. Das Angebot hieß Beratung, und damals wie heute war der Bedarf groß. Heute setzt die Kienbaum-Unternehmensgruppe mit 340 Mitarbeiter 62 Millionen Mark im Jahr um und die Palette reicht vom Krisenmanagement bis zur wirtschaftlichen Nutzung des Weltraums. Ein Ausflug in die Politik machte den Firmenchef noch bekannter. Auch der Aktionsradius wurde größer: Zwar blieb Gummersbach der Stammsitz, doch Kienbaum-Leute sind in San Francisco und Sao Paulo ebenso zu Hause.

BUNDESARBEITSGERICHT / Ein Fall aus Berlin

Das Hochzeitspaar kann den Sonderurlaub nicht aufsparen

S. L. Kassel

Sonderurlaub aus Anlaß einer Eheschließung – wie er Angestellten nach Paragraph 52 Absatz 2 des Bundesangestelltentarifvertrags (BAT) zusteht – muß umgehend genommen und kann nicht bis zum nächsten Erholungsurlaub „aufgespart" werden. Das hat der Sechste Senat des Bundesarbeitsgerichts in einem Fall aus Berlin entschieden.

Eine an der Freien Universität Berlin beschäftigte Angestellte hatte an einem Samstag im August in Schweden geheiratet. Nach dem BAT steht Angestellten grundsätzlich bei der eigenen Eheschließung die Freistellung von der Arbeit unter Weiterzahlung des Gehalts für zwei Tage zu. Wenn der Hochzeitstag auf einen arbeitsfreien Tag fällt – was hier der Fall war –, reduziert sich der Anspruch auf einen Tag Sonderurlaub.

Da die Jungvermählte gleich nach der Hochzeit nach Berlin zurückkehrte, „sparte" sie den Sonderurlaub für den nächsten Erholungsurlaub auf, den sie Ende Oktober nahm.

Wie schon das Landesarbeitsgericht Berlin, so entschied auch das Bundesarbeitsgericht, daß dies nicht möglich ist. Nach den Paragraphen 9 und 10 des Bundesurlaubsgesetzes werden Zeiten einer Erkrankung während des Urlaubs sowie Kuren und Schonzeiten nicht auf den Jahresurlaub angerechnet. Nach der Entscheidung der Kasseler Richter kann aber nicht gleiches für den Sonderurlaub bei der eigenen Hochzeit gelten, wenn er erst verspätet geltend gemacht wird. Dieser Sonderurlaub muß sofort genommen werden. Geschieht das nicht, geht der Anspruch verloren. (Az.: 6 AZR 571/82 vom 17. 10. 1985)

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Krank im Ausland

Eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, die ein ausländischer Arzt im Ausland ausgestellt hat, hat im allgemeinen den gleichen Beweiswert wie eine von einem deutschen Arzt ausgestellte Bescheinigung. Die Bescheinigung muß – so entschied das Bundesarbeitsgericht – jedoch erkennen lassen, daß der ausländische Arzt zwischen einer bloßen Erkrankung und einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit unterscheidet. Ist das nicht der Fall, braucht der Arbeitgeber den Lohn nicht fortzuzahlen. (Az.: 5 AZR 180/83)

Kein Arbeitgeber-Zuschuß

Ein Arbeitnehmer, der auf Grund eines privaten Lebensversicherungsvertrages von der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung befreit ist, kann von seinem Arbeitgeber keinen monatlichen Zuschuß zu der Lebensversicherungsprämie beanspruchen. Nach einer Grundsatzentscheidung des Bundessozialgerichts gewährt das Rentenversicherungsrecht dem Arbeitnehmer keinen Anspruch darauf, daß ihm der Arbeitgeber einen Beitrag in Höhe der Hälfte seiner Versicherungsprämie zu seiner privaten Lebensversicherung zahlt. (Az.: 1 RS 1/84)

Bezahlte Freistellung

Ist in einem Tarifvertrag bestimmt, daß die Mandatsträger der Gewerkschaft für Sitzungen jährlich bis zu sechs Tagen von der Arbeit freizustellen sind, dann können alle gewerkschaftlichen Mandatsträger diesen Anspruch geltend machen. Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts ist es ohne Bedeutung, ob das Mandat auf Orts-, Bezirks- oder Landesebene ausgeübt wird. (Az.: 4 AZR 426/84, 4 AZR 147/85)

Weiterbildung

Der Betriebsrat kann bei der innerbetrieblichen beruflichen Bildung und Weiterbildung der Arbeitnehmer mitbestimmen. Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes folgt daraus jedoch nicht automatisch auch das Recht des Betriebsrats zur Teilnahme an den Prüfungen. In Streitfällen um die innerbetriebliche berufliche Bildung muß die Einigungsstelle verbindlich entscheiden. (Az.: 1 ABR 49/83)

Aktien geben überwiegend nach

Gegen Börsenschluß aber wieder Auslandskäufe

DW. – Der Start in die neue Woche wurde auf dem Aktienmarkt mit weiteren Gewinnmitnahmen begonnen. Es kam auf breiter Front zu rückläufigen Kursen. Noch überwiegt die Ansicht, daß dies Ausdruck einer überfällig gewesenen *Konsolidierung* ist und noch keine Trendwende darstellt. Diese Ansicht wurde untermauert durch zum Schluß aus dem Ausland kommende Kaufaufträge. Sie führten in einigen ausgewählten Papieren zu deutlichen Kursgewinnen. Schließlich setzte sich auf breiter Front eine Kurserholung durch.

Mit Zuversicht erfüllte insbesondere der stabile Kurs der Deutschen Bank. Am Dienstag werden zum ersten Mal die Bezugsrechte auf die jungen Aktien notiert. Insgesamt soll die Emission der Deutschen Bank mehr als eine Milliarde DM in deren Kasse bringen. Wie es bei den Banken heißt, ist die Bezugsfreudigkeit der Kundschaft bemerkenswert hoch. Im Maschinenbaubereich hatten vor allem GHH, Linde und Deutsche Babcock unter Gewinnmitnahmen zu leiden. Autoaktien waren überwiegend gesucht, bei VW richten sich die Erwartungen auf die für diese Woche angekündigten Ergebniszahlen für die ersten drei Quartale dieses Jahres. Im Elektrobereich nervöser Handel in AEG-Aktien zu im Trend niedrigeren Notierungen. Siemens konnten einen Teil der Anfangsverluste wieder aufholen.

Frankfurt: Mainkraft erhöhten um 20 DM und Altana um 4 DM. Bilfinger stockten um 6 DM und Pfaff um 5 DM auf. Nachgegeben haben Degussa um 10 DM und IWKA um 10,50 DM. Rheinmetall gaben um 23 DM nach.

Düsseldorf: AEG Kabel und Balcke Dürr verbesserten sich um 4,50 DM und Dahlbusch um 17 DM. DAT verloren 10 DM, Keramag 3,50 DM und Schiess 5 DM. Aachener Rück gaben um 50 DM nach. Colonia stockten um 10 DM auf.

Hamburg: Phoenix Gummi stockten um 3,50 DM auf. HEW blieben mit 119 DM unverändert. Bremer Vulkan lagen um 1 DM leichter. Beiersdorf verminderten um 5 DM. Holsten Brauerei gaben um 1 DM nach. Triton verbesserten sich um 3 DM.

Berlin: Herlitz Vz. verloren 1 DM und Herlitz St. 6 DM. Orenstein büßten 13 DM ein. Rheinmetall St. verminderten um 2 DM die Vorzüge um 1,50 DM. Bekula verbesserten sich um 0,10 DM und DeTeWe um 2,50 DM.

München: Agrob St. erhöhten um 9 DM, Bay. Lloyd um 10 DM und Leonische Draht um 12 DM. Nachgegeben haben Audi AG um 2 DM, Bay. Hartstein um 20 DM und Electro 2000 um 5 DM. Wanderer verloren 2 DM.

Stuttgart: DLW setzten ihre Aufwärtsbewegung um 4 DM fort. Daimler legten 9 DM und Mercedes 10 DM zu. ASS notierten 145 DM Geld. Maschinenfabrik Esslingen gewannen 6 DM. Fuchs waren um 7 DM nachgebend. IWKA büßten 8,30 DM ein.

Nachbörse: erholt

WELT-Umsatzindex: 247,50 (249,60)
WELT-Umsatzindex: 4075 (4885)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Singapur

Sydney

Oslo

Stockholm

Tokio

Toronto

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel

WELT-Aktien-Indices

Kursgewinner:

Kursverlierer:

Junge Aktien

Devisenmärkte

Devisen und Sorten

Warenpreise – Termine

Höher schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer ging Kaffee aus dem Markt. Kakao konnte sich behaupten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	8.11.	7.11.
Dez.	326,50	323,75
März	331,00	330,00
Mai	313,00	313,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	275,00	273,00
Am. Durum	269,34	269,94

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Dez.	118,10	115,60
März	123,60	121,60
Mai	127,00	125,10

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Dez.	101,40	101,00
März	102,60	102,10
Mai	–	–

HAFER Chicago (c/bush)

Dez.	128,50	126,75
März	137,00	134,75
Mai	140,25	138,50

MAIS Chicago (c/bush)

Dez.	237,00	236,75
März	244,50	243,75
Mai	248,00	247,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Dez.	106,40	106,30
März	112,00	111,60
Mai	115,20	115,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	8.11.	7.11.
Dez.	154,00	158,75
März	154,83	158,75
Mai	155,90	159,65

KAKAO New York ($/t)

	8.11.	7.11.
Dez.	2059	2056
März	2158	2157
Mai	2210	2205
Umsatz	2683	3456

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Jan.	5,40	5,30
März	6,01	5,91
Mai	6,20	6,08
Juli	6,38	6,28
Sept.	6,57	6,45
Umsatz	6486	17530

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

	5,54	5,81

KAFFEE London (£/t) Robusta

	8.11.	7.11.
Nov.	1830-1836	1870-1878
Jan.	–1852	1905-1908
März	1851	1896-1900
Umsatz	6790	4492

KAKAO London (£/t)

Dez.	1666-1669	1631-1635
März	1707-1708	1679-1680
Mai	1731-1732	1708-1709
Umsatz	4303	5605

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	8.11.	7.11.
Dez.	140,00-144,40	141,00-143,80
März	156,20-156,60	155,00-155,20
Mai	159,40-160,00	158,80-159,20
Umsatz	1735	2408

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

	11.11.	8.11.
schw.		
Saraw spez.		875,00
weiß Saraw.	geschl.	1045,00
weiß Munt.		1055,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	8.11.	7.11.
Nov	114,00	113,95
Jan.	114,30	114,10
März	114,50	114,40
Mai	114,20	114,50
Juli	112,05	114,10
Umsatz	500	600

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	8.11.	7.11.
	43,00	44,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	21,00	21,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Dez.	20,65	20,09
Jan.	20,76	20,20
März	21,00	20,58
Mai	21,30	20,85
Juli	21,55	21,20
Aug.	21,60	21,25
Sept.	21,50	21,15

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.

	18,00	18,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	19,00	19,00
Choise white hog 4 % fr. F.	12,75	12,75

TALG New York (c/lb)

top white	15,00	15,00
fancy	14,50	14,50
bleichf.	14,25	14,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	46,75	47,00
Feb.	46,10	46,40
April	41,90	41,85

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Feb.	62,50	62,40
März	62,85	62,65
Mai	64,10	63,85

HÄUTE Chicago (c/lb)

	8.11.	7.11.
Ochsen einh. schwere River Northern	65,00	63,00
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	53,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Nov.	521,00	516,00
Jan.	530,00	527,25
März	539,50	537,50
Mai	547,00	545,00
Juli	552,00	550,50
Aug.	551,00	550,00
Sept.	535,50	535,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Dez.	147,50	148,00
Jan.	147,10	147,70
März	147,58	148,50
Mai	148,20	149,50
Juli	148,50	149,50
Aug.	148,40	149,40
Sept.	146,50	148,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	8.11.	7.11.
Dez.	302,90	300,50
März	307,00	306,00
Mai	311,50	310,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	8.11.	7.11.
	18,50	18,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	11.11.	8.11.
jegl. Herk. cif	920,00	930,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

	550,00	570,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	350,00	350,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	142,00	134,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	415,00	405,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	250,00	248,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	8.11.	7.11.
Dez.	61,25	61,60
März	62,20	62,58
Mai	62,95	62,80
Juli	62,10	62,00
Okt.	53,80	53,66
Dez.	51,95	51,80

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

	42,50	42,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	11.11.	8.11.
Dez.	445-452	445-456
Jan.	451	452-453
März	453-450	456
Umsatz	191	129

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	8.11.	7.11.
Dez.		51,15
März	unver-	51,15
Mai	käuflich	51,50
Juli		51,50
Umsatz		–
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	8.11.	7.11.
Dez.	593,00-596,00	592,00-596,00
März	–	613,00-620,00
Mai	–	622,00-624,00
Umsatz	6	28

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	11.11.	8.11.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	8.11.	7.11.
Nov.	12390	12434
Dez.	12405	12433

KAUTSCHUK London (p/kg)

	8.11.	7.11.
Nr.1 loco	56,50-59,50	59,00-60,00
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–
Febr.	–	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	8.11.	7.11.
Dez.	182,00-183,00	181,00-182,00
Jan.	183,00-184,00	182,00-183,00
Nr. 2 Nov.	174,00-175,00	172,50-173,50
Nr. 3 Nov.	171,50-172,50	170,00-171,00
Nr. 4 Nov.	166,50-167,50	165,00-166,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)

	11.11.	8.11.
BWC	375	400
BWD	350	370
BTC	375	400
BTD	350	370

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	11.11.	8.11.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	244,77-245,15	248,02-248,39
dritt. M.	256,36-256,73	258,45-258,82
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	112,86-113,60	102,41-102,60
dritt. M.	109,12-109,49	103,53-103,71
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1053,83-1055,70	1029,69-1033,41
dritt. M.	1063,18-1063,97	1052,03-1053,89
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	139,76-140,14	148,22-148,96
Prod.-Pr.	176,28	176,09
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

	11.11.	8.11.
	geschl.	ausg.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	11.11.	8.11.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	365,66-368,84	363,28-366,44
BLEI in Kabeln	120,75-121,75	110,00-111,00
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	11.11.	8.11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	325-326	323-324
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	354-357	353-354
MS 63	346-348	344-347

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	11.11.	8.11.
Leg. 225	315	315
Leg. 226	317	317
Leg. 231	350-352	350-352
Leg. 233	360-362	360-362

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	11.11.	8.11.
PLATIN (DM/g)	29,60	29,45
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	27670	27670
Rückn.-Pr.	26920	26920
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27880	27780
Rückn.-Pr.	27160	27060
verarbeitet	29250	29140
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27550	27230
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	526,90	523,10
Rückn.-Pr.	511,20	507,50
verarbeitet	550,10	546,10

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	11.11.	8.11.
10.30	323,25	322,10
15.00	323,10	321,95
Zürich mit.	323,10-323,50	322,25-322,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	geschl.	83200
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	428,00	425,25
3 Mon.	439,80	437,65
6 Mon.	451,60	449,40
12 Mon.	474,65	472,35
PLATIN (£/Feinunze) London	8.11.	7.11.
fr. Markt	229,60	229,20
PALLADIUM (£/Feinunze) London	8.11.	7.11.
f. Händl.-Pr.	68,90	70,95

New Yorker Metallbörse

	8.11.	7.11.
GOLD H & H Ankauf	322,20	323,25
SILBER H & H Ankauf	600,00	605,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	332,00-334,00	332,00-334,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	98,00-99,00	100,50-101,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)

Nov.	610,20	607,70
Dez.	612,00	605,00
Jan.	617,20	609,70
März	624,50	617,00
Mai	633,50	626,50
Juli	642,10	634,60
Sept.	651,40	643,50
Umsatz	17000	14000

KUPFER (c/lb)

	8.11.	7.11.
Nov.	61,20	60,00
Dez.	61,30	60,30
Jan.	61,80	60,60
März	62,25	61,20
Mai	62,95	61,70
Juli	63,40	62,25
Sept.	63,55	62,40
Umsatz	12000	6500

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (c/lb)	11.11.	8.11.
mitt. Kasse	655,00-656,00	670,00-672,00
3 Mon.	686,00-687,00	694,00-695,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	302,00-304,00	275,00-275,50
3 Mon.	292,00-293,00	278,00-278,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	958,00-958,50	955,00-955,50
3 Monate	985,50-986,50	979,00-979,50
ab. Kasse	–	960,00-961,00
3 Monate	–	985,00-985,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	938,00-940,00	936,00-938,00
3 Monate	968,00-969,00	966,00-968,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	374,00-375,00	397,00-399,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	ausg.	ausg
QUECKSILBER ($/Fl.)	270-280	270-280
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	60-65	60-65

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	8.11.	7.11.
Dez.	86,80-86,95	87,00-87,10
Jan.	86,70-86,95	86,90-87,10
Febr.	85,60-85,70	85,60-85,80
März	81,20	81,30-81,50

GASÖL – London ($/t)

	8.11.	7.11.
Dez.	264,24-264,50	263,74-264,00
Jan.	261,50-261,75	261,50-261 75
Febr.	257,25-257,50	257,50-257,75
März	248,00-248,75	–249,00
April	242,50-243,00	242,50-242,75
Mai	234,50-235,00	234,75-235,50
Juni	231,50-233,00	232,25-233,00
Juli	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)

	8.11.	7.11.
Dez.	78,90-78,95	80,20
Jan.	76,90-76,95	78,00
Febr.	75,45	76,10
März	74,90-75,00	75,45
April	74,90-75,00	75,40

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	8.11.	7.11.
Dez.	30,42-30,46	30,37-30,40
Jan.	29,42-29,46	29,40-29,44
Febr.	28,68-28,74	28,65-28,69
März	28,10-28,12	28,02-28,04
April	27,60	27,53

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	8.11.	7.11.
Arabian Lg.	27,90	27,85
Arabian Hv.	25,60	25,50
Iran Lt.	26,95N	26,95N
Forties	29,00	28,90
N.Sea Brent	29,20	29,20
Bonny Light	29,20N	29,20N

Kartoffeln

London (£/t)

	7.11.	6.11.
Nov.	65,20	68,70
Febr.	69,90	70,50
April	78,30	78,90
Mai	84,20	84,50

New York (c/lb)

	8.11.	7.11.
Nov.	1,98-1,99	1,98-1,99
März	2,15-2,20	2,14-2,19
April	2,20	2,17-2,23
Mai	2,37	2,37

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	8.11.	7.11.
Nov.	141,80	140,30
Jan.	143,90-143,80	142,50-142,60
März	149,70-150,00	148,90-148,70
Mai	155,00	154,00

Devisenterminmarkt

Am 11. November führten nachgebende US-Dollar-Zinsen zu einer Verringerung der Dollar-Termin-Abschläge

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,82-0,77	2,20-2,10	4,13-3,93
Pfund/Dollar	0,41-0,39	1,24-1,21	2,33-2,28
Pfund/DM	2,80-1,40	7,00-5,60	17,4-11,0
FF/DM	20-4	45-30	94-78

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 11.11.: Tagesgeld 4,50–4,55 Prozent, Monatsgeld 4,60–4,70 Prozent, Dreimonatsgeld 4,75–4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,90 Prozent, 6 Mon. 4,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 11.11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 11.11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 11.11.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞–8⅛	4⅜–4½	3⅝–3½
3 Monate	7⅞–8⅛	4⅝–4¾	4–4¼
6 Monate	7⅞–8⅛	4⅝–4¾	4⅛–4⅜
12 Monate	8⅛–8⅜	4⅞–5⅛	4¼–4½

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 11.11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 13,00, Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 11.11. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1255,00	1613,10
5 US-Dollar (Indiana)**	630,00	995,10
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	201,25	252,23
1 £ Sovereign Elizabeth II	196,25	246,53
20 belgische Franken	150,75	200,36
10 Rubel Tscherwonez	200,75	256,27
2 südafrikanische Rand	184,25	256,27
Krüger Rand, neu	840,75	998,36
Maple Leaf	857,00	1016,88
Platin Noble Man	873,50	1035,69
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	214,75	273,32
20 schweiz. Franken „Vreneli"	166,00	217,74
20 franz. Franken „Napoléon"	160,75	211,76
100 österr. Kronen (Neuprägung)	795,00	970,14
20 österr. Kronen (Neuprägung)	158,25	203,21
10 österr. Kronen (Neuprägung)	81,25	109,73
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	372,25	458,57
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	84,75	119,42

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Nov. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/13 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,22) – 6,75 (5,70) – 7,00 (5,99) – 7,50 (6,26) – 8,50 (6,57). Ausgabe 1985/14 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,50 (5,24) – 6,75 (5,74) – 7,00 (6,06) – 7,50 (6,34) – 8,50 (6,70) – 8,50 (6,95) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Konditionen in Prozent): 1 Jahr 4,55, 2 Jahre 5,40. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,50, Kurs 100,30, Rendite 6,45.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 11.11.85	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	52,310	6,95
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	100,523	6,95
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	53,52	6,70
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	37,91	6,85
Commerzbank	100,00	22.5.95	55,31	6,41
Commerzbank	100,00	4.8.00	38,25	6,74
Deutsche Bk. $	287,00	22.1.95	112,00	10,79
DSL-Bank R.264	957,07	2.7.90	102,70	6,40
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	74,96	6,40
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	51,79	7,00
Fr. Hyp. KO 465	196,72	1.6.95	103,02	7,00
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.6.96	48,00	7,04
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	53,65	6,73
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	37,54	7,00
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	53,17	6,83
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	25,85	7,13
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	52,99	6,85
WestLB 600	100,00	2.5.95	53,70	6,79
WestLB 601	100,00	2.5.00	37,60	6,99
WestLB 602	100,00	3.10.05	25,35	7,14
WestLB 500	126,86	16.2.89	106,40	5,55
WestLB 501	137,01	16.2.90	106,65	6,01
WestLB 503	115,76	3.10.88	99,55	5,36
WestLB 504	143,85	1.10.91	99,00	6,30
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,59
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,70	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.95	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.7.88	–	10,19
Pepsi-Co (AA)	100,00	4.2.92	55,05	10,06
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	51,125	11,33
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	54,00	10,35
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	52,25	10,50
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	50,25	9,936
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	42,00	11,08
Penney (A+)	100,00	17.2.94	43,125	10,70
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	42,625	10,45
Sears (AA)	100,00	27.5.94	41,50	10,79
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	42,50	9,76

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,90 (4,95)	100,1	101,0	101,9	102,9	103,8	104,8
2	5,49 (5,50)	99,1	101,0	102,6	104,5	106,3	108,2
3	6,00 (6,00)	97,1	100,0	102,4	105,1	107,8	110,4
4	6,47 (6,45)	94,8	98,2	101,7	105,1	108,5	111,9
5	6,63 (6,65)	92,9	97,0	101,1	105,3	109,4	113,5
6	6,72 (6,75)	91,5	96,1	101,4	105,6	110,5	115,5
7	6,90 (6,92)	89,2	94,6	100,6	105,4	110,8	116,2
8	7,05 (7,07)	87,4	93,3	99,6	105,2	111,1	117,1
9	7,08 (7,12)	85,9	92,4	99,5	105,3	111,8	118,3
10	7,12 (7,15)	84,6	91,5	99,2	105,4	112,4	119,4
15	7,34 (7,32)	78,4	87,3	96,1	105,0	113,8	122,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können

Commerzbank Rentenindex: 110,376 (110,317)
Performance-Rentenindex: 230,219 (230,012)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	8 Nov.	7,75-7,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–119 Tage	7,80
	120–270 Tage	7,65
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	7,80
	60 Tage	7,75
	90 Tage	7,75
Certificates of Deposit	1 Monat	7,70
	2 Monate	7,70
	3 Monate	7,70
	6 Monate	7,70
	12 Monate	7,70
US-Schatzwechsel	13 Wochen	7,22
	26 Wochen	7,27
US-Staatsanleihe	10 Jahre	9,93
	30 Jahre	10,13
US-Diskontsatz		7,50
US-Primerate		9,50
Geldmenge M1	28. Okt.	[illegible] Mrd. $
		(+ [illegible] Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dezember	111,00	111,10
März	111,90	112,00

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co. Frankfurt

Dollar-Anleihen

	8.11.	7.11.
11¾ EEC 90	104,25	104,25
10¾ EIB 93	102,5	102,125
11 dgl. 91	105,875	104,125
11½ dgl. 90	105,875	106,25
11¾ dgl. 93	107,375	107,5
12 dgl. 95	108,375	108,375
12½ dgl. 90	109,25	109,5
12¾ dgl. 94	112,625	112,75
15 dgl. 96	111,75	111,75
10⅝ Wld Bk 95	98,75	98,5
10¾ dgl. 88	102	102,375
10⅞ dgl. 90	103,5	103,75
10⅝ dgl. 93	103,125	105,5
11 dgl. 92	103,625	103,625
11⅛ dgl. 98	105,25	105,125
11¼ dgl. 88	104,375	104,75
11⅜ dgl. 90	105,375	105,625
11⅝ dgl. 89	104,5	104,75
11¾ dgl. 90	105,875	106,25
12 dgl. 93	108,625	108,875
12¼ dgl. 94	110,375	110,625
12½ dgl. 94	112,75	113
7¾ N.Zeald.89	101,875	102,25
7 Pac.Gas 94	99,575	100,375
6¾ Penney 92	98,625	99,375
6¾ Proctor 92	99,375	100,125
6¾ SaBe 92	97,625	98,125
6¾ Sears 91	101,25	101,875
6¾ Swed.Ex.91	98,625	99,125
7 TRW 94	99,375	100,125
6¾ Un.Tech.92	98,75	99,5
6¾ World Bk93	98,875	99,625

Euro-Yen

	8.11.	7.11.
6¾ Al Corp 91	98,875	99,625
5¾ ADB 88	96,5	97,25
7⅛ dgl. 94	101,375	102
6½ Austral 91	–	–
8⅛ dgl. 92	–	–
7 Austria 95	99,375	100,25
6⅝ Avon 92	99,25	99,25
7 BP 92	101,375	102,125
6⅞ Denmark 92	98,125	98,75
7 Denm Bk. 92	98,625	99,375
7 Dow Chem.94	100,125	100,5
6¾ EDF 95	99,125	99,875
5¾ Eurofima86	99,5	99,5
6¾ dgl. 95	95,375	96,5
6¾ dgl. 92	98,375	99,375
7⅛ dgl. 94	101,5	102
6⅞ Finl.Rep90	98,75	99,5
6¾ dgl. 89	–	–
6¾ GMAC 90	98,875	99,625
7⅛ Goodyear95	99,575	99,75
6⅞ dgl. 94	93,25	90
7½ IADB 94	–	–
7⅛ dgl. 93	–	–
6¾ ITT 92	98,375	99,125
6½ McDonal.92	99	99,25
7¼ N.Bruns 95	99	100
7⅛ N.Zeal.d 90	100,5	101,375

Lux. Franc Bonds

	8.11.	7.11.
9¾ Akzo 87	99,75	99,75
9¾ Asea 89	100,5	100,5
6¾ Asian Dv87	97,25	97,25
10¾ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	101,5	101,5
9 dgl. 93	101	101
10¼ Paribas89	103	103
10¾ Ceca 94	105	105
11 dgl. 92	105,75	105,75
13 dgl. 91	104	104
12¾ Conseil92	105	105
8 Captel 88	98,25	96,25
8¾ dgl. 89	99,5	98,5
11 Cr.Lyon.88	100,5	100,5
13 dgl. 89	101	101
7¾ Den.Mtg 88	96,5	96,5
13¼ Euratom96	105	105
11 dgl. 93	105	103
12¼ dgl. 88	102	102
12¾ dgl. 97	102,5	102,5
10 Eurofima91	101,5	101,5
10 dgl. 94	103,25	103,25
10¾ dgl. 97	103,5	103,5
11¾ dgl. 89	102,5	102,5
8 EIB 91	98	98
9½ dgl. 95	102,75	102,75
9¾ dgl. 88	101,25	101,25
9⅞ dgl. 93	102,875	102,875
10½ dgl. 94	106	106
11⅛ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	102,5	102,5
9⅞ Hypo Bk.88	101,25	101,5
9¾ Ind.B.F 95	101,5	101,25
8 Kredietc 86	99	99
10 dgl. 90	102,75	102,75
11¼ dgl. 89	105,25	105,25
8 Luxair 87	98,75	98,75
8½ dgl. 87	99	99
10⅜ Lux Bk.91	102,25	102,25
12½ dgl. 89	105	105
9 Mat.Chm 95	99	99
12½ Nord L.89	102	102
6 Norges 86	96,5	98,5
6 Oslo 89	98,25	98,25
8¾ dgl. 87	98,5	98,5
5 Philips 89	97,75	97,75
7⅞ Renault 98	96,5	96,5
9¾ Sogenal 92	101,25	101,25
8 Solvay 85	102	102
10⅜ dgl. 87	–	–
10⅜ Stockh.86	99,5	99,5
8 Sveriges 88	98,75	95,75
9¾ Volvo 87	100	100
10 WestLB 90	–	–
9¾ WorldBk.90	102,75	102,75
10¼ dgl. 89	103,5	103,5

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	8.11.	7.11.
8¼ Cop City91	97	97
8⅞ CCA 91	97,5	97,5
9¾ Gaz d Fr.86	99	99
11¼ Ned. G.86	102,5	102,5
9¼ Queb. P 94	99,75	99,75
8½ SDR 94	98,25	98,25

RE 9 DM 2,65627

	8.11.	7.11.
7 Bass 91	90	90
8¾ Cp City 86	98,5	98,5
8⅞ Iceland 88	98	96
9¾ dgl. 86	99,5	99,5
9¾ SDR 87	100	100

RE 9 DM 2,62969

	8.11.	7.11.
7 Acoba 93	90	90
7 Cop City 93	92	92
7 Ind.Bk.F 93	92	92
7¾ KU 93	92	92
7¾ dgl. 95	92	92
8⅞ Panama 92	90	90
7 SDR 93	90	90

ECU

	8.11.	7.11.
13½ Aerop 95	104	104
9¾ ABN 92	102,75	102,5
9¼ ANZ 92	103,125	103,125
10⅞ Austria93	107,375	107,375
7¾ Bac.Fin 95	101,25	101,25
9 M.-Hope 92	101	100,75
10⅝ El.Tok.91	102,875	102,875
10⅛ dgl. 91	102,625	102,75
8⅞ Bay Vbk.88	100,625	100,5
10⅞ CEPME 87	101	101
11⅛ dgl. 95	107	107
12¾ dgl. 90	106	106
7¾ CNT 92	103	103
7⅞ dgl. 95	103	103
12 dgl. 86	99,5	99,5
12⅛ dgl. 89	105	105
12¾ dgl. 92	108	106
11⅞ CNE 95	107	107
10¾ CECA 89	107,25	107,25
10 ChrysL91	102,125	102,125
10⅛ dgl. 93	102,25	102,25
11 Citycp 90	100,5	100,5
13 dgl. 89	100,5	100,5
14½ Consei90	109	109
9¾ dgl. 92	101,875	102
9¾ dgl. 95	101,875	101,875
11½ Cp City94	105	105
10¾ Cop Tel95	104,75	104,75
13¾ Cd Fonc89	106,75	105,75
11½ dgl. 96	108,25	106,5
11½ Cred N 91	106,5	106,25
12¼ dgl. 95	107	107
10⅜ Denmark91	107	107
9¾ Dresd Bk95	102,125	102,125
12⅞ EDF 93	107	107
11⅞ EEC 93	106	106
11⅞ EEC 95	107	107
11⅞ ELF Nq 88	104	104
10 Euratom 97	104,25	104,25
12⅞ dgl. 90	105	104
9¾ Eurofima93	107,125	102
11 dgl. 92	108,5	108,5
10⅛ EIB 94	104,75	104,625
11¼ dgl. 94	110	110
11⅜ dgl. 92	105	105
12⅞ dgl. 89	102	102
14 dgl. 86	102	102
8¾ Fiat 90	98,75	98,75
11½ Forsm 98	103	102
13 G.d.Fr. 89	107	107
10⅞ Girozt 95	107,5	107,5
8¾ IBM 90	100,25	100,125
11⅞ IBJ 93	105	105
12½ Ireland95	103,5	103,5
14⅞ ISPaolo88	107	107
14 IMI 89	102	102
11 Italia 90	108,125	108,125
14 dgl. 87	107	107
11¼ LTCB 90	107,5	107,5
10½ Megal 95	103,75	103,675
13½ Norsa 90	105	105
8¾ Oliv 93	96,75	96,75
10⅞ Peugeot90	103	103,25
9 Philips 92	101,625	101,75
11¼ P.Bk. 91	106,625	106,625
11⅜ Queb P.89	106,625	106,5
15⅛ Queb H 89	107	107
9¾ Rabobk. 95	103,125	103
11⅛ R.Ker 88	104	104
9 SAS 95	99,75	100
11⅛ SDR 90	106,5	106,5
14 dgl. 92	105	105
11⅛ SNCF 94	109,125	109,125
12 Softe 87	103	102
11⅛ S.Afr 97	97	97
10⅜ SATS 2000	94,75	94,75
10⅜ Spark.91	104	104,125
9 Sumitomo 93	100,75	100,125
9¾ dgl. 93	99,875	99,75
12 Swed.Ex.89	102	102
11⅛ dgl. 95	99,5	99,5
12¾ Brandt 87	105	105
9 U B Norw 95	99,625	99,375
11⅛ dgl. 90	104	104
9¾ WestLB 95	104,5	104,375
10⅛ dgl. 91	104	104
9¾ World Bk95	102,25	102,25
9¾ dgl. 92	103	103
10⅛ dgl. 87	105,375	105,125
10⅜ dgl. 86	105,625	105,625
10¾ dgl. 94	107,625	107,5
11 dgl. 93	107,625	107,375

ECU-Tageswerte

	8.11.	7.11.
Dollar	0,841271	0,850253
BFr	44,6473	44,5553
DM	2,20671	2,20653
Hfl	2,48770	2,48869
£	0,591347	0,592332
Dkr	7,95638	7,99238
FF	6,72654	6,72678
Lit	1488,74	1490,49
Ir£	0,713566	0,713599
sfr	[illegible]	1,81672
öS	15,5134	15,5086
Peseta	135,406	135,875
Skr	[illegible]	[illegible]
Nkr	[illegible]	[illegible]
Kan-$	[illegible]	[illegible]
Esc	[illegible]	[illegible]
Fmk	[illegible]	[illegible]
Yen	[illegible]	[illegible]
Drachme	129,702	129,861





Bundesanleihen

Bundespost

Industrieanleihen

Länder – Städte

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Bundesbahn

Renten wieder unter Druck

Auf dem Rentenmarkt kam es zum Wochenbeginn zu weichenden Notierungen. In den öffentlichen Anleihen mit langen Laufzeiten betrugen die Abschläge bis zu einem halben Punkt. Es wird vermutet, daß Banken dabei sind, ihre Handelsbestände zu reduzieren, was wegen mangelnder Auslandsnachfrage nur zu weichenden Notierungen möglich war. Mit um so mehr Spannung werden die Konditionen der neuen Hessen-Anleihe erwartet, die möglicherweise nur mit einem Nominalzins von 6¾ Prozent ausgestattet werden wird.

F	5½ Kansai Paint 84 m.O.	125T	124T	8 dgl. 84/94	104,75	104,75G	6¼ dgl. 77/87	100,45	100,25
F	3½ dgl. 84 o. O.	91,75	91bG	7½ dgl. 85/97	103,75bG	103,75G	6¾ dgl. 78/88	100,1G	100
F	3¼ Kaufhof 84 m. O.	134G	135	6¾ dgl. 85/95	96,5	96,5bG	6¼ dgl. 78/88 II	100,1	100,1
F	3¼ Kaufhof 84 o. O.	79,5bG	79,75	7¾ Audi Fin. 84/94	104,25	104,25	6¼ dgl. 78/88 III	100G	99,75G
F	3½ Linde Int. m. O.	153T	153T	7½ Aumar 75/88	101,5	102bZbg	7¼ dgl. 79/89	102,4T	102,5T
F	3½ dgl. o. O.	78,25bG	78,25	7 Australien 72/87	100,25T	100,25T	7¾ dgl. 79/89	103	103,25
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	154	156	5¾ dgl. 77/89	100	99,7	9¾ dgl. 80/90	105,75T	105,75T
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,2	91,9	8 dgl. 78/88	100,4	100,1	10 dgl. 81/91	107,25	107,1
F	3½ Nippon Flour 84 m O	118G	118G	8¾ dgl. 80/90	102,75	103	10¾ dgl. 81/91	108,25T	108,25G
F	3½ dgl. 84 o. O.	91,25bG	91,25G	9¾ dgl. 81/91	110G	110	10 dgl. 82/92	110,45G	110,45
F	3¼ Nipp. Shin. 85 m.O.	127G	128G	9¾ dgl. 82/91	109,5G	109,7	8¾ dgl. 82/92	107,75G	108,25
F	3½ Nipp. Shin. 85 o.O.	89,75G	89,75	7¾ dgl. 82/92	105,75	105,75	8¼ dgl. 82/92	103,25T	103,25
F	5¾ Rhythm Watch 83 m.O	127G	127G	6¾ dgl. 83/93	101,1	101,25G	7¾ dgl. 83/93	103T	102,75T
F	5¾ dgl. 83 o. O.	98,7G	98,7G	7¾ dgl. 84/96	102,7	102,66	8¾ dgl. 83/88	104,4G	104,4G
F	4¾ dgl. 84 m. O.	105,5T	105	6¾ Austral IDC 72/87	100,1T	100T	8¾ dgl. 83/93	104,5	105T
F	4¾ dgl. 84 o. O	94,85T	94,75bG	6 Autop. C.F. 71/86	103,25	103,75	8¼ dgl. 83/93	104	104,5G
F	3½ SBC Fin. 84 m.O.	151,5	152bG	6¾ dgl. 72/87	99,5G	99,5	8¼ dgl. 84/94	105T	105G
F	3½ dgl. o. O. 84	77,5	77,25	7½ Avon 85/95	103	103,25bG	8 dgl. 84/92	103T	103

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

96,75	97,5	6¼ Eurofima 72/87	100,75bB	100,5G	6¾ I.A.E. Bk. 72/87	101,25G	101,25G
99,35G	99,35G	6¾ dgl. 73/88	100,75T	100,5bZhg	6¾ dgl. 72/87 II	101G	101
100,5	101,3	5¾ dgl. 78/88	99	99,5	7 dgl. 77/87	100,5	101
106,25	106,25	6¾ dgl. 79/89	101	100,5	6¾ dgl. 78/88	100,5G	100,5
105,75G	105,5G	10¾ dgl. 81/91	111,35	111T	7¾ dgl. 79/86	101T	100,75
107,75	107,25	9 dgl. 82/92	107G	107G	8 dgl. 80/88	102	102
113,25G	113,25G	8¾ dgl. 82/90	109	109,75T	10 dgl. 81/91	110,75T	110,5G
108,75	108,7T	7¾ dgl. 83/91	104,5G	104,5G	10¾ dgl. 81/91	114G	114G
110	110G	7¾ dgl. 83/90	105,5T	105,5T	9 dgl. 82/92	108T	108
105,75	105,6G	7¾ dgl. 84/94	103,75G	103,75bG	9¾ dgl. 82/89	108	107,85
103,5	103,35	7¾ dgl. 84/92	105,35	105,4	8¾ dgl. 83/93	104,75	104,6
107,5T	107,5	6¾ dgl. 85/97	96,25	96,35	7¾ dgl. 85/95	105,65	105,65G
103,5bG	103,6	7 Europarat 73/88	100,4G	100,5			

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen



Was sagen Sie zu solchen Zahlen?

Wenn es um Personal Computer geht, wird man oft mit beeindruckenden Zahlen konfrontiert, unter denen man sich wenig vorstellen kann. Das liegt meistens daran, daß man nicht weiß, was dahintersteckt.

Wenn man aber weiß, was dahintersteckt, ist auch schnell klar, was man von einem PC zu halten hat. Nehmen Sie doch zum Beispiel mal die Zahlen von unserem starken IBM Personal Computer, dem AT.

41.200.000

Der AT ist so stark, daß er bis zu 41.200.000 Zeichen abspeichert. Das entspricht 20.000 Seiten voll mit Daten und Text, die Sie zum Beispiel mit Bestandslisten, Stammdaten, Kundendaten und Verkaufszahlen belegen können. Man hat also mehr als genug Platz, um die vielen Informationen zu bewältigen, die in einem kleinen, mittleren oder größeren Betrieb und bei allen freien Berufen anfallen.

100.000

Der AT ist so schnell, daß er in einer Sekunde 100.000 Rechenschritte ausführt. Damit kann er auch in Sekundenschnelle aus allen abgespeicherten Seiten die heraussuchen, die Sie gerade brauchen. Das spart Zeit, wenn Sie zum Beispiel schnell an bestimmte Auskünfte über den Geschäftsverlauf oder an eine bestimmte Information über einen Kunden oder an einen bestimmten Posten aus der Bestandsliste kommen wollen. Das heißt, Sie haben schneller Einblick in alle Bereiche Ihres Betriebes.

4.096

Der AT bietet Ihnen auch mehr Leistung für die graphische Datenverarbeitung. Wenn Sie ihn mit dem IBM PC Graphikbildschirm für professionelle Anwendungen verbinden, verfügen Sie bei entsprechenden Programmen über eine Palette von insgesamt 4.096 Farbtönen. Damit können Sie zum Beispiel Ihren Geschäftsverlauf in den verschiedensten Diagrammen farbig darstellen. Ingenieure, Wissenschaftler und Architekten können bei komplizierten Graphiken einzelne Elemente farbig voneinander abheben.

72

Der AT kann mit bis zu 72 anderen Personal Computern verbunden werden. Dadurch arbeiten alle, die in diesem Netzwerk zusammengeschlossen sind, gezielter miteinander. Und alle haben die Möglichkeit, jederzeit auf die aktuellen Datenbestände aus der Fertigung, aus dem Lager und aus dem Verkauf zuzugreifen.

1.000

Der AT verarbeitet nicht nur IBM PC Programme. Es gibt bereits über 1.000 PC Programme, die man auf ihm laufen lassen kann. Da gibt es für alle Bereiche Ihres Betriebes betriebswirtschaftliche Anwendungen. Und es gibt spezielle Branchenanwendungen, zum Beispiel für Schreiner, Immobilienmakler, für die Hausverwaltung und für das Elektrohandwerk. Alle Programme sind leicht zu bedienen, so daß Sie schon nach kurzer Zeit erfolgreich damit arbeiten können.

Was sagen Sie denn dazu?

Probieren Sie am besten selbst einmal den starken IBM Personal Computer, den AT, und die passenden Programme, zum Beispiel die neuen Branchenlösungen, bei einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einem IBM Laden aus. Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-45 67.

IBM

Stefan Kuntz gestrichen

Frankfurt (dpa) – Mit Ludwig Kögl (Bayern München), aber ohne Norbert Meier (Bremen) und den führenden Bundesliga-Torjäger Stefan Kuntz (Bochum) benannte DFB-Teamchef Franz Beckenbauer das 18köpfige Aufgebot für das WM-Qualifikationsspiel am Sonntag (17.00 Uhr) gegen die CSSR in München. Magath, Buchwald und Mill wurden ebenfalls gestrichen.

Mönchengladbach zahlt

Düsseldorf (sid) – Für die Austragung des Europapokalspiels (UEFA-Cup) zwischen Mönchengladbach und Real Madrid am 27. November im Düsseldorfer Rheinstadion erhält der Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf 130 000 Mark. Ursprünglich forderte Düsseldorf 200 000 Mark.

Heute: Ein Pokalspiel

Bonn (DW.) – Heute findet das erste Achtelfinalspiel um den deutschen Vereinspokal zwischen Waldhof Mannheim und Hannover 96 statt.

Pusch mit Weltcup-Sieg

Arnheim (dpa) – Der Degenfechter Alexander Pusch (Tauberbischofsheim) gewann in Arnheim (Holland) das mit 200 Fechtern aus 18 Ländern besetzte erste Weltcup-Turnier. Im Finale besiegte er seinen Teamgefährten Rafael Nickel.

EISHOCKEY

Bundesliga: Schwenningen – Rießersee 1:2, Düsseldorf – Iserlohn 8:5, Kaufbeuren – Bayreuth 9:4, Mannheim – Köln 3:2, Rosenheim – Landshut 8:3.

TURNEN

23. WM in Montreal, Gerätefinals. **Männer**, Boden: 1. Fei (China) 19.750 Punkte, 2. Korolew (UdSSR) 19.725. – Seitpferd: 1. Mogilny (UdSSR) 19.750, 2. Li Ning (China) 19.650. – Ringe: 1. Ning und Korolew beide 19.750 ... 5. Aquilar (*Deutschland*) 19.575. – Pferdsprung: 1. Korolew 19.625, 2. Yun (China) und Barbieri (Frankreich) beide 19.575. – Barren: 1. Mogilny und Kroll („DDR") 19.800. – Reck: 1. Fei 19.850, 2. Kroll („DDR") 19.725. – **Frauen**, Gerätefinals, Pferdsprung: 1. Schuschunowa (UdSSR) 19.826, 2. Szabo (Rumänien) 19.650. – Stufenbarren: 1. Fähnrich 19.938, 2. Kersten (beide „DDR") 19.763. – Schwebebalken: 1. Silivas (Rumänien) 19.813, 2. Szabo 19.775. – Boden: 1. Omeliantschik (UdSSR) 19.900, 2. Schuschunowa 19.888.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 9, 14, 22, 32, 40, 45, Zusatzspiel: 27. (Ohne Gewähr).

TURNEN / Die Bilanz der Weltmeisterschaft

Eigentlicher Sieger war der Funktionär Titow

dpa sid, **Montreal**

Fünfzehn Monate nach den Olympischen Spielen in Los Angeles hat die Sowjetunion bei den Weltmeisterschaften von Montreal die Verhältnisse im Kunstturnen wieder zurechtgerückt. Nach dem Gewinn von elf Titeln blieben der Konkurrenz aus 38 Verbänden nur noch sechs Goldmedaillen übrig. Nie zuvor war die sowjetische Übermacht so groß wie im Jahr nach den Olympischen Spielen in Los Angeles.

Die entgangenen Medaillen durch den Olympia-Boykott, forcierte Anforderungen im *Training im eigenen* Lager, eine gute Auslosung bei den Mannschafts-Wettbewerben und ein gewiefter Taktiker namens Juri Titow machten das möglich. Der Moskauer, der 1976 in der Olympiastadt Montreal den Schweizer Arthur Gander als Präsidenten des Internationalen Turner-Bundes (ITB) ablöste, überschritt auch 1985 wieder seine Kompetenzen, griff in den Wettkampf ein und ermöglichte damit den sowjetischen Aktiven so manche Medaille.

Der frühere Weltmeister ersetzte die im Mannschafts-Finale wenig überzeugenden Olga Mostepanowa und Irina Baraksanowa entgegen dem vor Jahren auch von ihm mitverabschiedeten Reglement durch die jungen Elena Schuschunowa (viermal Europameisterin 1985) und Oksana Omeljantschik (einmal Europameisterin). Zwar muckten darauf die Damen vom Technischen Komitee auf, aber sie blieben am Ende gegen Titow hilflos.

Der eigentliche Sieger in Montreal hieß also Juri Titow. Doch so war es fast immer. In der Vergangenheit hat der nach eigenem Bekunden überzeugte Sozialist auch schon bewiesen, daß er mit harten Dollar gut rechnen kann. Die Fernsehforderungen nach Verlegung der Finalwettkämpfe bei den Olympischen Spielen 1988 in Seoul auf den Vormittag geißelte Titow in der Öffentlichkeit lautstark als Profitgier. Zu dieser Zeit aber liefen längst vertrauliche Verhandlungen, deren Ergebnis Zufriedenheit auf beiden Seiten zur Folge hatte. Eine beträchtliche Summe in unbekannter Höhe fließt auf die ITB-Konten, dafür kam man sich in Sachen Zeitplan entgegen: In der südkoreanischen Hauptstadt werden die Finalwettkämpfe nunmehr um 13 Uhr Ortszeit beginnen – und nicht erst in den Abendstunden.

Auch bei den Weltmeisterschaften in Montreal ging die Taktik des exzellenten Turnfachmanns Titow voll auf. Doch wie wird es künftig sein?

An fünf von sieben Wettkampftagen stritten bei den 23. Titelkämpfen 363 Turner aus 39 Verbänden um Wertungsnoten. Ein Tag reicht kaum aus, um einen kompletten Wettkampfabschnitt zu absolvieren. Aktive, Trainer, Kampfrichter und Funktionäre sind sich einig: Die Weltmeisterschaften im Kunstturnen, seit *1950 nach unverändertem Modus* ausgetragen, müssen reformiert werden.

Titow drückt sich seit Jahren vor dieser längst überfälligen Reform. Denn wie sie auch ausfällt, der gedrungene Choleriker mit den stets akkurat gescheitelten Haaren wird unter starken Druck geraten. Eine bereits mehrfach erwogene WM-Spaltung in A- und B-Gruppe würde Titow die erbitterte Feindschaft der turnerischen Entwicklungsländer einbringen. Sie wollen nicht bei einer zweitklassigen B-WM starten und erinnern unverhohlen daran, daß Titow seine Wahl gerade ihren Stimmen verdankt.

Bleibt jedoch alles beim alten, muß der internationale Verband damit rechnen, daß Verhandlungen um Fernsehübertragungen immer weniger Geld einbringen. Denn schon lange stören sich die Fernsehmacher an dem größtenteils von Auslosungen bestimmten Zeitplan.

Für die deutschen Kunstturner endeten die Titelkämpfe so, wie sie begonnen hatten: erfolgreich. Der 23jährige Hannoveraner Andreas Aguilar wurde Fünfter an den Ringen. Ringe-Oberkampfrichter Eberhard Gienger: „Ein perfekter Stand zum Abschluß hätte ihm sicher den dritten Platz beschert." Gienger sagte aber auch: „Die Übung war nicht schlecht, doch fehlten irgendwelche originellen Teile, um das Prädikat Weltklasse zu erhalten." Aguilar, 1962 in Barcelona als Sohn einer deutschen Mutter und eines philippinischen Vaters geboren, war im Sport bisher wenig Glück beschieden. 1983 zog er sich unmittelbar vor den Budapester Weltmeisterschaften einen Kahnbeinbruch zu – eine solche Verletzung ereilte ihn auch kurz vor den Olympischen Spielen in Los Angeles.

STANDPUNKT / *Gummersbach am Ende? – Wohl kaum*

Es läßt sich kaum noch nachhalten, wie oft das Ende der Ära des VfL Gummersbach schon prophezeit wurde. Schon mehrmals drohte das Handball-Denkmal vom Sockel zu stürzen, drohte zu zerbröckeln und sich in Einzelteile aufzulösen. Doch irgendwie schafften sie es immer wieder, mit Nackenschlägen fertig zu werden. Noch immer sind die Gummersbacher das, was sie berühmt gemacht hat: Der erfolgreichste Handball-Verein der Welt.

Nun haben sie wieder einmal im Europapokal verloren. Ein Schelm, wer jetzt glaubt, diesmal könnten die Gummersbacher nicht mehr den Kopf aus der Schlinge ziehen, diesmal sei der Abwärtstrend nicht mehr aufzuhalten, die Glanzlicher auf der internationalen Bühne seien damit erloschen.

Es stimmt schon, daß sich die Mannschaft und das Gummersbacher Umfeld sportlich in dieser Saison im Europapokal mehr erhofft hatten. Das Aus gegen Steaua Bukarest, derzeit bestimmt eine der stärksten europäischen Vereinsmannschaften, war dann auch mit Tränen verbunden. Ein Tor hat dem deutschen Meister am Ende beim 23:19 gefehlt. Zwei Zentimeter neben statt gegen den Pfosten oder ein bißchen Glück beim letzten Wurf von Rüdiger Neitzel 14 Sekunden vor dem Abpfiff und Gummersbach hätte die 16:20-Hinspiel-Niederlage wettgemacht.

Dennoch brauchen die Gumersbacher nicht den Kopf in den Sand zu stecken, die Perspektiven für die Zukunft sind nicht so schlecht. Deshalb ist es nicht Trotz, wenn Obmann Eugen Haas, der als einziger alle 117 Europapokalspiele miterlebt hat, sagt: „Wir kommen wieder, uns darf keiner abschreiben."

Wenn Nationaltorwart Andreas Thiel davon spricht, daß die Mannschaft wieder wachsen muß, dann liegt er mit seiner Einschätzung richtig. Für diesen Reifeprozess besitzen die Gummersbacher aber die richtigen Spieler. Niemand wird aufhören, keiner ist zu alt, als daß er nicht noch steigerungsfähig wäre – ob Thiel, Neitzel, Rasmussen, Krokowski, der am stärksten vermißt wurde, Hütt, Fitzek oder Salweski. Die Zeiten des Generationswechsels von Brand, Fey, Rauin oder Rosendahl zu einer jüngeren Mannschaft sind abgeschlossen. Den jüngeren Spielern fehlte vielleicht ein wenig von dem Glück, was die älteren in reichlichem Maße ausgeschöpft haben.

Finanziell tat das Ausscheiden weh. Haas rechnete einen Verlust von einer halben Million Mark hoch. Doch selbst dadurch kommt der Verein nicht in Existenz-Schwierigkeiten. Auf die Europapokal-Einnahmen ist Gummersbach nicht mehr angewiesen, da Gelder von Förderern, aus Werbeeinahmen und vom Sponsor fließen. Nicht zuletzt deshalb wäre es ein Fehler, wieder einmal das Ende der Gummersbacher voraus zu sagen. ud

SCHACH / Kritik von Weltmeister Kasparow

Warum hat nur Karpow das Recht auf eine Revanche?

dpa/AP/AFP, **Moskau**

Garri Kasparow hat in Moskau auf seiner ersten Pressekonferenz als neuer Schach-Weltmeister seine Kritik an der Entscheidung des internationalen Verbandes (FIDE) wiederholt, dem entthronten Anatoli Karpow das Recht auf einen Revanche-Kampf einzuräumen. In Anwesenheit von FIDE-Präsident Florencio Campomanes (Philippinen) sagte Kasparow, daß es allein bei Karpow liege, eine solche Revanche zu organisieren.

Der Weltmeister bemerkte kritisch, daß das Recht auf Revanche nur dem Ex-Weltmeister zugebilligt werde, der neue Titelinhaber dagegen diese Chance nicht habe. Es sei sonderbar, daß er seinen Titel gegen Karpow verteidigen solle, wenn dieser, wäre er Weltmeister geblieben, ihm keine Re*vanche schuldig gewesen wäre. Ein* solcher Revanche-Kampf sollte auch nicht in einen Weltmeisterschaftszyklus eingeschlossen werden.

Denn erstens würde ein solches Turnier nur zwischen zwei Spielern ausgetragen. Zweitens müßte die Revanche-Serie schon in etwa drei Monaten beginnen, damit sie innerhalb von sechs Monaten abgeschlossen sein könnte. Dies werde aber schwer zu bewerkstelligen sein. Kasparow wies auf die nervliche Anspannung und körperliche Anstrengung der in dieser längsten Weltmeisterschaft der Geschichte ausgetragenen 72 Partien hin.

Seinen Gegner Anatoli Karpow pries Kasparow als einen „hervorragenden Kämpfer". In einem Interview mit der sowjetischen Agentur Tass sagte er: „Ich möchte betonen, daß Anatoli Karpow großartig gespielt hat. Ich habe es moralisch und physisch wahrgenommen. Er machte das beste aus ungünstigen Situationen und ergriff alle Chancen, wenn das Spiel zu seinen Gunsten stand."

Der vom neuen Weltmeister so Gelobte hat bisher noch nicht zu erkennen gegeben, ob er auf der Revanche besteht, doch verlautete aus seiner Umgebung, daß er sich diese Chance nicht entgegen lassen werde.

Garri Kasparow ist nach Angaben seines in Israel lebenden Vetters Lew *Kagan Kind jüdischer Eltern und* heißt eigentlich Weinstein (die WELT berichtete). Der vor 13 Jahren aus der Sowjetunion ausgewanderte Komponist Kagan schrieb in einem Brief an die israelische Tageszeitung „Hatsofe": „Garris Mutter kann keine Armenierin sein, denn sie ist die Schwester meiner eigenen Mutter." Kasparows Mutter sei eine geborene Feldstein, Kasparows Vater habe Kim Weinstein geheißen. Kasparow sei heute vermutlich 26 Jahre alt und nicht 22, wie berichtet wurde.

EISHOCKEY / Heute schon der nächste Spieltag

Köln spürt immer mehr den Atem der Verfolger

sid, **Düsseldorf**

Die Spannung steigt, und die Fairneß bleibt – unter diesen erfreulichen Komponenten geht die Eishockey-Bundesliga schon heute in ihre 16. Runde. „Mit der Disziplin der gesamten Liga können wir mehr als zufrieden sein. Ich habe noch keine einzige Schlägerei gesehen", bilanziert Xaver Unsinn. Der Bundestrainer will zwar den „Tag nicht vor dem Abend loben", überlegt aber sogar, den letztjährigen Strafbankkönig Georg Holzmann wieder in Gnaden in der Nationalmannschaft aufzunehmen. Unsinn: „Anscheinend hat's der Schorsch begriffen. Es war gut, daß er in Schwenningen zum Kapitän gewählt wurde."

Auch Kölns schwedischer Trainer Hardy Nilsson verliert bei allem Ärger über die Wochenend-Ausbeute *von 0:4 Zählern (5:7 gegen Düssel*dorf, 2:3 in Mannheim) nicht den Blick für die Gesamtsituation: „Ich bin überrascht, wie sauber in Deutschland gespielt wird. Aus meiner aktiven Zeit hatte ich viele häßliche Sachen in Erinnerung." Der Düsseldorfer Otto Schneitberger, in aktiven Zeiten alles andere als ein Waisenknabe, kann nur bestätigen: „Bis jetzt sind alle vernünftig geblieben, und alle Spiele, bei denen wir beteiligt waren, liefen korrekt."

Schneitberger stellt mit seiner DEG, die 10:0 Punkte in Serie holte, die Mannschaft der Stunde, der rheinische Rivale aus Köln hingegen spürt plötzlich den Atem seiner Verfolger. „Ich habe nie an einen Kölner Alleingang geglaubt. Vielmehr glaube ich, daß Klubs wie Rosenheim, Iserlohn, Düsseldorf, Mannheim und Köln nahezu gleich stark besetzt sind", meinte KEC-Trainer Nilsson. Ladislav Olejnik vom Meister SB Rosenheim vertritt dieselbe Ansicht: „Bei den ersten fünf gibt es keine großen Unterschiede." Heute in Iserlohn und am Freitag in Düsseldorf werden die Oberbayern diese Einschätzung bestätigen müssen.

Daß das Niveau „so gut wie lange nicht ist" (Ladislav Olejnik), daß die Bundesliga außerdem Spannung und Abwechslung bietet, honorieren besonders die Zuschauer in Düsseldorf. *Beim 8:5 über Iserlohn* war der Eistempel an der Brehmstraße zum vierten Mal ausverkauft, und gestern morgen gingen die letzten 500 der ingesamt 10 500 Karten für das Freitagspiel gegen Rosenheim weg wie warme Brötchen. Auf dem Schwarzmarkt wurden für Tribünenkarten 70 bis 80 Mark verlangt und bezahlt. Heute spielen: Iserlohn – Rosenheim, Köln – Schwenningen, Landshut – Mannheim, Riessersee – Kaufbeuren, Bayreuth – Düsseldorf (alle 19.30 Uhr).

Nach langem, schwerem Leiden verstarb mein inniggeliebter Mann, Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager

Rechtsanwalt

Dr. Gerhard Rauschenbach

Vizepräsident des Bundeskartellamts a. D.

* 19. April 1910 † 6. November 1985

In Dankbarkeit für seine Liebe und Fürsorge.

In stiller Trauer
Hanni Rauschenbach geb. Schmeling
im Namen der Familie

8029 Sauerlach, Ringbergstraße 32

Die Trauerfeier findet im kleinen Familienkreis statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, *Dr. Manfred Rowold* (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Bobbes (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Beck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, *Joachim* Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klüre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement: DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Sauber, sauber!

Der Pfarrer bekommt sie. Der Arzt. Der Bauarbeiter und die Krankenschwester. Der Journalist erhält sie ebenso wie der Politiker, der Beamte, die Hausfrau (oder der Hausmann), der Fliesenleger, Tischler, Zahnarzt oder die Kellnerin.

Die Rede ist von dem, was Konsumenten mehr oder weniger regelmäßig in ihren Briefkästen finden: Werbepost von Warenherstellern und Anbietern von Dienstleistungen.

Vorgebliche Datenschützer versuchen mit Mediengetöse der Öffentlichkeit immer wieder einzureden, der Bürger ärgere sich über die Werbepost im Briefkasten. Beim Normalverbraucher sind es ohnehin nur 2,6 Werbebriefe pro Woche nach posteigener Statistik. Von Belästigung also keine Spur.

Und Meinungsforschung hat ergeben, daß der Bürger gern Post von der Werbung erhält. Das beweist auch die Resonanz: Allein der Versandhandel *setzt* jährlich rund 22 Milliarden Mark vor allem durch Direktmarketing um.

Aber es gibt noch ein weiteres *Indiz für die Beliebtheit der* Direktwerbung: Beim Deutschen Werberat, der Beschwerdestelle über Werbemaßnahmen der Wirt*schaft, gehört Direktwerbung zu* denjenigen Werbeträgern, die selten im Visier von Verbraucherbeschwerden stehen.

Im ersten Halbjahr 1985 zum Beispiel betrafen von 149 bei der Beschwerdeinstanz eingegangenen Fällen nur 13 die Direktwerbung. Setzt man die Zahl in Verhältnis zur Menge der ausgesandten Werbebriefe – 1,2 Milliarden in der ersten Jahreshälfte 1985 –, dann kann man über die Direktwerbung wohl nur sagen: Sauber, sauber! VOLKER NICKEL

Starker Ast am Baum der Wirtschaft

Das Reihenhaus ist bezogen. Die Familie ist glücklich. Man ist der Enge der Stadtbebauung entflohen.

Und natürlich erwartet man, daß am nächsten Tag der Briefbote die Post in den neuen Briefkasten einwirft. Wer macht sich dabei schon Gedanken, daß dadurch, daß die Bevölkerung immer weiter auseinanderzieht, der Post erhebliche Kosten entstehen? Das Briefaufkommen stagniert, und dennoch muß die Post jährlich etwa 300 Briefträger zusätzlich einstellen, da es immer mehr Haushalte gibt, die Bevölkerung weiter auseinanderzieht. Etwa 70 Prozent der Kosten des Briefdienstes sind Briefträgerkosten.

Durch Rationalisierung ist es der Post in den letzten Jahren gelungen, so gut wie kostendeckend zu arbeiten. Irgendwo sind jedoch die Rationalisierungsmöglichkeiten erschöpft, und dann können die Kosten nur noch durch Erhöhung der Portogebühren abgedeckt werden.

Umsatz in Milliardenhöhe

Natürlich ist der Bürger gegen Postgebührenerhöhung. Es gibt für *die Deutsche Bundespost zum Glück* einen Wirtschaftszweig, der ihr noch zusätzliche Einnahmemöglichkeiten erschließt: das Direktmarketing.

In der Bundesrepublik Deutschland gehören von den etwa 25 Millionen Haushaltungen 20 Millionen zu den regelmäßigen Postkäufern. Es sind zufriedene Kunden, die regelmäßig per Post kaufen, weil für sie dieser Einkauf Vorteile bringt. Sie schätzen den hohen Informationswert des schriftlichen Angebotes, das sie mit anderen Angeboten vergleichen können. Untersuchungen haben ergeben, daß Postkäufer in der Regel nicht nur einen, sondern drei bis fünf Kataloge von Versendern vergleichen. Postkäufer können sich zu Hause in aller Ruhe mit den Angeboten befassen, und die Kaufentscheidung erfolgt ohne Zeitdruck und ohne psychologischen Einfluß eines Verkäufers.

Kommt die bestellte Ware ins Haus, nutzen Postkäufer die verbraucherfreundlichen Konditionen, zu denen auch das Rückgaberecht gehört. Sie können die Ware in aller Ruhe testen, und wenn sie nicht gefällt, zurückgeben, ohne ein Geschäft betreten zu müssen.

Das Direktmarketing initiiert einen Umsatz von etwa 40 Milliarden Mark und leistet damit einen wichtigen Beitrag zum Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik Deutschland.

Allein 22 Milliarden Mark Umsatz tätigt der Versandhandel. Der Versandhandel steht im härtesten Wettbewerb mit dem stationären Handel. Da seit etwa fünf Jahren das Haushaltseinkommen stagniert, setzt ein in dieser Intensität noch nie beobachteter Wettbewerb des stationären Handels um den Endverbraucher ein. Um sich durch besonders günstige Angebote gegenüber der Konkurrenz zu profilieren, arbeitet der Handel ganz verstärkt mit dem Direktwerbemittel Haushaltwerbung. Dieser Wettbewerb um den Verbraucher spielt sich vorwiegend in den Ballungszentren ab, und offensichtlich zum Vorteil derer, die die Haushaltwerbung einsetzen. Aus dieser Situation ergibt sich für den Verbraucher in unserem Lande ein großer Vorteil. Der ungeheure Wettbewerb hält die Preissteigerungsraten gering: Der Bürger kauft zu günstigen Preisen ein. Was vor Jahren noch zum Luxus zählte, ist heute für breite Bevölkerungsschichten erreichbar.

Das klassische Anwendungsgebiet des Direktmarketing war und ist der Versandhandel. Von immer größerer Bedeutung wird dieses Verkaufsinstrument für die Dienstleistungen von Banken und Versicherungen. Einen Schwerpunkt bildet das Direktmarketing auch im Bereich des Verlagswesens und der Industrie.

Man mag sich streiten, wie teuer der Besuch eines Vertreters bei einem Kunden heute ist, ob er 150 oder 300 Mark kostet. Die Tatsache, daß der Außendienst heute so teuer geworden ist, daß viele Firmen daran denken müssen, ihn kostenmäßig in den Griff zu bekommen, führt zum verstärkten Einsatz des Direktmarketings in diesem Bereich.

Von der Zentrale wird der Kundenbesuch für den Außendienst so gesteuert, daß er nur noch die Kunden besucht, bei denen Probleme auftreten, die er nur durch ein persönliches Gespräch lösen kann. Der Kontakt zu den problemlosen Kunden wird weitgehend durch Direktmarketing-Aktionen gehalten.

Der große Vorteil des Direktmarketing ist es, daß seine Strategien kostenmäßig erfaßbar sind. Es bietet die Möglichkeit, jede Maßnahme rechenbar zu machen, sei es die Rücklaufquote, die Umwandlungsquote oder die Cost-per-order. Direktmarketer sind Realisten, da sie immer wissen, was eine von ihnen zu verantwortende Maßnahme gebracht hat.

Wenn wir in der Bundesrepublik von einer Marktwirtschaft sprechen, sollte hervorgehoben werden, daß das Direktmarketing ein Element in diesem Wettbewerbssystem darstellt. Der so selbstverständliche Wohlstand beruht auf dem harten Wettbewerb, zu dem das Direktmarketing erheblich beiträgt. Das Wettbewerbssystem ist aber auch verletzbar, wenn es von systemfremden Eingriffen überlagert wird.

Der Wohlstand aller sollte nicht durch Rechthabereien einiger gefährdet werden – diesem Problem sieht sich das Direktmarketing gegenüber.

Gefahren kommen von dem sogenannten Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983. Dieses Urteil schuf das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung. Wenn man das Urteil genau untersucht, so hat es sich mit sehr sensiblen Daten des Bürgers befaßt und ist, unter Abwägung der Interessen des einzelnen und der Gesamtheit, zu dem neuen Grundrecht gekommen.

Fraglich ist jedoch, ob in Verfolgung eines legal-formalistischen Rechtsdenkens das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung auf alle Lebensbereiche und so auch auf die Wirtschaft übertragen werden kann.

Die unsensiblen Daten

Das Direktmarketing arbeitet mit völlig unsensiblen Daten des Bürgers, wie Name, Titel, Beruf, Adresse, Telefonnummer. Das sind Daten, die in Übereinstimmung mit dem Bundesdatenschutzgesetz verwendet werden dürfen, da sie öffentlich zugänglich sind und keine schutzbedürftigen Belange der Bürger beeinträchtigt werden.

Es gibt jedoch Bürger, die nicht damit einverstanden sind, daß ihre Anschrift für Werbezwecke eingesetzt wird. Hieraus schließen einige Datenschutzbeauftragte, daß eine gesetzliche Änderung notwendig ist. Sie möchten dazu beitragen, daß das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung auch auf die unsensiblen Daten der Anschrift des Bürgers übertragen wird. Dabei wird übersehen, daß für die große Mehrheit der Bürger der Datenschutz im Bereich des Direktmarketing kein Problem ist. Sie übersehen weiter, daß es sich um eine Minderheit handelt, die mit der Verwendung ihres Namens und ihrer Anschrift zu Werbezwecken nicht einverstanden ist.

Auf diese Minderheit hat das Direktmarketing schon vor 15 Jahren Rücksicht genommen, indem es für sie die Robinson-Liste einführte. In die Robinson-Liste können sich die Bürger kostenlos eintragen lassen, die weniger adressierte Werbung haben wollen. Trotz intensiver Werbung für die Robinson-Liste im Fernsehen, Hörfunk und den Zeitungen haben sich bisher nur 72 000 „Robinsons" in die Liste eintragen lassen.

Rahmengesetze notwendig

Die Bürger fühlen sich ganz überwiegend durch 2,6 Werbebriefe pro Haushalt und pro Woche nicht belästigt. Bei dem Abgleich des Robinson-Bandes mit Adressendateien von Versendern ergibt sich immer wieder, daß viele „Robinsons", obwohl sie vorgeben, keine adressierte Werbung haben zu wollen, Postkäufer sind. Festzuhalten ist weiter, daß Bürger, die auf Werbepost nicht antworten, aus Kostengründen in den Adreßdateien gestrichen werden.

Es bleibt weiter festzustellen, daß die Bürger, wenn sie Probleme mit dem Datenschutz haben, diese zu 99 Prozent mit ihren zum Teil höchst sensiblen Daten im Bereich der öffentlichen Verwaltung haben. Es zeugt deshalb von geringer Einsicht, wenn Datenschutzbeauftragte glauben, aus dem öffentlichen Problembereich auf den Wirtschaftsbereich schließen zu können.

Das Direktmarketing ist deshalb wie auch andere Institutionen der Wirtschaft zu der Überzeugung gekommen, daß es notwendig ist, das Bundesdatenschutzgesetz in zwei Rahmengesetze zu teilen: eines für den öffentlichen und eines für den privat-wirtschaftlichen Bereich. Durch diese *Maßnahme könnten* alle Probleme sachgemäß gelöst werden. Anläßlich der 9. Datenschutzfachtagung (DAFTA) wird Professor Wolf*gang Zöllner, Tübingen, diesen* Vorschlag der Wirtschaft unterbreiten. Man darf gespannt sein, wie der Bundesdatenschutzbeauftragte in seinem anschließenden *Referat auf* diesen Vorschlag der Werbung eingeht.

HASSO HERBST

Der Autor ist Geschäftsführer des Allgemeinen Direktwerbe- und Direktmarketing-Verbandes (ADV) in Wiesbaden.

ADV

Zusammenschluß der Direktwerber

WR. Wiesbaden

In den vergangenen Jahren entwickelte sich der Allgemeine Direktwerbe- und Direktmarketing-Verband e. V. (Schiersteiner Straße 29, 6200 Wiesbaden) zur Interessenvertretung des gesamten Direktmarketing: *1948* als Adressenverleger und Direktwerbeunternehmer-Verband gegründet, versteht er sich seit 1981 als Dachverband aller Direktwerbemedien.

Direktmarketing ist ein Absatz-Instrument: Direkte Ansprache möglicher Kunden über die Medien mit dem Ziel, die Angesprochenen zu einer sofortigen Reaktion zu veranlassen. Dabei wird eine Anschriftendatei eingesetzt. Dem ADV gehören auch Firmen an, die sich mit der Haushaltswerbung, der unadressierten Direktwerbung, befassen.

Entsprechend der Bedeutung des Direktmarketing in der freien Marktwirtschaft wächst auch das Interesse von Firmen am ADV, dem insgesamt 141 Mitglieder angehören. Der Verband veranstaltete bisher 16 ADV-Kongresse, ab 1984 begleitet von einer Fachmesse und der Verleihung des „Deutschen Direkt Marketing Preises" zusammen mit der Bundespost. ADV-Kongreß und Fachmesse finden in diesem Jahr vom 1. bis 3. Dezember in Düsseldorf statt.

MARKENINDUSTRIE / Marketing-Mix wird flexibler – Gleiche Umsätze bei reduziertem Außendienst möglich

Der Vorteil: Klare Selektion der Zielgruppe

Die Direktwerbung, die interaktive werbliche Informationsbeziehung zwischen Partnern, steht am Anfang einer stürmischen Entwicklung. Direktwerbung läßt Konsumenten und Absatzmittler vom passiven zum aktiv mitwirkenden Partner werden. Sie kann im Multi-Media-Instrumentarium der Markenindustrie auf allen Ebenen eingesetzt werden und füllt – abgestimmt auf die konventionellen Werbemedien – Werbelücken.

Ihre Hauptmerkmale als unterstützendes Marketing-Instrument sind gezielte und individuelle Ansprache mit deutlichem Bezug zum Empfängerkreis und Möglichkeit zum herausgeforderten Response.

Jeder Markenartikel ist heute kontinuierlich Markteinflüssen ausgesetzt. Direktwerbung hat sich als wirksames Instrument bei der raschen Änderung des Marketing-Mixes zur Beeinflussung der risikoreichen Marktgegebenheiten und Sicherung künftiger Marktanteile erwiesen. Die Einsatzbreite ist groß, zum Beispiel im

1. Kommunikationsmix (Werbung, Verkaufsförderung und PR):

- Schaffung von Markenbewußtsein;
- Differenzierung und Profilierung des Markenprodukts;
- Aufbau des Firmenimages bei Meinungsbildnern;
- Gewinnung und Bindung der Kunden;
- Neukunden-Gewinnung;
- Aktivierung passiver Kunden;
- Umwandlung von Interessenten in Kunden.

2. Marktforschung:

- Beschaffung von Primär-Informationen über Markt, Zielgruppen und Nachfrage;
- Testen von Produkten;
- Markteinführung eines neuen Produktes.

3. Produkt- und Distributionsmix (Vertriebssystem, Absatzform):

- Direktes Verkaufsangebot;
- Händlerwerbung;
- Unterstützung des Außendienstes;
- Auswertung der Distribution;
- Erhaltung von Marktanteilen;
- Information und Motivation des Verkaufspersonals;
- Sortimentsberatung.

Direktwerbung bietet Selektion der Zielgruppe. Die Industrie kann sich in der Ansprache auf individuelle Interessenlagen einstellen. Streuverluste werden minimiert. Das Kosten-/Leistungsverhältnis ist kalkulierbar.

Direktwerbung wirkt ferner ohne ablenkende und störende Einflüsse der Konkurrenzwerbung und ist in ihrer Wirkung meßbar. Sie hat, zum Beispiel in Form von Couponrücksendungen, Dialogcharakter und liefert so Ansatzpunke für künftige Weiterentwicklungen der Produkte oder des Vertriebes.

Ursachen für höhere Marktwiderstände liegen oft in einer rückläufigen Beratungsintensität oder in zu geringer Präsenz am „point of sale". Ebenso oft kann der Markt durch klassische Werbung und Verkaufsförderung nicht mehr wirksam beeinflußt werden.

Mittelfristig kann Direktwerbung rückläufige Beratung ersetzen. Sie kann Vorverkäufe initiieren und damit am „point of sale" kaufauslösend wirken. Direktwerbung kann zudem die Vertriebskosten mindern. Mit reduziertem Außendienst lassen sich gleiche Umsätze zu geringeren Kosten realisieren, denn auch Direktwerbung zeigt das Leistungsspektrum des anbietenden Unternehmens.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß Direktwerbung bei Kenntnis ihrer technischen Möglichkeiten als ein Element des Marketing-Mixes der Marken-Industrie mehr und mehr Eingang finden wird. GERT BANK

Der Autor ist Geschäftsführer der Lintas Direct in Eschborn.

NACHRICHTEN

Werbebriefe pro Haushalt

BONN 2 1984 5300

Land	Werbebriefe pro Haushalt
Großbritannien	60
Dänemark	71
Frankreich	87
Finnland	111
Bundesrepublik Deutschland	123
Belgien	125
Schweden	128
Niederlande	132
Schweiz	146

Durchschnitt

DIE WELT

Nur wenig über dem westeuropäischen Schnittwert der jährlichen Werbebrief-Menge pro Haushalt liegt die Beförderungsleistung der Bundespost für Direktwerbesendungen. Eine Senkung dieser Quote – beispielsweise durch Einschränkung der Weitergabe von Adressen zu Werbezwecken durch die Post – würde den Privathaushalt zwar von Papier, nicht aber von höheren Postgebühren verschonen: Über 1,7 Milliarden Mark betrug 1984 der Direktwerbe-Anteil am Gesamtaufkommen aus dem Briefdienst von knapp unter zehn Milliarden Mark. Anders ausgedrückt: Auch die Direktwerbung darf als die Einnahmequelle bezeichnet werden, dank derer der Briefdienst jetzt wieder in schwarzen Zahlen arbeitet. Die gesunde Lage anderer Wirtschaftssparten ist ebenfalls auf Direktwerbung zurückzuführen. So betrug der Umsatz der Druckereien aus dem Druck von Werbemitteln nach den jüngsten Zahlen des Bundesverbandes Druck fast fünf Milliarden Mark, und ein erheblicher Teil davon wurde für Direktwerbemittel aufgewendet. Die Zahlen hinter dem Papier im Briefkasten verdeutlichen: Die Ausweitung der Direktwerbung ist ein vernünftiges wirtschaftliches Ziel. GRAFIK: DIE WELT

Datenbank zum Wohlfühlen

Wiesbaden (WR) – Eine Datenbank über Firmen und deren Entscheidungsträger mit Zugriffsfähigkeit für Benutzer ohne Spezialkenntnisse in Programmiersprachen steht seit diesem Herbst der Direktmarketing-Wirtschaft zur Verfügung. Die FIB – „Firmen-Info-Bank" der AZ Direct Marketing Bertelsmann GmbH – bietet bis zu 500 Daten pro Firma an, von der Telexnummer bis zur Produktpalette, von den Eigentumsverhältnissen bis zu den Namen der Abteilungsleiter. Auf Wunsch werden sensible Zusatzinformationen individuell zur Verfügung gestellt; sie sind technisch für andere Interessenten gesperrt. Die Informationen sind über Telefon mit Bildschirmterminal, per Bild*schirmtext oder auch in gedruckter* Form erhältlich. Die Preise belaufen sich auf 55 Mark stündliche Anschlußgebühr und 110 Mark stünd*liche Benutzergebühr bei einer jährli*chen Mindestnutzungsdauer von 70 Stunden. Die individuellen Zusatzinformationen auf dem sogenannten *Freifeld kosten 150 Mark pro Stunde.* Druckmaterialien kosten zwischen 1,50 Mark pro aufgeführtem „Entscheidungsträger" und zehn Mark pro *„Firmen-Gesamtinformation"*. Der Mindestauftragswert beläuft sich auf 950 Mark.

Standesämter

Bonn (hlh) – Seit diesem Jahr müssen die Zeitungsleser auf die Veröffentlichung von Personenstandsfällen (Standesamtliche Nachrichten) verzichten: Durch die 6. allgemeine Verwaltungsvorschrift zur Änderung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz (Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihre Aufsichtsbehörden) ist die bisherige Rechtsgrundlage zur Veröffentlichung (Paragraph 104 DA) ersatzlos weggefallen. Das heißt indes nicht, daß die Veröffentlichung von Personenstandsfällen – selbstverständlich nur mit dem Einverständnis der Betroffenen – nicht mehr zulässig ist, nur gehört diese nicht mehr zu dem eigentlichen Aufgabenbereich des Standesbeamten. Im Einzelfall wird zwischen dem Interesse an der Veröffentlichung und dem der Betroffenen, orientiert am Schutz des Persönlichkeitsrechtes, abgewogen. In welchem Umfang Personenstandsfälle auch in Zukunft angezeigt werden, richtet sich nach den Regelungen über kommunale Veröffentlichungen.

Marketing-Fachmesse

Bonn (WR) – *Vom 1. bis 3. Dezember 1985* findet auf dem Düsseldorfer Messegelände auf fast 1000 Quadratmetern die 2. Fachmesse „Direktmarketing" statt. *Veranstaltet vom* Allgemeinen Direktwerbe- und Direktmarketing-Verband e.V. (ADV), will diese reine Fachmesse einen breiten Interessentenkreis – vom Adreßverlag, über Druckereien bis hin zu Zubehörlieferanten – ansprechen. Erwartet werden zwischen 80 und 100 Aussteller gegenüber lediglich 22 im Vorjahr.

Das aktuelle Buch

Bonn (WR) – Erschöpfend Auskunft zum Thema Telefon-Marketing gibt der WEKA-Verlag in seinem Grundwerk „Handbuch für den erfolgreichen Telefonverkauf" (herausgegeben von Ullrich Frey und Rudolf Linkenheil). Hierzu gehören praktische Verkaufsprogramme, Tele-Skripte, Gesprächsbeispiele und Leitfäden sowie Hinweise zur Auswahl, Schulung und Entlohnung der Telefonverkäufer. Checklisten zur Kosten- und Ergebniskontrolle ergänzen das Programm. Der Faktor Rechtsfragen wird ausführlich berücksichtigt. Das Buch wird regelmäßig aktualisiert durch Beiträge über neue Formen und Anwendungen des Telefon-Marketing, über aktuelle verkaufspsychologische Erkenntnisse und Schulungsmethoden, über gesetzliche Neuregelungen und Gerichtsurteile. Das Grundwerk kostet 185 Mark; Aktualisierungs- und Ergänzungslieferungen (viermal jährlich) mit einem Seitenpreis von 37 Pfennig.

FULFILLMENT / Selbst Belohnungsaktionen benötigen eine vielschichtige Logistik

Auftrag: Mitarbeiter motivieren

Die besten Marketing-Ideen enden im Papierkorb. Einige tausend kreative Mitarbeiter in Werbeagenturen und Marketing-Abteilungen der Industrie beschäftigen sich nur mit der Entwicklung neuer Ideen zur Absatzförderung, jedoch: Angeblich lassen sie sich aus Personalgründen nicht realisieren. Hier können Spezialunternehmen für „Fulfillment" oft helfen, solche Vorstellungen und Konzepte in die Tat umzusetzen. Ein Beispiel soll das verdeutlichen.

20 000 aufgeblasene Fußbälle weltweit einzeln zu versenden, mag für einen Sportartikel-Hersteller zur Tagesroutine gehören. Für ein Unternehmen der technischen Gebrauchsgüter-Industrie, das sich diese Aktion im Rahmen eines Kundendienst-Schulungsprogramms einfallen ließ, wären die damit zusammenhängenden Logistikprobleme kaum lösbar gewesen. Dabei waren diese Fußbälle nur eine Einzelaufgabe im Rahmen einer Belohnungsaktion als Teil eines Motivationskonzeptes.

Alle Kundendienst-Mitarbeiter erhalten regelmäßig Schulungsmaterial: Programmierte Unterweisungen, Audio-Kassetten und anderes mehr; Multiple-choice-Testbögen gehören ebenfalls dazu. Sie werden zur Auswertung zurückgesandt. Die Einsender nehmen einzeln und als Mannschaft an einem Wettbewerb teil. Die Gewinnchancen sind attraktiv.

Die logistische Abwicklung erfolgt durch ein Fulfillment-Unternehmen mit folgenden Aufgaben:

1. Aufbau und Pflege der Teilnehmerdatei;
2. Versand des Schulungsmaterials;
3. Auswerten der in einem gesonderten Postfach eingehenden Testbogen;
4. Anmahnung fehlender Testbogen;
5. statistische Auswertung der Antworten;
6. Information der Teilnehmer über richtige und falsche Antworten;
7. Verständigung der Teilnehmer über ihren aktuellen Punktestand;
8. Information der „Mannschaftskapitäne" über das Mannschaftsergebnis und deren neuen Punktestand;
9. Endauswertung nach jeder Wettbewerbsrunde;
10. Versand der personalisierten Einzel-Diplome und der Mannschafts-Diplome;
11. Versand der Einzel- und Mannschaftsprämien. Die 20 000 Fußbälle waren eine solche Prämie.

Dieses Kundendienst-Schulungsprogramm zeigt nahezu das volle Spektrum eines leistungsfähigen Fulfillment-Unternehmens. Es fehlen eigentlich nur noch Berechnung und Inkasso.

Alle genannten Teilaufgaben kommen bei allen Fulfillment-Aufträgen immer wieder vor. Bei Verlosungen, Preisausschreiben oder Gewinnspielen entfällt beispielsweise der Aufbau einer Teilnehmerdatei, es sei denn, die Einsender sollen erfaßt und weiter gepflegt werden. Wozu selbstverständlich vorher deren Einverständnis eingeholt wurde – so sieht es das Datenschutzgesetz vor.

Dagegen sollten bei Bar-Rabatt-Aktionen, in denen gegen Einsendung einer bestimmten Anzahl von Verpackungselementen eine Barprämie rückvergütet wird, die Einsender aus Sicherheitsgründen immer erfaßt werden. Eventuelle Reklamationen sind dann besser überprüfbar.

Zur hohen Schule des Fulfillment gehört die komplette Abwicklung eines Versandhauses im Kundenauftrag mit allen oben beschriebenen Elementen. Hinzu kommen einige spezifische, warenabhängige Probleme. Die Kundenpflege erhält ein besonderes Gewicht. Die Betreuung am Telefon erfordert geschulte Fachkräfte mit Warenkenntnissen und kundenorientiertem Verhalten.

Wer dieses Instrumentarium beherrscht, wird sicher gemeinsam mit den Marketing-Verantwortlichen in der Industrie und den Werbeagenturen manche interessante Idee vor dem Papierkorb retten können.

WINFRIED HOPPE

Der Autor ist Marketingberater der Firma Portica GmbH, Kempen

ROBINSON-LISTE

Streichung aus dem Speicher

WR, Wiesbaden

Bürger, die keine adressierte Direktwerbung erhalten wollen, können sich seit 1971 kostenlos in die als freiwillige Institution der Direkmarketing-Branche eingerichtete Robinson-Liste eintragen lassen. Die Aufnahmeformulare werden vom Allgemeinen Direktwerbe- und Direktmarketing-Verband e. V. (ADV; Wiesbaden) auf Wunsch zugesandt, Neuzugänge im Frühjahr und Herbst in das Robinson-Band eingespeichert. Jeder 875. Bürger hat sich bisher in die Liste eintragen lassen.

Die im ADV zusammengeschlossenen Adressenverlage erklärten sich bereit, die auf dem Robinson-Band gespeicherten Empfänger aus ihren Anschriftendateien zu streichen. Aber auch Nichtmitglieder des ADV – wie zum Beispiel Versandhäuser, Werbedrucksachen verschickende Firmen – entrümpeln immer häufiger ihre Adressenkartei mit Hilfe dieser Robinson-Liste. Denn es hat sich unter anderem gezeigt, daß beim Abgleich von zwei Listen à 500 000 Adressen an Werbung uninteressierter Bürger eine Einsparung der Portokosten in Höhe von 150 000 Mark erreicht werden kann.

SPEDITION / Vermarktung des Angebots wird zur Basis für Verkaufserfolg

Free-Phone statt Lagerhaltung

Als Folge der raschen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen in den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Struktur der Warenmärkte grundlegend geändert. Gleiches gilt für die Vertriebsformen. Die zunehmende Produktvielfalt führt nicht nur zu niedrigeren Produktionsquoten, sondern auch zum Abbau von Warenbeständen, um gebundenes Kapital zu entlasten. Immer kleinere Warenmengen werden immer eiliger benötigt.

Da sich die Lagerkapazität der Speditionskunden bis auf drei Prozent der noch in den 60er Jahren unterhaltenen Waren- und Auslieferungslager reduzieren wird, müssen die Lieferfristen sich in der Weise verkürzen, wie die Entfernungen vom Absender zum Empfänger zunehmen.

Heute ist jeder wettbewerbsorientierte Spediteur gezwungen, mit bedarfsorientierten Dienstleistungs-Angeboten auf die veränderten Marktbedingungen zu reagieren und – er muß sich mit der Vermarktung seines Angebots auseinandersetzen.

Wegweisend war hier die national, international und interkontinental operierende TNT-IPEC Speditions- und Transport GmbH. Sie baute nach der Fusion zweier multinationaler Konzerne mit Geschäftssitz in Australien (TNT und IPEC) im Jahre 1983 die von beiden Unternehmen bereits geschaffene Basis für ein ausschließlich bedarfsorientiertes Dienstleistungsangebot aus. Ein Expreßfracht-System, das die australische Haus-Haus-Philosophie im europäischen Transportmarkt etablierte. Expreßfracht (die Begriffe Spedition und Transport tauchen beim heute größten privaten Expreßfracht-Unternehmen Europas nur noch im Untertitel auf) schnell, zuverlässig und sicher in garantierten Laufzeiten von der Abholung bis zur Zustellung.

Wegweisend ist auch der Weg der Vermarktung dieses revolutionierenden Vorstoßes über die Grenzen der traditionellen Spedition hinaus. Denn auch ein noch so guter Service verkauft sich nicht von allein: Ideen haben und Ideen umsetzen sind nach wie vor zwei Paar Schuhe. Wovon der Kunde nichts weiß, das macht ihn nicht heiß.

Auf Stabsebene entwickelte TNT-IPEC ein ausgetüfteltes Marketing-Konzept. Es bringt das systematische Expreßfracht-Angebot ebenso systematisch unter die Leute, sprich unter die bestehenden und potentiellen Kunden. Detaillierte Zielgruppen-Analysen ergaben zuvor ein zutreffendes Bild der potentiellen Kunden und deren Bedarf.

Das so gewonnene Kundenpotential wird zentral erfaßt und ist jederzeit nach den unterschiedlichsten Kriterien aufzuschlüsseln und abrufbar: Zielgruppenvolumen, Branchen, Entscheidungsträger, Ad-hoc- und potentielle Großkunden, um auch regional in den Einzugsbereichen der 25 deutschen TNT-IPEC-Niederlassungen jeder Zielgruppe den richtigen Service zu bieten. Die Leistungspalette der Spedition wird kommunikativ vorverkauft durch Overall-Kampagnen, die das Unternehmen und seine Produkte gegenüber den Mitbewerbern profilieren; informativ aufbereitet wird dieses Bild durch klar differenzierte Mailing-Kampagnen.

Vom rückkopplungs-orientierten Mailing-Einsatz über Telefon-Verkauf in den Depots (zusätzlich bundesweit über „Free-Phone" zum preisgünstigen Ortstarif) bis zum Sales-Lead schafft Marketing so auch in der Speditionsbranche die Voraussetzung für den Verkaufserfolg: TNT-IPEC kennt den Bedarf seiner Kunden, der Kunde kennt die zahlreichen Vorteile für sein Unternehmen und ist ständig über die neueste Entwicklung seines Expreßfracht-Partners informiert.

Als Fazit läßt sich formulieren: Der Erfolg der TNT-IPEC beruht zu einem Gutteil auf Direktmarketing.

DOROTHEA HEEKS

Die Autorin ist Leiterin des Marketing-Service der TNT-IPEC Speditions- und Transport GmbH in Emmerich.

Justiz schützt die seriöse Telefonwerbung

Immer mehr Unternehmen nutzen das Telefon, um ihre Waren und Dienstleistungen vorzustellen und zu verkaufen. Das ist Grund genug, etwas genauer hinter die Kulissen dieses im professionellen Einsatz der Werbewirtschaft doch neuen Mediums zu blicken.

Die Einsatzmöglichkeit scheint zunächst sehr simpel zu klingen: Überall dort, wo die traditionellen Methoden im Verkauf zu geringe Zuwachsraten erwarten lassen, bietet sich Telefon-Marketing an, um neuen Schwung in eingefahrene Wege zu bringen. Die Information und Akquisition per Telefon steht in der Bundesrepublik Deutschland freilich noch am Anfang eines zu erwartenden Boomes. Für den Aufwärtstrend des Telefon-Marketing aber sprechen mehrere Gründe.

Für Analysen geeignet

Das Telefongespräch dient zunächst einmal einer Vielzahl von Zielen. Es läßt sich zur Vorbereitung im Verkauf, Vereinbarung von Besuchsterminen, Einladung zu Vorführungen und Messen, Einladungen zu Seminaren und anderen Veranstaltungen und sogar zur Außendienstvertretung bei Ausfall durch Urlaub und Krankheit einsetzen.

Direkt im Verkauf lassen sich neue Produkte präsentieren, Saisonangebote machen, wenn bestimmte Produkte nicht lieferbar sind, oder Zusatzangebote zu eingegangenen Bestellungen anbieten. Einen besonderen Schwerpunkt hat das Telefon-Marketing auf dem Gebiet der Kundenpflege. Damit nicht genug: Das Telefon hat sich als außerordentlich *geeignet für regionale oder in* Branchensegmenten durchgeführte Marktanalysen erwiesen, die bis zur Bedarfsermittlung gehen können.

Der erste Schritt für eine Telefon-Marketing-Aktion liegt in der Klärung, für welches Produkt, welche Dienstleistung oder auch Marktanalyse gearbeitet werden soll. Danach läßt sich die Aufgabe definieren, ob zum Beispiel Direktverkauf oder Terminvereinbarungen für Außendienstmitarbeiter oder die Vorbereitung für die Zusendung schriftlicher Angebote und Informationen das Ziel der Ansprache bilden.

Fester Gesprächsleitfaden

Das Ergebnis aus diesen Besprechungen, das sogenannte „Briefing", dient zur Erarbeitung des Konzeptes für die direkten Kontaktgespräche. *Der mit dem Auftraggeber* abgestimmte Gesprächsleitfaden dient als Trainingsunterlage für die Telefon-Kontakterin. Jede Kontakterin hat diesen Gesprächsleitfaden an ihrem Arbeitsplatz.

Die Ergebnisse eines Gespräches werden in einem Kontaktbogen festgehalten, auf dem alle Einzelheiten notiert werden. Sie sind als Ergebnis wichtig. Mit den Kontaktbogen wertet die Agentur die Gesamtaktion aus und ermittelt für den Auftraggeber ein transparentes Bild eines Marktsegmentes oder einer Branche, je nach Aufgabenstellung.

Nahe liegt es, eine Agentur zu wählen, die ihren Sitz in der Nähe des Auftraggebers hat. Von Vorteil jedoch und eigentlich ein betriebswirtschaftliches „Muß" ist es, verschiedene Angebote einzuholen. Nach den Kriterien Angebotspreis, Spezialgebiet und eventuell noch Berufserfahrung und Referenzliste läßt sich mit hoher Sicherheit ein guter Partner auswählen.

Keine Angst vor „Haien"

In der Bundesrepublik Deutschland legen Grundsatzurteile des Bundesgerichtshofes, des Kammergerichts Berlin und des Oberlandesgerichts Hamburg die verbindlichen Richtlinien für Telefon-Marketing fest. Hier heißt es: „Der nicht ausdrücklich erlaubte Telefonverkauf an private Personen, mit denen noch keine Geschäftsbeziehungen existieren, mit dem Zweck, diesen Personen etwas zu verkaufen oder Werbung zu treiben, ist untersagt."

Die im aktiven Telefonverkauf angerufenen Privatpersonen müssen demnach bereits Kunden des Anrufers sein. Diese in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Einschränkungen haben aber auch den *großen Vorteil, daß hierzulande* professionelles Telefon-Marketing nicht „verwässert" wird.

Das Telefon-Marketing *stellt einen* neuen und zusätzlichen Baustein im Marketing-Mix dar. Entscheidend für die Integration in die jeweils geplanten Maßnahmen ist die Festlegung der Ziele. Welche Aufgabe ist zu lösen, wieviel Kunden können telefonisch betreut werden, wieviel geeignete Kräfte sind verfügbar? Das sind die Fragen, deren objektive Beantwortung die Effizienz beeinflußt. Diese Fragen entscheiden gleichzeitig, ob unter Umständen eigenes Personal für das Telefon-Marketing geschult *oder ob eine* Telefon-Marketing-Agentur eingeschaltet wird. Je intensiver und vertrauensvoller die Gespräche vor Beginn der Aktion geführt werden, um so größer ist der Erfolg bei der Lösung der gestellten Aufgabe.

BARBARA F. KLUG

Die Autorin ist geschäftsführende Gesellschafterin der TDM GmbH in Laatzen.

LESELINIE / Die zehn Fixpunkte in einem Werbebrief

Mit P.S. und Farbe gegen die Wegwerfwelle

Niemand liest Briefe so, wie sie einmal geschrieben wurden: Zeile *für* Zeile, *schön langsam von oben* bis hinunter zur Unterschrift. Das Leseverhalten der Briefempfänger ist ganz anders. Es gibt einen entscheidenden ersten Kurzdurchgang mit etwa zehn Augenhaltepunkten. Dieser erste Kontakt entscheidet über das weitere Verhalten. Nur bei einem Teil der Leser vollzieht sich ein zweiter, intensiver Durchgang. Der erste Kontakt liefert das erste Urteil über den Inhalt – häufig ein Fehlurteil.

Die Direktwerbung steht dem persönlichen Verkaufsgespräch näher als den Zielen klassischer Werbung. Als Erfolg zählen sofort ausgelöste Antworten, als „break even point" die gewünschte Mindestreaktion.

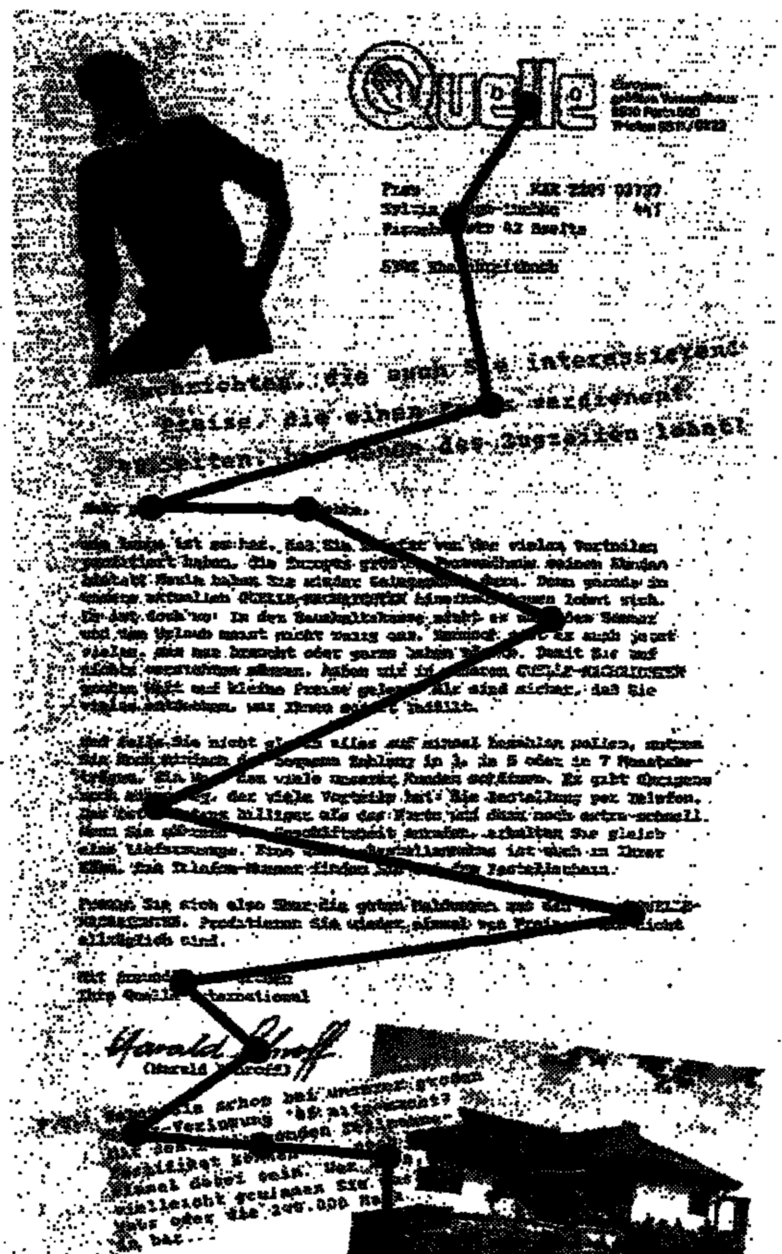
Die Wirkung der Werbung auf den Umworbenen ist Zentralthema der Werbepsychologie. Im Bereich des Direktmarketing sind das die Faktoren, die eine spätere Unterschrift auf der Antwortkarte *beeinflussen, nicht* die tatsächliche Antwortquote. Diese Fragen lassen sich nicht mehr über die Reaktions*quoten allein beantwor*ten. Neue Methoden sind gefragt. Eine dieser Methoden ist die Blickaufzeichnung. Mit einer unter dem Namen „Augenkamera" in der Erforschung klassischer Werbemittel (Plakat, Anzeige) schon lange eingesetzten Einrichtung wird beobachtet, welche Elemente eines Werbemittels von der Versuchsperson beobachtet werden. Der Blickverlauf wird über angeschlossene Videokameras zur späteren Analyse aufgezeichnet.

Mailings sind keine offenen Flächen. Mailings werden zuerst geschlossen beachtet, dann geöffnet, der Inhalt entnommen, entfaltet, überflogen, sortiert, hin und her bewegt, umgedreht, wieder gelesen. In jeder einzelnen Beobachtungsphase kann es zu *Wegwerfsignalen kommen.* Das Institut für Direktmarketing beobachtet daher nicht nur den *Blickverlauf,* sondern synchron dazu mit drei weiteren Kameras auch die Körpersprache-Signale. Die Blickaufzeichnung wird mit einem Timer gekoppelt. Auf diese Weise kamen die Mitarbeiter den sogenannten Wegwerfwellen auf die Spur.

Der Brief ist nur eines der Werbemittel im Mailing. Er wirkt, wie die Kontaktstufe im Vertretergespräch, als Verstärker: Die Reaktionsquote steigt. *Die Blickaufzeichnung beim* Empfänger aber zeigt: Der Brief übernimmt nur die Begrüßungsfunktion. Alle Versuchspersonen fixieren im ersten Lesedurchgang zu etwa 80 Prozent dieselben Haltepunkte – unabhängig vom Bildungsgrad und beginnend im Briefkopf beim Firmenzeichen oder dem Schriftzug des Absenders. Diese Zeichen sind groß und bildhaft. Bilder auf einem Blatt Papier werden zuerst angeschaut. Das gilt auch für alle anderen Beilagen im Mailing. Das Auge springt dann in dieser Reihenfolge zu weiteren Haltepunkten: Vom Empfängernamen (werbewirksamstes Wort) und seiner Adresse zu einer Headline oder Anrede, Unterstreichungen, alleinstehenden Wörtern, Zahlen oder Absatzbeginn, zur Unterschrift oder sonstigen Handschriften als Bildelement und zum „P. S.", falls vorhanden.

Nur während dieser Fixation werden Textbruchstücke scharf erkannt und damit tatsächlich gelesen. Zwischen den Haltepunkten liegt die „Saccade", der Blicksprung zum nächsten Halt. Diese Bewegung währt nur etwa zwei Hundertstelsekunden. Die Schärfezone während der Fixation, etwa zwei Zehntelsekunden, umfaßt im Werbebrief durchschnittlich drei Zentimeter Zeilenbreite. Für längere Headlines bräuchte der Leser entsprechend mehr Fixationen. Diese Schritte macht er nur, wenn er durch die erste Fixation ausreichend aktiviert wurde. Der Verlauf der Leselinie hängt also entscheidend auch vom Gestalter ab. Es liegt an ihm, den Leser an solchen Stellen über das Papier zu führen, daß er nach etwa zehn Haltepunkten einen Vorteil erkennt und deshalb bereit ist, weiterzulesen.

Zunächst werden deshalb heute in Mailings nach der Dialogmethode die Kurzinformationen für den ersten Durchgang plaziert: Headlines, Unterstreichungen, „P. S.", die alle dem Leser Vorteile signalisieren – also eine „Dialog-Skizze". Liest eine Versuchsperson, die den restlichen Inhalt des Briefes nicht kennt, diese Skizze, ergibt sich das Ergebnis des ersten Lesedurchgangs. So hätte jeder während der ersten zwei Sekunden gelesen. Erst wenn dieses Gerippe steht, folgt das restliche Textmanuskript.



So wandert das Auge über einen Marketing-Brief: Der Empfänger fixiert im ersten Lesedurchgang durchschnittlich zehn Haltepunkte pro Briefseite. Eine solche „Fixation" dauert durchschnittlich zwei Zehntelsekunden; für zehn „Fixationen" – und damit zur ersten Bewertung – braucht der Briefleser etwa zwei Sekunden. GRAFIK: DIE WELT

Wer keinen Vorteil erkennt, liest kaum weiter – auch wenn später im Text ein Vorteil zu finden wäre. Die Informationen: „Sehr geehrter Herr X ... neue Chance für Sie ... mehr Vorteile als bisher ... spart Zeit und Geld ..." reizen mehr zum intensiven zweiten Durchgang als die Bruchstücke: „Sehr geehrte Herren ... Anschaffung von Investitionsgütern ... Gefahr für Ihr Unternehmen ... keine anderen Möglichkeiten ... Mit freundlichen Grüßen!"

Beide Briefe könnten sogar den gleichen Inhalt haben, nur führt die zweite Version nach der ersten Fixation verstärkt zur Wegwerfwelle. Die eigentlichen Vorteile werden zu spät wahrgenommen.

SIEGFRIED VÖGELE

Der Autor ist Fachdozent am DMI Institut für Direktmarketing GmbH in Gelting (Bayern).

HAUSHALTWERBUNG / Mit Karte und Computer

Den Umsatz um das Dreifache gesteigert

Der Verbraucher sieht es an seinem gut bestückten Briefkasten, führende Wirtschaftsunternehmen in Europa merken es an ihren Marketing-Konzepten: Haushaltwerbung, die unadressierte Kundenansprache, erlebt einen Aufschwung besonderen Ausmaßes. Bei Steigerungsraten für die Gesamtkosten der Marketing-Kommunikation von rund fünf Prozent in diesem Jahr rechnet man bei der Direktwerbung mit einem Zuwachs von zehn Prozent. Der Stückkostenpreis liegt deutlich unter dem Teuerungsniveau der Medienkosten. Jede dritte Werbe-Mark fließt bereits ins Direktmarketing, ihre Nutzung liegt dicht hinter der Presse-, Zeitschriften- und Beilagenwerbung auf Platz zwei.

Die Haushaltwerbung als Teil des Direktmarketing profitiert von diesem *Trend. Obwohl mit rund 50 Jah*ren ein „alter", aber bewährter Vertreter innerhalb des Media-Mix, präsentiert *sie sich in letzter Zeit* in einem jugendlichen Elan. Verteilfirmen, die sich zu Direktmarketing-*Agenturen mit einem Full-Service* gewandelt haben, sind der äußere Rahmen dafür. Sie entwickelten die Haushaltwerbung zu einem *„Medium* neuen Typs" weiter, das sich durch ein hohes Maß an Flexibilität bei gleichzeitiger Sicherheit auszeichnet. Die erzielten Traumreichweiten von nahezu hundert Prozent sprechen eine deutliche Sprache.

Die geforderte Flexibilität der Haushaltwerbung stellt wachsende Forderungen an die Fachagenturen und macht sie zu einer Sache für den Spezialisten. Wirkungsvolle Verteilaktionen müssen generalstabsmäßig vorbereitet werden. Umfangreiche *Kartographien und lückenloses statistisches* Material sind dabei ebenso unverzichtbar wie die individuelle Si*tuationskenntnis.*

Jüngstes Kind im Planungsteam der Fachagenturen ist der Computer. Mit einer abgestimmten Software, von Branchenkennern entwickelt, ist er zum unverzichtbaren Partner für eine optimale Planung von Prospekt- und Warenprobenverteilungen geworden. Streben nach höchster Effizienz und günstigem Preis-Leistungs-Verhältnis führt zum ständig wachsenden Datenberg, der verarbeitet und ausgewertet sein will. Die führenden Unternehmen der Haushaltwerbung haben den Sprung in die computergestützte Logistik bereits vorgenommen. Langjährige Erfahrungen wurden dabei mit hohen Investitionen in technisches Know-how umgesetzt. Jetzt hat sich gezeigt, daß sich diese Vorleistungen lohnen.

Denn entgegen einer landläufigen aber falschen Meinung kommt die Haushaltwerbung beim Verbraucher bestens an, ist zum unverzichtbaren Mittel der Information geworden. Nur ein Fünftel aller Empfänger sagt nein zur unadressierten Direktwerbung, vier Fünftel hingegen bringen ihr eine positive Grundeinstellung entgegen. Neben diesen Zahlen, Er*gebnis einer umfangreichen,* wissenschaftlichen Untersuchung in der Schweiz, geben zum Beispiel auch *die Bäcker in Deutschland der Haus*haltwerbung sehr gute Noten. „Ein idealer Werbeträger", so faßte die *„Bäko" als offizielles Organ des Bäc*ker- und Konditoren-Handwerks das Ergebnis zusammen: Bei 87 Prozent *aller Testangebote gab es* Absatzsteigerungen zwischen zehn und 300 Prozent. Lediglich bei sieben Prozent der *Angebote* wurde kein Anstieg registriert.

Die Haushaltwerbung bietet den Konsumenten eine willkommene Möglichkeit, unabhängig von der beeinflussenden Atmosphäre eines Verkaufsraumes das vielfältige Marktangebot zu sondieren, Preise und Produkte zu vergleichen. Entsprechend dieser Bedürfnisstruktur wird die Haushaltwerbung in Zukunft immer stärker auf weitreichende Kunden-Information setzen.

Die guten Entwicklungschancen *des Marktes werden von der Branche* durch permanente Informationen und Verbesserungen in Planung, Durchführung und Erfolgskontrolle honoriert. Damit steht sowohl der Industrie als auch dem Handel ein gesichertes, gezieltes Medium zur Verfügung. Dies richtig genutzt und eingesetzt, garantiert nachhaltig Absatzsteigerungen und sorgt für kontinuierliche Markterfolge.

INGO R. RÖTHLINGSHÖFER

Der Autor ist Mitarbeiter bei der Firma Scheidt Promotion GmbH in Karlsruhe.

Geschenk zum 30.: Thomers „Die Bundeswehr heute"

Es begann mit dem M 47

In historischen Dimensionen sind drei Dekaden eine kurze Spanne. Aber 30 Jahre Streitkräfte in der deutschen Demokratie hat es noch nie gegeben," stellt Wolfgang Altenburg, der Generalinspekteur der Bundeswehr, im Geleitwort fest. Die Leistung, die sich dahinter verbirgt, derjenigen, die die politischen Grundlagen der Bundeswehr schufen, und derjenigen, die sie militärisch organisierten, will der Band ins Bewußtsein rufen und vor Augen führen. Das gelingt ihm überzeugend.

Neben den skizzenhaften Texten des Bonner Journalisten Egbert Thomer, die den bewußt knapp gehaltenen Rahmen setzen, besticht das Buch mit einer Fülle an Bildern, farbigen über das Heute, aber auch sehr vielen schwarz-weißen über die Anfänge. Der alte Panzer vom Typ „M 47" ist da wieder zu sehen, das erste Fahrzeug, mit dem die Panzertruppen in den fünfziger Jahren ausgerüstet worden waren. Oder es sind die alten Landungsboote der Marine.



„Eidechse" und „Krokodil", zu betrachten, mit denen von den USA schon gleich zu Beginn der Bundeswehr zum Schwimmen verholfen worden war.

Die Bundeswehr, die heute ihren offiziellen 30. Gründungstag begeht, ist die erste Armee in einer deutschen Demokratie, deren Aufbau und Leistung als geglückt betrachtet werden muß. Sie trat seinerzeit an, um der jungen Bonner Republik die Eintrittskarte in das Bündnis freier Staaten, der NATO, zu ermöglichen. Gemeinsam mit den Armeen dieser Länder hat die Bundeswehr seitdem dabei mitgeholfen, den Europäern – und damit nicht nur ihnen – den Frieden zu erhalten.

Die Bundeswehr war es von Anfang an und ist es durch ihre Entwicklung bis auf den heutigen Tag geblieben: eine Armee zur Verteidigung. Daran erinnert das Buch sehr nachdrücklich in den Kapiteln über die Rolle des Parlamentes beim Aufbau der Streitkräfte, beim Wehrbeauftragten und bei dem Schlüsselwort für den Geist, den diese Armee beseelt: „Innere Führung", denn „es gibt keinen militärischen Bereich, kein soldatisches Handeln und Verhalten, keine Führungsmaßnahme und keine wehrrechtliche Situation, die ohne Auswirkungen auf das Innere Gefüge der Truppe blieben."

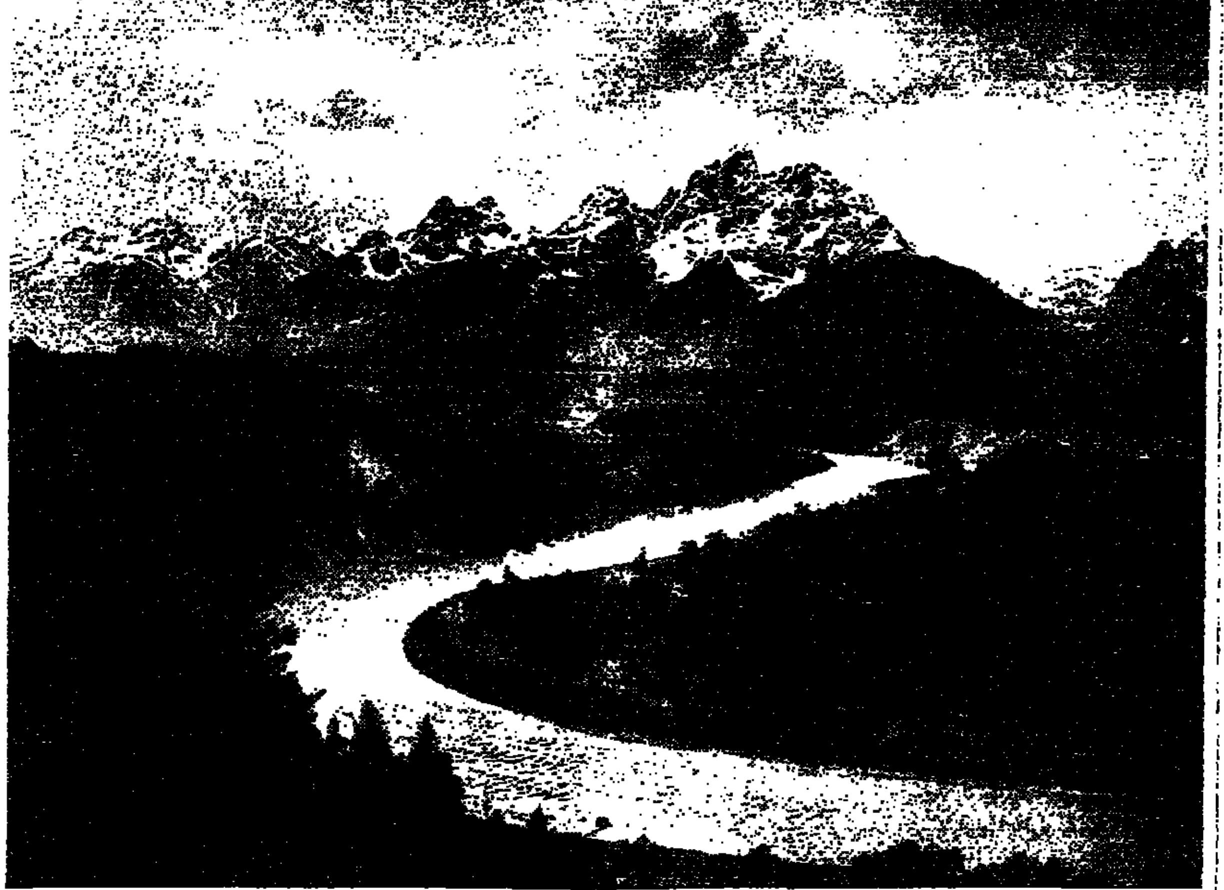
„Innere Führung" ist allerdings „ein Begriff, der so ‚deutsch-eigentümlich' ist, daß man ihn kaum zutreffend in eine Fremdsprache übersetzen kann," heißt es in dem Band der dreisprachig, also zusätzlich noch englisch und französisch, publiziert wurde. Und dementsprechend wird den Lesern mitgeteilt: „can hardly be translated" oder sei eine „notion tellement allemande qu'elle est presque intraduisible".

Lange hat die Bundeswehr mit Hilfe der „Väter des Inneren Führung" darüber nachdenken müssen, wie sie das, was sie ist und sein will, am besten formuliere. In dem Buch von Thomer wird es bündig mit den Sätzen charakterisiert: „Ihr Verhalten in allen nur denkbaren Lagen bestimmt die Innere Führung in bezug auf die sittliche, geistige und rechtliche Gesamtverfassung, die zugleich das Innere Gefüge der Streitkräfte charakterisiert. Sie ergänzt die ‚Äußere Führung', die sich auf militärische Führungsmaßnahmen (Operation, Taktik, Organisation, Ausbildung, Versorgung) konzentriert. Das Ergebnis angewandter Innerer Führung kommt in der Disziplin, der Kameradschaft, im Denken und Fühlen der Truppe zum Ausdruck. Das gilt aber auch für ihr staaatsbürgerliches Verhalten und ihre Berufsauffassung sowie ihre Einsatzbereitschaft."

Manchem mag das Werk zu „einfach" erscheinen, weil es verzichtet, auf die Diskussionen einzugehen, die, ausgelöst durch die Friedensbewegung, die von anderen lieber Protestbewegung genannt wird, heute die sicherheitspolitische Debatte beeinflussen, teilweise gar bestimmen. Die Konzentration auf die Bundeswehr selbst freilich hilft die Sicht klären. Sonst würde, was die Armee geleistet hat, im Wust von Worten verschüttet, die sie immer begleiten, aber ihr nicht immer geholfen haben. Die Chronik der 30 Jahre macht das bewußt.

RÜDIGER MONIAC

Egbert Thomer, Die Bundeswehr heute, Verlag Mittler und Sohn, Herford. 208 S. mit zahlr. Abb., 49,80 Mark.



Ansel Adams' Fotos, wie diese 1942 aufgenommene Landschaft in Wyoming, sind schlagende Argumente amerikanischer Ökologen im Kampf um die Bewahrung der Natur FOTO: ADAMS

Die National Gallery von Washington zeigt den Fotographen Ansel Adams

Der heimliche Held des Jahrhunderts

Schon bevor Prinz Charles und Lady Di nach Washington reisten, um dort die Kollektionen aus den „Schatzhäusern Britanniens" zur Besichtigung freizugeben, strömten die Besucher in Scharen zur National Gallery. Die Begeisterung der Amerikaner galt einem der ihren: dem Fotographen Ansel Adams.

Ansel Adams ist ein amerikanischer Held dieses Jahrhunderts. Er hat seinen Mitbürgern die Augen geöffnet für die Schönheiten ihres Landes, für eine unberührte Natur, wie sie sich vor allem in den Weiten des Westens noch immer findet. Daß sie sich noch findet, ist nicht zuletzt Ansel Adams zu verdanken, denn seine Aufnahmen waren für die Naturschützer stets schlagende Argumente im Kampf für die Bewahrung der Landschaft. Ansel Adams' Bilder sind längst zu amerikanischen Ikonen geworden.

Was die National Gallery von Washington nun erstmals ausstellt, ist das „Museums Set" von Ansel Adams, und damit hat es seine besondere Bewandtnis. Als sich gegen Ende seines Lebens – Adams starb 1984 im Alter von 82 Jahren – die Fotographie endgültig durchgesetzt hatte als museumswürdige Form der Schönen Künste, die Nachfrage nach Originalabzügen seiner Bilder anschwoll, entschloß sich der Fotograph, nicht mehr länger auf Einzelwünsche nach „*Vintage Prints*" einzugehen, sondern in zwei Auswahlmappen Bilanz seines Schaffens zu ziehen. Die kleinere Mappe enthält 25 Bilder, das große „Museums Set" 75 Werke.

Im Vergleich zu den früheren Abzügen sind die des „Museums Sets" dunkler im Ton und tiefer in der Perspektive, was ihnen Monumentalität, Heftigkeit und Größe gibt. Eben *dadurch gewinnen auch solche Sujets* den Kunstcharakter, die vom puren Bildinhalt her nicht mehr sind als schöne Landschaftsfotographie. Aber da sind die Grenzen bei Ansel Adams stets fließend gewesen. Mit seinen flächigen Licht- und Schattenwirkungen erzielt er zuweilen pure Schwarzweiß-Wirkungen, wie sie in der Malerei derselben Zeit, etwa bei Franz Kline, eine Rolle spielten.

Vor einer Aufnahme der Teton-Bergkette führt Adams den silberglänzenden Fluß in einer Schleife wie ein Maler mit kühnem Pinselschwung. Natürlich geht es nicht um Imitation der Malerei mit der Kamera. Eben dagegen war der junge Adams einst zu Felde gezogen. Aber in der Natur das perfekte Bild zu finden, wie es Maler erst herstellen, das blieb Adams' Ziel, nach dem er in den Weiten des Wilden Westens suchte. Und so gleicht die Schau seiner Bildauswahl einer einzigen Liebeserklä*rung an seine amerikanische Heimat* (bis 12. Januar 1986, Katalog 10 US-Dollar).

REINHARD BEUTH

München: Das erste Sinfoniekonzert im Gasteig

Grabgesänge zur Taufe

Fünfzehn Minuten fehlten nur an drei Stunden, als Sergiu Celibidache seine Münchner Philharmoniker und das Publikum aus dem neuen Konzertsaal im Gasteig Kulturzentrum entließ, der frisch eingeweihten Philharmonie, die man erstaunlicherweise mit Grabgesängen einweihte. Heinrich Schützens „Musikalische Exequien" von 1636 mit ihrem „Concert in Form einer teutschen Begräbnismissa" als ausgedehntem Einleitungsteil legten sich trotz ihrer hervorragenden Aufführung, namentlich durch die Tölzer Sängerknaben, erstickend beinah auf das Festtagsgemüt.

Dabei war aller Grund zu feiern. Die Philharmonie erwies sich jetzt im Abendkonzert (und von einem anderen Platz aus) doch als akustisch voll ausgereift. Der seltsam gedrückte, beinahe erstickte Klang (vielleicht bewirkt durch die Einschnürung des Orchesters am Morgen durch den „Philharmonischen Chor"), war dahin. Jedenfalls entfaltete sich der Klang jetzt reich und differenziert. Wie es sich in anderen Blöcken des kolossalen Saales verhält, wird allerdings noch *aufgeforscht werden müs*sen. Akustik steckt wohl doch (außer für Akustiker) voller Geheimnis.

Der philharmonische Saal steigt vom Podium aus steil an und mißt an der Rückwand 80 Meter an Breite. Er bietet 2400 Hörern Platz auf terrassenähnlichen Steilhängen, wie schon in Scharouns Berliner Philharmonie. Doch ist die Wirkung des Münchner Saales monumentaler. An Eleganz wurde zugunsten optischer Wucht deutlich gespart.

Ausgelegt ist die muschelförmige Halle mit naturfarbener, heller Amerikanischer Roteiche. Segelähnliche hölzerne Wandverkleidungen schwingen sich aus akustischen Gründen weich in den Saal. Er atmet Festlichkeit, er besitzt Würde. Er imponiert im Zusammenklang aller Teile, den breiten Reihen mit den bequemen rotgepolsterten Sitzen.

Es ist allerdings auch ein teurer Saal. Man berechnet ihn, dem Vernehmen nach, den Konzertveranstaltern derart hoch, daß sie bei ihren Planungen schon wieder mit dem alten Herkules-Saal zu liebäugeln beginnen. Denn gezwungen zu sein, die Philharmonie privatwirtschaftlich auszuverkaufen, ist natürlich eine andere Sache, *als staatlich oder städ*tisch subventionierte Konzerte in ihr durchzuführen. Wieweit sich der Bau als finanziell praktikabel erweist, wird sich erst noch herausstellen.

Seit der Zerstörung der Münchner Tonhalle im Kriege waren die Philharmoniker ohne eigenes Heim. Ihre nun auch schon über neunzigjährige Geschichte blättert eine Ausstellung im Treppenhaus der Philharmonie (wohllautender, aber irreführenderweise auch „Foyerband" genannt) auf Stellwänden mit Großfotos auf.

Anschaulicher und bequemer freilich läßt sich nachlesen in einem großformatigen zur Feier des Tages im Verlag C. Wolf & Sohn, München, erschienenen Band, einer Chronik unzähliger musikalischer Triumphe, die alle gipfelnd in der Heraufkunft Sergiu Celibidaches, der 1979 die Leitung der Philharmoniker übernahm.

Der große alte Löwe! Die Eröffnung der Philharmonie gab ihm wieder Gelegenheit zu verbalen Prankenschlägen, wie man sie in München inzwischen von ihm geradezu genüßlich erwartet. Diesmal ließ er beiläufig vernehmen, die Münchner Philharmoniker seien das beste Orchester der Welt. Das aber läge durchaus nicht an den Musikern. An wem wohl sonst, ließ der Maestro in einem beinahe unerklärlichen Anfall von Understatement offen.

Er müht sich nun schwerfüßig und bedachtsam zum Pult. Das Gehen macht ihm Mühe. Aber er steht seinem Orchester unerbittlich vor und mit Würde, ein Dirigent von echtem Schrot und Korn. Das ist aus dem Feuerkopf von einst, dem scheinbar *ewigen Jüngling geworden*. Celibidache zeichnet Bruckners 5. Sinfonie mit äußerster Sorgfalt und Gelassenheit nach. Die Zeiten des ins Mystische hinaufschäumenden musikalischen Rausches sind vorüber. Heilige Nüchternheit waltet nun.

Bruckners Sinfonie klingt schlakkenlos auf. Durchsichtig, nachdenklich, oft beinahe zart – wenn man von den triumphalen Ballungen im Finale absieht. Natürlich ertönt der Choral im Schlußsatz, zu dem Franz Schalk bei der Uraufführung in Graz noch zwölf unerschöpfte Bläser zusätzlich hinzuzog, auch unter Celibidache voller Majestät. Doch gezeichnet ist seine Interpretation dennoch eher von Verhaltenheit: einem grüblerischen Nachdenken über die Zwickmühlen der Kontrapunktik, diese grandiose musikalische Dialektik aus einzigartig Brucknerschem Geist.

KLAUS GEITEL

Kurt Hoffmann, einer der großen deutschen Filmregisseure, wird heute 75

Witz und Ernst sind keine Gegensätze

Ein Geburtstagsgeschenk für Kurt Hoffmann, das die „Kulturwelt" der ARD dem Filmregisseur heute da macht. Genau vor 75 Jahren ist er in Freiburg im Breisgau zur Welt gekommen. Freunde und Kollegen, Schauspieler wie Liselotte Pulver und Heinz Rühmann, der Produzent Hans Abich und der Regisseur Volker Schlöndorff, werden sich an den Mann erinnern, ohne den man sich den deutschen Film bis in die frühen sechziger Jahre hinein kaum vorstellen kann. Heute freilich ist es still geworden um Kurt Hoffmann, aber eine ganze Reihe seiner Filme sieht man noch immer wieder gern.

Hoffmann gehört zu den heute selten gewordenen Leuten im Filmgeschäft, die ihr Handwerk von der Pieke auf gelernt haben. Er hat als Vo*lontär und Regieassistent angefangen* und sich über erste Kurzspielfilme langsam an größere Arbeiten herangetastet. Und dazu ist er auch noch „erblich belastet". Sein Vater Karl Hoffmann hat für Fritz Lang als Kameramann solche Klassiker wie „Die Nibelungen" und „Dr. Mabuse, der Spieler" gemacht. Sein eigentlicher Lehrmeister aber ist in den dreißiger Jahren Reinhold Schünzel gewesen.

Bei Schünzel („Viktor und Viktoria", „Die englische Heirat" oder „Amphitryon") hat er auch den Zugang zu dem Genre gefunden, in dem er seine besten Arbeiten abgeliefert hat: das Lustspiel. Das konnte er in glückhaften Momenten so locker, leicht und elegant hintupfen, daß man ihn, hier freilich freundlich etwas übertreibend, mit Ernst Lubitsch verglichen hat. 1939 entstand sein erster Film, „Paradies der Junggesellen". Hier spielte Heinz Rühmann die *Hauptrolle, und daraus entwickelte* sich eine Zusammenarbeit fürs Leben. Wie der Zufall es wollte, spielte 1971 – nach mehr als dreißig Jahren – in „Der Kapitän", Hoffmanns 49. und letztem Film, wieder Rühmann die Hauptrolle.

Aus Hoffmanns frühen Jahren fallen einem Titel ein wie „Quax, der Bruchpilot", „Ich vertraue dir meine Frau an" oder die immer wieder verfilmten „Kohlhiesels Töchter". Dann unterbrach der Krieg seine Arbeit, und Ende der vierziger Jahre sah man ihn beim „Problemfilm" wie beim Krimi. Doch schnell hatte ihn das leichte Genre mit „Taxi-Kitty" zurück. „*Das fliegende Klassenzimmer*", „Heute heiratet mein Mann", drei Filme um „Das Wirtshaus im Spessart", „Dr. med. Hiob Prätorius" und vor allem „Ich denke oft an Piroschka", sie alle fanden den verdienten Zuspruch des Publikums, das sich oft aus ganzen Familien zusammensetzte.

Kulturwelt – 23.00 Uhr, ZDF

Daneben hat es auch einen anderen Kurt Hoffmann gegeben, den der Erfolg dann allerdings meist gemieden hat. Das gilt zwar nicht für „Wir Wunderkinder", *eine schmissige* Satire auf die Gesellschaft der Bundesrepublik, wohl aber für seine Literaturverfilmungen: „Die Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull" nach Thomas Mann, „Die Ehe des Herrn Mississippi" nach Friedrich Dürrenmatt und „Das Haus in der Karpfengasse" nach Ben Gavriel – obwohl er dafür einen Bundesfilmpreis bekam. Dann verlor er mit der sich verschärfenden Filmkrise den Anschluß an die Zeit, und er wollte es wohl auch so: Die Jungfilmer waren ihm fremd, der aufkommenden Sex- und Klamottenwelle mochte er sich nicht anschließen.

Kurt Hoffmann hat dann noch eine Fernsehsendung gemacht, danach zog er sich ins Privatleben zurück. Heute ruht er sich auf seinen zahlreichen Lorbeeren aus – und das ist ganz und gar nicht abwertend gemeint.

SVEN HANSEN

KRITIK

Liebenswerte Gestalten

Welch glückliche Fügung, daß der Schauspieler Wolfgang Kieling, der so viele zwielichtige und problematische Figuren dargestellt hat, vor seinem allzu frühen Tod noch ein ganzes Quartett von liebenswerten Gestalten verkörpern durfte. Die vier Amtsträger der Szenenfolge **In Amt und Würden** (ZDF), deren Würde er auf sich zu nehmen hatte, unterschieden sich hauptsächlich durch die Maske: der Posthalter, der verzweifelt seine telefonische Handvermittlung gegen die heranrückende Automatisierung verteidigt; der Polizist, der sich als Naturschützer und Hobby-Archäologe aufspielt; der Ortsgeistliche, der beim Besuch des Bischofs seine Kirche vollkriegen will; der Graf, der seinen eigenen Gärtner spielt, um seinen künftigen Schwiegersohn auf die Probe zu stellen – das sind lauter klischeehafte Figuren aus der großen Kiste Marcel Pagnols. Aber Kieling macht Menschen aus Fleisch und Blut aus ihnen. Verblüffend, wie sie am Schluß bei der Verlobungsfeier der Grafen-Nichte und des Posthalter-Neffen alle vier beisammen an der Tafel sitzen. Den deutschen Zuschauern, denen schon so mancher französische Film aus ähnlichem Ambiente vorgesetzt worden ist, bewies die deutsche Crew aus Ausstattern und Requisiteuren, daß sie, wenn man sie auf Reisen schickt, durchaus in der Lage sind, die gleichen Stimmungswerte nachzuschaffen.

HELMUT JAESRICH

Erinnerungen an Verdrängtes

Der Titel der sechsteiligen Serie ist schlicht gehalten. Doch bereits die erste Folge von **Vaterland – Erinnerungen an die deutsche Geschichte** (Redaktion Jürgen Rühle) zeigte, daß es sich lohnt, bis Mitte Dezember zur Sonntags-Abend-Zeit auf das III. WDR-Fernsehprogramm umzuschalten. V. Schneider nahm sich im 1. Teil der Urzeit der Germanen an. Er achtete auf wissenschaftliche Korrektheit ebenso wie auf Verständlichkeit durch populäre Aufbereitung: Neben Szenen aus bereits gelaufenen Germanenfilmen, die auf die Ursprünge in Dänemark eingingen, wurden die Comic-Figuren Asterix und Obelix zum Stichwort Kelten herangezogen. Feine Ironie bewies der Autor, indem er „Frontberichten" der Römer über Schlachten mit Germanen schaurig-schöne Westernmelodien unterlegte. Da paßten dann auch Szenen aus Klaus Peymanns spektakulärer Inszenierung *der „Hermannschlacht" am Bochu*mer Schauspielhaus, um das Bild eines Germanenführers Arminius entstehen zu lassen, der klug und prinzipientreu die Unterwerfung seines Volkes verhinderte. Und das, obwohl er als römischer Offizier eigentlich vom Charme der Macht Roms hätte gefangen sein sollen. Spannungs- und faktenreich war der Beginn dieser Serie über die Wurzeln unserer Nationalgeschichte. *Zu keiner Sekunde* kam nationalistische Vergangenheitsbewältigung auf. Nur Notwendiges wurde sichtbar.

HERMANN SCHMIDTENDORF

ARD / ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

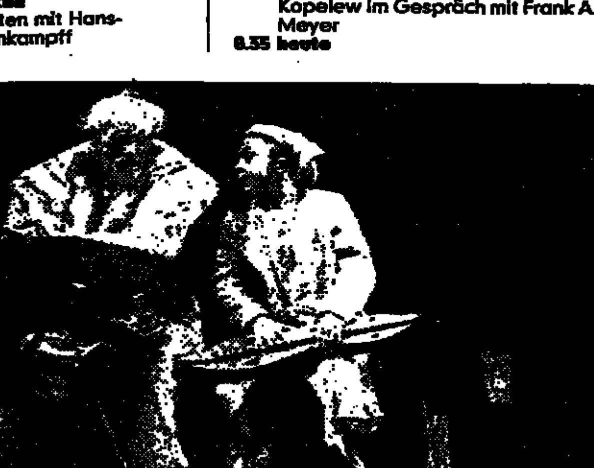
9.45 ZDF-Info
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Wolfgang Kieling:
In Amt und Würden
11.25 Modespaß im Schnee
11.55 Umschau
12.10 Tagesbefehl: Weitermachen!
30 Jahre Bundeswehr
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 ...ach wär' ich nur ein einzig Mal...
Regieren bedeutet harte Arbeit. Zu dieser Einsicht kam Regisseur Armin Maiwald, der das Karnevalsprinzenpaar 1984 aus Mönchengladbach auf seiner königlichen Reise durch die „tolle" Zeit begleitete. Ganze 2478 Kilometer lang.
16.55 Spaß am Dienstag
Das flippy Chaos-S. A. D.-Team mit Rolf und Rock und Gag und Mickey (1)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: Die Geschichte der Weltraumfahrt
21.00 Panorama
Themen heute: Frühpensionierung von Polizisten und Lokführern / Und sie vergiften sich doch – Deponie Münchenhagen / Machen Kälber impotent? / Somalia: Entwicklungshilfe für Mogadischu
21.45 Dallas
Ein unvergeßliches Fest
Miss Ellie spürt nach ihrer Rückkehr aus den Flitterwochen, daß *Clayton Farlow sich auf Southfork* nicht wohl fühlt, weil dort so vieles an ihren ersten Mann Jock erinnert. Sie ist bestrebt, ihm das Leben auf der Familienranch so leicht wie möglich zu machen.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Humor ist eine ernste Sache
„Das Wirtshaus im Spessart", „Ich denke oft an Piroschka". Mit solchen Erfolgsfilmen machte sich Kurt Hoffmann im deutschen Film einen Namen. Christian Bauer nahm dessen 75. Geburtstag zum Anlaß, ein Porträt des bekannten Regisseurs zu erstellen.
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
Mit Maren Bienhold
16.20 Pfiff
Sportstudio für junge Zuschauer
heute in der Sporthalle von Handewitt
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Es muß nicht immer Mord sein
Nachbarschaftshilfe
19.00 heute
19.30 30 Jahre Bundeswehr
Festveranstaltung
mit der Rede des Bundespräsidenten
und Großem Zapfenstreich
auf der Bonner Hardthöhe
20.20 Diese Drombuschs
8. Teil: Das Loch im System
21.20 WISO
Wirtschaft & Soziales
Themen: Arbeitsmarktzahlen – Zerrbild der Wirklichkeit? Wie kommen die Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit zustande? / Der teure Traum vom großen Geld – Bezahlen statt verdienen / Dazu der WISO-Tip: Wie man sich vor Schwindelfirmen schützen kann
Moderation: *Hans-Ulrich Spree*
21.45 heute-journal
Anschließend Fragen an Präsident Reagan
22.25 Theaterwerkstatt
Minetti. Lear
Der große Mime des deutschen Theaters, Bernhard Minetti steht im Mittelpunkt dieses Films. Autor Dietmar N. Schmidt verknüpft Ausschnitte aus „König Lear" mit Minetti und dem Stück „Minetti" von Thomas Bernhard zu einem Porträt.
23.35 Zeugen des Jahrhunderts
Der heute in der Bundesrepublik Deutschland lebende sowjetische Schriftsteller und Germanist Lew Kopelew im Gespräch mit Frank A. Meyer
0.35 heute




Bernhard Minetti spielt Lear: Die Entwicklung einer Rolle – 22.25 Uhr, ZDF FOTO: TELEBUNK

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Michael Eickhoff aus Zypern: Insel unter Kuratel
20.45 Rückblende
Vor 100 Jahren: Daimlers Petroleum-Reitwagen
Film von Manfred Vierkorn
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Drei vor Mitternacht
Die Kleinen hängt man, die Großen läßt man laufen
Ungerechtigkeiten vor Gericht?
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Hobbythek
19.15 Rockpalast
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Kulturpolitische Sendung
21.15 Toma
Kein Fall für falsche Gefühle
22.00 Frauen in der DDR (2)
Eine Architektin in Rostock
22.45 Das Verhör des Adolf Eichmann
0.15 Schach dem Weltmeister
0.45 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Unser Auto wird hundert
Triumph der Geschwindigkeit
19.05 Formel Eins
20.00 Ich verweigere die Aussage
Deutscher Spielfilm (1939)
Mit Olga Tschechowa u. a.
21.35 Drei aktuell
21.50 Kultur international
22.35 Den Augen trauen
Rudolf Arnheim – Filmtheoretiker und Publizist
23.35 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 heute in ...
Gewerkschaft ohne Jugend?
Live aus Mannheim
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Mark(t) und Pfennig
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Der Fernsehgarten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Movie, Movie
23.00 Avanti! Avanti! (25)
23.30 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Das Wirtshaus im Spessart
Deutscher Spielfilm (1957)
Mit Liselotte Pulver, Carlos Thompson, Helmut Lohner, Günther Lüders, Wolfgang Neuss, Wolfgang Müller u. a.
Regie: Kurt Hoffmann
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau

SAT 1

13.30 Perrine
Barons Heldentat
14.00 Charlie Chan
In Ägypten
15.00 Muggsy
Der Drückeberger
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
Verteidigung auf orkeanisch
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
In Triste wartet der Tod
18.00 Taxi
Bobbys Karriere
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Reise-Quiz
18.45 Schrecken im Marsten Haus
Amerikanischer Fernsehfilm (1979)
Regie: Tobe Hooper
Teil 1
Kann ein Haus in sich das Böse tragen? Der Schriftsteller Ben ist seit seiner Jugend dem Geheimnis eines Hauses auf der Spur. Denn seit sein früherer Besitzer Huby Marsten sich erhängt hat, soll es in *den Mauern spuken.*
Anschließend: Wetterbericht
20.30 Kulturmagazin
Filmgeschichte(n)
21.30 APF blick
Aktuelles,
Show und Künstler,
Sport und Wetter
22.15 Schrecken im Marsten Haus
Teil 2
23.40 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Direkt
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
19.00 heute
19.30 Wus gewejn – es war einmal
Eine Reise durch alte jüdische Zentren
3. Teil: Berlin
20.30 Ringstraßenpalais
Eine Wiener Familiengeschichte in *24 Teilen*
Von Hellmut Andics
22. Folge: Der Staatsvertrag
Das Bankhaus Stein & Mendel hat die Affäre um die illegalen Ostgeschäfte des Herrn von Wintrop unbeschadet überstanden. Zwischen Bernie und seinem Halbbruder Eduard Baumann kommt es zur Versöhnung.
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

17.05 Geheimauftrag für John Drake
17.55 Typisch RTL
17.56 Nachrichten
18.00 Sexualkunde: Ja oder nein?
18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.20 Karichen
19.30 Knight Rider
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Ehekäfig
Französischer Spielfilm (1974)
22.05 RTL-Spiel
22.15 Open end
Sexualkunde: ja oder nein?
Anschl. Horoskop
Anschl. Betthupferl

Schiebmasse der Literatur

ef – Charles Osborne, im staatlichen britischen Kunstrat bisher verantwortlich für *Literatur*, verabschiedete sich von diesem Amt mit einer entschiedenen Meinungsäußerung: „Ich glaube, wenn plötzlich ein Drittel aller Romanciers tot umfiele und vielleicht zwei Drittel aller Lyriker – groß wäre der Verlust für die Literatur nicht."

Selbst wenn jemand diese Äußerung für etwas unsachlich halten sollte, begreiflich ist sie: Schon die Selbsteinschätzung fast aller Autoren von fast jeder Qualität kann jeden Kunsthüter zu dem Verzweiflungsakt verlocken zu sagen, was er wirklich denkt. Leider hat Mr. O. nicht hinzugefügt, ob er die von ihm gemeinten Drittel der dichtenden Bevölkerung nach dem Zufall auswählen würde, nach der Qualität, nach dem Erfolg oder nach einem der vielen anderen Kriterien, die sich da anbieten, etwa bei Lyrikerinnen, die aus ihrem Werk mit entblößtem Oberkörper lesen (oh je, das gab es bei uns), mit dem Zusatzkriterium des Körperbaus.

Falls die Osborne-Auswahl aber speziell auf lausige Romanciers und Lyriker zielen sollte, muß aus biologisch-literarischen Gründen mit aller gebotenen Schärfe protestiert werden. Gerade die besonders mäßigen Autoren, die wirklich miserablen, dieser Sauerteig jeder Verbandstagung: diese nach der Zahl beherrschende Gruppe ist ganz unentbehrlich. Denn sind sie nicht der Humus, auf dem halbwegs was wächst? Liefern nicht erst sie den Autoren mit ein bißchen Befähigung Existenzgrund und Trost? Keine Literatur kann ohne ein Heer von dichtenden Gartenzwergen existieren. Auch der Dichter, Sänger, Erzähler von Rang oder Akademie-Rang mißt sich weitaus lieber mit einem Blick nach unten als jenem nach oben.

Charles Osborne mag ja recht haben über alle Grenzen hinweg, aber in der Praxis muß alles so bleiben, wie es ist. Was würde aus uns (zwischen den Buchmessen) ohne literarisches Leben?

Stuttgart: Tschechows Frühwerk „Wilder Honig"

Küssen und dann sterben

Großer Erfolg für den Einstand des neuen Stuttgarter Schauspieldirektors Ivan Nagel. Kein Wunder bei dem Griff nach einer Art Uraufführung mit einem Outcast als Opfer, in der Hauptsache aber mit einem Musterkoffer voll *Leidenschaften*: Weibergier, Männergier, Suff, Zynismus, Verrat, Geldgier usw. Und dann doch wieder Freundschaft, auch echte Liebe, jawohl, veritable, sogar tödliche Liebe. Und noch nicht genug damit, sondern das alles weltverliebt, weltschmerzlich, zum Totlachen und Totweinen.

Das hört sich an wie ein verrücktes Kolportagegewühl, aber es ist das unspielbar lange und auch unausgegorene Jugendstück Anton Tschechows, das als Handschrift Jahre nach seinem Tod aufgefunden wurde. Da das Titelblatt fehlt, bekam es in den verschiedenen bisherigen Aufführungen die verschiedensten Titel: „Platonow" nach der Hauptfigur, einem Dorfschulmeister und Dorfsokrates und Dorfcasanova, oder auch „Der unnütze Mensch Platonow" usw. *Uraufführung* ist diese Stuttgarter Version nur deshalb, weil es sich um eine ganz neue, gestraffte Bearbeitung des Engländers Michael Frayn handelt. Frayns Fassung wurde sogar von den Sowjets zur Aufführung erworben. Der Titel lautet jetzt: „Wilder Honig".

Es beginnt auf einer luftigen, mit zartbunten Vorhängen gegen den Garten abgeschirmten Terrasse (Bühnenbild: Rolf Glittenberg) am ersten heißen Sommertag. Die Gutsherrin Anna Petrowna (Klara Höfels), junge Witwe eines verstorbenen Generals, aus der städtischen Wintersaison zurück, wird von senilen Gutsherren, einem Gläubiger, der gut behandelt werden muß, und einigen jungen Leuten umschwärmt, aber es fehlt noch Platonow (Gert Voss), ohne dessen sarkastische Verve die Gesellschaft sich amputiert vorkommt. Die Gutsherrin Anna scheint in ihn verliebt zu sein. Alle sind auch gespannt auf Sofja (Josefin Platt), die der Sohn (Michael Rastl) aus erster Ehe des Generals aus der Stadt als seine Frau mitgebracht hat, „die schönste Frau der Welt". Sofja kennt Platonow, den sie in der Stadt als Schulmädchen für einen genialen zukünftigen Byron gehalten hatte.

Endlich erscheint Platonow, aufgekratzt, großmäulig, nachsichtig spöttisch gegenüber seiner hübschen, angeblich dümmlichen Frau (Emanuela von Frankenberg). Als er Sofja wiedererkennt, wird er von ihr als verkrachter Schwätzer verhöhnt und ist endlich einmal sprachlos. Aber später, im Garten mit ihr allein, gelingt es seiner raffinierten Suada, sie erneut verliebt zu machen. Sie will ihren Mann verlassen und mit ihm ein neues Leben anfangen. Aber auch die Gutsherrin hat es sich in den Kopf gesetzt, ihn von seiner Frau weg in ihr Bett zu zerren. Die turbulenten Szenen, in denen alle Beteiligten mehr oder weniger besoffen im Schul- und Wohnhaus der Platonows zusammenkommen, erzeugen Lachsalven.

Aber eine Person, der Pferdedieb und Waldschrat Osip (Peter Lohmeyer), fährt immer wieder dazwischen. Vor vielen Jahren hat er Anna einmal küssen dürfen, und seitdem ist er ihr schützender und störender Schatten. Er wäre bereit, für sie zu sterben. Als er entdeckt, daß Platonow Anna mit Sofja betrügt, will er seine scheu Angebetete rächen, aber er stirbt unter den Kugeln zweier Bauern. Einmal also hat der arme Hund die Angebetete geküßt, und wovon er träumte, das geht plötzlich in Erfüllung, im Tod. Diese *Figur* arbeitet Regisseur Arie Zinger mit Recht besonders heraus. Sie gibt dem ganzen einen Sinn, der das unaufhörliche Gelächter gefrieren ließe, wenn das Stück so ausgeglichen wäre wie die späteren, reifen Tschechow-Stücke. Der arme Ausgestoßene ist der einzige wirkliche Mensch.

Daß Platonow am Ende nicht mehr aus noch ein weiß und ebenfalls umkommt, ist demgegenüber belanglos. Die jugendliche Hand Tschechows ist in dem Stück schon zu spüren. Die Spieler waren alle vorzüglich. Nur mit der Interpretation von zwei Figuren wurde des Komischen zuviel getan: Der gehörnte Ehemann der Sofja wird auch im tiefsten Schmerz noch karikiert; das ist überflüssig. Und die lächerliche Liebe der Studentin Grekowa (Geno Lechner) braucht nicht das Kostüm einer Vogelscheuche.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Der Weltkongreß der Sowjetologen in Washington

Die Freiheit gibt's auch auf russisch

Lew Kopelew, Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, ausgebürgerter Sowjetoffizier und Germanist, trug sein „Solidarnosć"-Abzeichen weithin sichtbar, als er bei seinen westlichen Zuhörern das zur Zeit offenbar grassierende Mißverständnis auszuräumen suchte, im Russischen gäbe es kein Wort und keinen Begriff für „Freiheit". In Wirklichkeit gebe es deren zwei („Wolnost" und „Swoboda"), und in der Zeit des schwärzesten Stalinismus hätten Künstler wie Schostakowitsch oder Anna Achmatowa deren Flamme gehütet. Aber auch aus der Geschichte wüßte er Beispiele: Alexander Radischtschew, der die Zaren mit seinem Buch „Reise von Petersburg nach Moskau" verärgerte, sei ein großer Verehrer George Washingtons gewesen – womit Kopelew beim genius loci war: dem in der Hauptstadt der Vereinigten Staaten tagenden Dritten Weltkongreß für Sowjet- und Osteuropastudien.

Den Zweiten hatte vor fünf Jahren die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde in Garmisch ausgerichtet. Diesmal war die „Amerikanische Assoziation zur Beförderung Slawischer Studien (AAASS)" Gastgeber eines Mammutprogramms, das in 204 Arbeitsgruppen mit gewöhnlich drei Referaten und zwei Diskussionsbeiträgen rund 1500 Teilnehmer aus 14 Ländern versammelte. Außenminister Shultz freilich mußte sein Referat an seinen Staatssekretär Whitehead delegieren und selbst nach Moskau reisen, zur Vorbereitung des Genfer Gipfeltreffens – die Praxis hatte hier die Theorie buchstäblich eingeholt.

Ein Orchideenfach, für das manche die Osteuropaforschung immer noch halten, ist sie also gewiß nicht. Der *Austausch von Meinung und Gegenmeinung* bleibt hier nie bloßes akademisches Spiel, sondern komprimiert sich immer wieder zu einem explosiven Gemisch. Auf den Sowjetologen- und Osteuropa-Tagungen treffen sich die gebrannten Kinder der Emigration mit den Spezialisten der voraussetzungslosen Analyse. Phantasten, die einen Orden des Zaren Nikolaus II. gegründet haben, verteilen ihre Blätter ebenso wie der Zeitungsverlegerverband seine Werbung für eine komplette englische Übersetzung der „Prawda" im Jahresabonnement zu *630 Dollar*.

Mit ihrer voraussetzungslosen Meinungsvielfalt ist die amerikanische Szene schlechthin beeindruckend, und ohne die Verdienste der traditionsreichen deutschen Slawistik zu schmälern, muß man zugestehen, daß die europäische Ostforschung der Nachkriegszeit viel von den amerikanischen Ansätzen gelernt hat (in die natürlich viel unschätzbares Emigrantenwissen eingegangen ist). Amerika erwarb seine Führungsrolle auch, indem es Europas nur allzu oft verachteten und unterdrückten Erfahrungen Wert beimaß und Raum gab – man kann dies an den Schätzen „Entarteter Kunst" aus Deutschland wie aus Sowjetlanden in den New Yorker Museen ablesen oder an Amerikas Fachenzyklopädien und Bibliotheken, die vieles bewahren, was unter totalitären Regimen vergessen oder ausgemerzt werden sollte.

Eine andere Frage ist freilich, wieweit solches Wissen im Bewußtsein des westlichen Durchschnittsbürgers Wurzeln schlägt, der sich mit den Clans von Denver und Dallas noch immer eher zu identifizieren weiß als mit den Serapionsbrüdern von Petrograd oder den futuristischen Kraftmenschen eines Michail Matjuschin. Solch ein Mammutkongreß wie der jetzt in Washington, bei dem in mehr als 600 Referaten Besonderheiten der slawischen Verbalaspekte ebenso erörtert wurden wie solche des Auslieferungsrechts oder in denen Vertreter von New Yorker Banken mit Zahlen darlegten, wie sich das Wirtschaftswachstum ihrer osteuropäischen Klientenländer voraussichtlich entwickeln wird, hat doch auch immer etwas von einem Rufer in der Wüste. Wie macht man normalen Demokratie-Konsumenten klar, daß es in der Sowjetunion eigentlich keine Zensur gibt, sondern nur „Genehmigungen zur Veröffentlichung", wie erklärt man die Denkweisen eines Systems, dem Kontakte nicht als etwas Wertvolles gelten, sondern als äußerst verdächtig?

Es gab in der amerikanischen Bundeshauptstadt übrigens auch viele interessante *Beiträge über die frühere* Geschichte Rußlands. So erfuhr man etwa, wie das von Napoleon gegründete Großherzogtum Warschau im 19. Jahrhundert zwischen dem Dresdner und dem Petersburger Hof zu lavieren gezwungen war (John Stanley, Montreal) oder wie sich das russische Chinabild im Lauf der Jahrhunderte gewandelt (oder vielmehr *nicht* gewandelt) hat (Donald W. Treadgold, Washington). Und auch jenem Zeitraum um die Wende von 19. zum 20. Jahrhundert, den Slawisten „das silberne Zeitalter" der russischen Literatur nennen und in dem Pierre Pascal die nachgeholte „Russische Renaissance" sah, wurde besondere Aufmerksamkeit zuteil.

Rußland erlebte damals eine Explosion seiner künstlerischen und intellektuellen Kreativität; die Oktoberrevolution fiel mitten in diese Blüte hinein. Eine ganze Reihe von *literarischen* Arbeitskreisen und nicht zuletzt ein musikwissenschaftlicher widmeten sich der „silbernen" Epoche. Wie ausgerechnet die russischen Symbolisten die Revolution vorausahnten oder geradezu herbeibeteten, erhellten Referenten aus Südafrika und den USA (Irene Masing-Delc, Tomas Venclova, Joan Grossman), wobei sie besonders auch das damals *hervortretende neue Frauenbild* würdigten.

Über die schicksalsträchtigen sowjetischen dreißiger Jahre stellten William Chase (Pittsburg), Roberta Manning (Boston) und Gabor Rittersporn (Paris) dagegen eher nüchterne soziologische Analysen an – das Ausmaß einer historischen Tragödie äußert sich manchmal mehr darin, was über sie verschwiegen, als was über sie gesagt wird. Für die Nachkriegszeit erinnerte der Kölner Slawist Wolfgang Kasack an die russischen Exilschriftsteller der „zweiten" und „dritten" Emigration, über deren Existenz bislang kaum etwas ins Bewußtsein der westlichen Öffentlichkeit gedrungen ist.

Der *Dialog* zwischen den Ostforschern diesseits und jenseits des Atlantik erwies sich als in jeder Hinsicht fruchtbar. Man kann viel voneinander lernen, denn die Informationsflüsse zwischen den Kontinenten sind noch lange nicht so perfekt, daß sie Gespräch und Begegnung überflüssig machten.

DETLEF GOJOWY



St. Jakob zu Pferd in der Schlacht von Clavijo: Gemälde von Paolo de San Leocadio (um 1500). Aus der Genter Ausstellung FOTO: KATALOG

Gent: Eine Ausstellung zu Ehren des Hl. Jakob

Wallfahrt nach Santiago

Gent steht ganz im Bann des Heiligen Jakob. In der Abtei St. Peter wurde die wohl anspruchsvollste, aber auch faszinierendste der rund 30 Ausstellungen der Spanien gewidmeten „Europalia" *inszeniert*. Mit 600 Beispielen wird hier ein Stück Kulturgeschichte aufgeblättert, das – ausgehend von Spanien – weit über *die Landesgrenzen hinaus* vom *Mittelalter* bis in die Neuzeit in Kunst, Geistes- und Wirtschaftsleben prägende Spuren hinterlassen hat. Jahrhundertelang pilgerten Tausende von Gläubigen nach Santiago di Compostela, dem neben Rom und Jerusalem im Mittelalter wichtigsten Wallfahrtsort der Christenheit, um dort Hilfe zu erbitten.

Historische Wahrheit und Legende *sind eng verschmolzen in dem, was* wir über das Leben des Heiligen wissen und wie es im Codex Calixtinus des Liber Sancti Jacobi Anfang des 12. Jh. seine endgültige Form gefunden hat. St. Jakob, einer der ersten Apostel, wurde nach Christi Tod ausgesandt, Spanien zu christianisieren, eine Mission, die er schnell beendete, um nach Palästina zurückzukehren, wo er 44 den Märtyrertod fand. Seine sterblichen Überreste wurden in Spanien begraben.

Die Jakobsverehrung nahm ihren Anfang, als im 9. Jh. das Grab des Apostels in Compostela entdeckt und er im Kampf des christlichen Spanien gegen die Moslems zum Schutzpatron des Landes erkoren wurde. Solidarität der europäischen Christenheit mit der spanischen Sache und der Glaube an die Wundertätigkeit des Heiligen lösten Pilgerströme zur Stätte seiner Verehrung, Santiago di Compostela, aus.

Im 5. Buch des Liber Sancti Jacobi sind die vier *Routen, die* von St. *Gil*les bei Arles, Le Puy, Vézelay und Orléans aus zum spanischen Wallfahrtsort führten, genau festgelegt. Gläubige aus ferneren Gegenden konnten auch in Einsiedeln, Köln oder Brügge auf Anschlußwegen die Pilgerfahrt beginnen. Überall wurden Straßen und Brücken angelegt, die im Laufe der Zeit auch als Handelswege Bedeutung gewannen.

In der Kunst zeugt von der enormen Kraft, die von der Pilgerbewegung ausging, ein Netzwerk von Beziehungen und gegenseitigen Einflüssen. Viele Kirchen, wie die von St. Martin de Tours, zeigen deutlich Verwandtschaft mit der Kathedrale von Santiago di Compostela. Vielerorts, so u. a. in Gent, wurden Kirchen dem Heiligen Jakob geweiht.

Zahllose Künstler in ganz Europa hat die Jakobslegende zu Gemälden, Skulpturen, Fenstern und Radierungen inspiriert. Eine der beliebtesten Darstellungen ist die von Sankt Jakob als Pilger, erkenntlich am Wallfahrerhabit, das aus einem langen Gewand, einem Stab sowie einer Tasche und einem *Hut* – verziert *mit* einer Jakobsmuschel – bestand. Dem Heiligen als Märtyrer ist das Schwert beigegeben. In vielen – vor allem spanischen – Kunstwerken begegnet man ihm kämpfend zu Pferde als „Matamoros", als Maurentöter, wie ihn die Legende in der siegreichen Schlacht von Clavijo beschreibt.

Die Frage nach dem Ursprung der Jakobsmuschel als Attribut des Apostel-Wallfahrers ist bis heute noch nicht geklärt. Seit dem 11. Jh. war sie das Pilgerzeichen der Wallfahrt nach Santiago di Compostela schlechthin und wurde als Devotionalie in die Heimat mitgenommen. Bei Ausgrabungen wurden selbst in Skandinavien und den baltischen Ländern Santiagomuscheln gefunden, ein Beweis für die immense Ausbreitung der Pilgerbewegung.

Doch nicht nur in die bildende Kunst, auch in Literatur und Musik hat die Legende des Heiligen Jakob mannigfachen Eingang gefunden. *Das wird in der Ausstellung in aller* Breite vorgeführt. Wer sich allerdings über das eine oder andere Objekt genau informieren will, kann auf den in jeder Hinsicht gewichtigen Katalog nicht verzichten, da die Exponate zwar numeriert, aber nicht beschriftet sind (bis 22. Dez.; Katalog 800 BF).

DOROTHEE von FLEMMING

JOURNAL

Max-Planck-Institut für Psychologie

dpa. **München**

Ein zwischen Natur- und Geisteswissenschaften angesiedeltes Max-Planck-Institut für psychologische Forschung ist jetzt in München eröffnet worden. Diese Einrichtung wird sich mit Themen wie Schüchternheit, Hochbegabung, Gedächtnisentwicklung sowie Motivation und Leistung befassen. Das von Prof. Franz Emanuel Weinert und Prof. Heinz Heckhausen geleitete Institut ist mit seinen achtunddreißig Mitarbeitern aus dem im Jahre 1981 aufgelösten Max-Planck-Institut für Sozialwissenschaften entstanden.

Jugendliteraturpreis für Kinderbücher

dpa. **Augsburg**

Der mit 40 000 Mark dotierte Deutsche Jugendliteraturpreis des Bundesfamilienministeriums ist in Augsburg zum 30. Mal verliehen worden. Annalena McAfee und ihr britischer Landsmann Antony Browne als Illustrator erhielten den Bilderbuchpreis für „Mein Papi, nur meiner". Der auch durch skurrile Kurzgeschichten für Erwachsene bekannte Roald Dahl bekam für sein Märchen „Sophiechen und der Riese" (übersetzt von Adam Quidam) den Kinderbuchpreis. Als bestes Jugendbuch präsentierte die Jury „Treffpunkt Weltzeituhr" von Isolde Heyne. Die Autorin, die selbst früher in der „DDR" gelebt *hat, schildert darin* aus der Sicht eines 14jährigen Mädchens ein Leben im geteilten Deutschland. Als bestes Sachbuch wurden „Die Frauen von der *Plaza de Mayo*", herausgegeben von Gisela Klemt-Kozinowski, Helmut Koch, Luise Scherf und Heinke Wunderlich, mit Texten meist unbekannter Autoren, zum Thema Menschenrechte ausgezeichnet.

Der Wetzlarer Dom besteht 750 Jahre

dpa. **Limburg/Wetzlar**

Mit einer Ausstellung und einer Festwoche wird das 750jährige Bestehen des Wetzlarer Domes gefeiert. Die Geschichte des Domes als Pfarr- und Stiftskirche wird in einer Ausstellung im Wetzlarer städtischen Museum mit Dokumenten *von der Zeit des Baubeginns* des Gotteshauses vor 750 Jahren bis zur Auflösung des Stifts während der Säkularisation 1803 erläutert.

Für Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

dl. **Lüneburg**

Nach Meinung des Bundeselternrates sollte die deutsche Wirtschaft künftig mehr Mitverantwortung für die Zukunft der zur Zeit mehr als zehn Millionen Schüler im Bundesgebiet zeigen. Auf seiner Jahrestagung in Lüneburg erklärte die Bundesvorsitzende Ilse-Maria Oppermann, daß die Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaft bisher *noch vom zufälligen Engagement* einzelner Lehrer und Betriebe anhängig ist. Eine Ausweitung und Institutionalisierung könnte den jungen Menschen später bei der Berufsfindung helfen, meinte Frau Oppermann. Im Bundeselternrat sind 77 Elternvertreter aus allen 11 Bundesländern vertreten.

Graphische Arbeiten" aus der „DDR"

DW. **Heilbronn**

Eine Übersicht „Graphik aus der DDR" zeigt der Kunstverein Heilbronn bis zum 17. November. Die Ausstellung stützt sich auf die Sammlung Schreiner, die zuvor bereits *in* Münster *gezeigt worden* war. Sie umfaßt sowohl Arbeiten bekannter Künstler wie Mattheuer, Tübke, Heisig, als auch Graphiken *von Malern, die bislang noch nicht* in der Bundesrepublik zu sehen waren.

Pariser Kunst seit Auguste Renoir

DW. **Stuttgart**

Bilder von Degas, Cézanne, Braque, Modigliani, Chagall und anderen Künstlern aus der Gemälde-, Skulpturen- und Graphiksammlung des *Reader's Digest* Verlages sind in der Ausstellung „Pariser Kunst seit Renoir" zu sehen. Die Zeitschrift „Das Beste" zeigt sie bis *zum 30. November* in der Stuttgarter Galerie Valentien. Der Katalog kostet 23,50 Mark.

Zeitschrift „Ariel" über Israel-Museum

DW. **Jerusalem**

„Dem Israel-Museum zum Zwanzigsten" ist das neueste Heft von „Ariel", der deutschsprachigen Vierteljahreszeitschrift für Kunst und Bildung in Israel, gewidmet. In acht Beiträgen werden das Konzept des Museums, seine Sammlungsschwerpunkte und die Entwicklung der israelischen Kunst seit Bestehen des Museums beschrieben. Die Zeitschrift „Ariel" wird von der Jersualem Post Publications (POB 3349, Jerusalem 91 002) herausgegeben und kostet im Ausland 8 Dollar (incl. Porto).

Die Schönheit der einfachen Dinge – Marguerite Duras' Film „Die Kinder"

Täglich Bratkartoffeln mit Zwiebeln

Der Knabe Ernesto soll sieben Jahre alt sein, er wird, ob man es glauben will oder nicht, von dem vielleicht 40jährigen Schauspieler Axel Bougoussalvski dargestellt. Ernesto verkündet, er werde nicht länger zur Schule gehen, denn er wolle nicht lernen, was er nicht weiß. Oder hat er vielleicht gesagt: Was er schon wüßte? Einerlei: Den Satz begreifen weder die Eltern, noch der Schuldirektor noch ein Reporter, der Ernesto auszufragen gekommen ist. Ja zum Schluß begreift der schnell aufgewachsene Knabe sich selber nicht mehr. Auch dem Zuschauer mutet die berühmte Schriftstellerin und Filmemacherin Marguerite Duras in „*Les Enfants*" (*Die Kinder*) damit sehr viel Unbegreifliches zu, aber sie versüßt es ihm durch die einzigartige Schlichtheit, in der sie es erzählt.

Die ärmliche Familie mit ihrem frühreifen Sohn lebt nicht in einem Niemandsland, sondern in freundlichen stillen Räumen mit dem Blick hinaus auf Gärten. Der Reporter, der sich nach ihren Lebensverhältnissen erkundigt, bekommt die Auskunft, die ein *realistisches*, vielleicht auch sarkastisches Licht auf französische Zustände wirft. Die Familie ist italienischer Herkunft, sie stammt aus der Po-Ebene – aber die Mutter *stellt* sich dann als Russin *heraus* – und sie leben von ihrer Invalidität, denn sie bekommen Sozialhilfe, Familienunterstützung, Kindergeld und Prämien aller Art. Sie ernähren sich hauptsächlich von Kartoffeln, die Ernesto *mit seiner* Schwester auf den Feldern einsammelt. Die Schwester liest einmal der Mutter Kartoffelrezepte aus einem Büchlein vor, und sie entschließen sich dann für das einfachste: Bratkartoffeln mit Zwiebeln.

So laden sie auch den Reporter zum Kartoffelschälen ein, dazu gibt es ein Glas Apfelwein, und die Mutter, von der Küchenarbeit befreit, singt dazu ein russisches Lied. Tiefer Frieden und die Schönheit der einfachen Dinge herrschen auf der Leinwand. Auf die gleiche Weise ist das sprachliche Kleid zu den Bildern geschneidert: Äußerst einfach, mit *langen Pausen, die den ruhigen Kamera*fahrten entsprechen.

Man genießt die wenigen französischen Sätze dieser wortkargen Leute und freut sich, daß man auf eine Synchronisation verzichtet hat. Was sie sagen ist zugleich abstrus und selbstverständlich, wie zum Beispiel, daß die Zukunft nicht in der Chemie liege, sondern morgen sei. Köstlich ist das Spiel von Daniel Gelin als Ernestos Vater, der von der anfänglichen Entrüstung über den Sohn zu immer besserem Verständnis gelangt.

Marguerite Dura ist mit „Die Kinder" ein, vielleicht nicht gerade leicht zugänglicher, aber doch beachtlicher Film gelungen, der alles, was uns umgibt, also auch die Welt des Zuschauenden, in *Frage* stellt und zertrümmert. Es ist kein Zufall, daß sie ihren Ruhm mit einem Film über Hiroshima begründet hat.

HELLMUT JAESRICH



Hat viel Geduld mit seinem kuriosen Schüler: André Dussolier als Schuldirektor in Marguerite Duras' Film „Die Kinder" FOTO: PANDORA FILM

Neue archäozoologische Forschungsergebnisse über eiszeitliche Mammuts

Knochen im Wirtshaus zum Riesen

Ein hundertvierundfünfzig Zentimeter langes und siebzig Zentimeter hohes Gemälde im Historischen Museum Bern erinnert an die Zeit, in der man in Europa noch ernsthaft an die ehemalige Existenz von Riesen und Drachen glaubte. Der von einem dicken Goldrahmen eingefaßte „Ölschinken" zeigt nämlich den 1,27 Meter langen „Oberschenkelknochen eines Riesen von wundersamer Größe", der einst am Rheinufer von Oppenheim in Deutschland entdeckt wurde.

Tatsächlich handelt es sich um den Überrest eines eiszeitlichen Mammuts. Diese Geschichte wurde von dem Archäozoologen Hans Rudolf Stampfli aus Bellach in der Schweiz recherchiert.

Aus der lateinischen Inschrift des Berner Bildes geht hervor, daß der *aus Hilden bei Düsseldorf* stammende Wundarzt Wilhelm Fabry den beeindruckenden Knochen 1613 bei dem Bierbrauer Johann Osselet in dessen Wirtshaus „Zum Riesen" in Oppenheim sehr oft gesehen hat, ihn später von dem Berner Maler Bartholomäus Sarburgh abbilden ließ und das Gemälde 1626 der Bibliothek Bern stiftete.

Die Osselets waren eine französische *Emigrantenfamilie, die in den* reformierten Kirchenbüchern Oppenheims mehrfach registriert ist. Das französische Wort „osselet" heißt zu deutsch amüsanterweise „Knöchelchen".

Der Tag, an dem Fabry erstmals dem Knochen im Wirtshaus „Zum Riesen" gegenüberstand, ist in dem 1614 in Basel erschienenen Werk Sebastian Münsters, „Cosmographey", überliefert: Es war der 27. Mai 1613. In der „Cosmographey" wird der Oppenheimer Fund als „Bein vom rechten Schenkel" bezeichnet, gezeigt wird jedoch ein linksseitiger Schenkel. Das Bild stellt keinen Mammutknochen dar, sondern ein vergrößertes menschliches Oberschenkelbein. Naturgetreu ist nur die Größe.

Der Wundarzt Fabry war auf Wunsch des Wormser Kämmerers Eberhard von Dalberg aus Lausanne nach Worms gekommen. Aus einem Brief Fabrys vom 2. Mai 1613 ist zu entnehmen, daß er sich eine Weile in *der Wormser* Gegend aufhielt und seit dem 19. April eine Dame aus der Familie derer von Cronberg in Oppenheim behandelte. In einem *zweiten Brief vom 8. Juni 1613 er*wähnt er eine zweite Oppenheimer Patientin, und zwar die Witwe Christina Köfler.

Am *22. Juni 1626* berichtete der Wundarzt Fabry dem Schweizer Rektor und Stadtarzt von Basel, Thomas Platter, brieflich über mehrere Riesenknochenfunde vom Rhein:

1. Den Oberschenkelknochen aus dem Wirtshaus „Zum Riesen in Oppenheim".
2. Einen Oberschenkelknochen von gleicher Größe aus dem Besitz eines Oppenheimer Adeligen. Dieses Exemplar wurde später *nach* Frankfurt gebracht.
3. Einen Oberschenkelknochen, den er 1622 in einem Speisesaal in Ettlingen nahe Karlsruhe besichtigen konnte. Dieses Riesengebein war 40 Jahre vorher von einem Fischer in Daxlanden aus dem Rhein geborgen und ab 1606 im Rathaus verwahrt worden.
4. Einige in öffentlichen Gebäuden von Worms aufgehängte Riesenknochen.

Diese Fälle zeigen, daß fehlgedeutete Mammutfunde am Rhein früher keine Seltenheit darstellten. Weil damals die Existenz von urzeitlichen Elefanten noch nicht bekannt war, schrieb man die auffallend großen Knochen Riesen, Drachen und sogar dem heiligen Christophorus zu. Letzteres vor allem, weil dieser Heilige fast immer als riesiger Mann dargestellt wurde, der das Christuskind mitsamt der Erdkugel durch einen Fluß trug und weil die Mammutknochen häufig in Flußschottern gut *konserviert wurden*.

Im 17. und 18. Jahrhundert betrachtete man Mammutstoßzähne zudem vielfach als Überreste von sagenumwobenen Einhörnern. *Das zu Pul*ver zermahlene Horn diente als begehrtes und teures Mittel gegen Vergiftung, Beschwerden des Alters sowie zur Potenzsteigerung.

Die Geschichte des Oppenheimer Riesen ist also keine einmalige Entgleisung, sondern paßt gut ins damalige Weltbild. Noch anno 1650, also 37 Jahre nach der Begegnung des Schweizer Wundarztes Fabry mit *dem merkwürdigen Oppenheimer* Riesenknochen, wurde das Alter der Erde auf wenig mehr als fünfeinhalbtausend Jahre geschätzt.

ERNST PROBST

Zwei Flugzeuge kollidierten über New York

AP rtr, New York

Mindestens fünf Menschen kamen um, als zwei Privatflugzeuge über Vororten der Stadt New York zusammenstießen. Acht Menschen wurden verletzt. Die Polizei rechnet allerdings damit, daß sie in den Trümmern zerstörter Wohnhäuser noch mindestens 20 Tote findet.

Kurz nach 17 Uhr Ortszeit (23 Uhr MEZ) stießen über dem Norden New Jerseys, der Manhattan gegenüber am anderen Ufer des Hudson liegt, ein leichtes Propellerflugzeug vom Typ Piper Cherokee und ein dreistrahliges Geschäftsflugzeug, eine „Falcon 50 Lear Jet", zusammen. Das Propellerflugzeug stürzte in Fairview ab. In dem Wrack wurden zwei Tote gefunden, unter den Trümmern lag eine weitere Leiche. Ob es sich dabei um einen weiteren Insassen der Maschine handelt, ist nicht bekannt. Die Wrackteile der Maschine lagen in Fairview über sechs Straßenzüge hinweg verstreut.

An der Absturzstelle des Düsenflugzeugs gingen zwei Wohnhäuser in Flammen auf. Das Feuer griff sofort auf drei Nachbargebäude über. Ein Polizeioffizier vermutete, daß in den Trümmern der Häuser mindestens 20 weitere Opfer liegen. Pilot und Kopilot des Lear-Jet kamen um.

Das Unglück geschah bei klaren Sichtverhältnissen. Aufzeichnungen von Funkgesprächen lassen darauf schließen, daß die Piloten der zwei Maschinen wußten, daß sich die jeweils andere Maschine im gleichen Luftraum befand. Eine 19jährige Augenzeugin schilderte die Kollision: „Ein kleines Flugzeug flog langsam voraus. Plötzlich kam von hinten ein sehr großes Flugzeug. Das große Flugzeug krachte einfach in das kleine hinein."

Die beiden Maschinen zerrissen Versorgungsleitungen, so daß mehr als 1400 Wohnungen plötzlich ohne Strom waren. Am Abend schickte die Polizei von New York Hubschrauber zu den Absturzstellen, die mit ihren Scheinwerfern das Licht für die Aufräumungs- und Bergungsarbeiten lieferten.

Die Königin des Nordens wurde ein stählerner Sarg

Am 12. November 1944 versenkten Briten die „Tirpitz"

JOCHEN ZWIKIRSCH, London

„Eine gigantische Säule aus Feuer und Rauch" schoß empor, und der Royal-Air-Force-Oberstleutnant Willie Tait wußte: „Wir haben das Biest endlich geknackt!" Das Biest – so nannten die Briten die furchteinflößende „Tirpitz", die von Nordnorwegen aus die lebenswichtigen Geleitzugrouten nach Rußland bedrohte. Und am Vormittag des 12. November 1944 verwandelte ein „Lancaster"-Bomberverband unter Tait und seinem Rottenführer Tony Iveson den 52 600-Tonnen-Giganten in Minutenschnelle in ein brennendes, kenterndes Massengrab. Mit Deutschlands größtem Schlachtschiff gingen 1204 Seeleute unter.

Gut vier Jahrzehnte später saßen Tait und Iveson zum ersten Mal seit Kriegsende wieder im Cockpit einer „Lancaster". Das Londoner Luftwaffenmuseum hatte ein Gespräch der WELT mit den beiden möglich gemacht, in einem der letzten Exemplare jenes berühmten Flugzeugtyps, dessen Bombenhagel der „Tirpitz" zum Verhängnis wurde.

Im Pilotensitz Willie (niemand, der den Fliegerveteranen jemals mit den korrekten Vornamen James Brian angesprochen hätte). Die Hände des 69jährigen gleiten über den Steuerknüppel, die Brandhähne, die Schubhebel für die vier 1640-PS-Triebwerke – ganz so, als wolle er noch einmal an den Start rollen. Und auch den 62jährigen Iveson hat in der Kanzel die Vergangenheit eingeholt: „Wie zum Anfassen" entsinnt sich der silberhaarige Direktor einer Londoner Werbeagentur des Tages, an dem er als blutjunger Major den Tod in den Tromsö-Fjord gebracht hatte.

Immer und immer wieder waren die Briten mit unglaublicher Hartnäckigkeit auf die viertelkilometerlange schwimmende Festung losgegangen, die ein ganzes gegnerisches Geschwader band. Sie versuchten es mit Stukas, Kleinst-U-Booten, sogar mit einem zum Torpedoboot umgerüsteten Fischkutter. Husarenstücke allesamt, doch ein jedes letztlich erfolglos. Schon am 18. Januar 1942 hatte Winston Churchill den Befehl „Killt das Biest um jeden Preis!" geknurrt. Doch zweieinhalb Jahre später schwamm der stählerne Alptraum (acht 38-Zentimeter-Geschütze, zwölf 15-Zentimeter- und fast 100 Flak-Rohre) immer noch – schwer angeschlagen und nicht mehr seetauglich zwar, aber das behielt das Oberkommando der Marine lieber für sich.

Den Gegenspielern im Admiralitätsbunker bereitete die „Tirpitz" weiterhin schlaflose Nächte. So schickte London schließlich die schweren Viermotorigen des „Bomber Command", zum „Kill" über die Nordsee: 29 „Lancs" zehn von Staffel neun, 18 von den Sechssiebzehnern – den legendären „Dambusters", auf deren Erfolgskonto schon die Eder- und die Möhnetalsperre, das Bielefelder Eisenbahnviadukt und zahlreiche Abschußrampen für V-Waffen gegangen waren. 28 Maschinen schleppten je eine fast fünfeinhalb Tonnen schwere „Tallboy"-Superbombe.

Die neunundzwanzigste Maschine war ein Aufklärer, der vierzehn Stunden nach dem Nachtstart vom schottischen Stützpunkt Lossiemouth dramatische Erfolgsbilder heimbringen sollte. Angriffsführer Tait: „Kein Radar, kein Funkfeuer – wir sind mal eben in den Kohlenkeller gedonnert." Doch nach sieben Stunden Blindflug durch die stockdunkle Nacht hatte Navigator Bruce Bayne die „King Charlie-Dog" verläßlich zum vereinbarten Sammelpunkt gelotst. Der befand sich zwar in neutralem schwedischem Luftraum, doch das mochte niemand allzu eng sehen: „Viel wichtiger für uns war, daß im ersten Sonnenlicht eine Lanc nach der anderen angedonnert kam, bis schließlich keine einzige mehr fehlte."

Aber nach der Erleichterung hoch über dem Torneträsk-See war schnell wieder die Angst da: „Kommen die Messerschmitts?" Major Iveson von den Sechssiebzehnern hat noch heute Gänsehaut. „Die deutschen Jäger hätten mit uns einen heißen Tanz gemacht. Kein eigener Jagdschutz. Alle Panzerplatten herausgerupft, um Gewicht zu sparen. Statt dessen hatten wir einen Elfhundertfünfzig-Liter-Zusatztank im Nacken und die dickste Bombe aller Zeiten unter dem Hintern. Mein Gott, ein einziges Leuchtspurgeschoß ..." Doch die Messerschmitts kamen nicht.



Die „Tirpitz" war eine schwimmende, scheinbar uneinnehmbare Festung. Doch am 12. November 1944 kam der Tod in Gestalt eines britischen Bomberverbandes über sie FOTO: ULLSTEIN

Der Einflug der Briten war zwar beoabachtet und weitergemeldet worden – auch an den Kommandanten der nur 160 Flugkilometer entfernt liegenden „Tirpitz". Doch selbst Kapitän zur See Weber (der genau ahnte, welches Ziel die Feindflugzeuge hatten) kam nicht zu den in Bardufoss liegenden „Eismeer-Jägern" durch. Der allemal angeknackte Stolz der Kriegsmarine hatte an diesem entscheidenden Morgen keinen Dampf auf, keine unmittelbare Manövrierfähigkeit. Landgebundene Flak- und Vernebelungsbatterien für den gerade erst in den Tromsö-Fjord verholten Koloß fehlten.

Ohne Luftschirm war das mächtige Schlachtschiff nicht viel mehr als eine Zielscheibe: „Sie lag da wie auf dem Präsentierteller, auf Dutzende Meilen zu sehen." Tony Iveson: „Es war ein Tag so klar wie Eis, ein Himmel aus Samt. 3700 Meter unter uns brach sich die Sonne auf stahlblauem Wasser, zerklüfteten Bergen, unberührtem Schnee. Ein herrliches, unglaublich friedliches Bild."

Doch nur Minuten, nachdem der Rottenführer Zeit zu solch poesievollen Beobachtungen gefunden hatte, brach die Hölle los. 8.55 Uhr: Gefechtsalarm auf der „Tirpitz". 9.05 Uhr: Die ersten Ferngläser erfassen Taits Geschwader, das in „Gaggle"-Formation (einem treppenförmig in Höhen zwischen 4400 und 5200 Metern gestaffelten Angriffsverband) anfliegt. Um 9.38 schießen die beiden vorderen 38-Zentimeter-Türme die erste Salve. Drei Minuten später leuchtet im Cockpit von Taits Führermaschine „King Charlie-Dog" eine rote Lampe auf. „Eisern Kurs halten", signalisiert damit Bombenschütze Walter Daniel – und zehn Sekunden später heult die erste „Tallboy"-Bombe auf das todgeweihte Schlachtschiff hinunter, gefolgt von einem unvorstellbaren Sprengstoffhagel aus den folgenden „Lancasters".

Um 9.52 Uhr muß Kapitän Weber den letzten Befehl geben, den ein Kommandant geben kann: „Alle Mann aus dem Schiff!" In diesem Moment hat die „Einsame Königin des Nordens", wie die Norweger die „Tirpitz" nannten, schon 135 Grad Schlagseite – und sie dreht weiter, ist um 9.55 Uhr vollends gekentert. 1204 Mann, unter ihnen auch der Kommandant, kommen nicht mehr von Bord. Nur 806 können sich retten; 82 weitere werden Stunden später mit Schneidbrennern aus dem stählernen Sarg geholt. Da waren die erfolgreichen Angreifer, ohne eine Maschine verloren zu haben, schon längst auf dem Heimflug.

Gut vier Jahrzehnte später saßen Willie Tait und Tony Iveson wieder in der Kanzel einer „Lancaster" – mit einem deutschen Reporter, dem sie auf einer Zeitungs-Titelseite von damals mit der Siegesmeldung über die „Tirpitz"-Versenkung die Widmung mitgaben: „Vierzig Jahre ... die Zeiten haben sich geändert!"

Appalachen-Flut schwemmte ganze Gemeinden fort

AP, New York

Die Appalachen-Flut, die nach vier Tagen schwerer Regenfälle am vergangenen Dienstag über vier US-Staaten hereinbrach, brachte 23 Menschen in West Virginia, 21 in Virginia und je einem in Pennsylvania und Maryland den Tod. Rettungsmannschaften suchten gestern mit Spürhunden und Räumbaggern an trümmerübersäten Flußufern und in überfluteten Wohngebieten noch nach 35 vermißten Einwohnern der Überschwemmungsgebiete, jedoch mit wenig Aussicht auf Erfolg. Die Fluten schwemmten ganze Gemeinden mit sich fort. Der Sachschaden wird auf mindestens 200 Millionen Dollar geschätzt. An den Aufräumungsarbeiten beteiligten sich auch Häftlinge.

Achtes Opfer gestorben

rtr, Brüssel

In der belgischen Stadt Aalst ist am Sonntag abend der 40jährige Jan Palsterman, das achte Opfer des bewaffneten Raubüberfalls auf einen Supermarkt in dem 25 Kilometer von Brüssel entfernten Ort (WELT vom 11. 11.), an Kopfschußwunden gestorben. Damit erhöhte sich die Zahl der Todesopfer von drei Supermarkt-Überfällen im Großraum Brüssel seit dem 27. September auf 16. Ein zwölfjähriger Junge, der bei dem Aalster Überfall alle Familienangehörigen verlor, ist nach einer Operation außer Lebensgefahr.

Wintereinbruch

dpa, Hamburg

Hagel, Schnee und Regen nördlich der Mainlinie ließen gestern morgen den Berufsverkehr in manchen Gebieten zusammenbrechen. Betroffen waren vor allem Hamburg mit seinem Umland, das Ruhrgebiet und der Raum Wiesbaden. In Süddeutschland sanken die Temperaturen von plus 20 Grad am Samstag auf Null Grad zum Wochenanfang. Auf der schneeglatten Talbrücke der Autobahn Sauerlandlinie bei Lüdenscheid verunglückten in der Nacht zum Montag zwei Bundeswehrsoldaten tödlich.

Lange Wartezeiten

dpa, London

In den nächsten Tagen drohen Touristen, die nach Großbritannien reisen, an der Paßkontrolle auf den Flughäfen und in den Abfertigungsstellen der großen Kanalfähren lange Wartezeiten. Die Beamten der Einwanderungsbehörde haben für diese Woche wegen Personalmangels zu mehreren gezielten Proteststreiks aufgerufen.

Pünktliches Martinswasser

dpa, Düsseldorf

Pünktlich zu St. Martin gab es für die Rheinschiffer das Martinswasser. Der Pegel in Duisburg-Ruhrort legte von Sonntag auf gestern gleich um zwölf Zentimeter zu und lag bei 2,44 Meter. Am 2. November hatte der Hauptpegel am größten europäischen Binnenhafen 1,64 Meter angezeigt, den niedrigsten Stand seit neun Jahren. Der Wasserzuwachs von 80 Zentimetern in nur wenigen Tagen bedeutet, daß die Schiffe am Niederrhein jetzt wieder fast voll laden können.

Riß in Trennwand

AFP, Tokio

Ein Riß in der Trennwand zwischen der Druckkabine und dem Leitwerk verursachte im August dieses Jahres den Absturz des Jumbos der japanischen Fluggesellschaft JAL, bei dem 520 Menschen ums Leben kamen. Das gaben Experten der amerikanischen Boeing-Werke am Sonntag in Tokio bekannt.

LEUTE HEUTE

Spende

Mit der aufwendigsten Spende, die Prinz Karim Aga Khan, das geistige Oberhaupt der Ismaeliten, jemals für wohltätige Zwecke bestimmte, ist jetzt das größte und modernste Medizinzentrum Asiens fertiggestellt worden. Der pakistanische Präsident **Mohammed Ziaul Haq** übergab es gestern seiner Bestimmung. Der 400-Millionen-Komplex umfaßt eine medizinische Fakultät, eine Schwesternschule und ein 721-Betten-Krankenhaus. Das Krankenhaus soll jedoch nicht nur den zwei Millionen in Karatschi lebenden Mitgliedern dieser Religionsgemeinschaft zugute kommen, sondern auch den übrigen Einwohnern der größten Stadt Pakistans.

Pleite

Millionen von Mark brachte er für die Hungernden in Afrika zusammen. So mit seinem „Live Aid Konzert" am 13. Juli dieses Jahres, als er das weltweit ausgestrahlte Rock-Konzert organisierte und zuletzt mit der „Fashion Aid", einer einmaligen Mode-Gala in der Royal Albert Hall vor einer Woche (WELT vom 6. 11.). **Bob Geldof** selbst hat jedoch kaum mehr Geld und stürzt sich in Schulden, um in Rom seine Telefonate bezahlen zu können. Der 34jährige erklärte gegenüber dem italienischen „Corriere della Sera", er sei finanziell am Ende.

Konkurrenz

Die Schönen dieser Welt haben sich in London zusammengefunden, um in Konkurrenz zu treten um „Paris' Apfel". Sprich: Am kommenden Donnerstag stellen sich rund 80 lang-



beinige junge Frauen zur Wahl um den Titel der Miß World. Der edle Wettstreit wird in der Royal Albert Hall ausgetragen. Mit dabei sind aus Österreich **Gabriele Maxonus** (Foto links) und aus der Bundesrepublik Deutschland **Marion Morell** (rechts).

Entführer verurteilt

dpa, Florenz

Mit Haftstrafen bis zu 30 Jahren und sieben Freisprüchen ging gestern in Florenz der Prozeß wegen zahlreicher Entführungsfälle, darunter auch die Verschleppung der Töchter und Neffen des deutschen Fernsehjournalisten Dieter Kronzucker im Sommer 1980 zu Ende. Susannne und Sabine Kronzucker sowie ihr Vetter Martin Wächtler waren in ihrem Ferienort in Barberino Val d'Elsa am 25. Juli 1980 verschleppt worden. Sie kamen am folgenden 1. Oktober wieder frei, nachdem ihre Familien 4 Millionen Mark Lösegeld gezahlt hatten.

Wegen dieser Tat wurde nun der Angeklagte Banchisio Manca verurteilt. Er erhielt 22 Jahre Haft. Giovanni Farina wurde in diesem Punkt der Anklage freigesprochen. Der noch flüchtige Sarde Mario Sale, vermutlich der Chef der Bande der Kronzukker-Entführer, wurde ebenfalls mangels Beweisen freigesprochen.

29 Angeklagte standen vor Gericht. Es ging um zahlreiche Entführungen in der mittelitalienischen Region zwischen März 1980 und Oktober 1983. Weitere Haft- und Geldstrafen erließ das Gericht gegen diejenigen, die erpreßte Gelder (11 Milliarden Lire, damals rund 20 Millionen Mark) durch Investitionen „reinwuschen".

Spektakuläre Rettung ohne Umwege

„Air Service"-Maschine durfte mit Spenderherz von Ost-Berlin nach Hannover fliegen

E. REVERMANN, Hannover

Einer ungewöhnlichen Ausnahmegenehmigung durch „DDR"-Behörden verdankt eine 15jährige Schülerin ihr Weiterleben. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte wurde einem westdeutschen Flugunternehmen gestattet, zum Organ-Transport für eine Herzverpflanzung auf direktem Weg von Ost-Berlin nach Hannover „DDR"-Gelände oberhalb des Luftkorridors zu überfliegen.

„So etwas ist einmalig und hat es seit Bestehen des Luftkorridors im Jahre 1945 noch nicht gegeben." Selbst ein Sprecher des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen in Bonn sprach von einer außergewöhnlichen Geste.

Normalerweise dürfen nur Maschinen der Alliierten die drei Luftkorridore von West-Berlin nach Hamburg, Hannover und Frankfurt benutzen. Allen anderen Piloten, auch westdeutschen, sind nur besonders genehmigte Umwege entweder über Prag oder im Norden über Hamburg, Lübeck, Gedser, Trent und Freiwald zum Ostberliner Flughafen Schönefeld und zurück gestattet.

Weil jedoch alliierte Maschinen an Wochenenden nachts in West-Berlin nicht starten dürfen, mußte die auf solche Organ-Transporte spezialisierte „Air-Service" in Hannover (sie fliegt im Auftrag der Deutschen Flugrettungswacht) einspringen.

Nach einem Alarm-Start um 2.20 Uhr steuerte der 59jährige Pilot Anton Fibiger seine 450 Stundenkilometer schnelle Turboprop-Maschine vom Typ „Piper Cheyenne" mit vier Medizinern der Medizinischen Hochschule Hannover an Bord über die Ostsee-Route in einer Stunde und 40 Minuten nach Ost-Berlin.

Weil sich nach der Landung der Südwestwind mit 200 bis 300 Stundenkilometern in Flughöhe nicht drehte, sah der Pilot seine Mission gescheitert: Zwischen Entnahme eines Spenderherzens und Wiedereinpflanzung dürfen maximal drei Stunden vergehen – ein Rückflug über die Ostsee nach Hannover hätte bei diesem Gegenwind so viel Zeit gekostet, daß die herzkranke Schülerin nicht hätte gerettet werden können.

Während die Ärzte aus Hannover nach Entnahme des Spenderherzens von einem im Klinikum Steglitz verstorbenen 25jährigen Mann dank Blaulicht-Eskorte der Westberliner Polizei und „DDR"-Grenzbeamten schon nach 46 Minuten mit dem Organ am Flughafen waren, hatte Pilot Fibiger den zuständigen „DDR"-Fluglotsen informiert. Die Ostberliner Beamten schalteten ihre Vorgesetzten und auch den Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte im Warschauer Pakt in Karlshorst ein.

Zur allgemeinen Überraschung teilten die „DDR"-Behörden nach kurzen Verhandlungen mit, als „einmalige Ausnahme und aus humanitären Gründen" dürfe der Pilot direkt von Schönefeld nach Hannover starten, mit der Auflage, „schnell im Steigflug in 400 Meter oberhalb des kontrollierten Luftraums zu fliegen". So landete die Maschine nach 270 Kilometern Flug bei heftigem Gegenwind in nur 50 Minuten in Hannover.

Das in einem Kühlbehälter mitgebrachte Herz konnte ohne Komplikationen sofort verpflanzt werden. Dem Kind, das ohne dieses neue Herz nur noch eine Woche hätte leben können, geht es den Umständen entsprechend gut, erklärte MHH-Pressechefin Elle Runge gestern nachmittag auf Anfrage.

Eine Ausnahme für Direktflüge einer Westdeutschen Fluggesellschaft hatte es bisher nur einmal im vergangenen Jahr gegeben: Zur Leipziger Messe durfte die Lufthansa Leipzig anfliegen – allerdings waren dem langwierige Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der „DDR" vorausgegangen.

WETTER: Schneeschauer und kalt

Lage: Meeresluft polaren Ursprungs fließt über die Nordsee nach Mitteleuropa. Sie gelangt zur Wochenmitte unter höheren Luftdruck von Westen her.

Vorhersage für Dienstag: In ganz Deutschland Wechsel zwischen lokkerer und starker Bewölkung. Einzelne Schneeregen- oder Schneeschauer. Tagestemperaturen 2 bis 5 Grad. Nächtliche Tiefstwerte zwischen null und minus 5 Grad. Im Bergland oberhalb 500 Meter Dauerfrost. Mäßiger, in Böen frischer, an der See zeitweise starker Wind aus West.

Weitere Aussichten: Schauerneigung abnehmend. Wechselnd bewölkt. Nachts leichte Frostverschärfung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 7.36 Uhr*, Untergang: 16.36 Uhr; **Mondaufgang:** 8.52 Uhr, Untergang: 16.52 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 12. Nov., 7 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik, Haparanda, Stockholm, Hamburg, Berlin, London, Frankfurt, Wien, Paris, München, Dubrovnik, Nizza, Rom, Madrid, Lissabon, Malaga, Palma, Tunis

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	3	R
Bielefeld	4	Sr
Braunlage	-1	bw
Bremen	4	bw
Dortmund	3	bw
Dresden	3	bw
Düsseldorf	5	bw
Erfurt	2	bw
Essen	4	bw
Feldberg/S.	-7	he
Flensburg	6	he
Frankfurt/M.	4	he
Freiburg	6	he
Garmisch	1	bw
Greifswald	5	bw
Hamburg	4	bw
Hannover	3	bw
Kahler Asten	3	S
Kassel	3	bw
Kempten	1	bw
Kiel	6	he
Koblenz	5	bw
Köln-Bonn	5	bw
Konstanz	6	he
Leipzig	4	bw
List/Sylt	5	bw
Lübeck	3	bw
Mannheim	6	he
München	3	he
Münster	4	bw
Norderney	6	bw
Nürnberg	2	bw
Oberstdorf	1	bw
Passau	3	he
Saarbrücken	3	bw
Stuttgart	3	bw
Trier	2	bw
Zugspitze	-12	he
Ausland:		
Algier	27	he
Amsterdam	2	Rs
Athen	18	he
Barcelona	15	bw
Belgrad	6	bd
Bordeaux	8	he
Bozen	9	he
Brüssel	6	he
Budapest	6	bw
Bukarest	13	he
Casablanca	25	he
Dublin	5	he
Dubrovnik	20	he
Edinburgh	3	bw
Faro	22	bw
Florenz	–	–
Genf	7	he
Helsinki	4	bw
Hongkong	–	–
Innsbruck	6	he
Istanbul	14	he
Kairo	20	bd
Klagenfurt	3	R
Konstanza	19	he
Kopenhagen	6	bw
Korfu	20	he
Las Palmas	25	he
Leningrad	4	Rs
Lissabon	14	R
Locarno	11	he
London	6	he
Los Angeles	–	–
Luxemburg	1	S
Madrid	17	he
Mailand	14	wl
Malaga	21	he
Mallorca	20	he
Moskau	3	Rs
Neapel	23	he
New York	–	–
Nizza	19	he
Oslo	5	Sr
Ostende	6	he
Palermo	28	he
Paris	6	bw
Peking	–	–
Prag	2	he
Rhodos	22	he
Rom	21	he
Salzburg	3	bw
Singapur	29	bw
Split	20	be
Stockholm	0	S
Straßburg	5	he
Tel Aviv	19	he
Tokio	–	–
Tunis	26	he
Valencia	19	bw
Varna	19	he
Venedig	11	bd
Warschau	4	bw
Wien	6	he
Zürich	5	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos

Zum Nachtisch gab es „Di's Delight"

FRITZ WIRTH, Washington

Charles, der stille Prinz im Schatten der leicht hysterischen „Diana-Mania", die Washington heimgesucht hat, machte sich nach zwei fast schweigsamen Tagen zum Sprecher des Hauses und beantwortete Fragen. Das Schlimme war, keine betraf sein Wohlbefinden. Es stellte sich schnell heraus: Er war nichts als das Medium zwischen Journalisten und seiner Frau, und hatte Auskunft zu geben, wie man im königlichen Hause die Tanzkünste eines John Travolta beurteilte.

Der zweite Tag der Windsors in Washington war ruhiger als der trubelhafte, kreischende Empfang am Samstag. Er begann mit dem Kirchgang, zu dem sich bereits in der Nacht um halb vier die ersten der 6000 Königsbetrachter eingefunden hatten. 2000 fanden Platz in der Kathedrale zu Washington und deren royalistisches Fieber mußte über Lautsprecher mit der bischöflichen Warnung gedämpft werden: „Denken Sie daran, daß dies eine Andacht ist."

Für den Rest des Tages sah sich das britische Königshaus in unerwarteter Konkurrenz mit zentnerschweren „Cowboys" und „Rothäuten" aus Dallas und Washington, zwei Football-Teams, die für drei Stunden im Duell des Jahres in Washington aufeinanderprallten. Die britischen Gäste kapitulierten freiwillig und zogen sich zu einem sehr privaten Essen außerhalb der Stadt zurück.

Am Abend waren sie dann die ersten Gastgeber in den USA. Das Dinner in der britischen Botschaft war – verglichen mit dem deutlichen Hollywood-Touch, den das Galadiner am Vorabend im Weißen Haus hatte – von fast traditioneller Routine. Das politische und diplomatische Washington gewann die Oberhand über das leicht ins Schaugeschäft abgleitende Protokoll zurück.

Zu den Gästen gehörten Vizepräsident Bush, Außeminister Shultz, Pentagon-Chef Weinberger, viele politische Stars aus dem Kongreß, kurz alles, was Frau Thatcher bei künftigen Verhandlungen mit den Amerikanern politisches Wohlgefallen zu sichern vermag. Man aß zur Vorspeise „Paté Charles" und zum Nachtisch „Di's Delight" und derangierte keinerlei Bügel- und keine Seelenfalten, so harmonisch, so routiniert und so gespreizt-langweilig verlief dies alles.



Schick „behütet" winkte Prinzessin Diana Bewunderern vor der Washington Cathedral zu FOTO: AP

Am Montagmorgen enthüllte sich dann das Diesseitige am Märchen-Auftritt der Windsors. Sie schlüpften in die Rolle der „Super-Salesmen" für britische Waren und begaben sich in ein Kaufhaus, das von seiner Qualität her nicht unbedingt Chancen gehabt hätte, in London unter die exquisierteren Hoflieferanten eingereiht zu werden, hier jedoch den neu entbrannten amerikanischen Kauf-Nationalismus mit der herausfordernden Formel beantwortete: „Buy British". Die cleveren amerikanischen Kaufherren haben für 50 Millionen Dollar britische Waren in ihren Regalen gestapelt. Diana und Charles kamen, ihnen ihren königlichen Segen zu geben.

Prinz Charles, von Journalisten auf seine Rolle als Chef-Verkäufer britischer Waren angesprochen, antwortete eher resignierend: „Wir tun unser Bestes." Nicht alle sind jedoch mit dieser Rolle ganz einverstanden. So fragte die „Washington Post", wer denn eigentlich die Kosten für diese königliche Verkaufstour mit ihrer teuren Schau „Die Schatzhäuser Großbritanniens" trage. Etwa der britische Steuerzahler? „Nichts davon. 1,2 Millionen Dollar kommen von der Fordstiftung und die restlichen zwei Millionen bezahlt der amerikanische Steuerzahler."

ZU GUTER LETZT

„Rolf Liebermann, Interimsintendant der Hamburgischen Staatsoper, will den 200. Jahrestag der Französischen Revolution am 14. Juli 1789 mit einer Revolutions-Oper feiern. Er vergab jetzt den Kompositions-Auftrag an den ‚DDR'-Musiker Siegfried Matthus. Die Hamburger Uraufführung der Oper ist für den 14. Juli 1789 geplant." – Es stand in der WELT am SONNTAG